



**STUDIEN**

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

WOLFRAM SCHAFFAR

# GLOBALISIERUNG DES AUTORITARISMUS

ASPEKTE DER WELTWEITEN KRISE  
DER DEMOKRATIE

WOLFRAM SCHAFFAR

# **GLOBALISIERUNG DES AUTORITARISMUS**

**ASPEKTE DER WELTWEITEN KRISE DER DEMOKRATIE**

Studie für das Zentrum für Internationalen Dialog (ZID)  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

WOLFRAM SCHAFFAR arbeitet als Research Fellow am International Institute for Asian Studies (IIAS) in Leiden, Niederlande und ist assoziiert am Lehrstuhl Südostasienstudien der Universität Passau. Zuvor war er als Professor für Entwicklungsforschung und Politikwissenschaft an der Universität Wien tätig. Er ist seit 2004 Vertrauensdozent und seit 2016 Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg Stiftung.

## **IMPRESSUM**

STUDIEN 6/2019, 1. Auflage

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Hana Pfennig

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: Juli 2019

Illustration Titelseite: Frank Ramspott/iStockphoto

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

# INHALT

Zusammenfassung . . . . .	5
1 Einleitung . . . . .	6
1.1 Autoritarismus im Süden . . . . .	7
1.2 Fragestellungen und Vorgehen . . . . .	8
2 Vorüberlegungen . . . . .	9
2.1 Der globale Befund . . . . .	9
2.2 Methodologische Überlegungen . . . . .	10
2.3 Begriffsgeschichte . . . . .	11
2.3.1 Autoritarismus . . . . .	11
2.3.2 Populismus . . . . .	13
2.3.3 Faschismus . . . . .	14
2.4 Theoretische Grundlagen . . . . .	18
2.4.1 Erklärungsansätze für die globale Ausbreitung von Autoritarismus – Wellen, Parabel und Zyklen . . . . .	18
2.4.2 Materialistische Herangehensweisen . . . . .	20
2.4.3 Die gegenwärtige Krise der Demokratie und ihre politische Form: der autoritäre Populismus . . . . .	21
3 Die Krise der Demokratie, autoritärer Populismus und Ausnahmestaatsformen außerhalb Westeuropas . . . . .	23
3.1 Populismus und Neoliberalismus . . . . .	23
3.1.1 Ungarn . . . . .	24
3.2 Autoritärer Populismus versus autoritärer Konstitutionalismus . . . . .	26
3.2.1 Philippinen . . . . .	26
3.2.2 Thailand . . . . .	28
3.2.3 Türkei . . . . .	29
3.2.4 Ägypten . . . . .	31
3.3 Zwischenfazit . . . . .	32
4 Synchronität und Parallelität der Entwicklungen . . . . .	35
4.1 Die soziale Basis des Autoritarismus aus globaler Perspektive . . . . .	35
4.2 Ideologien des Autoritarismus . . . . .	39
4.3 Die Globalisierung des Autoritarismus – die Rolle Chinas . . . . .	41
4.3.1 Der Aufstieg Chinas als hegemonialer Übergang . . . . .	43
4.3.2 Die Dynamik von Demokratisierung und Entdemokratisierung in der Semiperipherie . . . . .	44
4.4 Empirische Beispiele . . . . .	45
4.4.1 Exkurs: Autoritarismus in Lateinamerika . . . . .	46
4.4.2 Ecuador . . . . .	47
4.4.3 Thailand . . . . .	49
4.4.4 Ungarn . . . . .	50
4.4.5 Äthiopien . . . . .	52
4.4.6 Fazit: Ausbreitung des Autoritarismus und der Einfluss Chinas . . . . .	55
4.5 Überwachungstechnologie . . . . .	56
4.6 Historische Wende im Charakter des Kapitalismus . . . . .	58
5 Ergebnisse . . . . .	59
6 Ausblick . . . . .	60
7 Bibliografie . . . . .	61

## ZUSAMMENFASSUNG

- Die Ausbreitung autoritärer Regierungstechniken ist ein weltweites Phänomen, das im Zusammenhang mit der globalen Krise von 2008 (Vielfachkrise) steht (Demirović et al. 2011) und als Teil zyklisch wiederkehrender Krisen der Demokratie (Demirović 2013, 2016; Buckel 2017) gesehen werden muss.
- In der Literatur werden unterschiedliche Ansätze diskutiert, die den Autoritarismus in engem Zusammenhang mit dem Neoliberalismus bzw. als neue Phase des Neoliberalismus interpretieren. Demirović (2018a) und Candeias (2016, 2018) erarbeiten das Konzept des *autoritären Populismus* oder *Rechtspopulismus*, Bruff (2014), Tansel (2017) und Bruff/Tansel (2019) sprechen von *autoritärem Neoliberalismus*. Die vorliegende Studie kommt zu einem ähnlichen Befund, jedoch mit anderer Akzentuierung. Global betrachtet erscheint als entscheidende Dynamik hinter der Globalisierung des Autoritarismus nicht eine Ausweitung und Vertiefung des Neoliberalismus, sondern die Auseinandersetzung um Neoliberalismus, bei der sich ein antineoliberaler *autoritärer Populismus* und ein neoliberaler *autoritärer Konstitutionalismus* gegenüberstehen.
- Obwohl die zentralen Elemente, die als konstitutiv für den *autoritären Populismus* gelten können, sich auch im globalen Süden<sup>1</sup> finden, treten hier andere Prozesse hervor:
  - In zahlreichen Ländern hat sich eine Krise der Demokratie bereits so weit vertieft, dass sich Ausnahmestaatsformen entwickelt und konsolidiert haben. Das heißt, ein Ausnahmezustand, bei dem die formalen demokratischen Institutionen ausgesetzt werden, hat sich verstetigt.
  - Die Prozesse, die zu diesem Zusammenbruch geführt haben, sind in den jeweiligen Ländern unterschiedlich verlaufen und haben verschiedene Arten von Ausnahmeregimen hervorgebracht. Dabei gilt es vor allem zu unterscheiden zwischen *autoritär populistischen* und *autoritär konstitutionalistischen* Ausnahmestaatsformen.
- Beide Arten von Ausnahmestaatsformen zeigen deutliche Faschisierungstendenzen (Candeias 2018) bzw. Charakteristika von faschistischen Regimen. Sie entsprechen dabei unterschiedlichen Typen von Faschismus.
- Um die Gleichzeitigkeit und Parallelität im Verlauf der Prozesse in den einzelnen Ländern zu erfassen, muss deren Einbettung in globale Prozesse und Zusammenhänge betrachtet werden.
  - Eine Analyse der sozialen Basis des Autoritarismus vor dem Hintergrund des Konzepts der *imperialen Lebensweise* (Brand/Wissen 2017) und einer *Klassenanalyse* (Sablowski/Thien 2018) zeigt, dass diese Perspektiven mit den Merkmalen *autoritär konstitutionalistischen* und *autoritär populistischen* Ausnahmestaatsformen korrelieren. Über eine einzelstaatliche Analyse hinaus lassen sich so auch transnationale Aspekte erfassen. Bezüglich des Nord-Süd-Verhältnisses müssen die Ansätze jedoch erweitert werden, um die spezifische Dynamik im globalen Süden ebenso wie transnationale Prozesse (Migration, Klassenbildungen) erfassen zu können.
  - Bei der Frage, ob hinter dem Autoritarismus eine einheitliche Ideologie steht, zeigen sich globale Muster und Konvergenzen der Ideologeme – es ist jedoch nicht die Entwicklung einer neuen großen politischen Ideologie zu erkennen. Vielmehr zeigen sich Bruchlinien, die jedoch ihrerseits nicht mit den identifizierten Typen von Ausnahmeregimen korrelieren.
  - China wird von vielen Akteur\*innen der EU als Systemrivale und Quelle des neuen Autoritarismus identifiziert. Tatsächlich spielt der Einfluss Chinas eine zentrale Rolle in den politischen Umbrüchen, durch die sich der Autoritarismus ausbreitet. Dieser Einfluss wirkt sich jedoch nicht unmittelbar aus, sondern vermittelt über innere Faktoren (Poulantzas 1974), und führt – neben der Entstehung autoritärer Ausnahmeregime – in einzelnen Fällen auch zu einer zyklischen Erneuerung von Demokratie. Unabhängig von der jeweiligen Entwicklung in einzelnen Ländern spielt China eine maßgebliche globale Rolle bei der Entwicklung und Verbreitung von Überwachungstechnologie.
- Die unterschiedlichen Entstehungspfade von Ausnahmeregimen stellen ein schwieriges Problem für die Frage nach der politischen Gegenstrategie, nach möglichen Bündnispartner\*innen und Interventionen dar. Ebenso erfordern die globalen Dynamiken, die den Autoritarismus befeuern – der Einfluss Chinas, die digitalen Medien, die sozial-ökologische Transformation –, neue demokratische Handlungsformen. Die gegenwärtige multiple und existenzielle Krise verlangt mehr als nur eine zyklische Erneuerung der politischen Form der liberalen Demokratie. Vielmehr ist eine Transformation der Demokratie (Demirović 2016) nötig, die jedoch nur in globalem Maßstab erreicht werden kann.

<sup>1</sup> In dieser Studie wird der Begriff *Süden* oder *globaler Süden* für Länder außerhalb der OECD-Welt benutzt. *Peripherie*, *Semiperipherie*, *Entwicklungsländer*, *least developed countries* und andere Begriffskonzepte werden herangezogen, wenn eine bestimmte Theorie angesprochen ist, die diese Diktion nahelegen.

## 1 EINLEITUNG

Regierungen weltweit agieren immer autoritärer. In Frankreich kam es beispielsweise gegenüber den Protesten der Gelbwesten zu massiven Übergriffen der Polizei. In Deutschland wird über neue Polizeigesetze die Kompetenz der Sicherheitskräfte massiv ausgedehnt. In Ägypten ist Polizeigewalt endemisch und Teil der Absicherung der Herrschaft von Präsident El Sisi. Auf den Philippinen sind paramilitärische Gruppen, die von der Regierung Duterte gestützt werden, für außergerichtliche Tötungen von über 20.000 angeblichen Drogendealer\*innen verantwortlich und haben ein Regime der Angst und der allgegenwärtigen Gewalt geschaffen. Die Einschüchterungskampagnen machen auch vor Grenzen nicht halt: Weltweit verüben Geheimdienste Mordanschläge auf Oppositionelle, die ins Exil geflohen sind, wie im Fall des russischen Ex-Doppelagenten Skripal in Salisbury, des saudi-arabischen Journalisten Khashoggi in Istanbul oder der thailändischen Exilant\*innen, die in Laos entführt und ermordet wurden. Die politischen Morde etwa bei Khashoggi oder dem italienischen Studenten Giulio Regeni in Ägypten zeichnen sich durch eine besonders spektakuläre Grausamkeit aus und sind in dieser Hinsicht mit den Bildern von Hinrichtungen des IS vergleichbar.

Es lässt sich zudem weltweit eine Verrohung der politischen Kommunikation feststellen. Ganze Gruppen von Menschen werden in öffentlichen Diskursen und sozialen Medien entmenschlicht: Dass beispielsweise 2017 in Myanmar Rohingya «mit Völkermord-Absicht» verfolgt und über 730.000 von ihnen vertrieben wurden, wurde auf sozialen Medien in Burma/Myanmar<sup>2</sup> bejubelt (McPherson 2019). Das Skandieren der Parole «Absaufen» durch AfD-Anhänger\*innen in Bezug auf Geflüchtete im Mittelmeer ist ebenso Ausdruck einer Sprache der Entmenschlichung.

Die verschiedenen Formen der Einschüchterung treffen vielfach Journalist\*innen, die weltweit zunehmend an ihrer Arbeit gehindert oder getötet werden (Waterson 2018). Das juristische System wird in vielen Ländern immer öfter und offener für politische Zwecke eingesetzt, um Exempel zu statuieren: In Deutschland haben die Urteile gegen eine Umweltaktivistin im Hambacher Forst (Müllender 2019), die Urteile gegen Aktivist\*innen der G20-Proteste in Hamburg und die Verfolgung der Künstlergruppe Zentrum für politische Schönheit Aufsehen erregt (Prantl 2019). Die Entwicklungen um die rechte Terrororganisation NSU und die Vorgänge um die Drohbriefe des sogenannten NSU 2.0 an eine Frankfurter Anwältin und Vertreterin der Nebenklage im NSU-Prozess, bei denen hessische Polizisten involviert waren, haben darüber hinaus eine Unterwanderung der Sicherheitsapparate offenbart. In anderen Ländern sind solche Entwicklungen schon weiter fortgeschritten: Rechtsbeugung und politische Rechtsprechung ist etwa in Thailand seit 2006 an der Tagesordnung – dort hat das juristische System seine

Glaubwürdigkeit bereits weitgehend eingebüßt (He-wison 2014). Ähnliche Tendenzen lassen sich in der Türkei und in Russland beobachten.

Auffällig ist auch der starke Einfluss des Militärs weltweit. In einigen Ländern ist es direkt an der Macht, wie in Thailand und Ägypten. In anderen wie in Myanmar kontrolliert es große Teile des politischen Apparats. In Brasilien ist es unter Präsident Bolsonaro als politischer Faktor wieder erstarkt (Weiss 2019). Und in Russland wird die Gesellschaft durch militärische Jugendorganisationen, allen voran die sogenannte Jugendarmee, weiter militarisiert (Katzenberger 2019). Hinter diesen Prozessen steht die wirtschaftliche Expansion des militärisch-industriellen Sektors, die durch eine neue Runde von weltweiter Aufrüstung und den zunehmend freien Verkauf von Waffen an Privatpersonen befeuert wird.

Diese zunehmende Bedeutung spiegelt sich auch popkulturell in Filmen oder Computerspielen, in denen vermehrt militärische Schlachten eine zentrale Rolle spielen.

Die autoritäre Regierungsführung schlug in zahlreichen Ländern bereits in sogenannte Ausnahmeregime um, in denen fundamentale demokratische Routinen komplett abgeschafft wurden. So wird in Thailand nur noch ein Teil der Legislative gewählt. Hier wie in der Türkei werden Wahlen, die nicht den autoritären Machthaber bestätigen, für ungültig erklärt.<sup>3</sup>

Mahnungen wegen zunehmend eingeschränkter demokratischer Handlungsspielräume waren lange Zeit ein Nischenthema von spezialisierten Thinktanks oder NGOs, die im entwicklungspolitischen Kontext arbeiten. Erst seit 2016 – seit dem Brexit-Votum und der Wahl von US-Präsident Donald Trump – ist das Phänomen des neuen Autoritarismus oder globalen Autoritarismus<sup>4</sup> mit Wucht in der zeitdiagnostischen und auch politikwissenschaftlichen Diskussion angekommen. Seither konnten bei beinahe jeder Wahl in Europa rechte Parteien substanzielle Zugewinne verzeichnen und in vielen Fällen in die Regierung eintreten.<sup>5</sup> Die Po-

<sup>2</sup> Bis etwa 2012 war die Verwendung der Namen Myanmar, Burma oder Birma politisch stark aufgeladen. Mittlerweile werden die Landesnamen weitgehend synonym verwendet. <sup>3</sup> Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Wahl des Bürgermeisters von Istanbul eine Trendwende markiert. Auch hier hatte die AKP das Wahlergebnis für ungültig erklären lassen, die Nachwahl jedoch erneut verloren. <sup>4</sup> *Neuer Autoritarismus* oder *globaler Autoritarismus* wird zunächst als Platzhalter verwendet. Die Frage, inwieweit sich die global sichtbaren Tendenzen der Entdemokratisierung mit einem einzigen Konzept beschreiben lassen, ist das zentrale Thema dieser Studie. <sup>5</sup> Der Ausgang der französischen Präsidentschaftswahl 2017, in der Emmanuel Macron gegen Marine Le Pen gewann, und die Wahl von Zuzana Čaputová als Präsidentin der Slowakei 2019 bilden Ausnahmen, die als solche auch diskutiert wurden. Insbesondere bei der Wahl von Macron wurde seinerzeit kommentiert, dass vor dem Hintergrund des knappen Ergebnisses sein politisches Programm der neoliberalen Reform des Arbeitsmarkts einen politischen Prozess vorantreiben würde, der bei der nächsten Wahl Marine Le Pen ins Amt bringen könnte. Vor dem Hintergrund der Gelbwestenproteste, die sich dezidiert gegen Macron und seine Politik richteten, muss diese Einschätzung sicherlich neu überdacht werden. Tatsächlich versuchen der Front National und andere Akteure (Russia Today) sie zu vereinnahmen, wohingegen bürgerliche Medien sie als rechte Bewegung diskreditieren. Didier Eribon, Édouard Louis, Geoffroy de Lagasnerie und andere Intellektuelle sehen in den Gelbwesten einen Aufstand der marginalisierten Arbeiter\*innen, mit dem es sich – trotz partieller xenophober und homophober Ausfälle – zu solidarisieren gilt (Binswanger/Lehr 2019).

litik dieser Regierungen, sowie die Politik der autoritär regierten Nachbarn der EU, Türkei und Russland, bestimmt mittlerweile weitgehend die Agenda in Europa.

### 1.1 AUTORITARISMUS IM SÜDEN

Im sogenannten Süden sind die Umbrüche nicht weniger dramatisch und schon seit mehreren Jahren beobachtbar. In der arabischen Welt setzte nach dem demokratischen Aufbruch des Arabischen Frühlings eine umfassende Gegenbewegung zu autoritären Regierungen ein. Hier ist vor allem die Entwicklung in Ägypten seit dem Putsch von 2013 zu nennen, das neben Tunesien ein Kernland des Arabischen Frühlings darstellte. Diese Tendenz hat jedoch auch alle anderen Länder der Region erfasst. In Südostasien markiert die Etablierung einer Militärdiktatur in Thailand 2014 und die Wahl von Rodrigo Duterte auf den Philippinen 2016 die Entstehung autoritärer Regierungen unterschiedlichen Charakters, in einer Region, die seit den 1980er Jahren eigentlich für ihre demokratischen Fortschritte bekannt war. Mit den ethnischen Säuberungen in Myanmar 2017 scheint auch der jüngste Demokratisierungsprozess in der Region zum Stillstand gekommen zu sein. In Lateinamerika waren in den 2000er Jahren die Linkswende in vielen Ländern des Kontinents und die demokratischen Projekte des *nuevo constitucionalismo* zu wichtigen Referenzpunkten globaler emanzipatorischer Bewegungen geworden. Aber auch hier setzte eine umfassende Gegenbewegung ein, die mit der Wahl von Präsident Jair Bolsonaro Ende 2018 in Brasilien einen dramatischen Höhepunkt erreicht hat. Die politische Situation in vielen Ländern Afrikas südlich der Sahara wird im Schatten dieser globalen Entwicklungen oft nicht wahrgenommen. Auch hier zeichnet sich jedoch eine Tendenz zum Autoritarismus ab, zum Beispiel in den Regierungen Äthiopiens<sup>6</sup> oder Ruandas oder in zahlreichen Verfassungskrisen im Zusammenhang mit Wahlen in anderen afrikanischen Ländern.

In Europa sind viele derartige Prozesse bereits seit Langem sichtbar, so beispielsweise der Aufstieg der Fidesz-Partei unter Viktor Orbán in Ungarn, der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) in Polen, der Freiheitlichen (FPÖ) in Österreich, des Front National in Frankreich oder der Regionalparteien Lega Nord und Vlaams Belang in Italien und Belgien. Diese Tendenzen werden seit Langem beforscht – sie werden jedoch oft als landes- oder regionalspezifisches Problem mittel- und osteuropäischer Länder wahrgenommen und mit dem Nachwirken autoritärer Strukturen der sozialistischen Einparteiensysteme oder mit unvollkommenen Transformationsprozessen erklärt. Oder sie wurden – im Fall von Frankreich, Italien und Belgien – als Symptome der Ermüdung etablierter demokratischer Systeme diskutiert.

Seit der Wahl von Donald Trump in den USA und dem Brexit-Votum wird der sich ausbreitende Autoritarismus jedoch verstärkt als ein die Einzelstaaten übergreifender Trend diskutiert, für den sich das Konzept

*autoritärer Populismus* beginnt durchzusetzen. Alex Demirović (2018a) entwickelt es anhand von Beispielen in Europa und den USA. Zürn (2018) zitiert das Diktum «Ein Gespenst geht um in der Welt – das Gespenst des autoritären Populismus», um zu erfassen, dass es sich um eine Tendenz handelt, die über einzelne Staaten hinausweist. Ein zweiter Strang von Literatur rankt sich um den Begriff *autoritärer Neoliberalismus*. Hier sind vor allem die Forschungen von Ian Bruff (2014), Sammelbände von Cemal Burak Tansel (2017) und Zeitschriftenbeiträge von Adam Fabry und Sune Sandbeck (2019) zu nennen.

Methodisch gehen die meisten dieser Texte von den Entwicklungen eines bestimmten Landes – meist eines OECD-Landes – aus und verweisen auf Parallelen in anderen (OECD-)Ländern.<sup>7</sup> So werden zum Beispiel Arbeiten von Didier Eribon (2016) zu Frankreich als Hinweis zum Verständnis der Verhältnisse in Deutschland oder im Rust Belt der USA gelesen. Ebenso werden Sozialstrukturanalysen zwischen OECD-Ländern vergleichend herangezogen. Durch dieses Vorgehen bleiben viele Analysen jedoch einem methodischen Nationalismus verhaftet, denn sie konzentrieren sich auf die OECD-Welt, innerhalb derer sich gerade eine Debatte zum Autoritarismus verdichtet, die mit untereinander anschlussfähigen Konzepten operiert. Entwicklungen außerhalb der OECD-Welt werden dagegen als Prozesse wahrgenommen, die von anderen Dynamiken bestimmt sind und mit den Entwicklungen in den OECD-Kernländern wenig oder nicht vergleichbar sind. Das gilt für arabische Länder wie Ägypten, die nach dem Arabischen Frühling in autoritäre Strukturen «zurückgefallen» sind (kritisch hierzu Hanieh 2016), für viele Länder Asiens, die wie China durchgehend autoritär regiert wurden, und auch für Beispiele wie Indien, Thailand sowie die Philippinen, in denen zeitweise konsolidierte demokratische Systeme eine autoritäre Wende genommen haben.

Durch diese methodologische Herangehensweise und durch den regionalen Fokus wird die Analyse des neuen Autoritarismus in zweifacher Hinsicht verkürzt. Zum einen kann das Phänomen in seinem globalen Umfang nicht erfasst werden, wenn nur ein bestimmter Ausschnitt des Befundes betrachtet wird. Zum anderen leidet auch die Analyse dieses regionalen Ausschnitts der OECD-Welt selbst, wenn transnationale Vernetzungen und Bezüge nicht hinreichend berücksichtigt werden.

<sup>6</sup> Der Prozess bleibt umkämpft und gerade in Äthiopien entfaltet sich unter Ministerpräsident Abiy Ahmed eine Entwicklung der Demokratisierung (Signer 2018). <sup>7</sup> Ausnahmen stellen Zeitschriftenbände dar, die zum Teil auf Konferenzen hervorgegangen sind und versuchen, die jeweiligen Konzepte auf einer breiteren Grundlage zu diskutieren, die auch Länderbeispiele außerhalb der OECD mit einbeziehen. Hier ist vor allem Band 46, Nummer 3 des *Journal of Peasant Studies* von 2019 zu nennen, in dem das Konzept *autoritärer Populismus* diskutiert wird. *Autoritärer Neoliberalismus* wird in Tansel (2017) sowie in Band 16, Nummer 3 der Zeitschrift *Globalizations* (Bruff/Tansel 2019) auf einer breiteren empirischen Basis verhandelt.

## 1.2 FRAGESTELLUNGEN UND VORGEHEN

Vor dem Hintergrund der skizzierten globalen Phänomene, der volatilen politischen Situation in einzelnen Ländern, der unübersichtlichen Forschungslandschaft und der inkohärenten Terminologie soll die vorliegende Studie zu «Globalisierung des Autoritarismus – Aspekte der weltweiten Krise der Demokratie» folgende Fragestellungen behandeln:

- Gibt es verbindende Elemente des sich gegenwärtig ausbreitenden Autoritarismus in verschiedenen Ländern? Gibt es einen geeigneten gemeinsamen Begriff zur Beschreibung dieser Entwicklungen?
- Gibt es gemeinsame Ursachen dieser rechtspopulistischen Entwicklungen in den verschiedenen Ländern?
- Gibt es Ansätze der Vernetzung oder sogar einer gemeinsamen Strategie globaler rechtspopulistischer Strukturen?

Die Studie beginnt mit einer Bestandsaufnahme unterschiedlicher Phänomene des globalen Autoritarismus und reflektiert Probleme, die mit der Betrachtung aus einer globalen Perspektive zusammenhängen. In einem weiteren Schritt werden überblicksartig zentrale Begriffe und Konzepte eingeführt: Woher kommen die Begriffe, die wir heute verwenden? Welchen Bedeutungshorizont transportieren sie? In welchen politischen und weltanschaulichen Kontext sind sie eingebettet?

Anschließend werden einschlägige Theorien vorgestellt: Welche Theorien liegen vor, die die Konjunkturen der Demokratie erklären? Wie verhalten sich die Theorien zueinander? Welche kritisch-materialistischen Theorien liegen vor? Zentral sind hier die Konzepte der *Zyklen der Demokratie* von Demirović (2013, 2016) und Buckel (2017) und die von Demirović (2018a) und Candeias (2016, 2018) erarbeiteten Konzepte des *autoritären Populismus*<sup>8</sup> oder *Rechtspopulismus*.

In einem empirischen Teil werden diese begrifflichen und theoretischen Vorüberlegungen in zwei Schritten überprüft. Im ersten Schritt werden anhand der Entwicklung in einzelnen Ländern – Ungarn, Philippinen, Thailand, Türkei und Ägypten – Muster der Entstehung und Vertiefung von Autoritarismus außerhalb Westeuropas und Nordamerikas diskutiert. Hierbei steht die Identifizierung und Analyse einer spezifischen Dynamik im Vordergrund: dem Antagonismus zwischen einem *autoritären Populismus* und einem *autoritären Konstitutionalismus*.

Auf diesen ersten Schritt, in dem ein Vergleich zwischen Prozessen auf nationalstaatlicher Ebene im Vordergrund steht, wird in einem zweiten Schritt die Frage diskutiert, wie die Gleichzeitigkeit und die Parallelität der einzelnen Entwicklungen erklärt werden

kann. Wie ist die auf nationalstaatlicher Ebene beobachtbare Dynamik in globale Zusammenhänge eingebettet? Was ist die soziale Basis des neuen Autoritarismus und wie lässt sich diese Basis über das Konzept der *Imperialen Lebensweise* (Brand/Wissen 2017) oder eine *Klassenanalyse* in einer globalen Perspektive erfassen? Welche politische Ideologie steht hinter dem neuen Autoritarismus? Ist der globale Autoritarismus das Ergebnis eines systematischen Exports aus China? Und hängt der Autoritarismus mit dem Übergang von einem durch die USA dominierten Weltsystem (Pax Americana) zu einem chinesisch dominierten System (Pax Sinica) zusammen? Diese Fragen werden vor dem Hintergrund der Weltsystemtheorie und einzelner Arbeiten von Nicos Poulantzas an den Beispielen Ecuadors, Thailands, Ungarns und Äthiopiens diskutiert.

Eine Studie, die sich anschickt, die globale Ausbreitung des Autoritarismus zu untersuchen, bleibt notwendigerweise unvollständig. Die hier gewählte Vorgehensweise und die Auswahl der Länder folgen der Logik, Muster der Entstehung und Vertiefung von Autoritarismus in den Blick zu nehmen, vor dem Hintergrund der Herausforderungen politischer Arbeit und strategischer Kooperationen. Das heißt, es liegt ein Fokus auf Akteurskonstellationen und der allgemeinen Dynamik von Konflikten. Zwei Fragenkomplexe treten dabei in den Hintergrund, auch wenn diese für die Analyse zentral wären:

1) Die Frage nach dem Charakter der gegenwärtigen historischen Phase des globalen Kapitalismus, insbesondere die Frage nach dem aktuellen Stand der Vielfachkrise, die sich seit 2008 entfaltet, vertieft und als Verschränkung mehrerer Krisen analysiert wird. An unterschiedlichen Stellen wird zwar auf diesbezügliche neuere Prozesse eingegangen. Eine detaillierte Analyse des aktuellen Standes der kapitalistischen Entwicklung und der globalen politischen Ökonomie kann hier aber nicht geleistet werden.

2) Ebenfalls zu kurz kommt die genaue Darstellung einzelner Akteure, die in mehreren Ländern gleichzeitig hervortreten und daher auch aus globaler Sicht eine aktive Rolle bei der Ausbreitung des Autoritarismus spielen – so zum Beispiel das Militär, neoliberale Thinktanks und Netzwerke, religiöse Gemeinschaften oder antifeministische, anti-LGBTIQ\*-Netzwerke. Diese Akteure werden zwar in den Konstellationen innerhalb der betrachteten Ländern angesprochen – sie werden jedoch nicht eingehend bezüglich ihrer Herkunft, ihrer Geschichte, ihrer inneren Organisationsstrukturen oder ihren ökonomischen Interessen als globale Akteure analysiert.

<sup>8</sup> Der Begriff geht auf Stuart Hall und eine Debatte zum Thatcherismus der 1980er Jahre zurück (Hall 2014; Jessop et al. 1984).

## 2 VORÜBERLEGUNGEN

### 2.1 DER GLOBALE BEFUND

Der jährlich erscheinende Demokratie-Index von Freedom House dokumentiert, dass seit 13 Jahren in Folge die Anzahl der Länder, in denen das Demokratie-niveau abnimmt, größer ist als die derjenigen, deren Demokratie-niveau zunimmt (Freedom House 2018 a). Das ist ein dramatischer Befund, wenn man bedenkt, dass sich seit den 1990er Jahren die meisten politischen Systeme weltweit geöffnet und ein bis dahin unbekanntes Niveau an Rechten, Rechtsstaatlichkeit und politischer Teilhabe ermöglicht hatten. Allem voran ist die Durchsetzung von politischen Rechten in den sozialistischen Ländern zu nennen, aber auch die Demokratisierungsprozesse in den kapitalistischen Entwicklungsdiktaturen.

Die Aussagekraft von Indices wie dem erwähnten Freedom House-Index ist beschränkt; das problematische zugrunde liegende (neo-)liberale Demokratieverständnis, das Ausblenden ökonomischer Fragen, die Klassifizierung von vielen Strategien staatlicher Regulierung als «illiberal» und andere Aspekte sind hinreichend diskutiert. Trotz dieser Beschränkungen ist hier jedoch eine Tendenz zu erkennen, die auch von anderer Seite – aus der Sicht von NGOs und Praktiker\*innen der Entwicklungszusammenarbeit – bestätigt wird: *Shrinking Spaces* ist das Schlagwort, mit dem Institutionen und Organisationen an die Öffentlichkeit getreten sind und den Befund benennen, dass sie in vielen Ländern kaum mehr Projekte umsetzen können, weil sie keine lokalen Kooperationspartner\*innen finden (Forum Menschenrechte et al. 2016). Die Verallgemeinerung eher punktueller Erfahrungen von Praktiker\*innen in Politik und Entwicklungszusammenarbeit ist ebenso unzulänglich wie die Vorgehensweise der Demokratie-Indices. Beide Debatten lassen jedoch aus sehr unterschiedlichen Perspektiven den globalen Charakter des neuen Autoritarismus aufscheinen.

Es ist deshalb wichtig zu betonen, dass sich die Tendenz eines zunehmenden Autoritarismus weltweit und vor allem auch im globalen Süden abzeichnet, weil dieser Befund nicht unumstritten ist.

1) Politische Aktivist\*innen und Akademiker\*innen aus dem Süden werfen angesichts der mittlerweile ubiquitären Debatten zu Autoritarismus in Europa den europäischen Partner\*innen zum Teil Alarmismus und Selbstzentriertheit vor. Autoritarismus – so die «nüchternere» Einschätzung aus ihrer Perspektive – habe es im Süden schon immer gegeben und sei dort die Regel. Erst jetzt, da autoritäre Tendenzen sich auch in Europa ausbreiteten, seien die Europäer\*innen aufgeschreckt.<sup>9</sup> Diese Einschätzung zeichnete sich etwa in Debatten zwischen Aktivist\*innen und Akademiker\*innen im Rahmen der Vorbereitungen zum Asia Europe People's Forum (AEPF), innerhalb des attac-Netzwerks und bei anderen Gelegenheiten ab. Nachzulesen ist dies auch in einem Positionspapier

des Transnational Institute, das aus einer längeren globalen Diskussion zwischen Aktivist\*innen im Zeitraum zwischen Juni 2016 und Sommer 2017 hervorgegangen ist (Transnational Institute 2017). Die Arbeiten von Walden Bello (2018) zu Faschismus implizieren eine ähnliche Position. Faschismus – so Bello – war in den Ländern des Südens immer eine Option, prägte sich in Indonesien 1964/65, in Chile 1973, in Thailand 1976 und heute auf den Philippinen aus – unabhängig von globalen Konjunkturen. Gegen diese Positionen wenden sich wiederum neuere Aufrufe, wie die des Asia Europe People's Forum – Nepal Declaration (2019), die von einer globalen und durchaus neuen Entwicklung sprechen. Diese unterschiedlichen Einschätzungen spiegeln ein generelles Problem der sozialwissenschaftlichen Forschung wider, die oft zwischen den beiden Positionen oszilliert, ein Phänomen entweder als völlig neu oder als Manifestation des immer Gleichen zu sehen (Bourdieu 1998). So existieren auch bezüglich des globalen Nordens Arbeiten, die für die jetzige Konjunktur der Autoritarismus eher eine Kontinuität in den Vordergrund stellen, wie die historischen Arbeiten von Norbert Frei et al. (2019).

2) Die Sicht von Aktivist\*innen aus dem Süden, dass Autoritarismus hier eher die Regel als eine neue Erscheinung ist, trifft sich mit Arbeiten von (etablierten) Politik- und Regionalwissenschaftler\*innen im Norden, die in vielen Ländern im Süden eine kultur- oder religionsbedingte oder historisch-institutionelle Neigung zum Autoritarismus erkennen. So wird zum Beispiel die durchgängige, nach der Niederschlagung der Tiananmen-Proteste unangefochtene Herrschaft der Kommunistischen Partei in China als Konstante spezifisch chinesischer Politik gesehen. Ebenso wird nach dem Aufbruch des Arabischen Frühlings die Rückkehr der autoritären Regime in der arabischen Welt als *Backlash* – als ein «Zurück zum gewohnten Zustand» – betrachtet.

3) Auch kritisch-materialistische Theorien des Staats im Süden kommen zu ähnlichen Einschätzungen, wenngleich aus anderen Gründen: Wegen der strukturellen Heterogenität und budgetärer Beschränkungen sei es in den Ländern des Südens nie möglich gewesen, stabile, hegemoniale Staatsprojekte (in Anlehnung zum Fordismus des Nordens) zu etablieren. Folglich sei Politik hier immer mit vergleichsweise mehr Zwang durchgesetzt worden (Becker 2008).

4) Die globale Dimension des neuen Autoritarismus zu erfassen wird dadurch erschwert, dass wir es in

<sup>9</sup> Eine ähnliche Gedankenfigur war von Aktivist\*innen aus dem Süden zu Beginn der 2000er Jahre im Zusammenhang der schnell wachsenden globalisierungskritischen Bewegung zu vernehmen: Als die Kritik an Neoliberalismus, Privatisierung und Deregulierung über Nacht zum zentralen Thema sozialer Bewegungen im Norden wurde, gaben Aktivist\*innen aus dem Süden zu bedenken, dass diese Politiken in Form von *Structural Adjustment* und Konditionalitäten von Krediten im Süden schon seit den 1980er Jahren bekannt seien und bekämpft würden.

den jeweiligen Ländern und Regionen mit sehr unterschiedlichen Prozessen zu tun haben. Rodrigo Duterte ist auf den Philippinen 2016 durch eine Wahl an die Macht gekommen. Trotzdem seither über 20.000 Menschen in außergerichtlichen Tötungen von paramilitärischen, staatlich unterstützten Gruppen umgebracht wurden, erfreut er sich einer konstanten Zustimmungsrates von über 85 Prozent. Getragen von dieser Popularität geht Duterte unter anderem gegen die Menschenrechtskommission und andere Institutionen der Justiz vor, die die Menschenrechtsverletzungen seiner Politik anklagen.

In Thailand wiederum kam die jetzige Militärregierung durch einen Putsch an die Macht. Wahlen wurden zunächst immer wieder verschoben und schließlich unter massiven Einschränkungen abgehalten, weil die royalistisch-konservative Elite, die hinter dieser Regierung steht, keine Mehrheit in der Bevölkerung hat. Zur Machtsicherung bedient sich die Regierung der juristischen Staatsapparate – vor allem des Verfassungsgerichts, der Antikorruptionskommission und auch der Menschenrechtskommission.

Beide Machthaber, Ex-General Prayuth in Thailand und Rodrigo Duterte auf den Philippinen, fallen durch frauenfeindliche, antiliberalen, antiwestliche Reden auf und stehen in einer Reihe mit anderen autoritären Regierungschefs weltweit. Sie bedienen sich zu ihrer Machtsicherung jedoch komplett unterschiedlicher Strategien und Institutionen.

Hier zeichnet sich bereits ab, dass der Begriff *globaler Autoritarismus* nicht als homogenes analytisches Konzept für alle Spielarten autoritärer Regierungen etabliert werden kann.

5) Bei dem Versuch, einen weltweiten aktuellen Trend zu erfassen, stellen sich darüber hinaus Probleme auf einer erkenntnistheoretischen Ebene. Wir tendieren dazu zu denken, die Gegenwart sei viel komplexer als die Vergangenheit. Aus der historischen Distanz zeichnen sich für die 1930er Jahre in Europa vermeintlich klare Entwicklungslinien ab: Nach der Weltwirtschaftskrise kippten die Länder in autoritäre politische Regime um und der Faschismus breitete sich aus. Die Situation heute erfahren wir hingegen gewöhnlich als komplex und undurchsichtig. Darüber hinaus sind wir geneigt, die Situation in Ländern, die wir gut kennen, als besonders vielschichtig und einzigartig anzusehen. Oft fühlen wir uns berufen – vor allem, um Ländern des globalen Südens gerecht zu werden – das Spezifische eines Landes oder einer Entwicklung in den Vordergrund zu stellen und gegen eine zu starke Verallgemeinerung und Verkürzung zu argumentieren. Das heißt, wir sind gewohnt, eine Komplexitätserhöhung einzufordern. Außerdem sind wir geneigt, Entwicklungen in einem Land, in dem wir uns aufhalten, als weniger dramatisch anzusehen als Beobachter\*innen von außen. Schließlich sind wir getragen von einem funktionierenden Alltag und schleichende Veränderungen sind schwer in ihrer Tragweite einzuschätzen. Die Situation lässt sich mit dem oft zi-

tierten Bild des Froschs im sich langsam aufheizenden Wasserglas beschreiben. In China wird in den Medien das Bild vermittelt, Europa versinke gerade in bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Wir selbst haben das Gefühl, auf einer Insel der Stabilität und Sicherheit zu wohnen. Umgekehrt sehen wir China auf dem Weg in einen totalitären Überwachungsstaat, was wiederum für viele Chines\*innen nicht nachvollziehbar ist. Es ist daher schwer, auf der Grundlage von subjektiven Eindrücken vor Ort eine nüchterne und realistische Einschätzung zu gewinnen.

## 2.2 METHODOLOGISCHE ÜBERLEGUNGEN

Für die Einschätzung, dass es sich beim neuen Autoritarismus um eine globale Tendenz handelt, spricht der erwähnte Demokratie-Index und die Erfahrung von Praktiker\*innen der Entwicklungszusammenarbeit: Der globale Charakter des neuen Autoritarismus ist gerade darin zu erkennen, dass auch in durchgehend autoritären Staaten das «Niveau» von Autoritarismus zugenommen hat. In China, Laos, Vietnam hat sich die Lage der politischen Rechte und der Menschenrechte allgemein merklich verschlechtert. Es zeichnet sich ab, dass die Entwicklung in Ägypten nicht einfach eine Rückkehr zu einem ähnlichen Regime wie dem von Ex-Präsidenten Hosni Mubarak ist, sondern einen eigenen, neuen Charakter hat. Ebenso ist die Etablierung autoritärer Regime in Thailand und auf den Philippinen nicht einfach eine Rückkehr der alten Militär- oder Entwicklungsdiktaturen (Einzenberger/Schaffar 2018).

Eine Analyse des globalen neuen Autoritarismus muss auch diese Befunde berücksichtigen. Das theoretische und methodologische Instrumentarium für eine solche Untersuchung steht noch nicht zur Verfügung. Die globalhistorische Perspektive in der Geschichtswissenschaft ist relativ jung und ringt damit, wie die Synchronität bestimmter Entwicklungen über Länder- und Kontinentalgrenzen hinweg erklärt werden kann (Lieberman 2007, 2009). Die Weltsystemtheorie fokussiert auf wirtschaftliche Entwicklungen und eine materialistisch-kritische globale Regimetheorie mit *longue durée*-Perspektive fehlt weitgehend.

Diese mangelnde Analyse und Methodologie spiegelt sich in der Zersplitterung der Forschungslandschaft und in den in der Literatur vorgeschlagenen Konzepten: *Autoritärer Populismus* etabliert sich als Konzept, bestimmte Entwicklungen in Ländern der OECD-Welt auf nationalstaatlicher Ebene zu charakterisieren. In europäischen Ländern wie Ungarn, Polen, Dänemark, Tschechien, Österreich wird auf der nationalen Ebene oft von *Rechtspopulismus* gesprochen (Flecker/Hentges 2004; Butterwegge/Hentges 2008; Sauer 2017; Pajnik/Sauer 2018). Zentrale Akteure sind hier fremdenfeindliche Bewegungen und Parteien, die bei Wahlen hohen Zuspruch bekommen. Auf einer höheren Ebene – zum Beispiel auf der Ebene der Europäischen Union – wurde im Anschluss an das Konzept des *neuen Konstitutionalismus* (Gill 1998)

der Begriff *autoritärer Konstitutionalismus* (Oberndorfer 2012a, 2012b, 2012c; Candeias 2016) geprägt. Während mit letzterem Begriff die Tendenz als Radikalisierung des Neoliberalismus angesehen und zum Teil auch der Begriff *autoritärer Neoliberalismus* (Heitmeyer 2018; Bruff 2014) benutzt wird, ist – so soll hier argumentiert werden – die neoliberale Orientierung der autoritären Populist\*innen strittig. Innerhalb Europas werden daher zwei unterschiedliche Tendenzen als autoritär beschrieben: die zunehmend autoritär verteidigte neoliberale Politik auf europäischer Ebene und die zum Teil antineoliberale Politik der europakritischen Populist\*innen (für eine diesbezügliche Debatte und Zusammenführung vgl. Candeias 2016).

Daneben kursiert noch eine Vielzahl von weiteren Begriffen: Viktor Orbán hat den ursprünglich negativen Begriff *illiberale Demokratie* (Zakaria 1997) als Selbstbezeichnung affirmativ aufgegriffen und vertritt dieses Konzept offensiv nach außen als Ziel seiner Regierung (Heller 2017). Henry A. Giroux (2018) spannt, ausgehend von seiner Analyse der Regierung Trump, einen weiten Bogen, klassifiziert die illiberale Demokratie als Konvergenz von Neoliberalismus und Faschismus und spricht von *neoliberaler Faschismus*.

In anderen Weltregionen werden wiederum andere Konzepte diskutiert oder ähnliche Konzepte mit divergierenden Bedeutungen benutzt: Der Begriff *Populismus* etwa hat in den Amerikas – sowohl in Lateinamerika als auch in den USA – einen anderen, positiv aufgeladenen Bedeutungshorizont (Boos 2018, 2019). Hier stellt sich die Frage, inwieweit der in Europa entwickelte analytische Begriff *autoritärer Populismus* sinnvoll übertragen werden kann. In den Ländern der islamischen Welt tritt der neue Autoritarismus oft in Verbindung mit oder in Reaktion auf religiösen Fundamentalismus auf. Autoritarismus wird in vielen Ländern Asiens wiederum mit Entwicklungsdiktaturen in Verbindung gebracht, die sich entweder an den historischen Erfolgen der asiatischen Tigerstaaten orientieren oder das heutige China zum Vorbild haben.

Schließlich wurde seit der Wahl des Hindunationalisten Narendra Modi zum Premierminister in Indien im Jahr 2014, nach der Wahl von Donald Trump in den USA, nach rassistischen Aufmärschen in Charlottesville 2017 in den USA sowie verstärkt seit dem Amtsantritt von Rodrigo Duterte auf den Philippinen, der Etablierung der Militärdiktatur in Thailand und dem Aufstieg von Bolsonaro in Brasilien auch von Beispielen eines neuen *Faschismus* gesprochen (Kurbjuweit 2016; Bello 2018; Nowak 2018). Diese Analysen stützen sich auf sehr heterogene Symptome wie den Ausbruch von politischer Gewalt (Indien, Philippinen), demagogische und hasserfüllte politische Kommunikation (USA) oder die langfristige Abschaffung von demokratischen Institutionen zugunsten korporatistischer Organisation der Politik (Thailand).

Die hier aufgerufenen Konzepte werden nicht selten synonym verwendet. Auch wer dieser wenig trennscharfen Verwendungsweise kritisch gegenübersteht,

muss zur Kenntnis nehmen, dass die Begriffe in den aktuellen Debatten auf demselben diskursiven Feld operieren. Angesichts der Fülle von Begriffen und Ansätzen kann es für die vorliegende Studie nicht darauf ankommen, einzelne Konzepte und Debatten genau zu rekonstruieren. Vielmehr muss es darum gehen, größere Debattenstränge danach zu charakterisieren, welche Annahmen sie zugrunde legen, welche politischen Positionierungen sie transportieren und welche Interventionsmöglichkeiten sie begründen.

## 2.3 BEGRIFFSGESCHICHTE

### 2.3.1 Autoritarismus

Das Konzept des Autoritarismus wurde maßgeblich geprägt während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg in der Auseinandersetzung mit dem Verfall der europäischen Demokratien und der Ausbreitung des Faschismus (Fromm 1936; Adorno et al. 1950; Arendt 1951). Den Beginn der empirischen Autoritarismusforschung markieren die Werke von Erich Fromm (1936) und Theodor W. Adorno et al. (1950), in denen Autoritarismus als sozialpsychologisches Konzept etabliert wird. Unter Bezug auf Erkenntnisse der Psychoanalyse wird erarbeitet, wie durch gewalttätige Erziehung, Abwesenheit der Eltern und andere Einflüsse, die typisch waren für die Generation, die nach dem Ersten Weltkrieg in Mitteleuropa aufwuchs, Persönlichkeitsstrukturen/psychische Dispositionen geprägt wurden, die die Gesellschaft anfällig für Rassismus, Antisemitismus machten und die Bereitschaft zur Unterwerfung unter einen Diktator und zur Anwendung von politischer Gewalt gegen Fremde entstehen ließ. In der Sozialpsychologie werden diese Ansätze und Weiterentwicklungen wie etwa von Bob Altemeyer (1981) unter dem Begriff eines *right-wing authoritarianism* bis heute benutzt und auch in jüngster Zeit herangezogen, um zum Beispiel die Unterstützung von Donald Trump in der amerikanischen Gesellschaft zu untersuchen oder vergleichende Studien zur Ausbreitung von rechtsgerichteten autoritären politischen Strömungen zu betreiben (Kimmelmeier 2015; Duckitt 2015; Choma/Hanoch 2017).

Seit den Arbeiten von Juan J. Linz hat sich das Konzept Autoritarismus auch im Feld der Regimelehre durchgesetzt (Linz 1975). Ähnlich wie die Staatsformen bei Aristoteles (Königtum – Aristokratie – Polis) oder Max Webers Typologie politischer Herrschaft, basierend auf dem Kriterium der Legitimität, unterscheidet Linz anhand des Kriteriums des Pluralismus Demokratie (unbegrenzter Pluralismus) von Autoritarismus (begrenzter Pluralismus) und Totalitarismus (völlige Gleichschaltung/kein Pluralismus). Diese Unterscheidungen sind bei Linz jedoch nicht als graduelle Abstufungen, sondern als Idealtypen im Weber'schen Sinn zu verstehen. Autoritarismus begreift er ausgehend von der Analyse Spaniens der Franco-Zeit als Regierungsform, in der traditionelle Institutionen wie die Familie, die Kirche und korporatistische Institutionen für die Ausübung von diktatorischer Herrschaft genutzt

werden. Das System wird durch eine politische Demobilisierung, durch ein Einfrieren der Gesellschaft stabilisiert. Totalitarismus sieht er jedoch nicht als Steigerung des Autoritarismus, sondern als qualitativ andersartige Herrschaftsform, bei der ein totaler Zugriff auf die Individuen gerade über die revolutionäre Auflösung traditioneller Institutionen und über eine Massenmobilisierung erfolgt. Als qualitativ anders wird auch die Demokratie konzeptualisiert, die ihrerseits durch Konstitutionalismus, durch die Garantie von Grundrechten und durch politischen Wettbewerb gekennzeichnet ist.

Die konkrete Art, wie im Autoritarismus Pluralismus eingeschränkt wird, und deren historische Verortung bilden für Linz' spätere Arbeiten die Grundlage, um zahlreiche Subtypen zu definieren – unter anderem «das bürokratisch-militärische Regime», «den organischen Staat», «das mobilisierende autoritäre Regime», «das postkoloniale autoritäre Mobilisierungsregime», «die Rassen- oder ethnischen Demokratien», «das unvollkommene und prätotalitäre Regime» sowie «das posttotalitäre Regime» (Maćków 2009). Vor dem Hintergrund der großen Vielfalt nicht-demokratischer und nicht-totalitärer Regime verabschiedet sich Linz später von der Idee, all diese Varianten unter einen Idealtypus des Autoritarismus fassen zu wollen.

Während Linz Autoritarismus als qualitativ anders und der Demokratie entgegengesetzt konzeptualisiert, begreifen materialistisch-kritische Ansätze Autoritarismus als eine Tendenz, die aus der liberalen Demokratie heraus entsteht (vgl. auch Deppe 2013). Nicos Poulantzas diagnostiziert autoritäre Tendenzen in den etablierten demokratischen Wohlfahrtsstaaten der 1970er Jahre und prägt hierfür den Begriff *autoritärer Etatismus*, den er durch fünf Kernelemente gekennzeichnet sieht: vermehrte und intensivere Klassenkonflikte; eine Machtverschiebung von der Legislative (Parlament) zur Exekutive; eine zunehmende Verschmelzung zwischen den Staatsgewalten; ein Funktionsverlust der Parteien; eine Verlagerung der politischen Prozesse in parallele Netzwerke und Institutionen (Kannankulam 2009: 223 f.; Kannankulam 2006). Auf der Ebene der Befunde weist Poulantzas' Arbeit Parallelen zu den vorher skizzierten auf. Er steht jedoch in einer Tradition kritischer Staatstheorie und sieht die autoritären Tendenzen in Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, die mit der Ölkrise 1973 beginne, zum Zusammenbruch der Bretton-Woods-Institutionen geführt habe und die westeuropäischen Wohlfahrtsysteme unter Druck setze.

Mithin erodierten die wohlfahrtsstaatlichen Arrangements, und den staatlichen Institutionen gelang es immer weniger, eine Vermittlerfunktion einzunehmen. So wurden den anwachsenden Protestbewegungen und Streiks immer häufiger mit repressiven Mitteln begegnet. *Autoritärer Etatismus* stellt laut Poulantzas eine neue Staatsform dar, die in Reaktion auf die Krise durch spezifische Klassenkonstellationen und politische Kämpfe entsteht. Diese Staatsform grenzt er von

Faschismus, Militärdiktatur und Bonapartismus ab, die er als Ausnahmestaaten bezeichnet.

Aktualisierungen der Staatstheorie von Poulantzas erkennen auch in den 1990er Jahren Elemente einer autoritären Krisenbearbeitung: So wird der autoritäre Charakter des Staates mehr und mehr in der Politik und den Institutionen zur Überwachung sichtbar, so zum Beispiel in der Überwachung des öffentlichen und vermehrt auch privaten Raums im Zuge der sogenannten Verbrechen- oder Terrorismusbekämpfung oder in der bürokratischen Kontrolle von Arbeitslosen im Zuge der Hartz-4-Gesetzgebung (Kannankulam 2006). Kanishka Jayasuriya (2018) diskutiert das Konzept am Beispiel ostasiatischer Länder wie Japan und Korea. Lukas Oberndorfer (2012a, 2012b, 2013), John Kannankulam (2016) und Mario Candeias (2016, 2017) leisten eine weitere Aktualisierung. Neben den autoritären Tendenzen auf der Ebene europäischer Nationalstaaten steht die Analyse der EU im Zentrum ihrer Arbeiten. Die europäische Integration wurde von Beginn an als bürokratisches und nicht als inklusives demokratisches Projekt vorangetrieben. Die spezifische Strategie, Integration über die sukzessive Weiterentwicklung von Verträgen zu erreichen, in denen neben weitreichenden individuellen Rechten und Antidiskriminierungsrichtlinien auch eine neoliberale Wirtschaftspolitik festgeschrieben und die Entscheidungskompetenz der nationalen Parlamente immer weiter zurückgedrängt wird, lassen die EU als Paradebeispiel eines neuen Konstitutionalismus (Gill 1998) erscheinen. Seit der Eurokrise verselbstständigt sich laut Oberndorfer und Candeias jedoch die Exekutive immer weiter und verlässt den legalen Rahmen der EU-Verträge – so im Fall der Stabilitätspakte, die über Notverordnungen durchgesetzt wurden und weitreichende Sanktionsmöglichkeiten vorsehen, wenn ein Land von der vorgeschriebenen Austeritätspolitik abweicht. Faktisch bedeuteten diese institutionellen Verschiebungen eine Aberkennung der Budgethoheit der nationalen Parlamente (ohne dass dem Europäischen Parlament eine solche Hoheit zugesprochen würde) und damit die Erosion einer zentralen Steuerungs- und Kontrollfunktion demokratischer Systeme. Besonders deutlich wurde der autoritäre Charakter in der EU-Politik gegenüber den südlichen Mitgliedstaaten Spanien, Portugal und Griechenland. So annullierte die Troika aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und EU-Kommission im Juli 2015 ein demokratisches Referendum, in dem sich die griechische Bevölkerung gegen die von der EU vorgeschriebene Politik ausgesprochen hatte (Candeias 2017). Darüber hinaus ist seit der Wirtschaftskrise 2008 die Tendenz sichtbar, an-schwellenden politischen Protesten mit vermehrter Polizeigewalt zu begegnen (gegen Occupy, beim G8-Gipfel in Heiligendamm und beim G20-Treffen in Hamburg sowie gegen die Gelbwesten in Frankreich). Oberndorfer erkennt hier einen neuen Charakter des Konstitutionalismus, den er – in Anlehnung an Poulantzas und unter Rückgriff auf die Aktualisierung durch Kannan-

kulam – als *autoritären Konstitutionalismus* bezeichnet.<sup>10</sup> Candeias (2017) greift den Begriff *autoritärer Neoliberalismus* auf, den auch Ian Bruff (2014) und Cemal Burak Tansel (2017) verwenden (vgl. auch Bruff/Tansel 2009). Andreas Fisahn und Kadriye Pile (2018) unterziehen diese neuen Arbeiten einer kritischen Analyse und beklagen, dass der Begriff des Autoritären unscharf sei und einer genaueren Definition bedürfe. Sie unterscheiden auf Grundlage der spezifischen rechtlichen und institutionellen Einschränkungen und den Strategien der Herrschaftssicherung alte und neue Formen autoritärer Staaten. Bei den neuen autoritären Staaten klassifizieren sie Ungarn und Polen als *autoritär halbierte Rechtsstaaten* und die heutige EU und die BRD nach 1980 nicht als autoritär, sondern als *libertäre Rechtsstaaten* und *marktkonforme Demokratie*. Fisahn/Pile (2018) weisen also die Bezeichnung autoritär für die von Oberndorfer, Kannankulam und Candeias angeführten Beispiele zurück.

### 2.3.2 Populismus

Das Konzept des Populismus zeichnet sich dadurch aus, dass es nicht nur analytisch, sondern auch als politischer Kampfbegriff verwendet wird (Boos 2018, 2019; Boos/Schaffar 2018), der – ähnlich dem Begriff Demagogie – die Vorstellung «eines/einer redege wandten (Ver-)Führers/Führerin transportiert, der/die die «dumpfe Volksmasse» mit «falschen Versprechen» für sich gewinnen kann» (Boos/Schaffar 2018). Mangels analytischer Schärfe wird laut Boos schon seit den 1980er Jahren gefordert, auf das Konzept zu verzichten. Seit den 2000er Jahren erfährt es durch den Aufstieg von Politiker\*innen wie Silvio Berlusconi (Italien), Joseph Estrada (Philippinen), Rodrigo Duterte (Philippinen), Thaksin Shinawatra (Thailand), Viktor Orbán (Ungarn) und Jair Bolsonaro (Brasilien) eine neue Aktualität und neue Aufmerksamkeit in wissenschaftlichen Debatten.

Ein Debattenstrang des Begriffs Populismus basiert auf Arbeiten der Entwicklungssoziologie, in deren Zentrum lateinamerikanische Länder stehen (Boos/Schaffar 2018). Die Grundidee ist, dass in einer bestimmten Entwicklungsphase – zu Beginn des 20. Jahrhunderts – die politischen Transformationen dort der ökonomischen Entwicklung hinterherhinken. Wirtschaftliche Modernisierung und Industrialisierung galoppierten voraus. Auf der Ebene der politischen Institutionen entwickelten sich jedoch nicht die erforderlichen Partizipationsmöglichkeiten, über die die neue urbane Arbeiterklasse ihre Forderungen hätte artikulieren können. An die Stelle der Repräsentation über formale demokratische Prozesse traten daher populistische Führer\*innen, die über eine emotionale Bindung die Massen in die politische Sphäre integrierten. Populismus erscheint in dieser Perspektive folglich als unterentwickelte und vormoderne/archaische Form der politischen Partizipation (Boos/Schaffar 2018). Wichtige Vertreter\*innen dieser Perspektive waren etwa Gino Germani (1978) oder Torcuato di Tella (1965),

die sich vor allem mit den Populisten in Argentinien (Peron), Brasilien (Vargas) und Mexiko (Cárdenas) beschäftigten.

Von diesen ökonomisch fundierten Ansätzen unterscheiden Tobias Boos und Wolfram Schaffar (2018) Arbeiten, die Populismus als idealtypisch charakterisierbares politisches System ansehen. Sie zitieren Weyland (2001: 14): «[P]opulism is best defined as a political strategy through which a personalistic leader seeks or exercises government power based on direct, unmediated, uninstitutionalized support from large numbers of mostly unorganized followers. This direct, quasi-personal relationship bypasses established intermediary organizations or deinstitutionalizes and subordinates them to the leader's personal will.»

In jüngeren Arbeiten wird versucht, Populismus als politische Ideologie zu verstehen. Boos und Schaffar (2018) fassen unter diesen Ansätzen zum Beispiel die Arbeiten von Cas Mudde (2004, 2012, 2017), Christóbal Rovira Kaltwasser (2012, 2017) und Kirk Hawkins et al. (2017), in denen der ideologische Gehalt des Populismus als «thin-centered ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic camps, «the pure people» versus «the corrupt elite», and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people» (Mudde/Kaltwasser 2017: 6) begriffen wird. Boos und Schaffar (2018) weisen darauf hin, dass mit «thin-centered» eine Fluidität der Ideologie angesprochen wird, bei der um einen ideologischen Kern von *people*, *elite* und *general will* (Mudde/Kaltwasser 2017: 9–19) je nach Fall andere ideologische Elemente verknüpft werden. Diese Ansätze dienen unter anderem als Grundlage für groß angelegte Forschungsprojekte, in denen länder- und kontinentübergreifende vergleichende Studien vorgenommen werden (Kaltwasser 2012). Im Norden sind Studien zu Populismus meist im Bereich der Forschung zu Rechtspopulismus oder Rechtsextremismus angesiedelt (Mudde 2016). Sie verwenden den Begriff Populismus zum Teil synonym oder in Kombination mit Extremismus.

Bezüglich der Frage, wie das Verhältnis von Populismus und Demokratie konzeptualisiert wird, unterscheiden Boos und Schaffar (2018) verschiedene Ansätze, denen ein normativer Demokratiebegriff zugrunde liegt, die jedoch zu unterschiedlichen Positionen gelangen. Liberale Autor\*innen wie Jan-Werner Müller (2016) oder vor ihm Nadia Urbinati (1998) argumentieren, dass Populismus nicht nur nicht-demokratisch, sondern antidemokratisch sei. Müller (2016) begründet seine Analyse mit drei zentralen Merkmalen: Ers-

<sup>10</sup> Demirović (2016: 296) schlägt vor, «anstatt von autoritärem von einem usurpatorischen Konstitutionalismus» zu sprechen, da der Begriff des Autoritären die Aufmerksamkeit zu stark auf autoritär-maßnahmenstaatliche Politikmuster lenke, in deren Zentrum Justiz, Polizei oder Militär stehen. Ich werde am Beispiel der Entwicklungspfade in Ägypten und Thailand zeigen, dass hier tatsächlich Justiz, Polizei und Militär eine zentrale Rolle bei der Etablierung und Konsolidierung eines autoritären neoliberalen Konstitutionalismus gespielt haben. Daher behalte ich die Diktion von Oberndorfer und Kannankulam bei.

tens basiere Populismus auf einer Konstruktion von einem Oben und Unten, zweitens gehe Populismus von einem antipluralistischen Verständnis demokratischer Prozesse aus, konzeptualisiere einen homogenen Volkswillen und alle Abweichung als Verrat an diesem Willen, und drittens arbeite Populismus mit der Vorstellung, dass dieser Volkswille über einen Kurzschluss von unten nach oben vermittelt und umgesetzt werden kann.

Demirović (2018a) setzt sich in seiner Diskussion des Konzepts des *autoritären Populismus* kritisch mit der Position von Müller auseinander. Gegen Müllers negative Einschätzung des Populismus wendet er ein, dass erstens Populismus mit seiner Behauptung eines homogenen Volkswillens auf tatsächliche Probleme des Begriffs Volkssouveränität verweise, dass zweitens die von Populist\*innen aufgegriffene Frage der Repräsentation ein reales Problem der politischen Form der Demokratie darstelle und dass drittens die populistisch vorgetragene Behauptung, dass Subalterne in der politischen Form der liberalen Demokratie beherrscht werden, eine Tatsache sei. Ohne Populismus zu idealisieren, folgert er: «Tatsächlich arbeitet der Populismus daran, die Stimme des Volkes zur Geltung zu bringen und dadurch die politische Ordnung zu verändern.» (Demirović 2018a: 38)

Diese Einschätzung teilt Demirović mit früheren Autor\*innen wie Carlos de la Torre (2007), Francisco Panizza (2005) oder Benjamin Arditi (2005), die ein differenziertes Verhältnis zwischen Populismus und Demokratie konzeptualisieren. Arditi (2005) sieht ebenso das Potenzial demokratischer Erneuerung, wenn sich zuvor ausgeschlossene Gruppen in den Institutionen der liberalen Demokratie Gehör verschaffen können. In diesem Sinne sei Populismus die *«internal periphery of liberal-democratic politics»* (Arditi 2005: 77). Arditi verweist aber auch auf die Möglichkeit, dass Populismus autoritäre Züge annimmt.

Demirović' und Arditi's Analysen zeigen eine Nähe zu, sind aber nicht deckungsgleich mit dem Konzept, das Ernesto Laclau (Laclau/Mouffe 1985; Laclau 2005) entwickelt hat. In seinem Buch «On Populist Reason» vertritt er die These, dass der Populismus weder eine Ideologie noch eine Bewegung oder Regierungsform sei, sondern eine antagonistische Konstruktionsform des Politischen (Laclau 2005: xi). Es handelt sich daher um eine spezifische politische Logik, die inhaltlich zunächst nicht bestimmt sei (ebd.: 34), die es jedoch ermögliche, unerfüllte Forderungen über die Frontstellung gegen einen politischen Gegner zusammenzuführen und zu artikulieren. Er sieht daher im Populismus nicht nur das Potenzial einer Demokratisierung, sondern ein Grundmuster des Politischen, das von zahlreichen Bewegungen (ein aktuelles Beispiel wäre Podemos) strategisch aufgegriffen werde, um angesichts ausgehöhlter und erstarrter demokratischer Prozesse oder neoliberaler Alternativlosigkeit Politik wieder möglich zu machen und Demokratie zu erneuern.

### 2.3.3 Faschismus

Ähnlich wie der Begriff Populismus zeichnet sich der Begriff Faschismus durch seine doppelte Verwendung als analytisches Konzept und als Kampfbegriff aus. Er ist aber auf besondere Art politisch aufgeladen. Viele Historiker\*innen bestehen darauf, Faschismus für die Periode der 1930er Jahre in Europa zu reservieren. Diesem restriktiven Gebrauch steht die Übernutzung als politischer Kampfbegriff gegenüber, wenn xenophobe Positionen vorschnell als faschistisch bezeichnet oder zum Beispiel Klima- und Umweltschützer\*innen als Ökofaschist\*innen tituliert werden. Dabei steht weniger ein klar umrissener Faschismusbegriff im Vordergrund als vielmehr ein Sprechakt, der die Position des politischen Gegners als gefährlich, irrational und nicht verhandelbar diskreditieren soll. Dieser Gebrauch basiert darauf, dass Faschismus nicht einfach ein weiterer Typus autoritärer Herrschaft ist, sondern – zumindest im europäischen und nordamerikanischen Sprachgebrauch – eine noch immer nachwirkende traumatische historische Periode wachruft, die für entfesselte Gewalt nach innen (genozidaler Antisemitismus) und außen (Zweiter Weltkrieg) steht.

Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus, die Frage, wie dieser Bruch der Zivilisation entstehen konnte, ist ein zentrales Sujet der politikwissenschaftlichen Debatten seit dem Entstehen faschistischer Bewegungen in den 1930er Jahren, die quer über alle politischen und weltanschaulichen Grenzen hinweg geführt werden. Die Forschung hat dabei sehr unterschiedliche Schulen hervorgebracht, die untereinander oft nicht kompatibel sind.

Eine wichtige Denkschule kritischer Theorie stellen die sogenannten Bonapartismus-Theorien dar, die von Zeitgenoss\*innen des aufkommenden Faschismus ausgehen (Thalheimer 1930; Bauer 1936).<sup>11</sup> Diese Autoren erlebten die große Krise der Demokratie 1920 bis 1940 und fragten sich, wie die Etablierung faschistischer Regime in Italien und Deutschland erklärt und bekämpft werden könne. Sie griffen auf Marx' Schrift «Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte» zurück, die den Putsch von 1851 und den Aufstieg Louis Napoleons in Frankreich als Zusammenspiel von spezifischen Klassenkonstellationen analysierte. Vor diesem Hintergrund interpretierten die Sozialisten bzw. Sozialdemokraten August Thalheimer und Otto Bauer den Aufstieg des zeitgenössischen Faschismus der 1930er Jahre als vergleichbare Dynamik. In einer Situation tiefer politischer Spaltung, in der weder die organisierte Arbeiterschaft noch die Bourgeoisie die politische Auseinandersetzung für sich entscheiden können, unterstützt die Bourgeoisie paramilitärische Kampfbünde – in Italien die *Fasci di combattimento*, die namensgebend für den Faschismus wurden. Dadurch gelingt es der Bourgeoisie, die Arbeiterorgani-

<sup>11</sup> Eine ausführliche Diskussion findet sich in Saage (2007) und Beck/Stützle (2018).

sationen zurückzudrängen. Mit der entfesselten Gewalt, der Machtübernahme der Faschist\*innen und der Abschaffung des parlamentarischen Systems gibt die Bourgeoisie zwar ihre politischen Rechte auf – sie kann aber ihre ökonomische Position sichern. Die Zentralität von Kampfbünden, die auch bei der Rolle der SA und der SS in Deutschland sowie der Heimwehr in Österreich ersichtlich ist, und der Fokus auf die Bewegungs- und Etablierungsphase des Faschismus charakterisieren die bonapartistischen Theorien. Die politische Ideologie des Faschismus spielt dagegen eine systematisch untergeordnete Rolle – auch ausgehend von der Analyse, dass in Italien und Deutschland den faschistischen Verbänden jenseits ihrer Feindschaft gegenüber den Kommunist\*innen und dem parlamentarischen System anfänglich keine zentrale politische Ideologie zugrunde lag. Vielmehr definierten sich die Verbände durch Aktion: Ausübung von Gewalt, bündische und militärische Strenge sowie voluntaristische politische Strategie.<sup>12</sup>

Auf die Phase der Konsolidierung der faschistischen Regime fokussieren die sogenannten Totalitarismustheorien. Ausgehend von Hannah Arendts «The Origins of Totalitarianism» stehen hier die permanente revolutionäre Mobilisierung der Bevölkerung und die Durchdringung der gesamten Gesellschaft durch Partei- und Massenorganisationen im Zentrum der Untersuchung. Ihrer Zeit und politischen Positionierung geschuldet sieht sie bezüglich dieser Herrschaftsform Parallelen zwischen Stalinismus und Nationalsozialismus – eine Parallelisierung, die in Weiterentwicklungen der Theorierichtung noch vertieft wurde (Arendt 1951; Friedrich/Brzeziński 1956) und die in der gängigen Gedankenfigur «die Extreme berühren sich» immer wieder aufscheint. So wie die bonapartistischen Theorien mit Akteur\*innen der kommunistischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegungen (eines kritischen marxistischen Spektrums) verbunden sind, lassen sich Totalitarismustheorien einem konservativen Lager zuordnen: Hier wird das liberal-demokratische kapitalistische System als moderate Mitte definiert und Alternativen auf der linken wie der rechten Seite als gleichermaßen totalitär disqualifiziert. Eine ähnliche Gedankenfigur liegt dem Extremismusbegriff zugrunde und beide Konzepte wirken bis heute nach bzw. werden im Zuge der neuen Auseinandersetzung um Entdemokratisierungstendenzen wieder wirkmächtig. Bonapartistische und Totalitarismustheorien verbindet – aus jeweils anderen Gründen und obwohl deren Vertreter\*innen unterschiedlichen politischen Lagern zuzuordnen sind –, dass sie Faschismus weniger als politische Ideologie, sondern vielmehr als Regimetype oder Form politischer Herrschaft sehen. Demgegenüber verstehen spätere Theorien, die ihren Ursprung im angelsächsischen Raum haben, Faschismus als politische Großideologie neben Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus. Für diese These steht vor allem Roger Griffin, der Faschismus als «political ideology whose mythic core in its various permutations is

a palingenetic form of populist ultra-nationalism» definiert (Griffin 2003).

Neue Impulse der Forschung gehen jüngst von historischen und historisch-komparativen Arbeiten zum europäischen Faschismus der 1930er Jahre aus, in denen Länder jenseits der faschistischen Zentren in den Blick genommen werden (Pinto/Kallis 2014; Talós/Neugebauer 2014) – in Mittel- und Osteuropa sowie in Spanien und Portugal. Dadurch wird die Zwischenkriegszeit als politisch volatile Periode mit widersprüchlichen Entwicklungen greifbar: Faschistische Parteien gab es – jenseits der in Italien und Deutschland – auch im Vereinigten Königreich, in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern, in Skandinavien und im Baltikum. Zeitweise konnten diese Parteien und Bewegungen in die Regierungen eintreten. Entscheidend ist aber, dass in vielen Ländern die faschistischen Parteien auch wieder abgewählt wurden und sich folglich nicht durchsetzen konnten (Pinto/Kallis 2014).

Darüber hinaus zeigen sich zwischen den Ländern, in denen sich ein faschistisches Regime etablieren konnte, deutliche Unterschiede im Verlauf der Konsolidierung der Regime und bei deren Herrschaftstechniken. In den Regimen von Salazar in Portugal, Franco in Spanien und Dollfuß in Österreich schälte sich als Herrschaftsstrategie heraus, die polarisierte Gesellschaft über traditionelle ständische Institutionen (Kirche, Berufsverbände) zu stabilisieren und dadurch die sozialen Konflikte einzufrieren. Dagegen wurden in Italien und Deutschland gerade diese ständischen Organisationen aufgelöst und der Faschismus versuchte, über eine revolutionierende Modernisierung und Mobilisierung der Massen die Stagnation der polarisierten Gesellschaft zu überwinden. Dadurch lassen sich zwei unterschiedliche Typen des Faschismus identifizieren, die sich mit Linz' Typologie überschneidet: Die von António Costa Pinto und Aristotle Kallis (2014) betrachteten Fälle des portugiesischen und spanischen Faschismus firmieren bei Linz unter Autoritarismus. Andere Autor\*innen haben diese Varianz mit Begriffen wie Klerikalfaschismus, Austrofaschismus oder Hyperkonservatismus versucht einzufangen und von Italien und Deutschland abzugrenzen. Der Typus des revolutionären italienischen oder deutschen Faschismus wird bei Linz wiederum als Totalitarismus bezeichnet. Die gleiche Unterscheidung treffen auch Andreas Fisahn und Kadriye Pile (2018), jedoch anhand anderer Begriffe.

Generell ist das Phänomen des Faschismus schwer zu fassen, weil die Regime im Europa der 1930er Jahre eine starke Entwicklungsdynamik zeigten, bei der es zu deutlichen Wandlungen kam. Neben diskontinuierlichen Prozessen, im Zuge derer faschistische Bewegungen wieder zurückgedrängt wurden, zeigen sich auch bei der kontinuierlichen Etablierung und Konsoli-

<sup>12</sup> Nikos Poulantzas (1973) schreibt der Ideologie und den ideologischen Staatsapparaten eine andere, wichtigere Rolle zu. Für eine ausführliche Diskussion und Analyse vgl. Elbe (2016).

dierung eines faschistischen Regimes starke Wandlungen und Umbrüche, die Poulantzas mit dem Konzept der Faschisierung erfasst.

In der Frühphase erscheint Faschismus als Bewegung, mit einer starken Rolle nicht nur voluntaristisch agierender Gewaltakteure, Paramilitärs und Bürgerwehren, sondern auch bei der Mobilisierung der Kleinbourgeoisie sowie Teilen der Arbeiter\*innen. Nach der Etablierung als Regime verselbstständigt sich der Faschismus und wendet sich in seiner Politik gegen die Bourgeoisie und die Arbeiter\*innen – also gegen die, die ihn anfangs auf den Plan riefen oder unterstützten.

Für die vorliegende Studie sind genau diese Befunde der Volatilität und Entwicklungsdynamik autoritärer und faschistischer Regime instruktiv: Bei der Frage, wie Autoritarismus, beginnender Faschismus und Neoliberalismus zusammenhängen, gilt es folglich vorsichtig zu sein. Die wirtschaftspolitische Ausrichtung eines autoritären Regimes muss nicht konsistent und stabil sein. Sie kann mit antineoliberalen Versprechen beginnen, dann aber neoliberal werden (so wie in Ungarn). Oder sie fängt konservativ und neoliberal an, nimmt dann aber systematisch Sozialprogramme auf (so wie in Polen mit dem Sozialprogramm 500+).<sup>13</sup>

Seit dem Erstarken autoritärer Regime weltweit ist eine neue Debatte entstanden (zunächst feuilletonistisch in Douthat 2015; Berry 2016; Kurbjuweit 2016, jedoch zunehmend auch in wissenschaftlichen Publikationen wie in Bello 2018). Diese neue Debatte ist geprägt von Pluralität und zum Teil Eklektizismus der theoretischen Grundlagen, die von den jeweiligen Autor\*innen herangezogen werden. So werden von den Autor\*innen einzelne, als zentral erachtete Aspekte unterschiedlicher Theoriestränge in einer Art Checkliste zusammengestellt, anhand der diskutiert wird, ob eine Regierung schon als faschistisch bezeichnet werden könne. Die Annahme hinter diesen Herangehensweisen ist, dass es eine analytisch saubere Definition von Faschismus gibt, die sich ahistorisch anhand eines Kriterienkatalogs abprüfen lässt, um ein Phänomen wissenschaftlich klassifizieren zu können, ohne als Alarmist zu gelten oder eine politisch motivierte Position zu beziehen.

Der aktualisierte Gebrauch des Begriffs Faschismus ist jedoch in mehrerlei Hinsicht umstritten. Die Geschichtswissenschaft besteht auf einer Begrenzung des Begriffs auf die spezifische historische Periode der 1930er Jahre, mit dem Fokus auf Europa. Als zentrales Beispiel gilt Italien und schon bezüglich der Frage, ob Deutschland als «typisches Beispiel» eines faschistischen Lande gelten könne, divergieren die Forschungsrichtungen, die Deutschland in den Jahren 1933 bis 1945 wegen der Shoah eine historische Sonderstellung einräumen, die einen vergleichenden und damit relativierenden Blick verbietet. Ebenfalls unter Historiker\*innen umstritten ist die Frage, ob ähnliche Entwicklungen der gleichen Periode außerhalb Europas, wie zum Beispiel in Japan (1938–1945), als Fa-

schismus zählen können. Dort hatte sich ein auf den Kaiserkult basiertes militärisches Regime etabliert, das als Achsenmacht mit Deutschland und Italien in den Krieg eintrat. Ebenso umstritten ist, ob Indien, wo sich hinduistische, antikoloniale Freiheitsbewegungen in ihrer Idee einer nationalen Wiedergeburt an deutschen und italienischen Ideologien orientierten, als faschistisch gelten kann (Delfs 2008). In beiden Fällen steht zur Debatte, ob die antikoloniale Einbettung (der indische Kampf gegen die britische Kolonialmacht und die Auflehnung Japans gegen eine erzwungene Öffnung und schleichende Kolonialisierung) einen besonderen historischen Zusammenhang darstellt, der eine andere Analyse als die der europäischen faschistischen Länder nahelegt und vor allem eine andere Bewertung des Faschismus verlangt.

Neben der Frage, welche Länder als historische Fälle des Faschismus gelten, wird auch debattiert, ob Faschismus auf andere historische Perioden übertragen werden kann. Die Forschungen zu neofaschistischen Bewegungen, die vor allem in den 1970er Jahren in Italien und Deutschland sichtbar wurden, folgen einer engen Definition und verankern ihre Analyse historisch: Als neofaschistisch werden nur solche Gruppen bezeichnet, die eine personelle, institutionelle oder ideologische Kontinuität zu den historischen Vorgängerorganisationen aufweisen. Damit bleibt für die Analyse aktueller Entwicklungen offen, inwieweit Gruppen und Bewegungen, die ohne diese Kontinuität auf der Grundlage der neuen politischen Polarisierung entstehen und allenfalls eine Familienähnlichkeit aufweisen, auch als faschistisch begriffen werden können. Das gilt besonders für Gruppen und Bewegungen, die sich außerhalb Europas entwickeln. Wie schon bei der Frage nach faschistischen Bewegungen und Regimen der 1930er Jahre außerhalb Europas stellt sich die Frage, ob die Regierungen unter Erdoğan in der Türkei, Duterte auf den Philippinen oder Bolsonaro in Brasilien – das heißt heutige Regime – als faschistisch bezeichnet werden können. Aus postkolonialer Sicht ist eine Übertragung europäischer Konzepte, allen voran mit eindeutig negativer Lesart, unangemessen.

Frank Deppe (2018) warnt bezüglich des Begriffs Bonapartismus vor einer Übertragung. «Die Tendenz zum autoritären Kapitalismus im frühen 21. Jahrhundert bringt vielfältige Erscheinungen der Entdemokratisierung hervor, die auch als «Bonapartismus» bezeichnet werden können. Aufgrund der gewaltigen Unterschiede zwischen dem Entwicklungsniveau der kapitalistischen Produktionsweise um die Mitte des 19. Jahrhunderts in Frankreich und dem globalen Finanzmarktkapitalismus der Gegenwart sollte jedoch mit der quasi metahistorischen Verallgemeinerung Marx'scher Erkenntnisse über den Zusammenhang von Demokratie und Kapitalismus sowie über die Hegemoniefähigkeit der Bourgeoisie im politischen Feld

<sup>13</sup> Die national-konservative PiS führte 2016 in Polen ein umfassendes Kindergeldprogramm ein. Ab dem zweiten Kind bekommen Familien 500 Złoty pro Kind.

einer demokratischen Verfassung sehr vorsichtig umgegangen werden.» (Deppe 2018: 257) Er warnt vor allem davor, den Optimismus von Marx und Engels zu übertragen, mit dem sie aufgrund ihrer geschichtsphilosophischen Prämissen die Herrschaft von Louis Bonaparte (1852–1870) nur als Hiatus in der ansonsten in Richtung sozialistische Revolution verlaufenden Geschichte sahen.

Wiegel (2018) ist noch skeptischer. «Einige Elemente bonapartismustheoretischer Analysen lassen sich sicherlich auf die gegenwärtige Rechtsentwicklung anwenden. [...] Eine schlüssige Analyse, wie sie Bauer und Thalheimer für den Faschismus vorgelegt haben, kann daraus jedoch nicht abgeleitet werden.» (Wiegel 2018: 71)

Der Ruf nach Zurückhaltung bei der Verwendung des Begriffs Faschismus auf neue Entwicklungen und auf Fälle außerhalb Europas scheint – angesichts der Zunahme autoritärer Regime und politischer Gewalt weltweit – von der globalen Debatte überholt zu werden.<sup>14</sup> Einerseits wird der Begriff mittlerweile von zahlreichen Akademiker\*innen im Süden verwendet.<sup>15</sup> Andererseits basiert der Appell zur Zurückhaltung auf einer politischen Aufladung des Begriffs, die im deutschsprachigen Raum besonders stark ist, in vielen anderen Ländern jedoch nicht nachvollzogen wird.

Außerhalb Europas und Nordamerikas bleibt das Bild von Faschismus oft blass oder wird synonym für ein etwas grobes, aber durchsetzungsfähiges politisches System verwendet. In einigen Ländern und Regionen mit kolonialer Vergangenheit, in denen das faschistische Deutschland als militärischer Feind der jeweiligen Kolonialmacht dazu beitrug, das Kolonialsystem während des Zweiten Weltkriegs zu schwächen, oder in denen das faschistische Japan die Kolonialmacht zeitweise zurückdrängte, wird Faschismus manchmal sogar positiv konnotiert bzw. als Legitimitätsressource verwendet.<sup>16</sup>

Es lassen sich aber auch systematische und wissenschaftshistorische Gründe anführen, warum es sinnvoll ist, die Zurückhaltung bei der Aktualisierung und Übertragung aufzugeben. Was die Autor\*innen der klassischen Faschismustheorien verbindet und was auch für uns heute zutrifft, ist, dass sie selbst seinerzeit mit den Begriffen gerungen haben, weil ihnen zum Zeitpunkt der Debatte keine etablierten Konzepte zur Verfügung standen.

Der aufkommende Faschismus war im optimistischen Geschichtsbild der kommunistischen Bewegungen nicht vorgesehen. Man fühlte sich trotz der Überraschung, dass die Revolution in Russland und nicht in den reifen kapitalistischen Ländern wie England gelungen war, und trotz einzelner Rückschläge als Teil eines voranschreitenden Prozesses, der durch die historisch-kritische Methode als wissenschaftlich abgesichert galt. Der aufkommende Faschismus wurde daher zunächst als nicht weiter ernst zu nehmende, vorübergehende Störung des Geschichtsverlaufs betrachtet. Daher mussten, als das Phänomen in seiner Bedroh-

lichkeit sichtbar wurde, neue Begriffe geschöpft werden, deren ungelente Diktion bis heute erkennbar ist. Der Begriff Faschismus nimmt etwa, anstatt einen analytischen Terminus zu wählen, die Selbstbezeichnung der Bewegung in Italien auf. Mit dem Rückgriff auf die Schrift von Marx «Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte» wagen die Vertreter\*innen der Bonapartismustheorien einen historischen Rückgriff und eine ahistorische Übertragung, vor denen beispielsweise Frank Deppe (2018) und Gerd Wiegel (2018) heute warnen: Damals blickten Otto Bauer und August Thalheimer 70 Jahre zurück und parallelisierten die Entwicklung, mit der sie sich in den 1930ern konfrontiert sahen, mit einer historischen Konstellation einer vergangenen Periode aus einem anderen Land.

Das Anliegen von Autor\*innen wie Bauer und Thalheimer damals war nicht in erster Linie, die historisch-materialistische Theorie durch eine weitere Komponente zu erweitern, sondern eine politische Agenda. Es ging erstens darum, den Ernst der Lage herauszustellen und die Gefahr zu erfassen, die mit dem Aufkommen des Faschismus verbunden war. Das Fehlen einer kohärenten Ideologie der Faschist\*innen, die sich eklektisch unterschiedlicher Ideologeme bedienten, und die skurrilen Führungspersönlichkeiten der Bewegung verleiteten die Zeitgenoss\*innen zu der Einschätzung, dass man sie nicht besonders ernst nehmen müsse. Mit ihrer Faschismusinterpretation stellten sich diese Autor\*innen der 1920er und 1930er Jahre gegen die damalige Meinung, der Faschismus sei nur eine vorübergehende Störung im Verlauf der Geschichte, die sich von selbst erledigen werde. Der Aufstieg und die Regierung von Donald Trump und zahlreichen anderen populistischen und autoritären Regierungen wird heute von ähnlichen (Fehl-)Einschätzungen begleitet.

Zweitens ging es Bauer und Thalheimer darum, konkrete politische Handlungsoptionen zu begründen. Otto Bauers Schrift war ein Aufruf und eine wissenschaftliche Begründung, als Mittel gegen den Faschismus die Institutionen der liberalen Demokratie zu verteidigen. Damit wendete er sich gegen diejenigen, die in den Institutionen der bürgerlichen Demokratie selbst das Problem sahen.<sup>17</sup> Auch dieser Aspekt ist in der heutigen Situation hoch aktuell.

Denn in gewisser Weise befinden wir uns heute in einer ähnlichen Situation wie jene Autor\*innen der 1920er und 1930er Jahre. Die politischen Entwicklungen sind unübersichtlich und widersprüchlich. Geeignete Begriffe und analytische Konzepte existieren noch nicht. Wer von Faschismus spricht, gerät in Verdacht, alarmistisch zu sein oder ahistorische Vergleiche anzustrengen. In Europa herrscht (noch) die Zuversicht,

<sup>14</sup> In dieser Hinsicht verhält es sich mit dem Begriff Faschismus ähnlich wie mit dem Begriff Populismus, bei dem es ebenfalls starke Stimmen gab, das Konzept wegen seiner analytischen Unschärfe zu verwerfen. <sup>15</sup> So spricht Bello (2018) in Bezug auf die Philippinen und andere Länder von Faschismus. Auch in Indien wird das Konzept in der alltäglichen politischen und politikwissenschaftlichen Debatte benutzt, wenn es um die Einschätzung von Narendra Modi geht. <sup>16</sup> Das ist in Süd- und Südostasien gelegentlich der Fall. <sup>17</sup> Buckel (2017: 28f.) verweist auf ähnliche Gedankenfiguren bei Rosa Luxemburg und Franz Neumann.

dass die Gesellschaften aus dem Faschismus der Vergangenheit gelernt und genügend Vorkehrungen getroffen haben, die ein Wiederaufkommen des Faschismus verhindern: rechtliche Einschränkungen wie das Verbot der Wiederbetätigung in Österreich, die Idee einer wehrhaften Demokratie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, eine Erinnerungskultur an den Stätten des Völkermords, in Museen und im Geschichtsunterricht. Wie später im Text noch ausführlicher diskutiert werden wird, argumentieren Demirović (2013, 2016) und Buckel (2017), dass in der besonderen Verbindung von Kapitalismus und Demokratie nicht nur eine Krisendynamik eingebaut ist, die immer wieder zu Rückschlägen und Entdemokratisierung führt, sondern auch systemisch eine zyklische Erneuerung der Demokratie angelegt ist, da die politische Form der liberalen Demokratie für das Überleben des Kapitalismus notwendig ist. Vor diesem Hintergrund soll die hier vorliegende Studie einen Impuls setzen und Entwicklungslinien des Verfalls der Demokratie in einzelnen Ländern miteinander vergleichen, um den Ernst der Lage einzuschätzen und um eine Grundlage für die Diskussion darüber zu schaffen, welche Gegenstrategien sinnvoll und geboten erscheinen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das begriffliche Instrumentarium, das uns zur Verfügung steht, unvollständig und auf die gegenwärtige Situation nicht einfach anwendbar und übertragbar ist. Gemeinsam ist den hier diskutierten Begriffen – Autoritarismus, Populismus und Faschismus:

- a) Alle diese Begriffe changieren zwischen Lesarten, die Regimetypen, Arten der Regierungs- und Herrschaftsausübung oder eine Ideologie bezeichnen.
- b) Alle Begriffe werden neben einem analytischen Gebrauch auch als politische Kampfbegriffe verwendet.
- c) Alle Begriffe variieren in ihrer politischen Auflandung je nach Sprachgemeinschaft und Weltregion.
- d) In alle Begriffe ist die politische Positionierung der Personen, die sie geprägt haben, eingeschrieben.

## 2.4 THEORETISCHE GRUNDLAGEN

Nach den begrifflichen Grundlagen sollen nun die theoretischen Grundlagen der Frage nach dem globalen Autoritarismus diskutiert werden. Ausgangspunkt stellt eine kritisch-materialistische Demokratietheorie dar, wie sie von Alex Demirović (1997, 2009, 2016, 2018b), Bettina Lösch (2005) sowie Oliver Eberl und David Salomon (2015) verfolgt wird. Diese Arbeiten zeichnen sich dadurch aus, dass sie Demokratie als umkämpften und andauernden Prozess des Abbaus von Herrschaftsverhältnissen und des Kampfes um politische Selbstbestimmung konzeptualisieren. Die Unterstützung dieses Prozesses, das heißt der Kampf um die Vertiefung von Demokratie, ist die Grundlage einer Kritik an bestehenden liberal-demokratischen Regierungsformen und Institutionen des bürgerlich-kapitalistischen Staates. Sie ist ebenfalls Ausgangspunkt einer Kritik am Abbau von demokratischen Rechten und an der Erosion demokratischer Instituti-

onen des bürgerlich-kapitalistischen Staates im Zuge des neuen Autoritarismus.<sup>18</sup> Vor diesem Hintergrund sollen in den folgenden Abschnitten theoretische Erklärungen und Analysen zum globalen Phänomen des neuen Autoritarismus erarbeitet werden, um von dieser Grundlage aus konkrete Beispiele zu diskutieren.

### 2.4.1 Erklärungsansätze für die globale Ausbreitung von Autoritarismus – Wellen, Parabel und Zyklen

Sucht man nach Konzepten, die die globalen Konjunkturen der Demokratisierung erfassen, kommt man nicht umhin, sich mit den Arbeiten liberaler Demokratietheorie und von Thinktanks auseinanderzusetzen. Der Freedom-House-Index (Freedom House 2018a) definiert Demokratie entlang bestimmter Parameter, die sich an einem Konzept liberaler Demokratie orientieren. Dazu zählen der Schutz von Grundrechten, die Existenz von freien und fairen Wahlen und die Möglichkeiten politischer Partizipation. Anhand dieser Parameter wird das Demokratieniveau einzelner Länder mit dem Ziel berechnet, politische Systeme untereinander vergleichbar zu machen. Demokratie erscheint so verkürzt als Eigenschaft der Regierungssysteme einzelner Nationalstaaten.

Vergleicht man solche Daten über einen längeren Zeitraum, ergibt sich das Bild, dass Demokratie weltweiten Konjunkturschwankungen unterliegt (Huntington 1991; Tilly 2007). Die populärste Theorie einer *wellenförmigen Ausbreitung von Demokratie* geht auf Samuel Huntington (1991) zurück, der in seinem Buch «The Third Wave» drei aufeinanderfolgende Wellen unterscheidet: Die erste Welle erstreckte sich historisch von 1828 bis 1926, erfasste Länder wie die USA, England und Frankreich und führte dort zur Etablierung demokratischer Systeme. Die Wellenförmigkeit entsteht dadurch, dass auf eine Welle der Ausbreitung in einigen Ländern wieder autoritäre oder totalitäre Regierungsformen folgen. Eine solche rückwärtsgewandte Entwicklung erkennt Huntington in der Etablierung faschistischer Regime in Italien und Deutschland. Die zweite Welle begann nach Huntington mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der durch die westlichen Siegermächte vorangetriebenen Verbreitung von Demokratien in Europa, ebenso jedoch in den neuen Nationalstaaten, die mit der Unabhängigkeit ehemaliger Kolonien entstanden. Im Zusammenbruch der autoritären Regime in Südeuropa ab Mitte der 1970er Jahre (Portugal, Spanien und Griechenland) sieht Huntington den Beginn einer dritten umfassenden Welle von Demokratisierung, die sich über die Ablösung der Militärr regime Südamerikas in den 1980er Jahren und in der Transformation der Länder der sozialistischen Welt Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre fortsetzt.

<sup>18</sup> BirsI (2018) thematisiert die Problematik, wie die kritische Analyse von autoritären Bewegungen und Parteien mit der kritischen Analyse liberal-demokratischer Institutionen zusammengeführt werden kann.

Die empirischen Befunde, dass die Entwicklung von Demokratie in den jeweiligen Ländern diskontinuierlich verläuft, sind nicht neu (für einen Überblick vgl. Tilly 2007). Neu an Huntingtons Arbeiten war jedoch seine Perspektive, die charakteristische Periodisierung und die Metapher der Welle, die eine bestimmte Weltanschauung transportiert. Die Arbeiten der liberalen Demokratietheorie gehen von einem unproblematischen, sich gegenseitig verstärkenden Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie aus. Huntingtons These atmet den Geist des Triumphalismus der 1990er Jahre, als im Zuge des vermeintlichen Endes der Geschichte die finale Durchsetzung der Demokratie als «only game in town» erwartet wurde.

Oft werden auch politische Prozesse, die nach Erscheinen von Huntingtons Buch auftraten, der dritten Welle zugerechnet: die südostasiatischen Demokratiebewegungen auf den Philippinen 1985, in Thailand im Jahr 1992 und in Indonesien 1997. Gleiches gilt für die Proteste, die als «Farbrevolutionen» bezeichnet werden: der Sturz von Slobodan Milošević in Serbien 2000, die Rosen-Revolution in Georgien 2003/04, die Orangene Revolution in der Ukraine 2004, die Tulpen-Revolution in Kirgistan 2005, die Proteste in Birma 2007, die als Safran-Revolution bekannt wurden, und schließlich die Grünen Proteste im Iran 2009/10. Unter dem Begriff «Farbrevolutionen» werden vor allem Demokratiebewegungen und -proteste im postsowjetischen Raum zusammengefasst, die meist aus Anlass einer Wahl und mithilfe einer professionellen und über westliche NGOs unterstützten Medienarbeit Wahlfälschung skandalisierten und teilweise zu Regimewechseln führten (Weidner 2007).

Weiterhin können auch die Proteste des Arabischen Frühlings – in Tunesien 2010 und ab 2011 in Ägypten, Libyen, Jemen, Bahrain, Syrien und vielen anderen Ländern der Region – als Welle oder Teil einer Welle von Demokratiebewegungen gesehen werden, in der Menschen gegen autoritäre Regime aufbegehren (Manhire 2012; Ghoniim 2012). Schließlich haben sich auch in den Industrieländern in Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 starke Bewegungen gebildet, die Demokratie als zentrale Forderung auf die Straße trugen: die Bewegung des 15. Mai 2011 in Spanien, die Syntagma-Bewegung in Griechenland im Juni 2011 oder die Occupy-Bewegung in den USA und Europa im Herbst 2011 (Lorey et al. 2012; Anderl/Steinhilper 2018).

Die in der sogenannten dritten Welle erfassten Länder haben jedoch oft keine stabilen Demokratien ausgebildet: Sowohl viele der Transitionsländer Osteuropas als auch Südasiens zeigten schon bald nach dem Systemwechsel Anzeichen der Wiederkehr oder Fortdauer autoritärer Regierungsformen. Seit 2006 verzeichnen der Freedom-House-Index sowie auch viele andere Organisationen eine kontinuierliche Abnahme demokratischer Regierungsformen. Dieser Prozess hat sich seit 2016 verdichtet und beschleunigt, so dass von einer Entdemokratisierungswelle gesprochen wird.

Bei einigen Autor\*innen hat das zunächst zu der Einschätzung geführt, die dritte Welle der Demokratisierung habe weniger der erstrebten liberal-rechtsstaatlichen Demokratie zum Durchbruch verholfen, als vielmehr hybride Systeme etabliert. Zur Illustration sei hier nur kurz das Konzept der *defekten Demokratie* angesprochen (Merkel et al. 2003a, 2003b). Grundidee hierbei ist, dass demokratische Systeme aus verschiedenen eigenständigen, aber funktional aufeinander bezogenen Teilregimen aufgebaut sind, wie zum Beispiel Wahlen, politische und bürgerliche Freiheitsrechte sowie Institutionen, die die horizontale Verantwortlichkeit von Herrschaft regeln, etwa durch Gewaltentrennung und Verfassungsgerichtsbarkeit. Eine defekte Demokratie liegt dann vor, wenn Teilregime des demokratischen Systems Funktionsstörungen aufweisen, die sich gegebenenfalls auch auf das Gesamtsystem übertragen. Diese Funktionsstörungen ergeben sich in einer Transition von der Diktatur zur Demokratie, wenn aufgrund eines unvollständigen Übergangs Elemente des vorherigen Systems erhalten bleiben und zum Beispiel alte Machtstrukturen wie der politische Einfluss des Militärs fortbestehen.

Je nachdem, welches der Teilsysteme von der Funktionsstörung betroffen ist, ergeben sich verschiedene Typen defekter Demokratie. Ist beispielsweise das Teilregime der Wahlen und der politischen Rechte der Bürger\*innen (Assoziations-, Pressefreiheit) beschädigt, sprechen die Autor\*innen von einer *exklusiven Demokratie*, sind die Teilregime von Gewaltentrennung, Verfassungsgerichtsbarkeit oder der bürgerlichen Freiheitsrechte gestört, sprechen sie von *illiberaler Demokratie*. In dieser Art versuchen Wolfgang Merkel, Hans-Jürgen Puhle, Aurel Croissant und andere (2003a, 2003b), über eine Differenzierung der Parameter politische Systeme im Graubereich zwischen voll ausgebildeten Demokratien und autoritären Regimen zu erfassen. Hier ist eine Ähnlichkeit zu den Auffächerungen von Linz' Begriff des Autoritarismus festzustellen.

Die Erklärungsansätze für das Scheitern von Demokratie und Demokratisierung können nach exogenen und endogenen Herangehensweisen unterschieden werden. Liberale Ansätze wie die von Merkel et al. fokussieren auf Einflüsse von außerhalb des Systems (zum Beispiel auf Transkontinuität von Institutionen, die die demokratischen Institutionen unterlaufen). Vor dem Hintergrund der hier zu behandelnden Phänomene sind sie nur eingeschränkt hilfreich, denn sie können die Synchronität der Entwicklungen nicht systematisch erfassen. Warum sollten autoritäre Tendenzen, wenn sie auf partikuläre Störungen zurückgehen, in so vielen Ländern gleichzeitig auftreten?<sup>19</sup>

<sup>19</sup> Konfrontiert mit den dramatischen Entwicklungen schlägt Merkel (2018) selbst eine andere Richtung ein und widmet sich der fundamentalen Frage, wie es um das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie bestellt ist. Er beantwortet sie dahingehend, dass Kapitalismus auch ohne Demokratie funktioniert, nicht aber Demokratie ohne Kapitalismus. Inwieweit dieses Resümee als Erklärung für den globalen Aufstieg des Autoritarismus herangezogen werden kann, bleibt unklar.

Dagegen gehen kritisch-materialistische Ansätze davon aus, dass Widersprüche innerhalb des Systems die Krise verursachen. Der Unterschied zwischen endogenen und exogenen Erklärungsstrategien findet sich auch in anderen, verwandten Bereichen, zum Beispiel bei Ansätzen zu ökonomischen Krisen und zur Krise der Entwicklung, und sie markiert einen grundlegenden theoretischen und methodologischen Unterschied. (Neo-)Klassische Krisentheorien gehen davon aus, dass das kapitalistische Modell ein für die Allokation begrenzter Ressourcen perfektes Wirtschaftsmodell ist, bei dem Krisen durch Einflüsse aus anderen gesellschaftlichen Bereichen entstehen, zum Beispiel durch Einmischung der Politik. Marxistische Ansätze wiederum gehen davon aus, dass systeminhärente Widersprüche und Entwicklungsdynamiken (etwa Überproduktionskrisen) der Grund für zyklisch wiederkehrende Krisen sind (Sablowski 2012).

Trotz der Synchronität der weltweiten wirtschaftlichen Krise und der Entdemokratisierung sind beide Erscheinungen nicht in trivialer Weise aufeinander bezogen. Die globale Krise der Demokratie ist nicht ein weiterer Unteraspekt der multiplen Krise und auch nicht einfach eine Folge der wirtschaftlichen Krise. Das heißt, es wäre verkürzt, Autoritarismus dadurch zu erklären, dass im Zuge einer wirtschaftlichen Krise Regierungen zu autoritären Mitteln der Krisenbearbeitung greifen. In einer solchen Betrachtungsweise würde man Demokratie als eine Art Luxusregime sehen, das sich ein Land oder eine Gemeinschaft nur dann leisten kann, wenn es sonst keine Probleme gibt.<sup>20</sup>

#### 2.4.2 Materialistische Herangehensweisen

Alex Demirović (2013, 2016) und Sonja Buckel (2017) rufen in Erinnerung, dass die Auseinandersetzung mit Krisen der Demokratie eine lange Geschichte hat: Bezüglich der 1960er Jahre prägte Johannes Agnoli (1990)<sup>21</sup> den Begriff *Involution*, um zu erfassen, dass trotz Aufrechterhaltung von Wahlen und anderen demokratischen Elementen die Demokratie – zum Beispiel durch die Notstandsgesetze – ausgehöhlt wurde. Wie bereits in der Diskussion um den Begriff Autoritarismus angedeutet, sieht auch Nicos Poulantzas in der politischen Entwicklung der etablierten Demokratien im Europa der 1970er Jahre das Aufkommen von zunehmend autoritären Regierungstechniken. Er interpretiert diese Tendenzen als Entstehung einer neuen autoritären Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft, die er *autoritären Etatismus* nennt. In jüngerer Zeit haben Colin Crouch (2008) und Wolfgang Streeck (2013) die Symptome, die zum Teil bereits bei Agnoli und Poulantzas beschrieben wurden, aufgegriffen und einen Verfall der Demokratie diagnostiziert. Crouch (2008) hat dafür den Begriff *Postdemokratie* geprägt.

Crouch verbindet mit dem Konzept der Postdemokratie die Analyse, dass Kapitalismus und Demokratie eine historisch kontingente Verbindung eingegangen sind. Demokratie entwickelte sich in einem Prozess der Ko-Evolution mit der bürgerlichen Gesellschaft, stand

jedoch von vornherein in einem Zielkonflikt: Während Demokratie die Herstellung von Gleichheit zum Ziel hat, strebt der Kapitalismus ein Konzept von Freiheit an, bei dem die Bürger\*innen ohne Einschränkung über seine/ihre Produktionsmittel verfügen und seinen/ihren Geschäften nachgehen können. Im Verlauf der Geschichte hätten sich laut Crouch und Streeck der Parlamentarismus und die liberale Demokratie als funktional erwiesen, um eine Balance zwischen diesen beiden Zielrichtungen zu finden, die ihren Höhepunkt im «Augenblick der Demokratie» in der Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis circa Ende der 1970er Jahre erlebte. In dieser Blütezeit der Wohlfahrtsstaaten wurden, so Crouch, die soziale Frage über Zugeständnisse vonseiten der Arbeitgeber\*innen und eine keynesianische Wirtschaftspolitik ausgehandelt sowie über demokratische Verfahren an einer gerechten und gleichen Gesellschaft gearbeitet (Crouch 2008: 14 ff.). Mit der derzeitigen Aushöhlung und Krise der Demokratie sei der Endpunkt dieser «Parabel der Demokratie» (Crouch 2008: 30) erreicht. Die historisch kontingente Verbindung gehe nun in eine Postdemokratie über.

Demirović weist darauf hin, dass «Befürchtungen, denen zufolge ein linearer Erosionsprozess der Demokratie zu erwarten sei, an dessen Ende der autoritäre Staat stünde, [...] sich nicht bestätigt» hätten (Demirović 2013: 200). Vielmehr zeige sich, dass mit jeder Aushöhlung der demokratischen Formen immer auch Bewegungen für Demokratie entstünden und Forderungen nach mehr Demokratie und demokratischer Erneuerung erhoben würden. Er weist daher sowohl das Bild von den progressiven Wellen der Demokratie zurück als auch die Erwartung eines Endes der Demokratie. Er schlägt vor, stattdessen von «Zyklen der Demokratie» zu sprechen, die «geprägt sind von Phasen des Aufschwungs und Phasen der großen und der kleinen Krisen der Demokratie» (ebd.). Die Dynamik dieser zyklischen Entwicklung sieht er, genauso wie Buckel (2017), in der Verbindung zwischen Kapitalismus und Demokratie selbst begründet: Kapitalismus sei auf Demokratie angewiesen und Demokratie für die bürgerliche Gesellschaft konstitutiv. Demirović und Buckel weisen darauf hin, dass die bürgerliche Klasse «keine einheitliche, kohärente, sondern eine zutiefst in ihre Fraktionen gesplittete Klasse» ist (Buckel 2017: 22), in der sich bürgerliche Grundeigentümer\*innen, Finanz- und Industriekapital mit jeweils unterschied-

<sup>20</sup> Der Zusammenhang zwischen Entwicklung und Demokratie kann hier nicht vertiefend diskutiert werden. In der Entwicklungstheorie und der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit wurde der Zusammenhang jedoch zu verschiedenen Perioden sehr unterschiedlich konzeptualisiert. Die Modernisierungstheorie, die ab den 1950er Jahren das Entwicklungsdenken maßgeblich prägte, ging davon aus, dass Demokratie einer gelungenen wirtschaftlichen Entwicklung quasi automatisch folge – wenn Mittelklassen entstünden, die Demokratie einforderten. Demokratie wurde daher am Ende eines gelungenen Entwicklungspfadens verortet und war kein explizites Ziel der Entwicklungszusammenarbeit. Nach 1990 änderte sich diese Auffassung fundamental. Demokratie wurde – in einer technischen und domestizierten Form der Good Governance – als Voraussetzung für erfolgreiche Entwicklung konzeptualisiert und als Konditionalität für Entwicklungsprojekte und Kredite an eine zentrale Stelle der Entwicklungszusammenarbeit gerückt. <sup>21</sup> Agnolis Hauptwerk, die Monografie «Die Transformation der Demokratie», erschien zuerst 1967 und wurde seither immer wieder neu verlegt.

lichen Interessen gegenüberstünden. Erst die parlamentarische Demokratie ermögliche die politische Herrschaft der bürgerlichen Klasse trotz ihrer inneren Spannungen (ebd.). «Um solche Kompromisse ermöglichen und ausarbeiten zu können, erlangen die Politik und die Staatsapparate eine relative Autonomie.» (Demirović 2013: 202) Das heißt, die Institutionen und Arenen, in denen um Interessenausgleiche gerungen wird, müssen glaubhaft und (zumindest relativ) unabhängig von einzelnen Interessengruppen sein. Buckel (2017: 25) verweist auf ein weiteres konstitutives Moment. Als «bestimmte historische Form der Herrschaft der Bourgeoisie und [...] ihres Kampfes mit dem Feudalismus» (Rosa Luxemburg 1988: 449) dient dem Parlament als Deckungsreserve die Berufung auf die Volkssouveränität und die Möglichkeit, im Zweifelsfall die Bevölkerung auf die Straße zu mobilisieren.

Die parlamentarische Demokratie, die Idee der Volkssouveränität und die relative Autonomie der Staatsapparate ermöglichen es aber auch den Subalternen, wenn sie sich erfolgreich organisieren, ihre Interessen im Parlament zu artikulieren und gegebenenfalls dort sogar eine Mehrheit zu erlangen. Droht ein solches Szenario, kommt es zu einer Krise der Demokratie, in der die bürgerliche Klasse über eine Aushöhlung der demokratischen Prozesse, Beschränkungen des Zugangs zum Parlament und andere Strategien die demokratischen Errungenschaften zurücknimmt. In großen Krisen ist sie, wie Buckel (2017) und Demirović (2013, 2016) mit Verweis auf Marx' Analyse des Bonapartismus argumentieren, bereit, das Parlament aufzulösen und auf ihre politische Herrschaft zu verzichten, um ihre soziale und ökonomische Stellung zu sichern.

In diesen Krisen der Demokratie entstanden jedoch «immer wieder Gegentendenzen, die von Dissens, einem rebellischen Willen zur Demokratie getragen waren», erinnert Demirović (2013: 199) mit Verweis auf die großen Protestwellen von 1967/68 und den Bewegungszyklus der 1970er Jahre. Diese Bewegungen sind ein Faktor der zyklischen Erneuerung der Demokratie. Demirović (2019: 12) folgt «an diesem Punkt Marx, der zeigt, dass selbst dann, wenn die verschiedenen bürgerlichen Kräfte die parlamentarische Demokratie ablehnen – und die christlichen, die liberalen oder die autoritär-populistischen Kräfte sind ihren Grundüberzeugungen nach gegen Demokratie –, so doch zwangsläufig in der repräsentativen Demokratie die politische Form finden, die es ihnen ermöglicht, ihre verschiedenen Interessen und Orientierungen aufeinander abzustimmen.»

Demirović geht es aber nicht um die Wiederherstellung von liberalen oder sozialdemokratischen Hegemonien, «die in der ein oder anderen Weise dafür eintreten, einen festgefahrenen, in polizeilich-politischer Verwaltung und Totalisierung erstarrten Prozess durch öffentliche Diskussion und konstituierendes Handeln wieder in Gang zu bringen» (Demirović 2016: 297). Angesichts der multiplen und existenziellen Krise der

Menschheit sei nicht nur eine Wiederherstellung der demokratischen Formen nötig, die dann in einen neuen prekären Interessenausgleich zur weiteren Akkumulation mündet. Vielmehr gehe es darum, über eine radikale Erneuerung der Demokratie, die er in den aufkommenden Bewegungen angelegt sieht, eine Transition zu bewerkstelligen. Er weist darauf hin, dass eine solche Erneuerung jenseits und außerhalb der Kategorien stattfinden würde, die uns die Demokratietheorie in der Vergangenheit zur Verfügung gestellt hat (Demirović 2013).

Diese Aufgabe, eine solche Transition und radikale Erneuerung der Demokratie zu konzeptualisieren – so möchte ich argumentieren –, verhält sich spiegelbildlich zur Aufgabe, die aktuellen Tendenzen des globalen Autoritarismus zu begreifen und dem Ernst der Lage entsprechende Begriffe zu finden.

### 2.4.3 Die gegenwärtige Krise der Demokratie und ihre politische Form: der autoritäre Populismus

Nach Demirović bildet sich gegenwärtig – im Zuge der aktuellen Krise der Demokratie – eine neue politische Formation heraus, die er *autoritärer Populismus* nennt. Er bezieht sich auf Jamie Peck und Adam Tickell (2002) und sieht den autoritären Populismus als Formation der dritten Phase des Neoliberalismus. Nach Peck und Tickell lässt sich der Neoliberalismus nämlich in drei Phasen periodisieren. Die erste Phase, die sie *Roll-back-Neoliberalismus* nennen, wurde von konservativen Regierungen wie unter Ronald Reagan, Margaret Thatcher und Helmut Kohl umgesetzt. Diese Phase zeichnet sich durch eine destruktive, deregulierende Politik aus, die die Gewerkschaften schwächt, die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten aufbricht und die Errungenschaften der 68er über eine «geistig-moralische Wende» zurückzudrehen versucht. Davon unterscheiden sie eine zweite Phase, den *Roll-out-Neoliberalismus*, der in Europa mit dem Schröder-Blair-Papier von 1999 mit der Konzeption der «Neuen Mitte» verbunden ist und bei der eine Standortlogik, die Orientierung an Wettbewerbsfähigkeit, die Aktivierung des Einzelnen und seiner Beschäftigungsfähigkeit (*employability*) im Vordergrund steht. Demirović schreibt: «Im Zusammenhang mit dieser Freiheit, die neoliberal mit der Ideologie der Kontingenz artikuliert ist, konnten auch moralisch permissive, ökologisch informierte, minoritäre Lebensformen und neue fluide und flexible Identitäten durchgesetzt werden.» (Demirović 2018: 31) Auf der Grundlage dieses Moments charakterisiert Nancy Fraser (2017) diese Phase als *progressiven Neoliberalismus*.

Die dritte Phase schälte sich nach der Wirtschaftskrise von 2008 heraus, die das Scheitern der zweiten Phase des Neoliberalismus markiert. Das unter Druck geratene bürgerliche Lager reagierte nicht mit dem Versuch, ein neues hegemoniales Projekt aufzulegen, sondern mit einer autoritären Strategie. «Mit dem autoritären Populismus wird ein neues Verhältnis im Macht-

block selbst und im Verhältnis zu den Subalternen hergestellt, das sich als autoritär-plebiszitäre Führung ohne Konzessionen fassen lässt. Kräfte im Machtblock stützen sich auf die Subalternen, um eigene Positionen im Machtblock durchzusetzen. [...] Die bürgerliche Klasse überlässt das Regieren nicht mehr dem bezahlten politischen Führungspersonal, das aus den bürgerlichen Parteien hervorgeht, sondern wird selbst politisch tätig (Blocher, Berlusconi, Trump).» (Demirović 2018: 32) Deren Führungsstil orientiert sich am Management von Firmen. Das Personal ist jedoch von den Aufgaben überfordert, die Politik wird erratisch. Hier bestätigt sich, was Demirović (2013, 2016) und Buckel (2017) als zyklische Krisendynamik der Demokratie in der Folge von Marx herausgearbeitet haben: Das Bürgertum ist der direkten Ausübung der politischen Macht nicht gewachsen.<sup>22</sup>

Die Frage, ob es sich bei der politischen Formation des autoritären Populismus um das Ergebnis einer kleinen oder großen Krise handelt, bleibt bei Demirović offen. In Europa, auf das sich die Arbeiten beziehen, sind die politischen Systeme bislang nicht in Ausnahmeformata umgekippt.

Bezüglich der Überlegung, wie sich der autoritäre Populismus zum Neoliberalismus verhält, bezieht Demirović eine klare Position, indem er diese Formation als politische Form der dritten Phase des Neoliberalismus zuordnet. Henry A. Giroux (2018), der die USA unter Trump schon in einem fortgeschrittenen Stadium der Faschisierung sieht, erkennt ebenfalls eine organische Verbindung, die er wiederum als *neoliberalen Faschismus* bezeichnet.

Auch Mario Candeias (2017) sieht ein enges Verhältnis zwischen Neoliberalismus und rechten Parteien. «Als ungehörige Geschwister des Neoliberalismus kamen in verschiedenen europäischen Ländern neofaschistische und neurechte Parteien auf. Sie ver-

banden rechtspopulistische Forderungen mit wirtschaftlichem Liberalismus und einem modernen Erscheinungsbild.» (Candeias 2017: 9) Er sieht jedoch nicht nur eine inhaltliche Konvergenz zwischen Neoliberalismus und Rechtspopulismus, sondern zwei unterschiedliche Szenarien/Mechanismen, über die der Neoliberalismus gestärkt wird: Einerseits kann es dazu kommen, dass demokratisch domestizierte rechte Parteien die Mitte besetzen und in die Regierung eintreten, wodurch es zu einer deutlichen Rechtsverschiebung und Verstärkung neoliberaler Politik kommt. Ein anderes Szenario tritt ein, wenn die radikale Rechte «weniger populistisch als pöbelhaft» (Candeias 2016: 10) auftritt. Das eröffnet indirekt neue Handlungsmöglichkeiten für den bürgerlichen neoliberalen Block, indem dieser einen Schulterchluss der demokratischen Kräfte ausrufen kann und oppositionelle Stimmen, um der Verhinderung der rechten Gefahr willen, zur Unterstützung der bürgerlichen neoliberalen Kandidaten zwingt. Als Beispiel führt Candeias die Präsidentschaftswahl in Frankreich 2002 an, bei der sich Sozialist\*innen und Kommunist\*innen genötigt sahen, 2002 für den rechtskonservativen Kandidaten Jacques Chirac zu stimmen, um einen Sieg von Jean-Marie Le Pen zu verhindern. Candeias' Analyse wurde 2017 bestätigt, nachdem in einer vergleichbaren Konstellation Emmanuel Macron und Marine Le Pen zur Wahl standen und Macron seither seinen Sieg zur Umsetzung massiver neoliberaler Reformen nutzt. In diesem Muster erfolgt die Durchsetzung neoliberaler Positionen nicht unmittelbar durch die neuen rechten oder autoritären populistischen Parteien, sondern nur mittelbar. Dieser Unterschied, der auf eine weniger enge Verbindung zwischen autoritärem Populismus und Neoliberalismus hinweist, ist für die weiteren Ausführungen und den Vergleich mit Entwicklungen außerhalb Europas zentral.

<sup>22</sup> «Aus Marx' Sicht könnte die Geschichte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begriffen werden als das Ergebnis der Uneinsichtigkeit des Bürgertums in seine eigenen politischen Existenzgrundlagen», schreibt Demirović (2016: 293). Man könnte hinzufügen, dass mit dem Aufkommen des autoritären Populismus ein neues Kapitel dieser Uneinsichtigkeit im 21. Jahrhundert geschrieben wird.

### 3 DIE KRISE DER DEMOKRATIE, AUTORITÄRER POPULISMUS UND AUSNAHMESTAATSFORMEN AUSSERHALB WESTEUROPAS

Obwohl die zentralen Elemente, die als konstitutiv für den *autoritären Populismus* gelten können, sich auch im Süden finden, treten dort andere Prozesse hervor: In zahlreichen Ländern hat sich hier eine Krise der Demokratie bereits so weit vertieft, dass sich Ausnahmezustandsformen entwickelt und konsolidiert haben. Das heißt, die formalen demokratischen Institutionen sind zusammengebrochen. Die Prozesse, die dazu geführt haben, sind unterschiedlich verlaufen und haben verschiedene Arten von Ausnahmeregimen hervorgebracht. Zunächst soll am Beispiel Ungarns der Begriff *autoritärer Populismus* von *Neoliberalismus* abgegrenzt werden. Die Entwicklungspfade der Ausnahmezustände außerhalb Europas sollen auf einzelstaatlicher Ebene zunächst am Beispiel der Philippinen, Thailands, der Türkei und Ägypten diskutiert werden. Später wird in der Darstellung und Analyse des Einflusses Chinas auf zwei weitere Beispiele – Ecuador und Äthiopien – eingegangen.

Wie erklärt sich diese Auswahl der Länder?

1) In allen Ländern, die in diesem ersten empirischen Teil der Studie betrachtet werden, gab es vielversprechende Demokratisierungsprozesse oder etablierte demokratische Institutionen. Thailand und die Philippinen galten als Musterbeispiel für gelungene Demokratisierung, die Entwicklung der Türkei wurde als erfolgreiche Demokratisierung eines islamischen Landes und als Vorbild für den gesamten Nahen Osten gesehen. Ägypten – das zentrale Land des Arabischen Frühlings – wurde als Beleg für die Universalität des Rufs nach Demokratie interpretiert, gültig auch im arabischen Raum, der sonst durch anhaltenden Autoritarismus gekennzeichnet war. Auf den Philippinen, in Thailand, der Türkei und Ägypten sind diese Demokratisierungsprozesse spektakulär gescheitert und in Ausnahmeregime gemündet. An diesen Beispielen lassen sich daher die politischen Kräfte, die aufeinanderprallten, besonders deutlich erkennen; es kam zu Massendemonstrationen und Putschen verschiedener Art.

2) Es wurden Länder aus verschiedenen Regionen – Südostasien, MENA (Nahost und Nordafrika), Lateinamerika und Afrika – ausgewählt. Damit sollen Klassenkonstellationen und damit zusammenhängende Entwicklungsdynamiken herausgearbeitet werden, die sich unabhängig von der jeweiligen Region in allen Ländern manifestieren. Regionalspezifische Besonderheiten, wie zum Beispiel die Rolle extraktivistischer Entwicklungsmodelle und indigener Alternativen in Lateinamerika, die Rolle der Religion in der MENA-Region, die Geschichte der Überseechines\*innen in Südostasien oder der Einfluss von entwicklungsstaatlichen Vorstellungen auf afrikanische Staaten spielen in den einzelnen Ländern jeweils eine große Rolle. Diese Themen werden durch die Beispiele zwar illustriert, aber

nicht im Sinne regionalwissenschaftlicher Studien herausgearbeitet.

3) Es wurden mittelgroße Länder gewählt. Zwar zeigen auch fast alle Großmächte – USA, Brasilien, Russland, Indien und China – mittlerweile autoritäre Tendenzen oder etablierte Ausnahmeregime. Diese Länder stehen jedoch für sich und sind untereinander schlecht vergleichbar. Ebenso wurde von der Untersuchung kleinerer Länder wie Singapur, Laos, Katar oder Kuwait abgesehen, bei denen – aufgrund der geringen Größe – ebenfalls spezifische Merkmale hervortreten, die die politischen Prozesse überschatten und die Vergleichbarkeit einschränken, so zum Beispiel die Eigenschaft als Stadtstaat oder feudale Ökonomie.

4) In der Terminologie der Weltsystemtheorie lassen sich die ausgewählten Länder als Semiperipherie charakterisieren, in Abgrenzung zum Zentrum oder der Peripherie. Im zweiten Abschnitt des folgenden empirischen Teils bekommt dieses Kriterium zentrale Bedeutung. Die Diskussion orientiert sich nämlich an der Arbeit von Nicos Poulantzas' «Krise der Diktaturen», in der er am Beispiel Griechenlands, Portugals und Spaniens politische Umbrüche in semiperipheren Ländern als Aspekt abhängiger Entwicklung interpretiert. Die Auswahl der Beispiele Ecuador, Äthiopien, Ungarn und Thailand ermöglicht, die Rolle Chinas bei der Verbreitung des Autoritarismus entlang der von Poulantzas erarbeiteten Konzepte zu diskutieren.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die hier getroffene Auswahl auf Prozesse der Ausbreitung und Vertiefung des Autoritarismus fokussiert – zunächst auf nationalstaatlicher Ebene, dann in ihrer internationalen (transnationalen) Einbindung. Diese Prozesse sollen anhand der Beispiele vergleichend diskutiert werden, wobei regional unabhängige Muster herausgestellt werden. Dieses Unternehmen muss notwendigerweise unvollständig bleiben. Weder kann die Auswahl quantitative Kriterien der Repräsentativität erfüllen, noch können die Darstellungen der einzelnen Länder mit der gebotenen Sorgfalt in ihrer historischen und kulturellen Komplexität vorgestellt und diskutiert werden. Vielmehr will die Studie im Sinne der sozialwissenschaftlichen Strategie einer Komplexitätsreduzierung einzelne allgemeine Aspekte der weltweiten Krise der Demokratie herausarbeiten.

#### 3.1 POPULISMUS UND NEOLIBERALISMUS

Die Forschungen zum Phänomen des neuen Autoritarismus ringen um den treffendsten Begriff: Während Demirović (2018a) und andere in der Folge von Stuart Hall von *autoritärem Populismus* sprechen, haben Ian Bruff (2014), Cemal Burak Tansel (2017) und andere das Konzept des *autoritären Neoliberalismus* ausgearbeitet. Die Arbeiten verstehen diese Begriffe jedoch nicht als

entgegengesetzte Konzepte. Sie analysieren die gleichen Phänomene, akzentuieren aber unterschiedliche Aspekte. Beide Debattenstränge verbindet, dass sie die autoritären Entwicklungen eng mit dem Neoliberalismus verknüpft sehen – als die politische Form einer neuen Phase des Neoliberalismus. So erwähnen Demirović (2018a) und Candeias (2016) Ungarn als Beispiel dafür, wie über rassistische und xenophobe Mobilisierung ein neues Kapitel neoliberaler Maßnahmen zur Bearbeitung der Krise seit 2008 umgesetzt wurde, für die auf anderem Wege keine Mehrheiten organisierbar wären. Noémi Gonda (2019) beschäftigt sich mit populistischer Mobilisierung als zentralem Moment. Adam Fabry (2019) diskutiert die Politik von Viktor Orbán entlang der gleichen Linien und legt dar, inwieweit die Regierung hier neoliberale Politik fortführt, die sich in die global beobachtbare Tendenz der Verschärfung neoliberaler Politik (Bruff/Tansel 2019) einordnen lässt. Zu Beginn des empirischen Teils dieser Studie soll zunächst der Begriff autoritärer Populismus bezüglich seines Verhältnisses zum Neoliberalismus geschärft werden. Am Beispiel Ungarns soll gezeigt werden, dass eine Differenzierung nötig ist und autoritär-populistische Regierungen nicht ohne Weiteres als Spielart des Neoliberalismus kategorisiert werden können.

### 3.1.1 Ungarn

Ungarn stellt ein wichtiges Beispiel des autoritären Populismus in Europa dar, das jedoch als postsozialistisches Land nicht im Zentrum der Analyse von Demirović (2013, 2016) und Buckel (2017) steht. Es nimmt eine besondere Stellung ein, weil es eine Vorreiterrolle und Vorbildfunktion für andere Länder besitzt und bestimmte Entwicklungen hier besonders pointiert und radikal verlaufen. Ein tabellarischer historischer Abriss des Aufstiegs von Viktor Orbán zu einem der in Europa führenden autoritären Populisten illustriert diesen Prozess.

1997: Als erstes Land in Osteuropa wird in Ungarn auf Anraten des IWF und der Weltbank die Rente teilprivatisiert: Acht Prozent des Bruttolohns fließen fortan in private Pensionsfonds.

1998–2002: Kabinett Orbán I, als Koalition zwischen Fidesz, der konservativen Kleinbauernpartei (FKgP) und dem Ungarischen Demokratischen Forum (MDF). Umbau der Partei Fidesz von einer liberalen zu einer konservativen Partei. NATO-Beitritt und Austausch von zahlreichen öffentlichen Angestellten zugunsten liberaler Kandidat\*innen. Orbán verliert 2002 die Macht an die Sozialisten (MSZP) unter Péter Medgyessy und Ferenc Gyurcsány.

2004: EU-Beitritt Ungarns

2006–2009: Politische Krise um sogenannte Lügenrede. Nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten gesteht Ferenc Gyurcsány von der Sozialistischen Partei (MSZP) in einer Rede ein, die Wähler\*innen bezüglich seiner politischen Projekte belogen zu haben, um die Mehrheit zu gewinnen. Seine nicht-öffentliche Rede

wird an die Presse weitergereicht und führt zu einer politischen Krise. Trotz anhaltender Demonstrationen gegen ihn tritt er erst 2009 – unter dem Eindruck der globalen Wirtschaftskrise – zurück.

2010–2014: Orbán gewinnt die Wahlen und bildet eine neue Regierung (Kabinett Orbán II – eine Koalition aus Fidesz und christdemokratischer KDNP). Die faschistische Partei Jobbik zieht erstmals ins Parlament ein.

2010: Die Regierung Orbán II verstaatlicht die Rente und fusioniert den privaten Fonds mit der staatlichen, umlagefinanzierten Rente. Ungarn ist damit erneut Vorreiter – später folgen diesem Schritt Polen, Russland, Kroatien und andere Länder.

Orbán beginnt rhetorisch eine Hinwendung nach China (Öffnung nach Osten).

2012: Eine neue Verfassung tritt in Kraft, mit explizitem Bezug auf Gott, die Stephanskronen (Nationaler Schatz mit hoher Symbolkraft) und Vaterlandsliebe. Die EU-Kommission eröffnet wegen dieser Verfassungsreform drei Verfahren wegen des Verstoßes gegen EU-Recht. Diese betreffen die Unabhängigkeit der Zentralbank, der Datenschutzbehörde und die Senkung des Pensionsalters von Richter\*innen. Ende Januar demonstrieren Hunderttausende gegen die Einmischung von EU-Politiker\*innen und gegen die ihrer Ansicht nach tendenziöse Berichterstattung zu Ungarn.

2012: Die Privatisierung der Abfallentsorgung wird rückgängig gemacht und von den Kommunen übernommen. Finanz- und Versicherungsprodukte werden mit Sondersteuern belegt. Die Regierung versucht, die ehemals erfolgreichen und mittlerweile privatisierten Erfolgsbranchen der Planwirtschaft zurückzukaufen (das Maschinenbauunternehmen Rába Holding Nyrt, die ungarischen Staatsbahnen MAV, die Aluminiumproduktionsfirma Alumínium Termelő és Kereskedelmi Zrt). Das Gesundheits- und Bildungswesens, das früher in kommunaler Hand lag, wird auf nationaler Ebene verstaatlicht.

2013: Betriebskosten für Wohnungen (Strom, Gas, Wasser) werden per Dekret um ein Drittel gesenkt. Orbán verkündet das als Sieg gegen ausländische Energieversorger. Ungarn kauft die ungarischen Ableger von RWE und E.ON.

2014–2018: Nach der mit Zweidrittelmehrheit gewonnenen Parlamentswahl tritt das Kabinett Orbán III an (Koalition aus Fidesz und christdemokratischer KDNP).

2014: Die geplante Internetmaut wird nach massiven Protesten nicht umgesetzt.

2015: Orbán verlangt eine Debatte über die Wiedereinführung der Todesstrafe. Er nutzt die über die Balkanroute ankommenden Flüchtlinge, um eine Krise zu inszenieren. Die Frage der Migration wird zum zentralen Thema seiner Politik – nach innen und der EU gegenüber.

2016: Ein Referendum zur Ablehnung der EU-Quoten zur Verteilung von Asylbewerber\*innen erzielt hohe Zustimmung, scheitert aber am Quorum von 50 Prozent.

2018: Orbán gewinnt erneut die Parlamentswahlen mit einer Zweidrittelmehrheit. Im Juni nimmt das Parla-

ment das Stopp-Soros-Gesetzespaket an, das «Beihilfe zu illegaler Migration» unter Strafe stellt.<sup>23</sup> Im Dezember führt die Verabschiedung eines Gesetzes, das die Zahl der erlaubten Überstunden deutlich heraufsetzt («Sklavengesetz»), zu Tumulten im Parlament und später zu anhaltenden Demonstrationen im Frühjahr 2019.

2019: Die Europäische Volkspartei suspendiert die Mitgliedschaft von Fidesz.

Der späte Orbán ist ein autoritärer Populist – ganz nach der Beschreibung von Demirović (2018a). Er sucht über die Ausgrenzung von Minderheiten und einen zunehmend radikalisierten Diskurs zum Thema Migration (zum Beispiel im Anti-Soros-Gesetz) den Schulterchluss mit ethnisch ungarischen Subalternen, um von dieser Basis aus eine verschärfte neoliberale Politik zu betreiben («Sklavengesetz»). Dieser klare Befund trifft jedoch hauptsächlich auf die späte Orbán-Administration zu und ist das Ergebnis einer längeren Entwicklung. An deren Beginn stand mit der Orbán-II-Regierung ein ganz anderes Projekt.

Seit dem Ende des Sozialismus, vor allem aber in den Jahren 2002 bis 2009, hatten sich die Sozialist\*innen als Transmissionsriemen für neoliberale Politik und die Interessen von transnationalen Großkonzernen diskreditiert. Péter Medgyessy, der Sozialist, der auf das Kabinett Orbán I folgte, wechselte in seiner Karriere mehrfach von politischen Ämtern (unter anderem dem Ministeramt) in die Privatwirtschaft (bei der Großbank Paribas) und zurück. Sein Name steht für eine Expansion europäischer Großbanken nach Ungarn. Ferenc Gyurcsány, der Medgyessy im Amt folgte, wurde mehrfach in der Liste der 100 reichsten Ungar\*innen aufgeführt. Gyurcsány büßte in seiner ersten Amtszeit durch massive Einschnitte bei den Sozialausgaben enorm an Popularität ein. Die Ószöder Rede, die sogenannte Lügenrede von Gyurcsány kurz nach seiner Wiederwahl, wurde so zu einem Kulminationspunkt (Szombati 2018): In der nicht-öffentlichen Rede, die insgeheim mitgeschnitten und dann der Presse zugespielt wurde, schwor er seine Parteigenossen in einer «Blut-Schweiß-und-Tränen-Diktion» darauf ein, dass man die Wähler\*innen belogen habe, um die Mehrheit zu bekommen, und nun zu weiteren Einschnitten und harten neoliberalen Reformen übergehen werde. Dabei bezeichnete er Ungarn mehrfach als «Kurva Ország» («Nutzenland») und benutzte andere unflätige Ausdrücke. Noch am Tag der Berichterstattung über die Rede kam es zu Demonstrationen, in denen sein Rücktritt gefordert wurde. Die Demonstrationen wurden zu den größten seit dem Ende des Sozialismus, fanden bald täglich statt, erreichten einen Höhepunkt zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes (23. Oktober 1956) und wurden mit unverhältnismäßig harten Polizeieinsätzen bekämpft. Es handelte sich um Demonstrationen gegen einen von den Sozialist\*innen betriebenen *Roll-back*- und *Roll-out*-Neoliberalismus. Weder die Demonstrationen noch die Drohung eines Misstrauensvotums im Parlament führten zum Rücktritt.

Damit wurde die Aushöhlung der Demokratie manifest und das politische System der liberalen Demokratie nachhaltig diskreditiert.

Erst im Zuge der globalen Krise trat Gyurcsány 2009 zurück. Nach seinem zweiten Amtsantritt 2010 setzte Orbán eine Reihe wirtschaftspolitischer Maßnahmen durch, die die neoliberale Umstrukturierung zurücknahmen, die im Zuge der Schocktherapie<sup>24</sup> nach dem Ende des Sozialismus und vor allem unter den Sozialist\*innen durchgeführt worden waren (Farkas 2013). Er wurde von der europäischen bürgerlichen Presse für diese Wirtschaftspolitik scharf kritisiert und von Investor\*innen abgestraft. Mehrfach strengte die EU Vertragsverletzungsverfahren gegen Maßnahmen der Regierung Orbán an, die sich unter anderem gegen Elemente des europäischen Konstitutionalismus richteten, etwa gegen Orbáns Einschränkung der Unabhängigkeit der Zentralbank. Gegen diese Kritik nahm er über einen nationalistischen und populistischen Diskurs Stellung: In einer Rede zum Befreiungstag (zur Erinnerung an die 1848er Revolution) sagte er: «Fidesz steht den Ungarn bei. Wir zeigten dem IWF die Türe, wir haben Steuern auf Banken eingeführt, eine Krisensteuer eingeführt und wir haben unser Rentensystem aus den Händen der Börsen-Haie zurückgeholt.» (Zit. nach: Jacoby/Korkut 2016: 500) Danach verglich er das imperiale Zentrum Wien, gegen das die Ungarn 1848 aufbegehrt hatten, mit dem Moskau der sozialistischen Zeit und dem heutigen Brüssel: Aus all diesen Richtungen verbitte man sich politische Weisungen, was Ungarn zu tun oder zu lassen habe.

Sein politisches Projekt kann als Schulterchluss zwischen nationalem Kapital und den populären Klassen interpretiert werden, in Frontstellung gegen transnationales Kapital. Ideologisch basiert Orbáns Projekt auf einer Abgrenzung gegen die liberalen Elemente eines europäischen *Roll-out*-Neoliberalismus. Als weitere populistische Absicherung wandte er sich daher gegen die «moralisch permissiven, minoritären Lebensformen und neue fluide und flexible Identitäten» (Demirović 2018a: 30–31), die mit dem europäischen Neoliberalismus verbunden werden. Ebenso suchte er, wie später noch ausführlich diskutiert werden wird, die Unterstützung durch chinesische Investitionen, unter anderem im Rahmen der Seidenstraßeninitiative.

Das «Sklavengesetz» von 2018 ist zwar eine eindeutige neoliberale Reform. Es kann jedoch nicht als typisch für das Projekt Orbáns angesehen werden. Wade Jacoby und Umut Korkut (2016: 513) sprechen vielmehr von einem hybriden System, «that is neither consistently neoliberal nor paternalistic. Instead, it is ultra-liberal when it comes to tax and social policy, but it remains

<sup>23</sup> In der aufgeheizten politischen Debatte warf Orbán dem einflussreichen Milliardär George Soros vor, durch seine politischen Stiftungen Migration fördern und Ungarn mit Migrant\*innen überschwemmen zu wollen. <sup>24</sup> Unter Schocktherapie wurden die wirtschaftlichen Reformen bekannt, die sich an der neoliberalen Richtschnur des Washington Consensus orientierten und nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder ohne Übergangsphasen über Nacht implementiert wurden, um in den Ländern ein kapitalistisches System zu etablieren.

paternalistic on the issue of decreasing utility costs, that is, energy and water charges for families.» Dieses hybride System wird von Orbán als Gegenentwurf zum europäischen Entwicklungs- und Integrationsmodell in Stellung gebracht und als illiberales Modell, als Alternative zum neoliberalen Modell dargestellt. Auch wenn die Frage nach dem neoliberalen Charakter seines Projekts umstritten ist – unstrittig ist die Tatsache, dass im Zentrum seiner Politik durchgängig und konsistent die Zurückdrängung des transnationalen europäischen Kapitals sowie die Durchdringung der Wirtschaft durch den Staat steht.

Insofern ist die antineoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung Orbán II, insbesondere in Abgrenzung gegen die sozialistische Vorgängerregierung, real und stellt eine Grundlage seines Rückhalts in der Bevölkerung dar, der sich in seiner Wiederwahl mit deutlichem Vorsprung 2014 und 2018 gezeigt hat. Ungarn kann daher als Land charakterisiert werden, dessen populistische Regierung ihren Ursprung in antineoliberaler Politik hat. Seine Politik stellt also nicht einfach ein neues Kapitel des Neoliberalismus dar, wie es in der Literatur zum autoritären Populismus (Demirović 2018a) oder zum autoritären Neoliberalismus (Bruff/Tansel 2019; vgl. auch Ryan 2019) oft beschrieben wird.

Die Herausarbeitung eines Typus von antineoliberalem Populismus ist aus mehreren Gründen wichtig.

1) Auch wenn sich Orbán und andere Vertreter\*innen eines autoritären Populismus zum Teil einer neoliberalen Programmatik annähern, ist dieser Prozess nicht überall zu beobachten. Vielmehr gibt es auch gegenläufige Tendenzen.<sup>25</sup> Programmatisch ist bei vielen rechtspopulistischen Parteien in Europa ein Schwenk in der Sozialpolitik zu beobachten, insofern die soziale Frage explizit aufgegriffen und eine nationalistische Lösung angeboten wird. Hierfür steht zum Beispiel auch das Bekenntnis skandinavischer Rechtspopulist\*innen zum Wohlfahrtsstaat. Diesen Diskurs untersuchen Jörg Flecker, Carina Altreiter und Saskja Schindler (2018) sowie Julia Hofmann et al. (im Erscheinen) in ihren Arbeiten zu rechtspopulistischen Konzepten von Solidarität. Innerhalb der AfD steht der Flügel um den Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke für eine solche Position. Oftmals bleiben solche Bekenntnisse zur sozialen Sicherung rein programmatisch. In Polen hat die rechtspopulistische (katholisch-nationalistische) PiS-Regierung jedoch durchaus Sozialprogramme umgesetzt (500+ und andere), die von der begünstigten Bevölkerungsgruppe als substantielle Verbesserung wahrgenommen wird. Selbst wenn Orbán heute über das Gesetz zu Überstunden eine eindeutig neoliberale Politik betreibt, wird seine Politik noch immer vor dem Hintergrund der sozialistischen Vorgängerregierung und deren kompletter Diskreditierung betrachtet.

2) Die (programmatisch) antineoliberale Positionierung, zum Beispiel in Form eines nationalistischen Antiausteritätsdiskurses, dient in einzelnen Fällen als Legitimation für linke Kräfte, mit Rechtspopulist\*innen zusammenzuarbeiten. Die Koalition der griechischen

Regierungspartei Syriza mit der rechtspopulistischen ANEL (Anexartiti Ellines, Unabhängige Griechen) und die zwischen der italienischen Partei Cinque Stelle<sup>26</sup> und der Lega Nord folgen dieser Logik.

3) Auch außerhalb Europas stützen Populist\*innen ihre Macht auf (selektive) Sozialprogramme. Dort tritt der Typus eines Populismus lateinamerikanischer Prägung noch deutlicher zutage. In Fällen wie in Thailand und auf den Philippinen, wo Thaksin Shinawatra und Joseph Estrada durch Putsche entmachteten wurden, und in geringerem Maß auch in Ägypten mit dem Putsch gegen den damaligen Präsidenten Mohammed Mursi entfaltet sich an der sozialen Frage eine besondere Dynamik, die die Entstehung von Ausnahme-formen befördert.

### 3.2 AUTORITÄRER POPULISMUS VERSUS AUTORITÄRER KONSTITUTIONALISMUS

Die Ausführungen von Demirović und Buckel befassen sich mit der OECD-Welt. Hier stehen Prozesse der Stagnation und Aushöhlung im Vordergrund – Symptome einer vergleichsweise kleinen Krise der Demokratie –, nicht die Entstehung von Ausnahmeregimen. Auf den Philippinen, in Thailand, der Türkei und Ägypten können ähnliche Dynamiken beobachtet werden. Allerdings haben sich dort bereits Ausnahmeregime etabliert.

#### 3.2.1 Philippinen

Rodrigo Duterte ist ein Beispiel eines autoritären Populisten, der durch extreme verbale Ausfälle gegen Frauen und politische Gegner\*innen auffällt und für extralegale Tötungen von mehr als 20.000 angeblichen Drogendealer\*innen verantwortlich ist. Der Prozess, über den er an die Macht gekommen ist, und die große Unterstützung von konstant über 80 Prozent der Bevölkerung für den Kurs seiner «blutbefleckten Demokratie» gibt liberalen Beobachter\*innen Rätsel auf (Thompson 2016). Walden Bello (2018) bezeichnet Duterte als «faschistisches Original». Diese Konstellationen lassen sich jedoch unter Rückgriff auf das Konzept des autoritären Populismus und die umkämpfte Entwicklung der liberalen Demokratie auf den Philippinen erklären.

1986: Präsident Ferdinand Marcos wird durch Proteste gestürzt, in denen urbane Mittelschichten eine tragende Rolle spielen (People Power I). Die Proteste entzündeten sich maßgeblich an der Ermordung des Oppositionspolitikers Benigno Aquino jr. im Jahr 1983.

Corazon Aquino, Ehefrau der ermordeten Benigno Aquino jr., wird Präsidentin.

1987: Eine neue Verfassung nach liberalem Vorbild wird verkündet. Sie soll die Grundlage einer umfassenden Landreform und Demokratisierung darstellen.

1992–1998: Präsidentschaft von Fidel Ramos.

<sup>25</sup> Für eine ähnliche Debatte bezüglich Donald Trump vgl. Kiely 2019. <sup>26</sup> Ob die Cinque Stelle tatsächlich als linke Partei angesehen werden kann, ist fraglich, aber soll hier nicht problematisiert werden.

1993: Unter anderem an der Frage der Landreform spaltet sich die Kommunistische Partei der Philippinen in zwei Flügel: Reaffirmacists (Bekräftigung der revolutionären Strategie, bewaffneter Kampf im Untergrund, unter anderem gegen Großgrundbesitzer\*innen), Rejectionists (Ablehnung eines Positionspapiers der Parteiführung zur Bekräftigung der revolutionären Ausrichtung, stattdessen Offenheit für einen parlamentarischen Weg, zum Beispiel über das Engagement in der Partei Akbayan).

1998: Joseph Estrada wird mit seiner Partei «Kampf der philippinischen Massen» zum Präsidenten gewählt. Er entstammt der unteren Mittelschicht, war zuvor Schauspieler, der in mehr als 100 Filmen den Rächer der kleinen Leute dargestellt hat. Er brüskiert die Oligarchie, indem er einen ehemaligen Kommunisten zum Agrarminister macht, und die Armee, indem er einen Zivilisten zum Verteidigungsminister ernennt.

2001: Die alten Familienclans und Teile der katholischen Kirche schüren Massenproteste der urbanen Mittelklasse gegen Estrada wegen Korruptionsvorwürfen (People Power II), die sich später als fingiert herausstellen. Gloria Macapagal Arroyo, Vizepräsidentin unter Estrada, stellt sich an die Spitze der Bewegung. Das Oberste Gericht erklärt die Präsidentschaft für vakant. Anstelle Estradas wird Arroyo als Präsidentin vereidigt.

2001–2010: Die Regierung Arroyo gilt als eine der weltweit korruptesten, sie selbst als die unbeliebteste Präsidentin der philippinischen Geschichte. Ihre Wiederwahl 2004 wird von massiven Unregelmäßigkeiten begleitet, nicht zuletzt auch von dem Gifftod eines oppositionellen Präsidentschaftskandidaten.

2010–2016: Präsidentschaft von Benigno Aquino III (Sohn von Corazon und Benigno Aquino jr.).

2016: Rodrigo Duterte wird im zweiten Wahlgang zum Präsidenten gewählt. Im Wahlkampf galt er eher als Außenseiter. Er war zuvor langjähriger Bürgermeister von Davao im Süden des Landes, bekannt für seine rigide Sicherheitspolitik, die er mithilfe von Todesschwadronen (Davao Death Squads, DDS) durchsetzte. Als Präsident verspricht er Sicherheit auf nationaler Ebene, die Zerschlagung der Gelben Kräfte (Liberale, die nach dem Sturz von Marcos die politische Landschaft prägen) und die Entmachtung des Establishments.

Nach dem Sturz von Ferdinand Marcos (und seiner von den USA wegen ihres antikommunistischen Kurses gestützten Entwicklungsdiktatur) wurde unter Corazon Aquino ein liberal-demokratisches Präsidialsystem installiert, das jedoch über ein hochkomplexes Wahlsystem und eine bürokratisch auf die lange Bank geschobene Landreform faktisch das oligarchische System perpetuierte. Wirtschaft und Politik wurden maßgeblich von in Manila beheimateten Kapitalfraktionen und von alt eingesessenen Großgrundbesitzer\*innen dominiert. An der Frage, ob man dieses parlamentarische Präsidialsystem trotz seiner offenkundigen Unterwanderung durch die Eliten und seiner Tendenzen der In-

volution für eine emanzipatorische Politik nutzen könnte, spaltete sich die Linke in ein parlamentarisches und ein revolutionäres Lager. Die Landreform, die systematisch von den Großgrundbesitzer\*innen hintertrieben wurde, entwickelte sich zu einem zentralen politischen Konflikt, der zeitweise dem revolutionären Flügel großen Zulauf beschert.

Dieses oligarchische System brach im Zuge der Asienkrise 1997/98 auf und wurde mit der Wahl von Joseph Estrada herausgefordert. Als ehemaliger Schauspieler in der Rolle des Helden der Armen und mithilfe seiner Versprechungen von Sozialprogrammen wie öffentlicher Wohnungsbau, größeres Engagement im Gesundheitswesen und der Schaffung von Arbeitsplätzen gewann er die Wahl erdrutschartig. Über konkrete Schritte wie die Ernennung eines Kommunisten als Agrarminister – um die Agrarreform wieder in Gang zu bringen – und die eines Zivilisten als Verteidigungsminister, brachte er die alte Elite gegen sich auf. Ein Amtsenthebungsverfahren wurde eingeleitet. Das Establishment in Manila – die alte Elite inklusive Großgrundbesitzer\*innen und Bischöfe – mobilisierte die städtische Mittelschicht zu Demonstrationen, die sich in Anlehnung an die Protestbewegung gegen Marcos People Power II nannte. Estrada wurde durch einen juristischen Putsch gestürzt. Die Korruptionsvorwürfe gegen ihn erwiesen sich später als weitgehend substanzlos und einige seiner damaligen Gegner\*innen entschuldigten sich daraufhin öffentlich für ihre Beteiligung an der Kampagne. Vor dem Hintergrund des Konzepts der zyklischen Krise der Demokratie kann man diese Episode als eine kleine Krise der philippinischen liberalen Demokratie ansehen. Nach langen Jahren unerfüllter Versprechungen der Post-Marcos-Demokratie und unter dem Eindruck der Asienkrise gelang es den enttäuschten populären Klassen und der organisierten Linken, mit Estrada einen Präsidenten ins Amt zu wählen, der Sozialprogramme versprach und mit konkreten Schritten die alten Eliten und Großgrundbesitzer herausforderte. Der Putsch gegen ihn und die Installierung einer Vertreterin der alten Eliten, Arroyo, verschärfte die Tendenzen der Involution und der Aushöhlung der demokratischen Institutionen, über die die Eliten ihre Macht gegen das Parlament zu sichern versuchten.

Vor diesem Hintergrund ist das Projekt von Rodrigo Duterte als zweiter Anlauf eines Populisten zu interpretieren. Er vertritt eine in der Provinz angesiedelte Kapitalfraktion. Seine Herkunft aus Davao im Süden des Landes und seine dortige ökonomische Macht wird offen thematisiert und ist Teil der politischen Rhetorik, um die Eliten in Manila herauszufordern. Vor dem Hintergrund der Entmachtung Estradas durch die alten Eliten in Kooperation mit der People-Power-II-Bewegung ist seine radikalisierte Form des Populismus erklärbar: Er stützt sich nicht nur auf einen populistischen Schulterchluss mit den Subalternen über Versprechen von Sozialprogrammen und provozierte – ebenso wie Estrada – die Großgrundbesitzer\*innen,

indem er einen radikalen Bauernführer als Agrarminister und eine Umweltaktivistin als Umweltministerin nominierte. Duterte wählte zusätzlich das Mittel, über paramilitärische Kräfte Gewalt zu entfesseln und die liberalen Kräfte einzuschüchtern. Denn das Beispiel Estrada hat gezeigt, dass die Gefahr eines von den Eliten organisierten und den städtischen liberalen Mittelschichten gestützten Putsches real ist. Weitere Pfeiler der Stabilisierung seiner Herrschaft sind die Einflussnahme auf soziale Medien über vom Kommunikationsministerium organisierte Trolle, die weltweit aktiv sind und die Loyalität der zahlreichen Arbeitsmigrant\*innen sichern sollen. Schließlich wandte er sich zur ökonomischen Rückendeckung China zu. Wenn Walden Bello (2018) Duterte als «faschistisches Original» bezeichnet, bezieht er sich zentral auf die Art seiner Herrschaftsausübung über paramilitärische Gruppen (ebd.). Die Analyse als Neoliberaler stößt jedoch an ihre Grenzen. Zwar hat Duterte einige seiner angekündigten Sozialprogramme nicht konsequent durchgesetzt, hat auch zugelassen, dass die Ernennung seiner Umweltministerin und seines Agrarministers vom Kongress abgelehnt wurde und widersprüchliche Entwicklungen zeigen sich auch in anderen Politikbereichen (Focus on the Global South 2017, 2019) – all das aber ergibt kein Bild einer kohärenten neoliberalen Politik hinter populistischer Fassade. Das prägende Moment seiner Rhetorik ist ein Anti-Establishment-Diskurs, der sich explizit auch gegen die liberale Mittelklasse und die Bewegungen People Power I und People Power II richtet. Das von Bello (2018) skizzierte bonapartistische Putschszenario von Elite und Mittelklasse gegen die Subalternen trifft daher nicht auf die Philippinen unter Duterte zu – wohl aber auf die Situation in Thailand, die sich von der auf den Philippinen deutlich unterscheidet.

### 3.2.2 Thailand

Auch in Thailand hat sich ein Ausnahmeregime etabliert. Nach einem Putsch wurde das Parlament 2014 aufgelöst und die Militärregierung unter General Prayuth Chanocha regierte lange Zeit über Dekrete. Mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung 2016 wurde ein System eingerichtet, das als semidemokratisch charakterisiert werden kann (Glaser 2016) und deutliche Ähnlichkeiten mit den faschistischen Regimen in Portugal, Spanien oder Österreich (1933/34–1938) zeigt. In der Wahl von 2019, die weder frei noch fair verlief und deren Ergebnis erklärtermaßen schon vorher feststand (Kasian 2019), wurde Prayuth als Premier im Amt bestätigt.

1997/98: Die Asienkrise führt zu einem massiven wirtschaftlichen Einbruch und zur Rezession.

1998: Eine neue Verfassung wird verabschiedet. Sie richtet sich nach den aktuellsten Standards der (liberalen) Verfassungskunst, führt eine Verfassungsgerichtsbarkeit ein, eine Wahl- sowie eine Menschenrechtskommission.

2001: Thaksin Shinawatra gewinnt die Parlamentswahlen. Er führt ein zweigleisiges Wirtschaftsprogramm durch: neoliberale Privatisierung, Exportoffensive und gleichzeitig Sozial- und Investitionsprogramme. Er zeigt deutlich autoritäre Tendenzen: Der Kampf gegen Drogen fordert in den Monaten 2003 monatlich 200 bis 300 Tote in extralegalen Hinrichtungen durch Todesschwadronen. Zensur der Presse und Gewalteskalation eines religiös-ethnischen Konflikts im Süden Thailands.

2005: Thaksin wird mit großer Mehrheit wiedergewählt.

2006: Die Mobilisierung konservativer urbaner Eliten und NGOs in Bangkok gegen Thaksin führt zur Entstehung der Bewegung der «Gelbhemden». Im September putscht das Militär gegen Thaksin, der ins Exil flieht. Seine Partei wird vom Verfassungsgericht aufgelöst.

2007: Das Militär und die urbanen Eliten lassen eine neue Verfassung schreiben, die das Verfassungsgericht stärkt, um die Wiederkehr einer «Diktatur des Parlaments» zu verhindern. Das vom König entworfene, buddhistisch inspirierte alternative Entwicklungskonzept der Suffizienzwirtschaft bekommt Verfassungsrang. Medien (konventionelle Medien und soziale Plattformen) werden einer massiven Zensur unterworfen, es kommt zu gravierender Einschüchterung und Verfolgung der Unterstützer\*innen von Thaksin, besonders in dessen Hochburgen im Norden und Nordosten.

2007: Nachfolgepartei von Thaksin gewinnt – trotz Einschüchterung – die Wahlen erdrutschartig.

2008: Erneute Mobilisierung der Gelbhemden gegen die gewählte Regierung. Verfassungsgericht löst die Thaksin-nahe Partei auf, installiert die oppositionelle Demokratische Partei (mit westlich-neoliberalem Programm) als Regierungspartei. Die Vorgänge werden als juridischer Putsch gewertet.

2009/2010: Unterstützer\*innen von Thaksin und pro-demokratische Kräfte (Rothemden) fordern in Großdemonstrationen Neuwahlen. Populistische Zuspitzung der Proteste als Klassenkampf (*phrai* gegen *amat*). Die Niederschlagung der Demonstrationen durch das Militär fordert über 100 Tote.

2011: Die Schwester Thaksins, Yingluck Shinawatra, gewinnt die Parlamentswahlen mit großer Mehrheit.

2014: Erneute Demonstrationen der urbanen Mittelschicht, die nunmehr offen die Abschaffung der Demokratie und eine ständisch organisierte Volksvertretung fordert. Das Verfassungsgericht enthebt Yingluck Anfang Mai ihres Amtes. Ende Mai putscht das Militär (es handelt sich daher um einen kombinierten juridischen und militärischen Putsch).

2017: Eine neue Verfassung wird verabschiedet, die die Parlamentsbefugnisse noch weiter einengt. Nur noch ein Teil der Parlamentssitze wird durch Wahl vergeben. Ein Notstandsparagraf erlaubt einem Expertenrat die Machtübernahme.

2019: Wahlen, die weder frei noch fair ablaufen, bestätigen die Putschist\*innen an der Macht.

In der Entwicklung in Thailand kann die inhärente Krisendynamik von liberaler Demokratie in ihrer Verschränkung mit der Entwicklung des autoritären Populismus beobachtet werden. Thaksin ist nach der Charakterisierung von Demirović (2018a) der Prototyp eines autoritären Populisten. Er ist selbst Großunternehmer und repräsentiert eine neue Kapitalfraktion aus den Provinzen. Gleichzeitig suchte er die Nähe zu sozialen Bewegungen, wie zum Beispiel zum Forum der Armen (Assembly of the Poor), die Mitte der 1990er Jahre durch ihre radikalen Forderungen und neuen demokratischen Organisationsformen hervortraten. Der autoritäre Charakter seiner Machtausübung zeigte sich in Thaksins Kampagne gegen Drogen, bei der 2003 mehrere hundert Personen pro Monat extralegal hingerichtet wurden. Damit nahm er, wenn auch in geringerem Umfang, die Herrschaftsstrategie von Duterte vorweg.

Seine Macht baute er jedoch vor allem dadurch aus, dass er über einen Anti-IWF-Diskurs, nationalistische Rhetorik und Sozialprogramme die Massen für sich gewann. Die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung und substanzielle Investitionsprogramme in den ländlichen Gegenden sicherten ihm den Rückhalt der Wählerschaft.

Seine Wiederwahl 2005 war ein Novum in der thailändischen Geschichte, denn er war der erste Ministerpräsident, der eine zweite Amtszeit antrat. Dadurch wurde er den etablierten Eliten in Bangkok und dem Königshaus zu mächtig. Diese royalistisch-konservativen Eliten suchten daher den Schulterchluss mit städtischen Mittelklassen und Teilen der Gewerkschaften, die gegen Thaksins autoritären Regierungsstil aufbegehrt. Die Mittelklassen wurden über einen chauvinistischen Diskurs eingebunden: Die ländliche Wählerbasis von Thaksin wurde dabei als gierige ungebildete Masse bezeichnet, die über Stimmenkauf und populistische Wahlgeschenke in Form von Sozialleistungen korrumpiert werde. Das Parlament wiederum wurde als «Ort der Unruhe» dargestellt, in dem sich eine «Diktatur der Mehrheit» der Subalternen entfalte, die unverantwortliche Forderungen stelle.

Im Zuge der folgenden Entwicklung wurden die Errungenschaften der liberalen Demokratie Schritt für Schritt zurückgenommen. Die royalistisch-konservativen Eliten Bangkoks nutzten ihren exklusiven Zugang zu Verfassungsgericht und Militär und putschten Thaksin aus dem Amt. Bei freien Wahlen (2007, 2011) gelang es jedoch den Thaksin-nahen Kräften immer wieder, eine deutliche Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinen, worauf die Eliten im Schulterchluss mit der städtischen Mittelklasse erneut putschten. Nach jedem Putsch (2006, 2008, 2014) folgte jeweils eine Verfassungsreform, die das Parlament weiter marginalisierte, das passive Wahlrecht noch mehr einschränkte und das Prinzip der Repräsentation sukzessive aushöhlte. Im Zuge der bürgerlichen Proteste von 2008 sowie 2013/14 wurde erstmals offen über eine Abkehr vom Prinzip des allgemeinen Wahlrechts diskutiert. Stattdessen solle eine ständische Vertretung eingerichtet

werden. Nach einer jüngsten, nur noch halbdemokratischen Verfassungsgebung von 2016 wurde das Parlament nur noch zum Teil gewählt. Dem Militär wurde eine feste Rolle in der Politik zugestanden; ein Notstandsparagraf sieht vor, dass im Krisenfall ein Expertenkabinett die Macht übernimmt, und institutionalisiert damit quasi die Machtübernahme durch Putsche.

Das Regime positioniert sich als «antipopulistisch» und nutzt Gerichte, Militär etc., um Populismus zu verhindern. Ideologische Basis ist ein royalistischer, progressiver (Neo-)Liberalismus: Zwar wurden unter der Militärregierung alle politischen Rechte außer Kraft gesetzt und die Rede über die soziale Spaltung wurde systematisch unterbunden. Identitätspolitik und ein Menschenrechtsdiskurs nach westlichem Vorbild wurden jedoch medienwirksam inszeniert: Die vom Militär besetzte Menschenrechtskommission diskutierte über Frauenrechte oder die Möglichkeit der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Im Fall des Asylgesuchs von Rahaf Mohammed al-Qunun am Flughafen in Bangkok, die vor ihrer Familie aus Saudi-Arabien geflohen war, zeigten sich die thailändischen Behörden als vorbildhafte Kooperationspartner des UNHCR und anderer internationaler Organisationen (Fullerton/Davidson 2019).

So ist eine Ausnahmestaatsform auf der ideologischen Basis des progressiven Neoliberalismus entstanden. Sie ist geprägt von Klassenchauvinismus sowie dem Ausschluss der Mehrheit der Bevölkerung von der Repräsentation im Parlament. Schritt um Schritt wurden die Institutionen der liberalen Demokratie umgebaut, um die vermeintlich populistische Artikulation des Willens der Bevölkerungsmehrheit zu unterbinden. Das Regime gleicht denen in Portugal und Spanien unter Salazar und Franco und Österreich während des Zeitraums von 1933/34 bis 1938 insofern, als es traditionelle Institutionen (Monarchie) überhöht, über massive Zensur die Artikulation von gesellschaftlichen Konflikten unterbindet und damit die Gesellschaft einfriert. Thailand stellt somit ein Beispiel dar, bei dem ein Ausnahmeregime nicht wie auf den Philippinen von einem Populisten installiert wird, sondern von den alten konservativ-royalistischen Eliten in Reaktion auf einen Populisten.

Was die Mechanismen der Machtergreifung und der Sicherung der Herrschaft anbelangt sowie bezüglich ihrer Rhetorik unterscheiden sich die Ausnahmestaatsformen auf den Philippinen und in Thailand deutlich.

### 3.2.3 Türkei

Vor diesem Hintergrund gleichen der Aufstieg und die Radikalisierung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan eher der Situation auf den Philippinen. 1980: Das Militär putscht gegen eine zunehmende gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Organisierung. Die alte, säkulare, in Istanbul ansässige kapitalistische Elite behauptet sich dadurch an der Macht.

2001: Die Türkei fällt nach einer schweren Banken- und Wirtschaftskrise in eine Rezession. IWF-Kredi-

te werden an eine strikte Austeritätspolitik geknüpft. Gründung der Partei AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi, Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung), die sich aus Teilen der sunnitisch-islamistischen Parteien FP (Fazilet Partisi, Tugendpartei) und RP (Refah Partisi, Wohlfahrtspartei) zusammensetzt, nachdem diese wegen Verstößen gegen die säkulare Staatsordnung aufgelöst worden sind. Die AKP wird lange in der Nähe zur islamistisch-autoritären Milli-Görüş-Bewegung verortet. Kapital aus Anatolien organisiert sich im AKP-nahen Unternehmerverband TÜSKON gegen altes Istanbul-basiertes Kapital.

2002: Die AKP gewinnt die Parlamentswahlen, Erdoğan wird Ministerpräsident. Seine erste Regierungszeit wird mit einer Liberalisierung und Öffnung der Politik verbunden.

2007: Erneuter Wahlsieg der AKP, die Regierung Erdoğan II tritt an.

2008: Im März wird ein Verbotsverfahren gegen die AKP wegen antilaizistischer Aktivitäten eingeleitet. Das Verfahren scheitert knapp und die AKP wird verwarnet. Während des Verfahrens kursieren Gerüchte, dass ein Militärputsch geplant sei. Der angebliche Verschwörungsring «Ergenekon» wird ausgehoben und es kommt zu einer Verhaftungswelle hoher Militärs.

2011: Erneuter Wahlsieg der AKP, Antritt der Regierung Erdoğan III mit zunehmend konservativ-religiöser Agenda.

2013: Im Mai entzündeten sich an einem Bauvorhaben am Taksim-Platz in Istanbul Proteste, die sich zu landesweiten Protesten gegen Erdoğan ausweiten (Gezi-Park-Bewegung) und mit brutaler Polizeigewalt bekämpft werden. Im Juni werden die Proteste niedergeschlagen. Die Regierung reagiert mit einer verstärkten Kontrolle und Manipulation der sozialen Medien.

2014: Erdoğan wird Präsident. Obwohl es sich um ein repräsentatives politisches Amt handelt, stehen die Ministerpräsidenten in der folgenden Zeit, Ahmed Davutoğlu (2014–2016) und Binali Yıldırım (2016–2018), in seinem Schatten.

2015: Bei der Parlamentswahl erhält die prokurdische Partei HDP 13 Prozent der Stimmen. Ein Jahr später wird die Immunität von zahlreichen Mitgliedern aufgehoben und Verfahren wegen Terrorismus eingeleitet.

2017: Putschversuch gegen Erdoğan. Nach dem Scheitern des Putsches folgt eine Verhaftungs- und Verfolgungswelle gegen Journalist\*innen und Akademiker\*innen. Innerhalb des AKP-Lagers kommt es zu Säuberungen gegen Anhänger\*innen der religiösen Gülen-Bewegung, deren Anführer Erdoğan als Drahtzieher des Putsches bezeichnet.

Verfassungsreform – Umwandlung des parlamentarischen Systems in ein Präsidialsystem.

2018: Mit der Parlamentswahl wird das parlamentarische System zum Präsidialsystem.

Der Aufstieg Erdogans wurde von Duncan McCar-go und Ayşe Zarakol (2012) mit der Karriere von Thaksin in Thailand verglichen. Erdoğan repräsentiert eine

neue Kapitalfraktion aus Anatolien (unter anderem mit Schwerpunkt in den Städten Kayseri und Denizli), die im Unternehmerverband TÜSKON organisiert ist und die Vormachtstellung der Unternehmer\*innen aus Istanbul, die im konkurrierenden Unternehmerverband TÜSIAD organisiert sind, herausfordert. Wie Thaksin hat auch Erdoğan einen wichtigen Teil seiner Wählerbasis auf dem Land. Die Frage, ob sein politisches Projekt neoliberal ist, wird wie auch im Falle Ungarns, der Philippinen und Thailands kontrovers diskutiert. Axel Gehring (2018) sieht Erdoğan in einer Kontinuität neoliberaler Regierungen. Auch Fikret Adaman, Murat Arsel und Bengi Akbulut (2019) bezeichnen Erdoğan's Politik des autoritären Populismus als «neoliberal developmentalism» und führen dies am Beispiel des Ressourcenextraktivismus aus. Burak Gürel, Bernal Küçük und Sercan Taş (2019) heben dagegen den hybriden Charakter von Erdoğan's Wirtschaftspolitik gerade gegenüber der Bevölkerung auf dem Lande hervor. «Although the AKP government did not fundamentally depart from neoliberalism, the return of agricultural subsidies, significant expansion of social assistance, and rapid infrastructure construction have secured a large rural following for the party.» (Gürel et al. 2019: 457, 459f.)

Die strukturellen Bedingungen und Akteurskonstellationen in der Türkei scheinen also ganz ähnlich zu sein wie in Thailand, doch ist der Bezug zur Religion anders gelagert: In Thailand ist der Populismus ein säkularer und wendet sich gegen die monarchistisch-konservativen, traditionellen Eliten in Bangkok, das heißt gegen den konservativen Dreiklang von Monarchie – Nation – Religion. In der Türkei ist es genau umgekehrt: Erdoğan ist der Vertreter einer islamischen Bewegung und die alten Eliten in Istanbul, gegen die er sich wendet, sind säkular. Zwar präsentierte sich die AKP in ihren Anfängen als liberale und pluralistische Partei, doch nahm später ein religiös-konservativer Diskurs einen zunehmend größeren Raum ein. Erdoğan zeigt immer deutlicher den Charakter eines autoritären Populisten, der über einen antiliberalen Diskurs die Unterstützung der ländlichen Wähler\*innen sucht. Ausgelöst wurde diese Wende zum Autoritarismus durch die Mobilisierung der alten Eliten gegen ihn: 2008 wurde ein Verfahren zur Auflösung der AKP eingeleitet, im Zuge dessen auch Putschgerüchte gegen ihn kursierten, die im angeblichen Verschwörungsring «Ergenekon» als konkrete Gefahr erscheinen.

Mit den Gezi-Protesten manifestierte sich diese Frontstellung gegen die säkularen Eliten weiter: In dieser Bewegung gelang der Schulterschluss zwischen linken und progressiv-liberalen, vor allem städtischen Kräften. Im Zuge der Niederschlagung der Gezi-Bewegung begann Erdoğan eine systematische Mobilisierung über soziale Medien. Zentral ist dabei die Strategie, über eine Trollarmee die Meinung im Netz zu beeinflussen und auch, ähnlich wie später Duterte auf den Philippinen, Arbeitsmigrant\*innen im Ausland einzubeziehen. Nach dem misslungenen Putschver-

such 2017 radikalisierte Erdoğan seine autoritäre Politik noch und schuf mit der Verfassungsreform und durch die gewonnene Wahl von 2018 ein Präsidialsystem. Zusammen mit der massiven Verfolgung von Journalist\*innen und Intellektuellen markiert dieser Schritt möglicherweise bereits den Übergang in ein Ausnahmeregime. Wie die Anfechtung der Ergebnisse der Istanbuler Kommunalwahlen und die erfolgreiche Wahlkampagne von Ekrem İmamoğlu von der oppositionellen CHP zeigen, ist dieser Übergang hart umkämpft.

Die Putschversuche in der Türkei 2008 und 2017 waren von weitreichenden Spekulationen begleitet: Es wurde darüber debattiert, ob es sich um fingierte Putschversuche gehandelt haben könnte, die Erdoğan die Möglichkeit einräumen sollten, gegen seine Gegner vorzugehen. Darüber hinaus wurde darüber nachgedacht, was passiert wäre, wenn der Putsch erfolgreich gewesen und Erdoğan abgesetzt worden wäre. Welchen Charakter hätte das neue Regime gehabt? Der Fall Thailands gibt dazu Hinweise: Dort haben die erfolgreichen Putsche zur Etablierung eines antipopulistischen, autoritär konstitutionalistischen Ausnahmezustands geführt.

Die Entwicklung in der Türkei zeigt deutliche Ähnlichkeit mit den Prozessen in Thailand und auf den Philippinen. In allen Ländern beginnt mit der Wahl eines politischen Außenseiters – und Vertreters einer neuen Kapitalfraktion – ein Prozess der populistischen Erneuerung der Demokratie, der zunächst auch von linken Kräften positiv bewertet wird. Die Populist\*innen sind jedoch von Beginn an auch umstritten. In Thailand gelingt es den alten Eliten über Putsche ihre Macht zurückzuerobern – sie errichten in der Folge ein Ausnahmeregime. In der Türkei und auf den Philippinen radikalisiert der Versuch bzw. die Gefahr eines Putsches die populistische Politik. Hierin gleicht Erdoğan Duterte auf den Philippinen – mit dem Unterschied, dass Erdoğan eine islamisch-konservative Ideologie verfolgt, Duterte sich gegen die katholische Kirche stellt, die er als Teil der Oligarchie und der liberalen Elite des Landes sieht.

### 3.2.4 Ägypten

Das Bild der unterschiedlichen Pfade der Entstehung von Ausnahmeregimen wird komplettiert vom Fall Ägyptens. Auch hier etablierte sich über einen Putsch ein antipopulistisches Ausnahmeregime, in Abgrenzung zur Muslimbruderschaft, die unter Präsident Mohammed Mursi eine Zeitlang die politische Öffnung nach dem Arabischen Frühling nutzen konnte, um die populären Klassen vor allem des ländlichen Raums hinter sich zu bringen.

2011: Arabischer Frühling. Pro-Demokratie-Bewegungen auf dem Tahrir-Platz in Kairo zwingen Präsident Hosni Mubarak zum Rücktritt.

2011/12: Bei den ersten freien Parlamentswahlen und der Wahl der verfassungsgebenden Versammlung

setzt sich die Muslimbruderschaft durch. Das Oberste Gericht löst das Parlament und die verfassungsgebende Versammlung auf. Ein Militärrat übernimmt die legislative Gewalt (Putsch) und beschränkt die Kompetenzen des zu wählenden Präsidenten.

Juni 2012: Mohammed Mursi gewinnt als Kandidat der Muslimbruderschaft die Präsidentschaftswahlen, revidiert danach die Erlasse des Obersten Gerichts und des Militärrats und beruft das aufgelöste Parlament und die verfassungsgebende Versammlung ein. In beiden Organen stellen die Muslimbrüder die Mehrheit. Es kommt zum offenen Machtkampf zwischen Mursi und der Judikative. Die neue, von der Muslimbruderschaft geprägte Verfassung schreibt den Prozess der Islamisierung fest. Eine muslimische Universität (Al-Azhar-Universität) soll anstelle des Verfassungsgerichts als letztinstanzliche Institution zur Auslegung der Verfassung etabliert werden.

2013: Ab Januar kommt es erneut zu landesweiten Demonstrationen säkularer Bewegungen, diesmal gegen die zunehmend autoritäre Regierung von Mursi und seine Islamisierungspolitik.

Juni 2013: Die Massenproteste gegen Mursi geraten außer Kontrolle. Der Armeechef El Sisi putscht gegen Mursi und die Regierung der Muslimbruderschaft. Das Parlament wird aufgelöst, die Verfassung für ungültig erklärt und der Präsident des noch existierenden Verfassungsgerichts als Übergangspräsident eingesetzt. Anklage gegen Mursi, Freilassung von Mubarak.

August 2013: Die gewaltsame Auflösung eines Protests der Muslimbruderschaft fordert mehr als 500 Tote. In der Folge werden alle Protestbewegungen durch massive Polizeigewalt, durch Verschwindenlassen von Aktivist\*innen und massive Zensur der Presse und des Internets unterdrückt. Im Dezember stuft die Regierung die Muslimbruderschaft als Terrororganisation ein.

2014: Im März werden 529 Anhänger\*innen Mursis, im April weitere 683 Anhänger\*innen der Muslimbruderschaft zum Tode verurteilt. El Sisi ist bei den Präsidentschaftswahlen einziger Kandidat und wird Präsident. Seither hält die gewaltförmige Unterdrückung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen an; es gibt mehrere zehntausend politische Gefangene.

2018: El Sisi wird durch eine Wahl im Amt bestätigt.

2019: El Sisi lässt über eine neue Verfassung abstimmen, die ihm ermöglichen soll, bis 2030 im Amt zu bleiben. Bei sehr geringer Wahlbeteiligung (45 Prozent) wird die neue Verfassung mit einer Mehrheit von 88 Prozent angenommen. Der Präsident erhält Einfluss auf das Verfassungsgericht, die Generalstaatsanwaltschaft und den Justizrat. Das Militär wird weiter gestärkt.

Die Regierung von Hosni Mubarak wurde im Frühjahr 2011 von Massenprotesten gestürzt. Nach Tunesien war Ägypten der zweite große Brennpunkt des Arabischen Frühlings und der Sturz Mubaraks ein zentrales Ereignis der Demokratiebewegungen, die als Reaktion auf die Wirtschaftskrise 2008 entstanden waren. Der

Raum, den die Aktivist\*innen des Arabischen Frühlings in Ägypten geöffnet haben, wurde von der Muslimbruderschaft gefüllt, die über die organisatorische Kapazität verfügte, in Anlehnung an die türkische AKP rasch eine Partei zu gründen. Sie besaß eine große Anhängerschaft, war über Wohlfahrtsvereine und soziale Einrichtungen im Land verwurzelt und spielte auch während der Proteste gegen Mubarak eine wichtige Rolle. Der Wahlerfolg der Muslimbruderschaft, die sowohl im neuen Parlament als auch in der verfassungsgebenden Versammlung die Mehrheit stellten, brachte diese in Konflikt mit dem Militär, das fürchtete, für sein Verhalten während der Anti-Mubarak-Proteste zur Verantwortung gezogen zu werden und seine wirtschaftliche Vormachtstellung zu verlieren. Das Militär kontrolliert schätzungsweise 15 Prozent der ägyptischen Wirtschaft.

Die Muslimbruderschaft verließ sich auf eine populäre, plebiszitäre Mobilisierung und ihre Wahlerfolge. Dagegen brachten die traditionellen Eliten den Militärrat und die Judikative in Stellung. Mursi versuchte seinerseits, den Verfassungsprozess zur Absicherung seiner Macht zu nutzen. Ähnlich wie in Thailand kam es in Ägypten 2013 zu erneuten Protesten, unter anderem von städtischen Mittelschichten und säkularen progressiven Kräften, die von der alten Elite bzw. von El Sisi als Legitimation zum Putsch und zur Restauration genutzt wurden. Die Rückkehr der Militärs an die Macht war von großen Verhaftungswellen, einer strikten Zensur und der massenhaften Verhängung der Todesstrafe gegen Anhänger\*innen von Mursi und den Muslimbrüdern begleitet. Über manipulierte und gelenkte Wahlen und eine Verfassungsänderung hat El Sisi seine Macht auf Dauer gestellt. Ähnlich wie in Thailand errichtete El Sisi also ein antipopulistisches, autoritär-konstitutionalistisches Regime, ausgerichtet gegen den Erfolg der Muslimbruderschaft.

In der Literatur zu Ägypten wird die Machtergreifung El Sisis oft als Restauration des alten Systems von Mubarak interpretiert und als eine Bestätigung des für die arabische Welt typischen resistenten Autoritarismus (*authoritarian resilience*) (Schlumberger 2007). Demgegenüber setzen jüngere Analysen El Sisis Autoritarismus in Bezug zu neoliberalen Entwicklungsmodellen und Aufständen (Haddad et al. 2011; Achcar 2013; Hanieh 2013). Der Vergleich zur Entwicklung der Philippinen, Thailands und der Türkei hebt jedoch einen anderen Zusammenhang – den Antagonismus zwischen autoritärem Populismus und autoritärem Neoliberalismus – hervor und interpretiert das Beispiel Ägyptens in einem größeren internationalen Kontext.

### 3.3 ZWISCHENFAZIT

Die Aspekte, die von Demirović (2016, 2018a) und Candeias (2016) als zentrale Dynamik des Aufstiegs des *autoritären Populismus* bzw. *Rechtspopulismus* identifiziert wurden, finden sich auch in Ländern außerhalb Westeuropas: Auf den Philippinen, in Thailand,

in der Türkei und in Ägypten sind im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte populistische Politiker an die Macht gekommen. Ihr Aufstieg fand im Zusammenhang mit Wirtschaftskrisen statt, die die alten wirtschaftlichen und politischen Eliten erschütterten: In Thailand und auf den Philippinen war die Asienkrise von 1997/98 ein solcher Einschnitt, in der Türkei die Banken- und Wirtschaftskrise von 2001, in Ägypten und allen anderen Ländern die multiple Krise seit 2008. Diese Krisen markierten Wendepunkte, an denen neue Machtkonstellationen entstanden und einzelne Kapitalfraktionen über ein populistisches Programm die Unterstützung von unzufriedenen Teilen der Bevölkerung suchten, oft durch Sozialprogramme. In allen Ländern wehrten sich die alten Eliten gegen die populistische Herausforderung, suchten den Schulterschluss mit zivilgesellschaftlichen Gegenbewegungen, die meist von städtischen, progressiv-liberalen Eliten getragen wurden. In allen betrachteten Ländern kippte die Auseinandersetzung zwischen den politischen Lagern durch Putsche oder putschähnliche Situationen in Ausnahmestaatsformen, in denen substantielle Teile der ehemals etablierten demokratischen Routinen abgeschafft und offen autoritäre Regierungsformen eingeführt wurden. Die Pfade, die diese Entwicklungen nahmen, unterschieden sich je nach Konstellation und Kräfteverhältnissen und mündeten in Ausnahmestaatsformen mit unterschiedlichem Charakter. Eine zentrale Bruchlinie verläuft zwischen *autoritär-populistischen* und *autoritär-konstitutionalistischen* Regimen.<sup>27</sup>

Die Ausnahmeregime zeigen dabei eine Nähe zu den unterschiedlichen Formen des Faschismus im Europa der 1920er und 1930er Jahre. In Thailand und Ägypten entwickelte sich ein Regime, das Portugal, Spanien und Österreich (1933/34–1938) ähnelte und das die gesellschaftliche Polarisierung durch eine Demobilisierung und ein Einfrieren der Gesellschaft zu beherrschen versucht.

Auf den Philippinen und in der Türkei entwickelte sich ein Regime, das dem Typus des mobilisierenden, revolutionären Faschismus Italiens und Deutschlands gleicht.

Andreas Fisahn und Kadriye Pile (2018) kommen über andere Wege zu einer ähnlichen Typologie – jedoch mit dem Unterschied, dass sie die Regime der Vergangenheit (Faschismus und Konservatismus) und die heutigen Regime (autoritärer Populismus und Konstitutionalismus) nicht als einander antagonistisch gegenüberstehend betrachten.

Die Tatsache, dass sowohl populistische als auch konstitutionalistische Projekte in Ausnahmeregime abgleiten, stellt progressive Bewegungen vor große strategische Probleme. Ein Beispiel ist Duterte: Wie schon bei seinem populistischen Vorgänger Joseph Estrada

<sup>27</sup> Es wäre interessant, Untersuchungen wie die von Fielitz und Albrecht (2019) weiter zu verfolgen, die eine «wechselseitige Verstärkung von Demokratiefeindlichkeit» auf ganz anderer, ideologischer Ebene als Folge einer antagonistischen Beziehung zweier Lager herausarbeiten.

	Philippinen	Thailand	Türkei	Ägypten
Alte Eliten (Militär, Hauptstadt-basierte Unternehmer, politische Eliten)	«Gelbe Kräfte», Oligarchie, Großgrundbesitzer*innen, Katholische Kirche	Royalistisch-konservative Eliten, die sich um das königliche Schatzamt gruppieren	Säkular-konservative Eliten, Istanbul-basiertes Kapital (TÜSIAD)	Säkular-konservative Eliten, Wirtschaftsunternehmen in der Hand der Militärs
Populistische Herausforderer*innen (neues Unternehmertum jenseits der Hauptstadt)	Rodrigo Duterte, lang-jähriger Bürgermeister aus Davao	Thaksin Shinawatra, Medienunternehmer und Vertreter einer neuen Kapitalfraktion mit Basis in den Provinzen	Erdoğan, religiös-konservativ, anatolischer Unternehmer (TÜSKON)	Muslimbrüder (islamistisch)
Dynamik des Machtkampfs	Duterte gewinnt die Präsidentschaftswahl 2016, unter anderem über Mobilisierung in den sozialen Medien	Thaksin gewinnt alle Wahlen seit 2001 mit großer Mehrheit. Royalistisch-konservative Kreise mobilisieren städtische Mittelschichten und die Judikative und putschen	Erdoğan gewinnt fast alle Wahlen seit 2002 mit komfortabler Mehrheit. Nach der Gezi-Bewegung (2013) und dem gescheiterten Putsch deutliche Verschärfung des Autoritarismus	Mursi gewinnt die Wahlen nach dem Sturz Mubaraks 2011. El Sisi putscht und leitet eine Restauration ein.
Entstandenes Ausnahmeregime	<b>Autoritärer Populismus</b> «Fascist Original» Mobilisierung einer breiten Anhängerschaft (entfesselte Gewalt, Mobilisierung der Massen)	<b>Autoritärer Konstitutionalismus</b> Abschaffung von Wahlen, korporatistisches Einfrieren der Gesellschaft, royalistischer, autoritärer Liberalismus	<b>Autoritärer Populismus</b> Mobilisierung einer breiten Anhängerschaft und plebiszitäre Unterstützung, Umbau des Staates in ein Präsidialsystem	<b>Autoritärer Konstitutionalismus</b> Korporatistisches Einfrieren der Gesellschaft, weitreichende Manipulation von Wahlen und Verfestigung der Präsidentschaft

wurde auch Dutertes Wahlkampf von Teilen der NDF (National Democratic Front – ein Bündnis linker Bewegungen und Organisationen um die Kommunistische Partei der Philippinen) unterstützt. Die Nominierung eines radikalen Bauernführers als Agrarminister und einer renommierten Umweltaktivistin als Umweltministerin ließen Duterte in den Augen mancher als Beispiel eines linken Populismus im Sinne Laclaus erscheinen. Die jeweilige Positionierung seiner Regierung gegenüber hat daher zu deutlichen Konflikten in internationalen Kampagnen und Organisationen geführt.

Dort, wo ein populistischer Politiker abgesetzt wird, kommt es oft zu einer Verklärung: In Thailand und Ägypten wurden Thaksin und Mursi stark mit Sozialprogrammen assoziiert. In Thailand konnte Thaksin als Opfer mehrerer Putsche trotz seiner eigenen autoritären Regierungsführung zur Ikone der Demokratie aufsteigen. Heute wird er hauptsächlich mit seinen Sozialprogrammen in Verbindung gebracht und mit der Tatsache, dass er über Wahlen legitimiert war. Die Nachrufe auf Mursi, der während seines Gerichtsverfahrens gestorben ist, deuten in eine ähnliche Richtung (Weisflog 2019).

Besonders brisant ist jedoch die Positionierung gegenüber Bewegungen und Protestereignissen, wenn sich auf der Straße eine Opposition gegen populistische Regime artikuliert. In allen hier betrachteten Fällen kam es an einem Punkt zu Großdemonstrationen: In Thailand 2005/06 formierte sich ein breiter Widerstand gegen Thaksin Shinawatra, auf den Philippinen protestierte 2001 die People-Power-II-Bewegung gegen Estrada, in der Türkei entstand 2013 die Gezi-Bewegung und in Ägypten demonstrierten 2013 große Teile der Anti-Mubarak-Bewegung gegen Mursi. Diese

Protestbewegungen unterscheiden sich deutlich voneinander. Manche waren direkt von den alten Eliten angetrieben, die sich ebenfalls durch die Populist\*innen bedroht fühlten. Aber auch unabhängige Mobilisierungen stehen in der Gefahr, von den Eliten kooptiert zu werden. Im Augenblick der entstehenden Bewegung ist das oft schwierig zu erkennen: So war der Schulterschluss von thailändischen NGOs, Gewerkschaften und Basisbewegungen gegen Thaksin 2005/06 durchaus als progressiv zu bewerten (Pye/Schaffar 2008), auch wenn die Demonstrationen wenig später den Auftakt für wiederholte Putsche darstellten. Die People-Power-II-Bewegung gegen Estrada 2001 konnte so wirkmächtig werden und ihr Ziel erreichen, weil sie von einer breiten Front von Gewerkschaften getragen wurde, die zum Generalstreik aufriefen, und auch viele linke Aktivist\*innen involviert waren. Retrospektiv, das heißt mit dem Wissen, dass diese Bewegung einer noch korrupteren Präsidentin Arroyo den Weg geebnet hat, lesen sich die damaligen Aufrufe und Positionierungen verstörend (Duval 2001). Im Zuge einer vergleichenden Analyse können auch die Gezi-Bewegung gegen Erdoğan und die Bewegung gegen Mursi im Juni 2013 auf dem Tahrir-Platz reflektiert werden: In Ägypten bezog sich El Sisi auf die Demonstrationen und legitimierte dadurch den Putsch gegen Mursi. Durch die unmittelbar einsetzende massive Repression, aber auch durch die Erschöpfung der Bewegungen, die sich zwischen zwei autoritären Blöcken zerrieben fühlten, endete damit der Protestzyklus der Arabischen Revolution in Ägypten. Der Gezi-Bewegung ist, zynisch betrachtet, wegen ihrer Niederschlagung eine Kooptierung erspart geblieben.

Die Strategie, antipopulistische Ausnahmeregime über konstitutionalistische Mittel, das heißt über eine Rhetorik von ausgewählten Menschenrechten und progressiver Umweltpolitik zu legitimieren, scheint mir eine neue Entwicklung der derzeitigen Konjunktur autoritärer Regime im Süden zu sein. In der EU ist jedoch eine ähnliche Problematik zu erkennen: Auf EU-Ebene entfaltet sich ein autoritärer Konstitutionalismus, auf nationalstaatlicher Ebene (Polen, Ungarn, Österreich) ein autoritärer Populis-

mus. Es ist zu erwarten, dass sich diese Polarisierung weiter zuspitzt und sich die Kommission als Exekutive über eine progressiv neoliberale Positionierung legitimiert, ihren autoritären Kurs verschärft und sich zunehmend verselbstständigt. Das wird dazu führen, dass sich die rechtspopulistischen Kräfte in den Nationalstaaten ebenso wie die im EU-Parlament weiter radikalisieren. Diese Dynamik birgt die Gefahr, in ein Ausnahmeregime der einen oder anderen Form zu münden.

## 4 SYNCHRONITÄT UND PARALLELITÄT DER ENTWICKLUNGEN

Bei den hier herausgearbeiteten Entwicklungslinien handelt es sich um Prozesse auf nationalstaatlicher Ebene. Vor dem Hintergrund der Bestandsaufnahme zu Beginn der Studie stellt sich die Frage, warum diese Prozesse fast zeitgleich auftreten und so viele Parallelen zeigen.

Diese Synchronität ist zunächst über den Einfluss von regionalen oder globalen Wirtschaftskrisen zu erklären. Wie bereits erwähnt war in Thailand und auf den Philippinen die Asienkrise von 1998 der Auslöser für den Beginn der politischen Umbrüche. Sie führte zu einem Einbruch der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und sozialen Verwerfungen und in der Folge zur wirtschaftlichen und ideologischen Schwächung und Spaltung der herrschenden Eliten. Auch der Aufstieg Erdoğan begann nach einer substanziellen Wirtschaftskrise. 2001 war die Wirtschaft in der Türkei eingebrochen und die Delegitimierung der herrschenden Eliten sowie die Mobilisierung von unten ebneten dem Außenseiter Erdoğan den Weg an die Macht. Ein ähnlicher Zyklus entfaltete sich im Zuge der weltweiten Krise ab 2008 und bedingte die Beschleunigung und Zuspitzung des zyklischen Verfalls von Demokratie in allen vier betrachteten Ländern. Allen voran wurde auch der Arabische Frühling mit den Verwerfungen der Krise von 2008 in Verbindung gebracht.

Die hier vorgeschlagene Erklärung der Entdemokratisierung verfolgt einen anderen Ansatz als den der gängigen Literatur zum autoritären Populismus oder autoritären Neoliberalismus. In der eingangs zitierten Literatur werden autoritärer Populismus und autoritärer Neoliberalismus als Spielart und Verschärfung des Neoliberalismus analysiert. Wenn in dieser Literatur vom Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Krisen und autoritären Maßnahmen die Rede ist, werden Letztere oft als Vertiefung der neoliberalen Umstrukturierung und Strategie der Krisenbearbeitung betrachtet. Der hier vorgeschlagene Erklärungsansatz setzt einen anderen Akzent: Als unmittelbarer Effekt der Krise kommt es zu einer Erschütterung des politischen Systems und über populistische Bewegungen können sich soziale und demokratische Forderungen artikulieren. Die Wende zum Autoritären entsteht infolge der (versuchten oder geglückten) Zurückdrängung dieser populistischen Bewegungen. Autoritarismus hängt also nur mittelbar mit der Krise zusammen – über die Vermittlung eines Kampfs innerhalb der herrschenden Elite und zwischen Bourgeoisie und populären Klassen.

Auf diese Art lässt sich zu einem Teil die Synchronität der politischen Umbrüche in den jeweiligen Ländern als Effekt regionaler oder weltweiter Wirtschaftskrisen erfassen. Damit ist jedoch noch nicht hinreichend erklärt, wie es zur Parallelität der Entwicklungen kommt. Warum ähnelt sich in den unterschiedlichen Ländern der Verlauf der politischen Auseinandersetzungen, wie

kommt es zu Parallelen der politischen Strategien, der Ideologien?

Diese Frage lenkt die Aufmerksamkeit auf inter- und transnational aktive Akteure und Prozesse. Im nächsten Abschnitt soll daher eine Bestandsaufnahme folgen, bei der zunächst die soziale Basis autoritärer Bewegungen und Regime, Diskurse und Ideologien in den Blick genommen werden. Schließlich soll diskutiert werden, inwieweit China ein Akteur ist, der für die Globalisierung des Autoritarismus verantwortlich gemacht werden kann. Seit März 2019 bezeichnet die EU nämlich China offiziell als Systemrivalen, dem man unterstellt, das eigene autoritäre System zu exportieren.

### 4.1 DIE SOZIALE BASIS DES AUTORITARISMUS AUS GLOBALER PERSPEKTIVE

Bei der Betrachtung der Ausbreitung, Verschärfung und Konsolidierung des Autoritarismus wurde – in einem ersten vergleichenden Blick – auf Prozesse eingegangen, in denen unter dem Eindruck einer Krise eine Kapitalfraktion populäre Klassen hinter sich bringen und Wahlerfolge erzielen kann. Ebenso wurde darauf verwiesen, dass alte Eliten der populistischen Herausforderung begegnen, indem sie auf Putsche (juridische oder militärische) setzen, und diese Akte legitimieren, indem sie städtische Mittelklassen mobilisieren und an sich binden. In den folgenden Abschnitten soll diskutiert werden, wie die soziale Basis (populäre Klassen, städtische Mittelklassen) sich in globaler Perspektive darstellt. In einem zweiten Schritt sollen die ideologischen Diskurse beschrieben werden, über die diese Mobilisierungen erfolgen.

Was also ist die soziale Basis der unterschiedlichen autoritären Regime und Ausnahmestaatsformen?

In Europa und in den USA ist um den Aufstieg von Donald Trump und die Wahlerfolge von rechts-autoritären Parteien in Frankreich, Deutschland und anderen Ländern eine lebhaft und kontroverse Debatte zwischen zwei entgegengesetzten und möglicherweise unvereinbaren Interpretationen entstanden. Eine Seite bezieht sich auf Arbeiten von Arlie R. Hochschild (2016) oder Didier Eribon (2016), die die Basis der neuen autoritären Regime in enttäuschten Prekarisierten sehen – Arbeiter\*innen und Arme, die als Verlierer\*innen der neoliberalen Globalisierung von den Demokrat\*innen in den USA (McQuarrie 2017) oder den sozialdemokratischen Parteien in Europa (Sablowski/Thien 2018; Sablowski 2018) im Stich gelassen wurden. Die Analyse ist nicht neu und wurde schon zu früheren Konjunkturen des Rechtspopulismus theoretisch und empirisch herausgearbeitet (Hentges et al. 2003).

Eribon (2016) charakterisiert in seiner autobiografischen Studie die Wahlentscheidung der Arbeiterklasse für den Front National als «eine Art politischer Notwehr» und als «negative Selbstaffirmation», um

überhaupt im politischen Diskurs vorzukommen (Eribon 2016: 124).

Solche Ansätze sehen hinter den ausländerfeindlichen und nationalistischen Parolen einen fehlgeleiteten Klassenkampf – fehlgeleitet, weil die Eliten, denen die Armen und Marginalisierten zur Macht verhelfen, letztlich die gleiche Art neoliberaler Politik verfolgen (nach Demirović eine dritte Phase des Neoliberalismus), die die eigentliche Wurzel des Übels darstellt. Die Revolte der Arbeiter\*innen wird als passive Revolution beschrieben. Sie bleibt konservativ und autoritär, weil sie sich gegen Migrant\*innen, LGBTIQ\* und Frauenrechte wendet und – trotz des Anti-Elite-Diskurses – nur die Repräsentant\*innen des Staates und nicht die herrschende Klasse herausfordert (Demirović 2018a: 41; Sablowski/Thien 2018).

Nate Silver (2016), Stephan Lessenich (2016), Ulrich Brand und Markus Wissen (2017) sowie Daniel Eversberg (2018) vertreten einen anderen analytischen Ansatz. Anstelle eines Klassenkonflikts oder einer passiven Revolution sehen sie eine Klassenallianz, die von einem gemeinsamen Interesse getragen wird, als soziale Basis des neuen Autoritarismus. Zentral für diese Argumentation ist der Begriff *imperiale Lebensweise* – ein von Brand und Wissen vorgeschlagenes Konzept und Forschungsprogramm (2017, 2018, 2019), das die Debatte um den neuen Autoritarismus um eine ökologische und spezifisch globale Perspektive anreichert. Es betont, dass die dominanten westlichen Konsummuster der kapitalistischen Welt – Nahrungsmittel, tägliche Konsumgüter, Mobilitätsmuster, Kommunikationstechnologie – auf Zugang zu Ressourcen, Senken<sup>28</sup> und billiger Arbeit im globalen Süden basieren. Damit ist jedoch eine widersprüchliche und krisenanfällige Entwicklungsdynamik verbunden: Auf der einen Seite stabilisiert die zunehmende Inkorporierung großer Bevölkerungsschichten in dieses konsumistische Muster die wachstumsbasierte Ökonomie durch die stetig steigende Nachfrage nach Konsumgütern. Darüber hinaus wird die Gesellschaft durch die Einbeziehung großer Teile der Bevölkerung in materiellen konsumorientierten Wohlstand stabilisiert. Auf der anderen Seite verschärft die vermehrte Nutzung von Ressourcen, Senken und billiger Arbeit – verursacht durch die Ausbreitung der *imperialen Lebensweise* – die ökologische Krise und die Krise der sozialen Reproduktion.

Eversberg (2018) und Brand und Wissen (2019: 13–15) nutzen dieses Konzept, um den Aufstieg autoritärer populistischer Parteien und Bewegungen im Norden zu erklären. Sie sehen die Konfrontationslinie zwischen den industriellen Zentren im Norden, die ihre *imperiale Lebensweise* auch angesichts der sich entfaltenden multiplen Krise seit 2008 verteidigen, und dem Süden. Vermehrte Gewalt nach außen, zum Beispiel an den Grenzen Europas und Nordamerikas, und nach innen gegen politische Gegner\*innen werden durch die krisenanfällige Natur des Akkumulationsregimes erklärt.

Manche Aspekte dieser Debatte sind nicht neu: Sablowski und Thien (2018: 67) weisen darauf hin, dass

Lessenich (2016) und Eversberg (2018) Lenins These von der Arbeiterbourgeoisie und der Verbürgerlichung des Proletariats wiederaufnehmen und radikalisieren. Vor diesem Hintergrund ist zu bemerken, dass im Zuge der 68er Bewegung internationalistisch orientierte Aktivist\*innen den Schluss zogen, dass die revolutionären Subjekte außerhalb der Zentren der industrialisierten Welt zu suchen seien, und ihre Aufmerksamkeit fortan auf die revolutionären Bewegungen der sogenannten Dritten Welt richteten (Gäng/Reiche 1967; Horlemann 1968; Balsen/Rössel 1986).

Wie hängt diese Debatte zum neuen Autoritarismus im Norden mit dem Aufstieg autoritärer Regime außerhalb Europas zusammen – zum Beispiel in Südostasien? Die globale Sicht, die Brand und Wissen (2017: 95–123) einführen, hat zwei Dimensionen: Zum einen gehen sie konzeptionell von einer Trennung zwischen Norden und Süden aus, insofern ihr Ansatz betont, dass Gesellschaften im Norden auf Ressourcen aus dem Süden mit struktureller oder offener Gewalt zugreifen. Eine weitere Dimension ist, dass die *imperiale Lebensweise* – mit ihrer inhärenten Tendenz zur Verallgemeinerung – sich auch in die Gesellschaften im Süden einschreibt, besonders in die dynamischen kapitalistischen Gesellschaften der Schwellenländer (Brand/Wissen 2017: 95–123; 2019: 13 f.). Gleichzeitig äußern Brand und Wissen (2017: 109 f.) jedoch die Hoffnung, dass neue Mittelklassen in Indien und China als emanzipatorische Kräfte hervortreten, da sie mehr und direkter als die Mittelklassen im Norden den ökologischen Konsequenzen der *imperialen Lebensweise* ausgesetzt sind. Damit würden sie sich allerdings in ihrer politischen Orientierung diametral anders verhalten als die Mittelklasse im Norden, die ja gerade durch ihren Wohlstandschauvinismus auffällt.

In den vorherigen Abschnitten wurden die Prozesse des Verfalls der Demokratie und die Etablierung von autoritären Regimen in Thailand und auf den Philippinen als divergente Entwicklungspfade mit unterschiedlichen Ergebnissen analysiert. Eine zentrale Rolle spielte in beiden Fällen die Mobilisierung von Mittelklassen, deren Verhalten nun vor dem Hintergrund des Konzepts der *imperialen Lebensweise* neu reflektiert werden soll.

Analysen zur Demokratisierung in Südostasien in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren fokussierten stark auf die Mittelklassen (Robison/Goodman 1996; kritisch hierzu: Brown/Jones 1995). Nach Jahren des wirtschaftlichen Wachstums – es ist im Übrigen umstritten, ob das als Erfolg der autoritären Entwicklungsstaaten zu sehen ist – vertrieb 1986 die People-Power-Bewegung auf den Philippinen den Diktator Ferdinand Marcos. In Thailand drängte 1992 der sogenannte Handymob – Bangkokker Mittelklasse-

<sup>28</sup> Als Senke bezeichnet man Orte zur Entsorgung und Lagerung von Abfällen, die durch den Produktionsprozess anfallen. In der politischen Ökologie versteht man darunter nicht nur Industrieabfall, sondern auch CO<sub>2</sub> und andere Stoffe und nimmt in den Blick, dass Zugang zu Senken, ebenso wie zu Ressourcen, global begrenzt und umkämpft sind.

Demonstrant\*innen, deren Status daran zu erkennen war, dass sie Mobiltelefone mit sich trugen – das Militär aus den politischen Institutionen (Anek 1993; Englehart 2003; Ockey 2004). Diese Demokratisierungsprozesse wurden als empirischer Beweis für die Modernisierungstheorie angesehen, nach der wirtschaftliches Wachstum eine Mittelklasse hervorbringt, die wegen ihrer Bildung, aber auch wegen ihres modernisierten Lebensstils politische Teilhabe einfordert (Lipset 1960; Thompson 1996; für eine kritische Analyse vergleiche Ji 1997).

In beiden Ländern wendeten sich jedoch kurz nach der Einführung von Mehrparteiensystemen die gleichen Mittelklassebewegungen gegen die gewählten Regierungsführer\*innen, oft in personeller Kontinuität oder im Fall der Philippinen sogar unter dem gleichen Namen wie die vorausgegangenen Demokratiebewegungen. Die Mittelklasse-basierte People-Power-II-Bewegung vertrieb 2001 Joseph Estrada aus dem Amt. In Thailand mobilisierten Aktivist\*innen, die 1992 hinter dem Handymob standen, im Jahr 2005/06 gegen Thaksin Shinawatra (Pye/Schaffar 2008). In beiden Fällen wurden die gewählten Regierungen als populistisch angegriffen, da sie unter dem Eindruck der Asienkrise von 1997/98 den Armen Zuwendungen und soziale Sicherung versprachen (Thompson, 2008, 2016; Aim/Arugay 2015).

Das Konzept der *imperialen Lebensweise* liefert ein geeignetes Werkzeug, um die Orientierung der Mittelklasse zu untersuchen und eine Verbindung zu Klassenkämpfen herzustellen. Auf den Philippinen und in Thailand kann der Aufstieg der Mittelklasse auch als Ausbreitung einer *imperialen Lebensweise* charakterisiert werden, da der urbane Lebensstil auf einem ausgeprägten Konsum von Ressourcen und billiger Arbeit aus den ländlichen Gebieten innerhalb des Landes basierte – allem voran auf informeller Arbeit. Als die Asienkrise die Region traf, wurde diese Entwicklung unterbrochen. Das Kapital musste nach Wegen suchen, die Krise zu überwinden, und wandte sich unterschiedlichen Strategien zu. In Thailand wurden Arbeitsmigrant\*innen aus den Nachbarländern – Myanmar und Kambodscha – rekrutiert, um die Lohnkosten weiter zu senken. In den frühen 2000er Jahren erreichte die Anzahl der migrantischen Arbeiter\*innen aus Myanmar in Thailand bereits 1,5 Millionen (Eberle/Holliday 2011; Kaur 2010). Die Philippinen wiederum wurden unter staatlich geförderten Programmen zum größten Exporteur für Arbeitsmigrant\*innen (Rodriguez 2010). Vor diesem Hintergrund entfalteten sich in beiden Ländern weitere soziale Auseinandersetzungen.

Der Pfad des Autoritarismus in Thailand kann besonders gut mit dem Konzept der *imperialen Lebensweise* begriffen werden. Nach seiner Wahl 2001 verfolgte Thaksin Shinawatra eine keynesianische wachstumsbasierte Wirtschaftspolitik mit Investitionen in die ländliche Infrastruktur, in Sozialversicherungssysteme und mit Zugang zu Konsumkrediten. Dieser «Neue Gesellschaftsvertrag» (Hewison 2004: 1) versprach den Ar-

men auf dem Land einen bescheidenen Wohlstand. Mit Brand und Wissen könnte man argumentieren, dass Thaksins Politik ein hegemoniales Projekt darstellte, das die Bevölkerung über das Versprechen einer Teilhabe an der *imperialen Lebensweise* integrierte. Der Grund für die Mobilisierung der Mittelklasse gegen Thaksin ist die Ablehnung des neuen Gesellschaftsvertrags und die Verteidigung der Privilegien gegen die Forderungen der Armen nach mehr Teilhabe (Saxer 2014). Dieser Mittelklassechauvinismus wird besonders deutlich im Diskurs über alternative Entwicklungsparadigmen.

In Thailand formierten sich seit den 1980er Jahren als Reaktion auf staatliche Entwicklungsprogramme Bewegungen, die eine alternative Entwicklung forderten und praktizierten. Sie waren verknüpft mit radikalen Bauernbewegungen und stützten sich auf lokale, traditionelle Produktionsweisen, zum Teil inspiriert von Prinzipien, die Ernst F. Schumacher (1953) als buddhistische Ökonomie beschrieben hat. Seit den 1970er Jahren wird auch der thailändische König Bhumipol Adulyadej (1927–2016) mit ländlichen Entwicklungsprojekten identifiziert, die auf buddhistische Prinzipien des Mittleren Pfades<sup>29</sup> und der Mäßigung rekurrieren. Die königliche Entwicklungsphilosophie der Suffizienzwirtschaft (Sufficiency Economy) stellt eine wichtige Säule der Legitimationsstrategie des Königshauses dar und war zugleich eingebunden in die antikommunistische Propaganda des Kalten Krieges. Angesichts der politischen Erfolge von Thaksins Projekten in den ländlichen Gebieten brachten die royalistisch-konservativen Eliten das Konzept der Suffizienzwirtschaft gegen Thaksin in Stellung. Die ehemals auf radikale Bauernbewegungen zurückgehenden Projekte wurden unter dem Banner der königlichen Suffizienzwirtschaft kooptiert. Über den Diskurs der alternativen Entwicklung und später der Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen wurden zudem Umwelt-NGOs und Teile der ökologisch informierten städtischen Mittelschicht angesprochen. Mit dem Putsch von 2006 wurde das königliche Entwicklungsparadigma der Suffizienzwirtschaft zur zentralen wirtschaftspolitischen Richtschnur erhoben und bekam in dem vom Militär vorangetriebenen autoritär-konstitutionalistischen Projekt Verfassungsrang (Schaffar 2018a).

In der politischen Polarisierung zwischen Thaksin auf der einen und den royalistisch-konservativen Eliten auf der anderen Seite geriet dieser Diskurs zu einer Klassenauseinandersetzung: Den Armen im Norden und Nordosten, die Thaksin unterstützten, wurde vorgeworfen, einem nicht-nachhaltigen und unverantwortlichen Konsumismus nachzulaufen und im gleichen Atemzug soziale Sicherung zu fordern. Über den alternativen Entwicklungsdiskurs wurde ihnen nahegelegt, dem buddhistisch inspirierten Mittleren Pfad der

<sup>29</sup> Der Mittlere Weg oder Mittlere Pfad (in Pali: majjhimā paṭipadā) ist ein zentrales Element der buddhistischen Lehre und drückt den Grundsatz aus, Extreme zu vermeiden.

Mäßigung und dem vom König popularisierten Konzept der Suffizienzwirtschaft zu folgen (Walker 2008a, b; Schaffar 2018a). Diese Forderung richtet sich allerdings hauptsächlich an die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten, während die Bevölkerung der Global City Bangkok für sich in Anspruch nimmt, SUVs zu fahren und in klimatisierten Apartments zu wohnen. Dieser schwelende Konflikt kulminierte in der Allianz zwischen den urbanen Mittelklassen und den alten Eliten und der Abschaffung des gesamten demokratischen Systems (Saxer 2014; Schaffar 2018a).

In seiner Kritik an Brand und Wissen (2017) argumentiert Sablowski (2018: 1), dass die *imperiale Lebensweise* als bürgerlicher Lebensstil betrachtet werden sollte und nicht als Lebensweise des globalen Nordens. In Thailand gibt es allerdings keinen deutlichen Widerspruch zwischen diesen beiden Perspektiven. Alle drei Bruchlinien – Einkommensunterschiede, Konsummuster und räumliche Disparitäten – fallen (mehr oder weniger) zusammen, artikulieren sich in einer geografischen Spaltung zwischen dem Zentrum Bangkok und dem Rest des Landes und sind über diese Grenze hinweg systematisch aufeinander bezogen. Tatsächlich ist Thailand laut einem Bericht der Credit Suisse das Land mit der weltweit größten Ungleichheit: Ein Prozent der Thai (circa 500.000 Personen) besitzen 66,9 Prozent des Vermögens im Land. Damit hat Thailand zwischen 2016 und 2018 Indien und Russland überholt, in denen die Ungleichverteilung jeweils leicht abgenommen hat (The Bangkok Post 2018). Bangkok ist das ökonomische Zentrum, in dem sich das nationale und globale Kapital konzentriert: Es hat das mit Abstand höchste Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt, rangiert weltweit auf Platz 21 der Städte mit den meisten Milliarden (Forbes 2019) und ist ein globaler Umschlagplatz für High-End-Konsumgüter. Parallel dazu werden dort einfache Dienstleistungen von Arbeiter\*innen im informellen Sektor geleistet, die meist aus den Provinzen im Norden und Nordosten zugewandert sind und die zum Teil zusätzlich saisonal in der Agrarwirtschaft in den ländlichen Gebieten arbeiten. Die Klassenunterschiede, die sich zwischen Bangkok und den Provinzen sowie innerhalb der Stadt zwischen dem formellen und informellen Sektor artikulieren, werden in den (populistischen) Mobilisierungen der Rothemden mit der Terminologie thailändischer Marxist\*innen belegt und skandalisiert. Die Rothemden bezeichnen sich als *phrai* – gemeines Volk – und bezichtigen die royalistisch-konservativen Kräfte, den *amat* – Feudalherren – anzugehören. Im Zuge der Demokratieproteste 2001 besetzten die Rothemden die luxuriöse Einkaufsmeile im Zentrum Bangkoks. Die militärische Niederschlagung der Proteste und die Brandstiftung der Rothemden in den Shopping-Malls im Zuge der gewaltsamen Räumung waren Gefechte eines Klassenkriegs.

Damit artikulieren sich die Klassendistinktionen als Unterschiede im Lebensstil zwischen einer *imperialen Lebensweise* und dem Leben der Armen (Subsistenzlandwirt\*innen und informelle Arbeiter\*innen),

die mit den räumlichen Unterschieden zwischen konsumistischen Städten (Bangkok) und ausgebeuteten ländlichen Gebieten (Norden und Nordosten) zusammenfallen.

Vor diesem Hintergrund erlaubt das Konzept der *imperialen Lebensweise*, die Vorhersagen der Modernisierungstheorie bezüglich der Demokratisierungsprozesse zu überdenken und um Aspekte der ökologischen Grenzen des Wachstums sowie einer globalen Krisendynamik zu erweitern: Wenn die Entwicklung in Thailand generalisiert werden kann, müssen die Voraussagen der Modernisierungstheorie umgekehrt werden. Unter dem Eindruck einer multiplen Krise und wegen der ökologischen Grenzen des Wachstums sowie wegen der begrenzten Möglichkeit einer weiteren Externalisierung stößt der Prozess der Verallgemeinerung der *imperialen Lebensweise* innerhalb eines Landes wie Thailand an seine Grenzen. Der allgegenwärtige Diskurs der Suffizienzwirtschaft und der SGDs in Thailand zeigt das ausgeprägte Bewusstsein um ökologische Probleme und die eigene Verwundbarkeit bezüglich des Klimawandels und Überschwemmungen (Brand/Wissen 2017: 109f.). Anders als Brand und Wissen es erwarten, scheinen sich die neuen Mittelschichten jedoch nicht zu einer emanzipatorischen Kraft zu entfalten, sondern zur sozialen Basis für Autoritarismus und Faschismus (Bello 2018; Schaffar 2018a).

Es kann noch eine weitere Beobachtung gemacht werden: Offensichtlich besteht die antidemokratische Bewegung in Thailand (Gelbhemden), die mit Straßenprotesten dem Putsch gegen Thaksin den Weg ebnete, nicht nur aus Mitgliedern der Mittelklasse, sondern umfasst auch Gewerkschafter\*innen und Arbeiter\*innen (Pye/Schaffar 2008), die teilweise über einen ausländerfeindlichen nationalistischen Diskurs (antikambodschanisch und antiburmesisch in die Allianz einbezogen werden (Pavin 2015). Das verweist auf eine Interpretation entlang der Argumentation von Alex Demirović (2018a) und von Thomas Sablowski und Hans-Günter Thien (2018), die herausgearbeitet haben, wie marginalisierte Arbeiter\*innen über ausländerfeindliche Parolen in ein populistisches Projekt eingebunden werden, das sich letztlich gegen sie selbst wendet.

Die Entwicklung auf den Philippinen, wo Präsident Duterte von über 80 Prozent der Bevölkerung unterstützt wird, verlangt ebenso nach einer Erklärung für diese breite Klassenallianz. Walden Bello (2018) argumentiert ähnlich wie Demirović (2018a) und Sablowski und Thien (2018) und spricht von einer passiven Revolution, durch die die Armen in das autoritäre Projekt von Duterte integriert werden. Hier kommt es allerdings zu einer Besonderheit: Die große Anzahl der migrantischen Arbeiter\*innen in Übersee ist bekannt dafür, dass sie die stärkste Basis für Duterte darstellt. Bello weist darauf hin, dass diese Gruppe eine zweifache Klassenzugehörigkeit zeigt: Innerhalb der Philippinen gilt sie, entsprechend ihrer Bildung, ihres Konsumverhaltens und ihrer Selbstwahrnehmung, als

Mittelklasse. Im Ausland zählen sie jedoch, gemessen an den Jobs, die für sie zugänglich sind, zur Reservearmee billiger Arbeiter\*innen. Diese transnationale Wählerbasis mit ihrer zweideutigen Klassenzugehörigkeit ist ein Phänomen, das auch für die Analyse der Situation in Thailand, Russland, der Türkei relevant ist: In all diesen Ländern stützt sich das autoritäre Regime auf Bürger\*innen außerhalb des Landes. Soziale Medien und Strategien, diese zu beeinflussen, spielen eine zentrale Rolle für die Einbindung dieser Bevölkerung in die autoritären Projekte.

#### 4.2 IDEOLOGIEN DES AUTORITARISMUS

Autoritarismus und Populismus bezeichnen zunächst Regierungsstile und Herrschaftstechniken. Ob diesen autoritären Regierungsformen ein ideologischer Kern zugrunde liegt, ist, wie eingangs diskutiert, umstritten (vgl. Knauß 2016; Mudde/Kaltwasser 2012; Boos/Schaffar 2018).

Im Umfeld der Rose-Luxemburg-Stiftung sind bereits zahlreiche Analysen entstanden, die sich mit der Ideologie der rechtspopulistischen und autoritär-populistischen Bewegungen und Parteien auseinandersetzen und zentrale Elemente und Schnittmengen einer entstehenden Ideologie herausarbeiten (Burschel 2015, 2018; Butterwegge/Hentges 2008; Candeias 2018; Decker/Brähler 2018; Hentges/Nottbohm/Platzer 2017; Kahrs 2016, 2017, 2018a, 2018b; Falkner/Kahrs 2018; Pajnik/Sauer 2018; Sauer 2017; Wichterich 2016). Ein Fokus dieser Arbeiten liegt auf Rassismus, Antiliberalismus, Antifeminismus, Anti-Gender, Homo-, Trans-\*phobie, Antisemitismus – Ideologeme, die mit Wilhelm Heitmeyer (2002–2011) als *gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* zusammengefasst werden können.

Wie bereits in der Diskussion der Begriffe Autoritarismus, Populismus und Faschismus angerissen, changieren die Analysen dahingehend, dass einige – meist die älteren Arbeiten – Populismus oder Faschismus als Regimetyperen oder Herrschaftstechniken charakterisieren, andere jedoch einen ideologischen Kern ausmachen. Die Unterscheidung ist nicht trivial, sondern zentral für die Bewertung der autoritären Bewegungen und Regierungen und für die politische Positionierung ihnen gegenüber. Denn wenn die autoritären Bewegungen und Regime wesentlich mit spezifischen und inhaltlich definierbaren Ideologemen von *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* verbunden sind, das heißt, wenn man Autor\*innen wie Cas Mudde und Christóbal Rovira Kaltwasser (2017) folgt und zum Beispiel Antipluralismus und Antiliberalismus als zentrale Elemente einer populistischen Ideologie bestimmt, dann sind populistische Bewegungen abzulehnen. Wenn solche Positionierungen jedoch nicht wesentlich sind, sondern nur (kontingenter) Teil einer strategischen Zuspitzung oder einer antagonistischen Strategie, also wenn der Populismus semantisch leer und so angelegt ist, dass solche antagonistischen Zuspitzungen auch gegenüber den herrschenden Klas-

sen verwendet werden können, dann lässt sich auch die Strategie eines linken Populismus (Laclau/Mouffe 1985; Laclau 2005) verteidigen. Mit dieser Interpretation kann man auch Didier Eribon, Édouard Louis und Geoffroy de Lagasnerie in ihrer Solidarität mit den Gelbwesten in Frankreich folgen (Binswanger/Lehr 2019) und argumentieren, dass einzelne Elemente einer *gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* nicht wesentlich sind, sondern kontingent und je nach politischer Gesamteinschätzung lässtlich.

Folgt man Demirović (2018a) und Candeias (2017), dann lassen sich die Aspekte einer *gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*, die in der hier zitierten Literatur aus den politischen Positionierungen der autoritären populistischen oder rechtspopulistischen Bewegungen herausdestilliert werden, als Ergebnis eines Konstruktionsprozesses interpretieren.

«Wenn ihnen [den Populisten] der Kurzschluss zwischen Oben und Unten gelingt, zwischen populistischen Führern und Volk gelingt, wird mit dem von den populistischen Sprechern beschworene Volk ein einheitliches «Wir» mit eindeutiger Zugehörigkeit erst begründet. Dieses «Wir» wird national, kulturell, religiös, männlich, politisch und rassistisch von anderen abgegrenzt.» (Demirović 2018a: 38) Demirović bezieht sich hierbei auf Klaus Dörre (2018) und charakterisiert, wie *gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* und antielitäre Positionen miteinander verschränkt sind. «Allerdings wird der vertikale Gegensatz Oben/Unten nicht durch den Innen/Außen-Gegensatz ersetzt, vielmehr wird beides – also die Erfahrung eines Mangels an Demokratie und der Ausbeutung auf der einen Seite, die Zuwanderung auf der anderen Seite – herrschaftskritisch miteinander artikuliert, indem der politischen Klasse eben Verrat an der eigenen Bevölkerung vorgeworfen wird. Der Kampf gegen Geflüchtete, AsylbewerberInnen, Muslime, Roma oder einzelne Nationalitäten kann dann als Kampf gegen Herrschaft umgedeutet werden.» (Demirović 2018a: 38)

Diese Sichtweise impliziert, dass das Ergebnis eines solchen populistischen Konstruktionsprozesses kontingent ist. Diese Analyse lässt sich empirisch durch einen Blick auf die Ideologien der autoritären Regime im Süden zum Teil bestätigen. Andererseits zeigen sich auch weltweit Muster der Konvergenz und Schnittmengen, die gewisse Trends und Grenzen der Varianz markieren und – zumindest als Ergebnis eines kontingenten Konstruktionsprozesses – eine Wirkmächtigkeit und globale Integrationskraft entfalten, mit der man sich in der gleichen Art auseinandersetzen muss, als sei es eine geschlossene Ideologie.

Zunächst: Betrachtet man die zentralen Themen, die in den jeweiligen Ländern die politische Diskussion beherrschen und zur Mobilisierung von Massen und zur Entfesselung von Gewalt herangezogen werden, so zeigt sich ein komplett erratisches Bild. In Thailand entzündet sich an der Frage der Loyalität zum Königshaus der zentrale, alles überschattende und nicht thematisierbare Konflikt. Das Bekenntnis

zur Monarchie wird von der royalistisch-konservativen Elite als Teil der nationalen Identität «Thai-sein», als quasi essentialistisches Wesensmerkmal gesehen. Ein Akt der Majestätsbeleidigung gilt strafrechtlich als Verbrechen und wird politisch als Angriff auf die nationale Sicherheit gewertet. Diese Aufladung eskaliert regelmäßig in Übergriffen – als sich zum Beispiel aus Anlass des Todes von König Bhumipol landesweit Mobs bildeten, um Personen, die angeblich nicht hinreichend trauerten oder sich nicht an Kleidungsvorschriften hielten, öffentlich anzugreifen, zu demütigen und zu schlagen.

Auf den Philippinen wiederum wird die größte Bedrohung der Gesellschaft in Drogendealer\*innen gesehen. Das ist insofern erstaunlich, als dieses Thema sehr neu ist und überhaupt erst von Duterte im Zuge seines Wahlkampfes 2016 gesetzt wurde (Thompson 2016). Davor war der Frage des Drogenkonsums kaum Aufmerksamkeit geschenkt worden, sondern er galt – neben anderen sozialen Problemen – als Randthema, das vor dem Hintergrund von kontinuierlich abnehmenden Drogentoten keine besondere Herausforderung zu sein schien. Unter Duterte avancierte es aber zur zentralen Bedrohung, die die extralegale Tötung von mehr als 20.000 angeblichen Drogendealer\*innen rechtfertigen soll.

In der Türkei lassen sich im Verlauf der AKP-Regierungen unterschiedliche Konjunkturen von Themen ausmachen, die den kontingenten Charakter der Konstruktion des «Wir» illustrieren: Nach der Ausgrenzung von LGBTIQ\*-Personen verlagerte sich der Fokus auf die kurdische Bevölkerung – nachdem dieser historische Dauerkonflikt eigentlich unter der frühen AKP-Regierung Mitte der 2000er Jahre erstmals konstruktiv bearbeitet worden war. Seit dem gescheiterten Putschversuch zählt die Gülen-Bewegung als gefährliche Bedrohung des «Wir».

In Ungarn lassen sich ebensolche Konjunkturen erkennen. Während zunächst Sinti und Roma und LGBTIQ\* als zentrale Bedrohungen des «Wir» galten und von der rechtsradikalen Jobbik-Partei und ihrem paramilitärischen Arm, den Ungarischen Garden, offen angegriffen wurden, spielen heute Migrant\*innen und «jüdisches Kapital» eine zentrale Rolle im Ausgrenzungsdiskurs.

Zum Teil lassen sich Konflikte, die den populistischen Führer\*innen als ideologische Grundlage der Konstruktion des «Wir» dienen, auf lange existierende Konflikte zurückführen. Zum Teil werden aber auch neue Diskurse ins Zentrum gerückt, die auf eine inter- und transnationale Vernetzung der ideologischen Debatten verweisen. In Sri Lanka ist die jüngere Geschichte geprägt von einem jahrzehntelangen blutigen ethnischen Bürgerkrieg zwischen Tamil\*innen und Singales\*innen. Der Konflikt, der seit 1983 mit Waffengewalt ausgetragen wurde und 2009 mit der blutigen Niederschlagung der tamilischen Separatistenbewegungen endete, hat sich tief in die Gesellschaft eingeschrieben. Trotzdem wird das Außen des singalesischen «Wir» seit meh-

renen Jahren über die Abgrenzung zu Muslim\*innen konstruiert, die vor allem in sozialen Medien als existenzielle Bedrohung der singalesischen Bevölkerung denunziert werden. Die ideologischen Versatzstücke ähneln denen der AfD-Erzählungen vom Bevölkerungsaustausch und der bedrohten Ethnie.<sup>30</sup>

Das neue Thema der Muslimfeindlichkeit in Sri Lanka spiegelt sich auch in Myanmar. Auch Myanmar blickt auf eine jahrzehntelange Geschichte von ethnischen Bürgerkrieg zurück. Der bewaffnete Aufstand der Karen gilt als der längste Bürgerkrieg der Geschichte. Nach zeitweisen Waffenstillstandsabkommen sind jüngst neue Kämpfe im Norden des Landes zwischen den Kachin und der burmesischen Armee ausgebrochen, und das Gebiet, das von der ethnischen Wa State Army kontrolliert wird, hat sich bereits faktisch abgespalten. Trotzdem konzentrieren sich die populistischen Debatten in den sozialen Medien hauptsächlich darauf, dass von den Muslim\*innen im Land eine Gefahr ausgehe. Nach ersten Pogromen gegen muslimische Minderheiten in Städten in Zentralburma kam es schließlich zu massiven ethnischen Säuberungen an der Grenze zu Bangladesch, wo circa 700.000 muslimische Rohingya vertrieben wurden.

Hinter dieser Themensetzung, die sich sowohl in Sri Lanka als auch in Myanmar nicht erschließt, scheinen Netzwerke radikal-buddhistischer Mönche auf. Beide Länder gehören dem Theravada-Buddhismus an, und es existieren zahlreiche institutionelle und ordensbasierte Kontakte und Netzwerke, deren Ideologearbeit hier sichtbar wird. Abseits von diesen religiösen Akteur\*innen wird ein ideologischer Schulterchluss auch von Politiker\*innen vorangetrieben. Wegen der Offenheit, mit der antimuslimische Ressentiments thematisiert werden, sticht der Besuch von Aung San Suu Kyi, der Regierungschefin von Myanmar, Friedensnobelpreisträgerin und Demokratiekönigin, in Ungarn im Juni 2019 hervor. Sie und Viktor Orbán erklärten beide eine «kontinuierlich wachsende muslimische Bevölkerung» zum zentralen Problem (Ellis-Petersen 2019). Antimuslimischer Rassismus hat sich in Europa und Südostasien parallel zueinander als ideologisches Element des Autoritarismus herausgebildet und entwickelt sich durch die Vernetzung der Akteur\*innen beider Regionen zu einem länderübergreifenden Ideologem, nachvollziehbarerweise jedoch nicht in der muslimischen Welt – das heißt nicht in den muslimischen Teilen Südasiens und Europas.

Eine ähnliche Bruchlinie zeigt sich für den Anti-LGBTIQ\*-Diskurs, der sich als mobilisierungsfähiges Querschnittsthema weltweit unter den autoritären Populist\*innen verbreitet. In Brasilien hat Jair Bolsonaro unter dem Einfluss der evangelikalen Kirchen die

<sup>30</sup> Am 21. April 2019 wurden in Sri Lanka landesweit Anschläge auf christliche Kirchen verübt, bei denen mehrere hundert Personen getötet wurden. Zu den Anschlägen hat sich eine IS-nahe Gruppe bekannt. Damit ist ein religiöser Konflikt ausgebrochen – jedoch nicht als Konflikt zwischen Singales\*innen und Muslim\*innen. Vielmehr wurde Sri Lanka zum Ort eines Stellvertreteranschlags auf Christ\*innen im Zusammenhang der Niederschlagung des IS in Syrien und dem Irak.

Verfolgung von LGBTIQ\*-Personen auf die Tagesordnung gesetzt, und in der Türkei betreibt die AKP – als religiös-konservative Bewegung – eine solche Ausgrenzung. Auch in Ägypten werden LGBTIQ\*-Personen von der Regierung systematisch verfolgt, obwohl El Sisi eigentlich nicht muslimisch-konservativ ist, sondern sich ja in Abgrenzung zu den Muslimbrüdern definiert. In den meisten Ländern Afrikas bildete sich ein Konsens heraus, Homosexualität als «unafrikanisch» abzulehnen. Hier gilt in manchen muslimisch geprägten Ländern sogar die Todesstrafe (Mauretanien, Somalia) oder sie sollte – unter dem Einfluss evangelikaler Kirchen – eingeführt werden, wie in Uganda 2014. In Russland, Ungarn, Polen ist die Ablehnung und Verfolgung von LGBTIQ\* mit dem Einfluss der orthodoxen und katholischen Kirche verbunden. In diesen Fällen spielt das Thema auch eine entscheidende Rolle in der Auseinandersetzung mit der EU, wenn zum Beispiel Polen und Ungarn durch ihr Veto die Verabschiedung von Antidiskriminierungsrichtlinien verhindern<sup>31</sup> oder Ungarn Geschlechterforschung verbietet und im Januar 2019 einer Konferenz von sogenannten Homo-Heiler\*innen breiten Raum gewährt.

Bezüglich der Unterdrückung von LGBTIQ\*-Personen zeigt sich in Südostasien eine scharfe Trennung zwischen muslimischen und nicht-muslimischen Ländern: In muslimisch geprägten Ländern wie Indonesien, Malaysia und Brunei kommt es zunehmend zu Verfolgungen. Die Länder werden zwar nicht von islamisch-fundamentalistischen Parteien regiert, es wird jedoch lokalen Gerichten (in Malaysia auf Bundesstaatsebene, in Indonesien in der Provinz Aceh) erlaubt, Scharia-Gesetze anzuwenden (Barnes 2018; Dearden 2017). LGBTIQ\*-Personen werden dabei von landesweit operierenden privaten Bürgerwehren und einer Sittenpolizei verfolgt und zum Teil mit in der Scharia definierten Körperzüchtigungen bestraft. Die nationale Politik reagiert auf diesen Druck von islamistischer Seite und verschärft vorsehend Gesetze. Am massivsten ist die Verfolgung in Brunei, wo der absolutistisch herrschende Sultan 2019 die Todesstrafe durch Steinigung für gleichgeschlechtlichen Sex eingeführt hat (Süddeutsche Zeitung 2019).

Demgegenüber gibt es in den nicht-muslimischen Ländern kaum Verfolgungen, sondern mitunter sogar eine wachsende öffentliche Akzeptanz. Antidiskriminierungsgesetze sind Teil der Agenda der autoritären Regierungen in Thailand, Kambodscha, auf den Philippinen und auch in Myanmar. In diesen Ländern, wie auch in Vietnam, wird zudem über die Möglichkeit der Ehe für homosexuelle Paare diskutiert. Bei den oben erwähnten Negativbeispielen zeigt sich ein Zusammenspiel zwischen religiösen Traditionen und der Ideologearbeit von religiösen Netzwerken über Konfessionsgrenzen hinweg. Wichtig ist zu erwähnen, dass diese Zusammenhänge quer zu der oben entwickelten Unterscheidung zwischen autoritärem Populismus und autoritärem Neoliberalismus liegen: Sowohl in Thailand als auch auf den Philippinen sind

LGBTIQ\*-Personen nicht nur geduldet, sondern zählen zum «Wir»-Konstrukt – während sie in der Türkei und in Ägypten als das «Außen» ausgegrenzt und verfolgt werden (Long 2017).

#### 4.3 DIE GLOBALISIERUNG DES AUTORITARISMUS – DIE ROLLE CHINAS

Bei der Analyse des sich ausbreitenden Autoritarismus wird in jüngster Zeit China als zentraler Akteur wahrgenommen. Das prominenteste Beispiel ist das Strategiepapier der Europäischen Union (der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik) vom März 2019, in dem China als «Systemrivale» bezeichnet wird, der «alternative Governance-Modelle propagiert» (Europäische Kommission 2019: 1).

Dass China nach innen ein höchst autoritärer Staat ist, kann nicht bezweifelt werden. Ebenso ist klar, dass das Niveau der Unterdrückung in jüngerer Zeit deutlich zugenommen hat: bei unabhängigen Gewerkschaften, bei der Verfolgung von Intellektuellen und Studierenden, bei der massenhaften Internierung zum Beispiel von Uigur\*innen in Umerziehungslagern und bei der Niederschlagung und Verfolgung von Protesten in Hongkong.

Die genauen Gründe für den chinesischen Autoritarismus sollen hier nicht diskutiert werden. Bezüglich der Entwicklung in Ägypten wurden Erklärungsmuster zurückgewiesen, die eine Kontinuität des Autoritarismus in den Mittelpunkt stellen und essenzialistisch argumentieren, indem sie auf die arabische Kultur oder Religion rekurrieren. In ähnlicher Weise sollen bezüglich China Interpretationen verneint werden, die sich auf eine jahrtausendealte Bürokratie, auf naturräumliche oder bevölkerungsgeografische Argumente stützen oder die Notwendigkeit von Autoritarismus betonen, da ein großes Reich zusammengehalten werden muss oder mehr als eine Milliarde Menschen ernährt werden müssen. Angesichts der erfolgreichen und robusten Demokratisierung in Taiwan und der regelmäßigen und massiven Demonstrationen zur Verteidigung und Demokratisierung des Systems in Hongkong ist deutlich, dass die Forderung nach Selbstbestimmung und Freiheit auch in der chinesischen Welt erhoben wird. Weil sich aber der autoritäre Regierungsstil in Festlandchina jüngst deutlich verschärft hat, ist es notwendig, für diese Wende eine Erklärung zu suchen.

Hier soll jedoch nicht die Entwicklung innerhalb Chinas, sondern die Frage diskutiert werden, ob China sein autoritäres System exportiert und damit als Faktor der globalen Ausbreitung von Autoritarismus gelten muss. Besonders seit Beginn der chinesischen Seidenstraßeninitiative (Belt and Road Initiative, BRI) ist unter Analyst\*innen eine Debatte über den Charakter und Einfluss der chinesischen wirtschaftlichen Aktivitäten auf die politische Situation in den kooperierenden Län-

<sup>31</sup> Gemeint ist das Veto Ungarns und Polens im Dezember 2018 zur Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsrichtlinie des Employment, Social Policy, Health and Consumer Affairs Council (EPSCO).

der entstanden (Sidaway/Woon 2017). Die Diskussion kreist um die Frage, inwieweit China – jenseits der wirtschaftlichen Agenda – auch sein alternatives, illiberales und staatszentriertes Entwicklungsmodell exportiert und so zur Entdemokratisierung in anderen Ländern beiträgt.

In der Tat fällt die Implementierung der Initiative mit der globalen Welle von Autoritarismus zusammen und die meisten der partizipierenden Länder werden tatsächlich von autoritären Regimen regiert (Hoering 2018a). Und mehr noch: In manchen Ländern scheint der Wechsel von einem liberalen Regime zu einem autoritären direkt mit einer Reorientierung nach China und seinen BRI-Aktivitäten zusammenzuhängen.

Die politischen Konflikte, die mit China in Verbindung gebracht werden, sind mannigfaltig und auf sehr unterschiedlichen Ebenen angesiedelt: In Myanmar eskalieren ethnische Konflikte entlang eines ökonomischen Korridors und aufgrund einer Pipeline, die mit der Seidenstraßeninitiative verbunden ist, und bedrohen den Demokratisierungsprozess, der 2012 eingesetzt hat. In Thailand kann der Militärputsch von 2014 mit einem Elitenkonflikt um die Kontrolle eines Projekts von Schnellbahnstrecken nach China in Verbindung gebracht werden. Auf den Philippinen markiert die Wahl von Rodrigo Duterte eine Umorientierung der Außenpolitik – weg von den USA, die lange Zeit engster militärischer Partner waren, hin zu China. Im Himalaya haben Straßenbauarbeiten in einem zwischen China und Bhutan umstrittenen Grenzgebiet im August 2017 zu einer militärischen Konfrontation zwischen Indien und China geführt. Manche dieser Umbrüche und Konflikte haben einen tiefen Effekt auf das politische System und das Demokratieniveau der jeweiligen Länder. Das wirft die Frage auf, wie der chinesische Einfluss analysiert und bewertet werden kann.

In der Forschungsliteratur zeigt sich ein diverses und widersprüchliches Bild. Von Autor\*innen der Chinese Academy of Social Science (CASS) wird die Sichtweise vertreten, bei der Seidenstraßeninitiative handele es sich um eine neue Form der Globalisierung. Diese Einschätzung wird von unterschiedlichen Seiten unterstützt und positiv bewertet. Wolf D. Hartmann, Wolfgang Maennig und Run Wang (2017), aber auch privatwirtschaftliche Akteure wie Siemens und McKinsey sehen in China einen neuen Garanten für Freihandel – in Zeiten, da sich die USA unter Donald Trump und andere Länder in einen Protektionismus zurückziehen. Autor\*innen aus China wie Weidong Liu, Michael Dunford und Boyang Gao (2018; siehe auch Liu/Dunford 2016) setzen einen anderen Akzent und charakterisieren die neue, von China ausgehende Globalisierung als explizit antineoliberal. Sie unterstreichen die Prinzipien einer grünen Entwicklung (*ecological civilisation*; siehe Wang-Kaeding 2018), die ihr eingeschrieben sei, bzw. die Tatsache, dass es sich um ein Projekt der Süd-Süd-Kooperation handele (mit anderer Akzentuierung Rudolf et al. 2014; kritisch hierzu Hoering 2018a, 2018b; Chun 2018; Starrs 2018; Solmecke 2016). Bezüglich

der Frage, inwieweit dieses Globalisierungsprojekt Demokratie oder Autoritarismus fördert, sind diese Arbeiten nicht eindeutig.

Eine zweite Literaturrechtung sieht im Seidenstraßenprojekt dagegen Anzeichen des Aufstiegs einer neuen Weltmacht (Huotari et al. 2017; Nouwens/Lergarda 2018) oder gar einen neuen Imperialismus. Abdul Rahman Embong, Hans-Dieter Evers und Rashida Ramli (2017) parallelisieren die geografischen Ausbreitungsmuster der maritimen Seidenstraße mit dem Beginn des British Empire, als die East-India-Company zunächst in Häfen investierte und so ihre spätere Landnahme vorbereitete. Ähnlich argumentieren Autor\*innen, die eine aggressive und imperiale Außenpolitik den betroffenen Entwicklungsländern gegenüber (Reeves 2018) oder auch in Europa und Australien (Brady 2017; Benner et al. 2018) am Werk sehen und die Seidenstraßeninitiative als Verschiebung in der globalen Sicherheitsarchitektur analysieren (Ghiasi et al. 2018). Diese Arbeiten attestieren eindeutig eine Entdemokratisierung und die Ausbreitung eines neuen Autoritarismus (Benner et al. 2018) durch orchestrierte Interventionen Chinas in die Politik und Zivilgesellschaft der jeweiligen Länder.

Eine dritte Interpretationslinie findet sich in Texten, die keine kohärente Strategie hinter der Seidenstraßeninitiative erkennen und darin vielmehr ein *Trial-and-Error*-Strategie sehen. Diese Position wird auch von Teilen der chinesischen Führung selbst vertreten, wenn sie Vergleiche mit dem *Marshall-Plan* zurückweist und auf der Bezeichnung *Initiative* (倡议) beharrt. Diese Richtung vertritt auch Emilian Kavalski (2019), der in seinen Analysen von «unintended effects» spricht – politische Auswirkungen, die zwar zweifelsfrei mit der Seidenstraßeninitiative zusammenhängen, aber weder von den chinesischen Machthabern geplant waren noch vorhersehbar oder beherrschbar sind.

Ausgehend von diesem Befund vertreten – als vierte Richtung – Autor\*innen wie Emilian Kavalski (2016) und Nadine Godehardt (2014, 2016) die Ansicht, die neuen Außenbeziehungen, die durch die Seidenstraßeninitiativen begründet werden, knüpfen an das traditionelle Muster der Tributbeziehungen (朝贡体系) an. Das Konzept der Tributbeziehungen geht zurück auf das chinesische Altertum. Im Jahr 221 vor unserer Zeitrechnung entstand in China nach der Unterwerfung rivalisierender Fürstentümer durch die Qin-Dynastie (秦朝) ein Zentralreich, dessen Herrscher sich fortan Kaiser nannten und das Reich der Mitte als Zentrum der Welt konzeptualisierten. Nach dieser Wahrnehmung herrschten die Kaiser Chinas über alle relevanten Zivilisationen unter dem Himmel, was im Konzept *Tianxia* (天下, alles unter dem Himmel) ausgedrückt wird. Nachbarstaaten wurden als mehr oder weniger offen für die chinesische Zivilisation kategorisiert, zu denen diplomatische und Handelsbeziehungen nur unter der Voraussetzung eingegangen wurden, dass sie sich (formell) dem chinesischen Kaiser als tributpflichtige Satelliten unterwarfen. Auch wenn die Beziehungen

keiner faktischen (militärischen) Unterwerfung entsprachen, ist diese Form der Außenbeziehung doch inhärent ungleich. Die Einschätzung, dass China die eigene politische Rolle vermehrt in solchen Kategorien wahrnimmt, trifft sich mit den Darstellungen von Nele Noesselt (2010, 2015) und Mokry (2018). Beide zeigen, wie chinesische Politikwissenschaftler\*innen an einer alternativen Theorie der internationalen Beziehungen arbeiten, um die chinesischen Außenbeziehungen auf einer Theorie jenseits der westfälischen Ordnung<sup>32</sup> zu fundieren. Ob hiermit die Ausbreitung einer «chinesischen Variante von Demokratie» einhergeht und wie diese Variante aussieht, bleibt eine offene Frage.

In Abgrenzung zu diesen Debattensträngen soll hier argumentiert werden, dass ein neogramscianischer Ansatz, der sich auf Arbeiten von Nicos Poulantzas (1973, 1974) stützt und diese mit Überlegungen der Weltsystemtheorie verbindet (Arrighi 2007; Arrighi/Silver 2011; Robinson 2011; Frank 1998), am vielversprechendsten ist, um die Umbrüche in Ländern und Regionen der sogenannten Semiperipherie in Zeiten eines hegemonialen Übergangs im Weltsystems zu untersuchen. Als zentraler Text wird die Untersuchung von Poulantzas (1974) zur «Krise der Diktaturen» herangezogen, in der er seinerzeit einen umgekehrten Prozess, nämlich den Demokratisierungsprozess in Griechenland, Spanien und Portugal in den 1970er Jahren, als mittelbare Auswirkung einer Verschiebung zwischen zwei imperialistischen Zentren interpretierte.

#### 4.3.1 Der Aufstieg Chinas als hegemonialer Übergang

Für die Frage, wie der Aufstieg Chinas konzeptualisiert werden kann (Turowski 2017), sind Arbeiten aus dem Umfeld der Weltsystemtheorie besonders interessant. Im Fokus von Giovanni Arrighis und Beverly J. Silvers Aufmerksamkeit steht die Entfaltung des kapitalistischen Weltsystems, die sie in mehreren von einander unterscheidbaren Zyklen nachverfolgen und als Expansionsbewegung charakterisieren (Arrighi 2007; Arrighi/Silver 2011). Sie stehen insofern in der Tradition der Dependenztheorie, als sie das Weltsystem aus drei Schichten – den Kern oder das Zentrum, die Semiperipherie und Peripherie – zusammengesetzt sehen, die systemisch aufeinander bezogen sind – das heißt, sie stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis (Dependenz) zueinander, das die internen ökonomischen Strukturen der Schichten bestimmt und Entwicklungsoptionen und -pfade einschränkt. Die Entwicklung des Zentrums und des gesamten Systems ist einer Dynamik unterworfen, bei der in der Theorie von Arrighi Krisen eine wichtige Rolle spielen: Zu Beginn eines langen Zyklus etabliert sich ein Zentrum und expandiert. Innerhalb dieses Expansionsprozesses unterscheidet Arrighi zwei Phasen: eine erste Phase A, in der Produktionskapazitäten erweitert werden. Diese Phase mündet in eine charakteristische Krise, die den Übergang zur Phase B markiert, in der das Kapital im Zentrum eine neue Strategie beginnt und eine Finanzialisierung der Wirt-

schaft vorantreibt. Auch diese Phase mündet jedoch in eine Krise, die als Endkrise den Abstieg des Zentrums einleitet, das daraufhin von einem anderen aufstrebenden Zentrum abgelöst wird (Arrighi 2007; Arrighi/Silver 2011; Schmalz 2014, 2018; Boris/Schmalz 2009).

So unterscheiden Arrighi und Silver historisch vier aufeinanderfolgende Zyklen: einen von der Stadt Genua dominierten Zyklus im 16. Jahrhundert, der in einen von den Niederlanden beherrschten Zyklus im 17. Jahrhundert überging. Im 18. und 19. Jahrhundert verschob sich das Zentrum nach Großbritannien und nach dem Zweiten Weltkrieg in die USA. Den Aufstieg Chinas interpretieren sie als eine neuerliche Verschiebung des Zentrums der Weltwirtschaft, als einen Übergang zu einer neuen Ordnung mit neuem Hegemon, unter dem das Weltsystem – wie schon bei den anderen hegemonialen Verschiebungen – auch einen anderen Charakter annimmt. Arrighi (2007) geht so weit, dass er mit dem Aufstieg Chinas die Entstehung einer nicht-kapitalistischen, nicht-vermachteten globalen Marktwirtschaft prognostiziert.

Mit einer anderen Akzentuierung verhandelt André Gunder Frank in «ReOrient» den gegenwärtigen Aufstieg Chinas (Frank 1998). Ebenfalls an Braudels Konzept der *longue durée* orientiert geht er davon aus, dass bereits lange vor der imperialistischen Expansion Englands und der USA ein integriertes globales Welthandelssystem existierte, dessen Zentrum in Asien lag. Konkret beschreibt er, dass es eine Phase der wirtschaftlichen Expansion ab 1400 bis circa 1760 gab, die mit der Erschließung von Handelsrouten und dem Aufbau von Produktionskapazitäten durch chinesische Händler\*innen begann und in ein von China kontrolliertes expandierendes Finanzwesen mündete.

Diesem langen asiatischen Jahrhundert mit China als Zentrum folgte, so Frank, ab 1760 eine Phase des Niedergangs. Die anschließenden, von England und den USA dominierten Zyklen im Weltsystem sieht er als einen von kontingenten Faktoren herbeigeführten Aufstieg des Westens – ein Aufstieg, der nur in einem Moment der Schwäche Chinas und über einen exklusiven Zugriff des Westens auf Finanzmittel (Edelmetalle) aus den neu entdeckten Kolonien Amerikas möglich war. Ebenso wie Arrighi und Silver analysiert Frank also die gegenwärtige Krise des Westens als Übergangskrise zu einem von China dominierten Zyklus. Aus seiner Sicht wandert das Zentrum jedoch nicht an einen neuen Ort, sondern kehrt an den Ort zurück, an dem es sich ab dem Beginn der 15. Jahrhunderts lange befunden hatte.<sup>33</sup>

Die Periodisierung von Arrighi und Silver und die noch größeren Bögen, die Frank schlägt, kann man si-

<sup>32</sup> Als westfälische Ordnung bezeichnet man das System der internationalen Beziehungen, dass sich mit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges herausgebildet hat und das auf der Interaktion formal gleichberechtigter souveräner Staaten beruht. <sup>33</sup> In dieser Sicht sind die Entwicklungen des 16. und 17. Jahrhunderts in Genua und den Niederlanden nur ein unbedeutendes westliches Anhängsel eines größeren Zyklus, denen nur aus der verzerrten Perspektive einer eurozentristischen Geschichtswissenschaft eine zentrale Bedeutung zugesprochen wird.

cherlich als holzschnittartig kritisieren (vgl. Meiksins Wood 2002). Arrighis These, dass mit dem Aufstieg Chinas ein neues, nicht-kapitalistisches Weltsystem entstehe, wurde besonders kritisch diskutiert. Trotz aller Vorbehalte bekommen beide Ansätze durch die fortschreitende Entwicklung Chinas und durch die Seidenstraßeninitiative eine große Suggestionskraft.<sup>34</sup>

Im Zusammenhang mit der Seidenstraßeninitiative greift Zhang (2017) die Periodisierung von Arrighi auf und interpretiert die Investitionen im Ausland als Zeichen dafür, dass China bereits in Phase B, das heißt in der Phase der Finanzialisierung seiner Wirtschaft, angelangt sei. Die Erschließung neuer Ressourcen und Märkte außerhalb der Landesgrenzen sieht er als *spacial fix* einer Wirtschaft, die schon mit einer Überproduktionskrise ringt.

Besonders suggestiv ist die These von Frank, dass China nicht erstmalig aufsteigt, sondern nach einer durch den Kolonialismus herbeigeführten, kontingenten Unterbrechung (und Usurpation seiner Handelsrouten) wieder zu alter Größe aufsteigt. Hierauf beziehen sich auch Anspielungen der chinesischen Führung, die die Seidenstraßeninitiative in die Nähe der Expeditionen von Admiral Zheng He rücken. Dieser hatte im Auftrag der Ming-Kaiser im frühen 15. Jahrhundert zahlreiche Expeditionen unternommen, Häfen gegründet, Handelsbeziehungen geknüpft und einen Grundstein für den Aufstieg der Ming-Dynastie zur Weltmacht gelegt. Staatspräsident Xi Jinping spielt auf diese historische Periode an, wenn er von einer Erneuerung Chinas<sup>35</sup> spricht und damit betont, der gegenwärtige Aufstieg Chinas würde nur den Zustand vor seiner Demütigung durch die Opiumkriege (1839–1842, 1856–1860) und die ungleichen Verträge mit dem Westen (Godehardt 2014; Arase 2015) wiederherstellen. Bei seiner Rede auf dem Parteitag von 2017 machte er deutlich, dass dieser Aufstieg zur Weltmacht bis zum 100-jährigen Jubiläum der Gründung der Volksrepublik im Jahr 2049 vollendet sein soll.

Vor dem Hintergrund der Diskussion um den neuen Autoritarismus stellt sich die Frage, ob der Aufstieg Chinas und die Verschiebung des hegemonialen Zentrums tatsächlich mit einem neuen Charakter des Weltsystems einhergeht; weniger in der von Arrighi erwarteten Etablierung einer nicht-kapitalistischen Marktwirtschaft, sondern mit einem neuen Autoritarismus. So könnte das, was Crouch (2005) als Parabel der Demokratie beschreibt, auch als eine Charakterisierung des Kapitalismus des britischen und US-amerikanischen Zyklus interpretiert werden. Die von Crouch als historisch kontingent bezeichnete Verbindung zwischen Kapitalismus und bürgerlicher Demokratie erschien so als Merkmal eines welthistorischen Zyklus. Bedeutet dann der Wechsel zu einem neuen, chinesisch geprägten Zyklus den Beginn einer Ära, in der der Kapitalismus ohne Demokratie auskommt? Hätte also vor dem Hintergrund der Weltsystemtheorie Crouch mit seiner These vom Ende der Demokratie recht, wohingegen Demirović (2013, 2016) und Buckel (2017),

die eine systemische Verbindung zwischen Kapitalismus und bürgerlicher Demokratie sehen, sich irren?

Empirisch scheint sich zumindest zu zeigen, dass der Übergang von der Pax Americana zur Pax Sinica zeitlich und räumlich mit der Ausbreitung eines neuen Autoritarismus einhergeht. Wie bereits angedeutet, werden fast alle Länder, mit denen China in der Seidenstraßeninitiative kooperiert, autoritär regiert oder befinden sich zumindest auf dem Weg zu solchen Regierungsformen.

#### 4.3.2 Die Dynamik von Demokratisierung und Entdemokratisierung in der Semiperipherie

Wenn also China als Systemrivale auftritt, wie lässt sich die Auswirkung auf einzelne Länder konzeptualisieren? Zunächst kann kaum bezweifelt werden, dass der Kapitalismus sich transnationalisiert hat, kapitalistische Akteure also über Ländergrenzen hinweg direkt politischen Einfluss nehmen. Trotzdem entfalten sich bestimmte politische Entwicklungen weiterhin im nationalstaatlichen Rahmen und sind nicht im gleichen Maß transnationalisiert. Konkret: Es ist eher die Ausnahme, dass eine imperialistische Macht direkt in einem anderen Land interveniert und den Zugriff auf die Wirtschaft mit der Installierung eines politischen Systems verbindet und absichert. Die US-amerikanische Intervention im Irak ist zwar ein solcher Fall. Gerade China wurde aber lange Zeit als neuartige Macht charakterisiert, die keine aggressive Außenpolitik betreibt.

Dieser Eindruck hat sich durch die militärisch abgesicherte Expansion in das Südchinesische Meer relativiert. Ebenso tritt China vermehrt als Exporteur von Waffen auf und in der Rede von Xi Jinping beim Parteitag im Oktober 2017 wurde ein umfassender Großmachtanspruch auch deutlich artikuliert (Kolonko 2017). Trotz alledem kam es bislang nicht zu einer direkten Intervention Chinas in ein Land, bei dem ein Regimewechsel herbeigeführt wurde. Ebenso ist nicht bekannt, dass China seine wirtschaftliche Kooperation an Konditionalitäten knüpft und von den Empfängerländern verlangt, ihr politisches System an dem Chinas auszurichten. Wenn also China sein autoritäres System exportiert, dann nur indirekt.

Das führt erneut zu den Arbeiten von Nicos Poulantzas, der in «Krise der Diktaturen» von 1974 beschreibt, wie politische Umbrüche in semiperipheren Ländern konzeptualisiert werden können. Seine Untersuchung geht – das scheint vor dem Hintergrund der hier vorgelegten Studie kontraintuitiv – von einem anderen, gegensätzlichen Befund aus: von der Demokratisierung. Griechenland, Portugal, Spanien waren Militärdiktaturen, die Mitte der 1970er Jahre durch friedliche Revolutionen überwunden wurden. Es entstanden Demokratien, die bald als neue Mitglieder in die EU aufgenommen wurden.

<sup>34</sup> Schmalz (2018) arbeitet ausgehend von Arrighi und der Weltsystemtheorie unterschiedliche Aspekte des Aufstiegs Chinas als Verschiebung im Weltsystem aus. <sup>35</sup> 中华民族伟大复兴, Rejuvenation of the Chinese Nation. Vgl. Wang 2013.

Nach der damals gängigen Lesart entwickelte sich Demokratie über die positive Ausstrahlung der EU, die mit ihrer Beitrittsoption und den damit verbundenen Auflagen den Demokratisierungsprozess beförderte – gleichzeitig beschleunigt durch die Krise, in die die Länder in den 1970er Jahren geraten waren. So seien die Länder aus der Abhängigkeit der USA, die die Militärregime gestützt hatten, in die EU integriert worden.

Poulantzas (1974: 26) wendet sich gegen eine solche Interpretation. «Es ist abwegig zu glauben, die EU hätte die Karte der Demokratie ausgespielt, um sich in den Ländern gegen die USA und ihre Interessen durchzusetzen.» Stattdessen identifiziert er einen politischen Konflikt innerhalb der Bourgeoisie der Länder und das Zusammenspiel von einzelnen Kapitalfraktionen mit populären Klassen als treibende Kräfte. Poulantzas sieht die unterschiedlichen Kapitalfraktionen systematisch verknüpft mit Widersprüchen innerhalb des imperialistischen Zentrums, in dessen Abhängigkeit sich die drei Länder befinden. Zentral ist für ihn, dass die Rivalität innerhalb des imperialistischen Zentrums, namentlich zwischen den USA und der EU, eine entscheidende Rolle in der Entstehung und Artikulation der Widersprüche innerhalb der Länder spielt.

Für seine Analyse greift Poulantzas auf Elemente der Dependenztheorie zurück und unterscheidet unterschiedliche Kapitalfraktionen (vgl. Frank 1968). Die herrschenden Eliten der autoritären Regime charakterisiert er als Kompradorenbourgeoisie (Statthalterbourgeoisie), die vor allem von ausländischem, US-amerikanischem Kapital abhängig sind und die ihre Akkumulationsinteressen über die Militärdiktaturen innerhalb der jeweiligen Länder durchsetzen und absichern. Sie können das tun, da ihre Reproduktionsbasis nicht innerhalb des Landes liegt und sie keine Kompromisse eingehen müssen, solange die militärische Gewalt ausreicht, um das Aufbegehren der Subalternen zu unterdrücken.

Die Dependenztheorie unterscheidet hiervon die nationale Bourgeoisie, die ihre Reproduktionsbasis im Land selbst hat und deshalb weniger ausbeuterisch agiert, die ein Interesse an Entwicklung hat und unter geeigneten Umständen ein Kooperationspartner für subalterne Klassen, für den antikolonialen Befreiungskampf und nationale Entwicklungsprozesse sein kann. Poulantzas argumentiert, dass auch in Griechenland, Portugal und Spanien über Investitionen aus Europa eine Bourgeoisie erstarkte, deren Reproduktionsbasis eher im Land selbst lag und die an einer Industrialisierung interessiert war, die «weniger auf die systematische Plünderung des Landes durch das ausländische Kapital zugeschnitten ist» (Poulantzas 1974: 39). Diese Bourgeoisie «wünscht die Ausweitung des Binnenmarktes durch Erhöhung der Kaufkraft und des Massenkonsums, die zusätzliche Absatzmärkte erschlosse: und schließlich sucht sie die Hilfe des Staates für die weitere Entfaltung ihrer Exporte» (ebd.). Statt von einer nationalen Bourgeoisie spricht Poulantzas jedoch von einer inneren Bourgeoisie und verweist darauf, dass auch diese Ka-

pitalfraktion ausländischem Kapital verpflichtet sei. Sie sei daher nur graduell von der Kompradorenbourgeoisie unterschieden, nicht jedoch völlig unabhängig.

Die Interessen dieser inneren Bourgeoisie, so Poulantzas, wurden in den Militärdiktaturen nicht berücksichtigt, da diese einseitig die Interessen der Oligarchen vertraten. Vor dem Hintergrund dieses Konflikts innerhalb der Bourgeoisie entfaltete das Aufbegehren der Volksklassen, die unter der Wirtschaftskrise und den Verwerfungen einer abhängigen Industrialisierung litten, seine Wirkung und leitete den Sturz der Militärregierungen ein.

Der Begriff innere Bourgeoisie ist wichtig, denn Poulantzas' Analyse stellt einerseits wertschätzend heraus, dass diese Bourgeoisie trotz ihrer Verflechtung mit dem Ausland Träger eines progressiven Projekts war und die Überwindung der Diktatur ermöglichte. Gleichzeitig warnt er vor dem Missverständnis, dass die innere Bourgeoisie eine nationale sei (mit dem Potenzial, als strategischer Partner einer nationalen Befreiung zu dienen). Ebenso gibt er zu bedenken, dass die Kompradorenbourgeoisie im Zuge der Demokratisierung nicht komplett entmachtet worden sei und daher weiterhin als Machtfaktor fortwirke. Vielmehr charakterisiere er die neue Demokratie – gemäß seiner Staats- und Demokratietheorie – als Form eines geordneten Interessenausgleichs zwischen den Fraktionen ein Demokratisierungsschritt, der nötig war, weil die Diktaturen durch ihre einseitige Ausrichtung auf die Kompradorenbourgeoisie keine geordnete Interessenvermittlung ermöglicht hätten.

Der Prozess des «Ausstiegs aus der Diktatur», so Poulantzas, werde zwar maßgeblich von der Logik und den Grenzen der abhängigen Entwicklung bestimmt. Das heißt, die äußeren Faktoren, denen die Länder als Glied der imperialistischen Kette ausgesetzt sind, stellen den entscheidenden Einfluss dar und prägen einen «Typ von Abhängigkeitsstaat» (ebd.: 20). «Klar ist aber auch, dass die konkrete Gestalt, die der Staat jeweils annimmt, – Faschismus, Militärdiktatur, bürgerliche demokratische Republik usw. – von den internen Faktoren dieser Gesellschaft abhängt.» (Ebd.). Insofern räumt Poulantzas diesen inneren Faktoren ein Primat ein und präzisiert: «Das Postulat vom Primat der inneren Faktoren bedeutet, dass die jedem Land von außen gesetzten Koordinaten der imperialistischen Kette – weltumspannendes Kräfteverhältnis, Rolle dieser oder jener Großmacht usw. auf diese Länder nur kraft ihrer Interiorisierung wirken, durch die Verknüpfung mit deren jeweiligen Widersprüchen, die wiederum, in einigen ihrer Aspekte, als induzierte Reproduktion von Widersprüchen der imperialistischen Kette in den verschiedenen Ländern zutage treten.» (Ebd.)

#### 4.4 EMPIRISCHE BEISPIELE

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen von Poulantzas soll nun untersucht werden, wie sich der Aufstieg Chinas als neues Machtzentrum und als Investor auf die politischen Systeme der Länder der Semipe-

riperie auswirkt. Die Entwicklungen sollen danach befragt werden, inwieweit das wirtschaftliche Engagement Chinas einen Prozess der Interiorisierung darstellt, der Gegensätze innerhalb des Zentrums – also zwischen US-amerikanischem und europäischem Kapital einerseits und chinesischem Kapital andererseits – in diese Länder überträgt. Konkret gilt es zu untersuchen, ob chinesische Investitionen eine bestimmte Kapitalfraktion, also eine innere Bourgeoisie oder die Kompradorenbourgeoisie, stärken, und inwieweit der Zusammenbruch demokratischer Institutionen und die Etablierung autoritärer Regime über die entstehenden Konflikte erklärt werden können.

Laut der Analysen der Weltsystemtheorie befinden wir uns in einem Prozess des hegemonialen Übergangs. Das heißt, dass das aufstrebende Zentrum China in Konkurrenz zum atlantischen Zentrum steht (Turrowski 2017). Nach Zhang (2017) ist dieser Prozess sogar so weit fortgeschritten, dass China sich bereits in einer Phase der Finanzialisierung und finanziellen Expansion befindet, was seinen Ausdruck in der Seidenstraßeninitiative findet.

Diese Dynamik soll im folgenden Abschnitt an den Beispielen Ecuador, Äthiopien, Thailand und Ungarn diskutiert werden, um damit die bisherige Perspektive durch einen bestimmten Ausschnitt der Situation in Lateinamerika und Afrika zu erweitern.

#### 4.4.1 Exkurs: Autoritarismus in Lateinamerika

Zunächst gilt es festzuhalten, dass auch für Lateinamerika die Tendenz eines neuen Autoritarismus festgestellt werden kann (Jenss 2019a: 111 ff.). Alke Jenss betont einerseits dortige Kontinuitäten des Autoritarismus und relativiert die Vorstellung, der Kontinent sei in den 2000er Jahren vor allem durch die Linkswende (*pink turn*) geprägt gewesen. Als Beispiel der Kontinuität führt sie den Putsch in Honduras 2009 an, der in der Tradition der Militärregime der 1970er und 1980er Jahre stand. Sie verweist darüber hinaus auf die durchgehend autoritäre Entwicklung in Kolumbien.<sup>36</sup>

Jenss unterscheidet jedoch überzeugend zwischen einem alten und einem neuen Autoritarismus (vgl. auch Grigera 2017). Diese Unterscheidung soll hier in den Vordergrund gestellt werden soll: Der alte Autoritarismus in Lateinamerika war von den Militärdiktaturen der 1970er und 1980er Jahre geprägt, deren genaue Charakterisierung (autoritär oder faschistisch) umstritten ist. Dagegen steht der neue Autoritarismus für andere Maßnahmen und Protagonist\*innen. «Das Militär übernimmt nicht (die Macht). Eher ist es so: Eine Bündelung von *lawfare* (also die Nutzung von rechtlichen Mechanismen zur Bekämpfung politischer GegnerInnen), Kooptation und Manipulation reduzieren Demokratie auf ihr formales Minimum» (Jenss 2019a: 112). Jenss charakterisiert den hier entstehenden Typus autoritärer Regime mit den Begriffen von Ian Bruff (2014) und Lukas Oberndorfer (2013) als autoritären Neoliberalismus bzw. autoritären Konstitutionalismus und spezifiziert ihn als Zusammenführung eines Wett-

bewerbsstaats mit spezifischen Formen eines Sicherheitsstaats. Allem voran verweist Jenss (2019a, 2019b) auf die Bedeutung von Gewalt durch die Staatsapparate oder paramilitärische Akteur\*innen, deren Einschüchterungsmaßnahmen ein besonderes Element der Herrschaftsausübung in Lateinamerika darstellen würden.<sup>37</sup>

In Brasilien wurde die progressive Regierung der Arbeiterpartei (unter Lula da Silva bzw. Dilma Rousseff) mithilfe dieser *lawfare*-Strategie abgesetzt – ein Szenario, das auch als Putsch mit anderen Mitteln charakterisiert werden kann und deutliche Ähnlichkeiten zu den juristischen Putschen in Thailand 2008 und 2014 und auf den Philippinen 2001 aufweist. Vor diesem Hintergrund, aber auch angesichts der Regierungswechsel in Argentinien, Chile und anderen Ländern (Brand et al. 2017) erscheint in Lateinamerika der neue Autoritarismus als Reaktion auf die Linkswende der 2000er Jahre. Das heißt, die Entstehung bzw. Rückkehr autoritärer Praktiken ist das Ergebnis einer von neoliberalen Eliten und Thinktanks konzertierten Reaktion gegen die Regierungen der Linkswende (Fischer/Plehwe 2017; Fischer 2018). Im Gegensatz zu den anderen Weltregionen, die bislang betrachtet wurden, liegt hier ein Schwerpunkt der Genese von neuem Autoritarismus.

Darüber hinaus scheint eine weitere Parallele zu den Beispielen anderer Weltregionen auf, in denen die Verbreitung des Autoritarismus als Ergebnis der antagonistischen Dynamik zwischen Populismus und Konstitutionalismus erklärt wird. Tatsächlich ist es so, dass auch in den Ländern Lateinamerikas, die von der Linkswende geprägt sind, zunehmend autoritäre Entwicklungen festgestellt werden können. Vor allem gilt das für Venezuela, aber auch für die Spätphase der Regierung von Rafael Correa in Ecuador. Mark Tilzey (2019) spricht mit Blick auf die Regierungen in Bolivien und Ecuador von einer Wende der Populist\*innen hin zu einem autoritären Populismus. Vor dem Hintergrund der oben behandelten Fälle können die Putsche oder Putschversuche der alten Eliten gegen links-populistische Projekte (Venezuela 2002 und 2019, Honduras 2009, Brasiliens jurisdiktorischer Putsch 2018) als ein Grund für die autoritäre Verhärtung angeführt werden. Im Fall von Duterte auf den Philippinen und Erdoğan in der Türkei ist dieser Zusammenhang ebenso evident.<sup>38</sup>

<sup>36</sup> Mit dieser Sicht nimmt sie eine Gedankenfigur auf, die auch in Bezug auf die arabische Welt, Südostasien, China und andere Regionen zu finden ist. Wie bereits am Beispiel dieser anderen Regionen diskutiert, grenzt sich die vorliegende Studie von dieser Perspektive ab. <sup>37</sup> Diese Form der Einschüchterung durch spektakuläre und öffentlich sichtbare Gewalt scheint allerdings auch ein Element der autoritären Staaten in Südostasien und dem Nahen Osten zu sein. <sup>38</sup> Hier stellt sich die Frage, inwieweit sich die von der liberalen Politikwissenschaft oft als populistisch beschriebenen Regierungen der lateinamerikanischen Linkswende mit den als autoritär populistisch charakterisierten Regimen auf den Philippinen, in Thailand und der Türkei vergleichen lassen. Tatsächlich finden sich in der politikwissenschaftlichen Literatur immer wieder Studien, in denen Länder und Regime aus beiden Regionen kontrastiv analysiert werden (Mizuno/Pasuk 2009; Hawkins 2009; Pasuk 2004; McCargo/Zarakol 2012). Auch wenn für die autoritär populistischen Regierungen in Ungarn, in Thailand unter Thaksin, auf den Philippinen und in der Türkei behauptet wurde, dass ihre Anziehungskraft in ihrem antineoliberalen Programm begründet liegt, so muss hier eine deutliche Abgrenzung gezogen werden: Im Vergleich hierzu haben die lateinamerikanischen Linksregierungen eine deutlich überzeugendere und substanziellere Sozialpolitik und vor allem einen nachhaltigeren Bruch mit dem Neoliberalismus versucht.

#### 4.4.2 Ecuador

Im Folgenden soll die Entwicklung in Ecuador beschrieben werden. Anders als bei Tizley (2019) soll jedoch nicht suggeriert werden, dass es sich um ein zentrales Beispiel für einen neuen Autoritarismus handelt. Schon gar nicht stellt Ecuador einen Ausnahmestaat dar. Es soll auch nicht den liberalen Analyst\*innen etwa von Freedom House das Wort geredet werden, die Venezuela und auch Ecuador schon eine Wende zu einem autoritären Regime bescheinigten, als die dortigen Regierungen die natürlichen Ressourcen unter staatliche Kontrolle brachten. Vielmehr steht hier die zunehmend harte Reaktion der Regierung Correas auf Proteste von Umweltgruppen und Indigenen sowie die Kontrolle der Bevölkerung durch chinesische Überwachungstechnologie im Fokus der Betrachtung. Zudem hat Ecuador unter Präsident Lenín Moreno zumindest einige der bedenkliehen autoritären Maßnahmen zurückgenommen. Auch diese Entwicklung soll jedoch nicht mit dem Maßstab liberaler Demokratie-Indices gemessen werden, denn von diesen wird Moreno gelobt, weil er gleichzeitig neoliberale Reformen und Schuldendienste stärker akzentuiert.

Ecuador ist vielmehr als Beispiel gewählt worden, weil im Anschluss an Poulantzas der dortige Einfluss Chinas in zweifacher Hinsicht analysiert werden kann: Zum einen spielte China eine entscheidende Rolle für den Aufstieg Correas und der PAÍS an die Macht. Gleichzeitig bedingt das chinesische Engagement auch die Grenzen des von Correa begonnenen Demokratisierungsprojekts.

1998: Ecuador ist nach Venezuela, Brasilien und Argentinien das Land mit den viertgrößten Ölreserven in Lateinamerika, 70 Prozent des geförderten Öls werden exportiert. Die Asien- und Russlandkrise und das El-Niño-Phänomen, ein Klimaphänomen, das für Ernteauffälle sorgte, führen zu einer massiven Wirtschaftskrise mit einem Negativwachstum von mehr als minus acht Prozent und hoher Inflation.

2000: Ein Putschversuch von einzelnen Militärverbänden zusammen mit der Indigenenorganisation CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador) drängen Präsident Jamil Mahuad aus dem Amt, unter anderem wegen dessen Sparpolitik und der Entscheidung, den US-Dollar als Währung einzuführen. Die USA drohen mit Sanktionen und die Eliten des Landes wenden sich gegen den Putsch, so dass dieser scheitert. Gustavo Noboa Bejarano wird neuer Präsident, führt die straffe Sparpolitik fort und behält die Dollarisierung bei.

2003: Lucio Gutiérrez wird zum Präsidenten gewählt. In seinem Wahlkampf sucht er die Nähe zu Chávez in Venezuela und bezeichnet sich als Mann der «linken Mitte» wie Lula da Silva in Brasilien. Entgegen seinem Wahlprogramm setzt er jedoch die Sparmaßnahmen fort und setzt auf planmäßige Bedienung der Auslandsschulden. Es kommt zum Bruch mit CONAIE und linken Wegbegleiter\*innen.

2005: Gutiérrez wird nach Massenprotesten in Quito gegen seine Austeritätspolitik – dem sogenannten *forajidos*-Aufstand – abgesetzt. Rafael Correa versucht als Wirtschafts- und Finanzminister eine weniger auf Schuldentilgung ausgerichtete Politik umzusetzen und gegen IWF und Weltbank zu opponieren, scheitert jedoch und tritt zurück.

2006: Wahl von Rafael Correa zum Präsidenten. Sein Parteibündnis Movimiento PAÍS (Patria Altiva i Sobrana – Aufrechtes und Souveränes Vaterland) umfasst acht Organisationen aus Quito und Cuenca und orientiert sich am Bolivarianismus. Führungspersonen sind Rafael Correa, Alberto Acosta und Lenín Moreno. Correa spricht vom «Ende von 500 Jahren Kolonialismus» und kündigt einen radikalen Politikwechsel an: gegen eine Sparpolitik, die die Bedienung von Auslandsschulden in den Vordergrund stellt, und zugunsten von Sozialprogrammen. Die Öl-Förderverträge mit dem US-amerikanischen Unternehmen Occidental Petroleum, das auch größter Investor des Landes ist, werden gekündigt.

2007: Correa erklärt einen Großteil der ecuadorianischen Auslandsschulden (3,2 Milliarden US-Dollar) als illegitim. Das Land wird von Ratingfirmen so weit herabgestuft, dass es auf dem internationalen Kreditmarkt kein Geld mehr leihen kann, es folgt eine Staatspleite. PetroChina hilft mit einem Kredit von einer Milliarde US-Dollar. Teil des Kreditvertrags ist der Verkauf von Rohöl aus dem Amazonas durch PetroEcuador an PetroChina (96.000 Barrel pro Tag).

Bei einem Referendum über eine Verfassungsreform und bei der Wahl zur verfassunggebenden Versammlung setzt sich die PAÍS mit großer Mehrheit durch. Die neue Verfassung, die einen umfassenden sozioökonomischen und politischen Transformationsprozess anvisiert, tritt 2008 in Kraft. Das indigene Konzept des *buen vivir*<sup>39</sup> bekommt Verfassungsrang und *Pacha Mama* – die indigene Vorstellung von Mutter Erde – wird zum Rechtssubjekt, dessen Unverletzlichkeit und Schutz in der Verfassung garantiert wird. Die Yasuní-ITT-Initiative wird vorgestellt: Ecuador bietet an, auf die Ölförderung in den drei Ölfeldern Ishpingo, Tambococha und Tiputini zu verzichten, die im Nationalpark Yasuni liegen und 20 Prozent des ecuadorianischen Ölvorkommens ausmachen, wenn die internationale Gemeinschaft 50 Prozent des erwarteten Erlöses in einem Fonds bereitstellt.

Ab 2008: Starkes Engagement Chinas in Ecuador mit etwa elf Milliarden US-Dollar an Krediten für Infrastrukturprojekte wie den Coca-Codo-Sinclair-Staudamm oder den Sopladora-Staudamm, mit Zinsraten von sechs bis acht Prozent und einem Rückzahlungsmodus in Form von Rohöl.

2009: Rafael Correa wird mit rund 52 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt.

<sup>39</sup> *Buen vivir* oder *vivir bien* sind spanische Übersetzungen der Begriffe *sumak kawsay* (Quechua) und *suma qamaña* (Aymara), die das Konzept des guten Lebens indigener Gruppen in den Anden bezeichnen. Diese Vorstellung ist eingebettet in eine indigene Kosmologie und wurde im Zuge der dekolonialen Emanzipationsbewegungen indigener Gruppen in Ecuador und Bolivien zum Referenzpunkt für eine grundlegend andere, nicht-westliche Entwicklung.

2011: Die Regierung Correa beginnt mit dem Aufbau eines umfassenden landesweiten Überwachungssystems (ECU-911), das über chinesische Kredite finanziert und von Huawei und dem chinesischen Staatskonzern CEIEC aufgebaut wird; es ist beim ecuadorianischen Geheimdienst SENAIN angesiedelt.

2012: Correa gewährt Julian Assange, dem Gründer von Wikileaks, politisches Asyl in der ecuadorianischen Botschaft in London.

Februar 2013: Correa wird mit 56,9 Prozent wiedergewählt. Die *Movimiento PAÍS* erreicht mit 100 von 137 Sitzen die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. Correa erklärt die Yasuní-Initiative für gescheitert. Die chinesischen Firmen Sipec und Andes Petroleum bekommen den Zuschlag für die Förderung des dortigen Öls. Chinesisches Kapital finanziert 61 Prozent des ecuadorianischen Staatshaushalts. Im Austausch erhält China fast 90 Prozent des exportierten Öls.

2016: Chinas Präsident Xi Jinping besucht in Ecuador unter anderem die Zentrale des Überwachungssystems ECU-911. Ende des Jahres kommt es in der Amazonas-Region in der Provinz Morona Santiago zu Zusammenstößen zwischen Indigenen und Mitarbeiter\*innen der chinesischen Firma Explor Cobres. Die Indigenen sprechen von einem «extraktivistischen Angriff». Die Regierung verhängt den Ausnahmezustand und geht später gegen die NGO *Acción Ecológica* vor, die zur Solidarität mit den Indigenen aufgerufen hatte.

2017: Bei den Wahlen verteidigt *Movimiento PAÍS* ihre Mehrheit mit 74 Mandaten. Ihr Spitzenkandidat Lenín Moreno wird mit 51 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Er nimmt Teile des Überwachungssystems zurück und lässt früheren Missbrauch durch den Geheimdienst SENAIN überprüfen.

2019: Moreno entzieht Julian Assange das Asyl.

Mark Tilzey (2019) stellt Ecuador als Beispiel einer Entwicklung vom Populismus zum autoritären Populismus dar – eine Tendenz, die er auch in anderen Ländern Lateinamerikas, allen voran in Bolivien, sieht. Die starke Präsenz chinesischer Investoren legt die Vermutung nahe, dass diese Wende zum Autoritarismus auf chinesischen Einfluss zurückzuführen ist. Eine solche Analyse wäre jedoch ein Kurzschluss. Vielmehr lässt sich mit Poulantzas argumentieren, dass zunächst – ganz im Gegenteil – die chinesischen Investitionen den Demokratisierungsprozess, der nach der Amtsübernahme von Correa eingeleitet wurde und sich in der visionären Verfassung von 2008 widerspiegelt, erst möglich gemacht haben.

Vor der Wahl Correas zum Präsidenten war Ecuadors politisches System geprägt von der Allianz zwischen einer landbasierten Oligarchie und transnationalem Kapital, die ein extraktivistisches, das heißt auf Abschöpfung der Bodenschätze ausgerichtetes System prägte. Dabei kam es durch den Raubbau zu massiven Umweltschäden.<sup>40</sup> Die damalige Regierung reagierte auf die Wirtschaftskrise infolge der Volatilität der Märkte, denen die ecuadorianische Wirtschaft ab 1998 aus-

gesetzt war, mit einer neoliberalen Austeritätspolitik, um die hohen Auslandsschulden zu bedienen. Bereits 2000 versuchten Indigene zusammen mit jungen Militärs durch einen Putsch einen Regierungswechsel zu erzwingen und eine Alternative zum neokolonialen System durchzusetzen. Diese Allianz scheiterte jedoch schnell am Widerstand der Eliten und der USA. Fünf Jahre später, 2005, begehrte eine ähnliche Bewegung gegen die neoliberale Austeritätspolitik auf: Nun waren an den Protesten neben den Indigenen auch Volksklassen<sup>41</sup> (*forajidos*) aus Quito beteiligt, aber auch diese Allianz war nur bedingt erfolgreich. Rafael Correa wurde zwar Wirtschaftsminister, aber sein Versuch eines Politikwechsels missglückte aufgrund der Machtverhältnisse. Die durch den Aufstand der *forajidos* mobilisierten Teile der Bourgeoisie in Quito konnten schließlich in der Wahl von 2006 zusammen mit den Indigenen Correa als Präsident an die Macht verhelfen. Unterstützt durch chinesische Finanzhilfen und Investitionen konnte dieser daraufhin die bisherigen Abhängigkeitsstrukturen partiell durchbrechen: Er erklärte die knelnden Auslandsschulden für illegal, nationalisierte die Ölressourcen und leitete mit einem Referendum für eine neue Verfassung einen umfassenden Politikwechsel ein. Mit der Verfassung von 2008 wurde schließlich eine visionäre und tief greifende Demokratisierung angestoßen und die Orientierung auf ein postextraktivistisches Entwicklungsmodell festgeschrieben (Brand et al. 2016).

Aus dieser Perspektive kann Ecuador als Beispiel eines politischen Umbruchs analysiert werden, der sich ganz ähnlich entfaltete wie in den von Poulantzas beschriebenen Beispielen Griechenland, Portugal und Spanien Mitte der 1970er Jahre: Über Investitionen und finanzielle Unterstützung erstarkt eine innere Bourgeoisie. Vor diesem Hintergrund mündet die Mobilisierung von Subalternen in einen Politik- und Systemwechsel.

In dieses politische Projekt einer umfassenden demokratischen und sozioökonomischen Transformation waren jedoch in zweifacher Hinsicht fundamentale Widersprüche eingeschrieben. Die Finanzierung wurde erreicht, indem die Erlöse aus der Förderung der Ressourcen nicht mehr über den Schuldendienst direkt ins Ausland abgeführt wurden, sondern zu einem größeren Teil als bisher vom Staat abgeschöpft und in Sozialprogramme umverteilt wurden. Für diese Strategie wurde der Begriff progressiver Extraktivismus oder Neoextraktivismus geprägt (Acosta 2013; Brand/Dietz 2014; Gudynas 2012). Tilzey (2019) spricht von einer kompensatorischen Abschöpfung.

Die ökonomische Grundlage des politischen Projekts war jedoch von Anfang an unvereinbar mit den Zielen

<sup>40</sup> Ein ecuadorianisches Gericht verurteilte 2013 den US-Konzern Texaco-Chevron zu 8,65 Milliarden US-Dollar Schadensersatz wegen großflächiger Umweltverschmutzung, die im Zeitraum von 1964 bis 1992 durch unsachgemäße Förderung von Öl angerichtet wurde. Ein Gericht in New York entschied 2014 zugunsten von Chevron und wies das Urteil zurück. <sup>41</sup> Poulantzas (1974) verwendet diesen Begriff.

der sozial-ökologischen Transformation, die von großen Teilen der sozialen Basis, allen voran den Indigenen, gefordert wurden und postextraktivistische Alternativen wie *buen vivir* ins Zentrum rückten.<sup>42</sup>

Ein zweiter Widerspruch bezieht sich auf die Rolle Chinas. Die staatliche Abschöpfung der Einnahmen aus der Ölförderung wurde nämlich nur dadurch möglich, dass chinesische Konzerne nach der Verdrängung US-amerikanischer Konzerne eine Mittlerrolle für die Förderung und den Verkauf von ecuadorianischem Öl übernahmen (Amazon Watch 2014; Schneyer/Medina Mora Perez 2013a, 2013b; Kuo 2014). Die chinesischen Kredite, die Correa das transformatorische Experiment ermöglichen, waren an die Zusage geknüpft, Petro-China Öl zu liefern.

In dieser Hinsicht setzte der Schulterschluss mit China dem Projekt eine ähnliche Grenze, wie sie Poulantzas auch für die Demokratieprojekte in Griechenland, Portugal und Spanien skizziert: Das veränderte System spiegelte eine neue Kräftebalance, bedeutete jedoch keinen Ausstieg aus dem kapitalistischen extraktivistischen Modell. An die Stelle des Schuldendienstes an transnationales, US-dominiertes Kapital traten die Verpflichtungen den chinesischen Geldgebern gegenüber.

Als Mitte der 2010er Jahre die Rohstoffpreise infolge der Krise einbrachen, führten diese Widersprüche zu Konflikten. Die Regierung Correa musste die Abschöpfung von Rohstoffen steigern, um die Sozialprogramme weiter finanzieren zu können. Vor allem aber war sie China gegenüber verpflichtet, Rohstoffe zu liefern, um die Schulden zurückzuzahlen. Durch Prospektierungen und Ölförderungen im Amazonasgebiet kam es zu Konflikten mit den dortigen Indigenen, die später eskalieren. Als Reaktion ging Correa mit immer härteren Mitteln gegen Indigene und Umweltschützer\*innen vor.

Die Vorfälle sind hinreichend dokumentiert (Watts 2012; Spencer 2016; Hill 2017) und werden als autoritäre Wende diskutiert. Diese Entwicklung lässt sich jedoch zunächst nur mittelbar mit dem Engagement Chinas in Ecuador in Verbindung bringen, das heißt, sie ist nicht auf ein direktes Eingreifen Chinas zurückzuführen, sondern ist vermittelt über eine Reihe von Faktoren: so zum Beispiel der Einbruch der Rohstoffpreise und die Tatsache, dass China für seine Kredite in Öl bezahlt wird, oder die Widersprüche zwischen Kapitalfraktionen innerhalb Ecuadors. Darüber hinaus handelt es sich auch nicht um eine spezifische chinesische Form des Autoritarismus.

Ein weiterer Aspekt der autoritären Wende trägt jedoch eine andere Handschrift und lässt tatsächlich auf einen direkten Einfluss Chinas schließen. Ab 2011 begann die Regierung Correa mit dem Aufbau eines umfassenden landesweiten Überwachungssystems (ECU-911), das über chinesische Kredite finanziert und vom chinesischen Staatskonzern CEIEC und Huawei aufgebaut wird (Xinhua 2018; Mozur/Kessel/Chan 2019). Es handelt sich um eine abgespeckte Version des in China verwendeten Überwachungssystems, mit

einem dichten Netz an Kameras, biometrischer Erfassung von Personen, algorithmischer Erkennung von verdächtigem Verhalten und *smart policing*, also einer Kriminalarbeit, die auf Big Data basiert. Die Einrichtung ähnlicher Systeme wird auch in Bolivien und Angola gefördert. Die offizielle Begründung für den Aufbau des Systems ist die Bekämpfung von Kriminalität und die schnellere Reaktionsfähigkeit bei Unfällen und anderen Notlagen (Xinhua 2018). Kritiker\*innen befürchten die Errichtung eines Polizeistaats und sehen sich bestätigt durch die hohen Ausgaben für Internetkontrolle und den Einsatz von Trolles zur «öffentlichen Meinungsführung».

#### 4.4.3 Thailand

Die Entwicklung in Thailand wurde bereits oben (siehe Kap. 3.3.2) beschrieben. Dort stehen sich Thaksin Shinawatra und die mit ihm verbundenen politischen Kräfte und Kapitalfraktionen mit einem populistischen Projekt auf der einen Seite und die alten Eliten mit ihrem liberal-konstitutionalistischen Projekt auf der anderen Seite gegenüber. Durch die Auseinandersetzung um die politische Vorherrschaft ist ein Ausnahmestaat entstanden, der als autoritär-konstitutionalistisch charakterisiert werden kann und Ähnlichkeiten mit den faschistischen Regimen in Österreich (1933/34–1938) sowie Portugals und Spaniens der 1930er Jahre hat.

Thailand stellt ein umgekehrtes Beispiel des von Poulantzas beschriebenen Szenarios dar: Nach der Asienkrise gelang es zunächst einer Kapitalfraktion um Thaksin, unter anderem über Kontakte nach China zu erstarben. Wegen ihrer Orientierung auf die Entwicklung der Provinzen kann die Kapitalfraktion um Thaksin als innere Bourgeoisie charakterisiert werden. Der Unternehmer Dhanin Chearavanont, bis 2017 CEO der Charoen Pokphand-Gruppe (CP), des weltweit größten Herstellers für Futtermittel und tierische Nahrungsmittel, wurde zu Thaksins Vertrautem. Er ist heute der reichste Mann Thailands und rangiert auf Platz 75 der Milliardäre der Welt (Forbes 2019). Thaksin, selbst Milliardär, plante zusammen mit Dhanin das Projekt «Thailand – Kitchen of the World», das eine Abkehr von Reisexporten und eine Hinwendung zum Export von weiterverarbeiteten hochwertigen Nahrungsmitteln erreichen soll. Mit einem zweiten Projekt, dem One-Tambon-One-Product-Programm stellte die Regierung Gemeinden Mittel zur Verfügung, damit diese sich auf die Herstellung eines bestimmten Produkts spezialisieren können, dessen weltweite Vermarktung wiederum gefördert werden soll.

Die Bangkok-basierten alten Eliten hingegen stellen eine Kompradorenbourgeoisie dar, besonders in ihrer neoliberalen Orientierung, die politisch durch die Democrat Party (Teil der Liberalen Internationalen) vertreten wird. Ihr Fokus liegt auf der Hauptstadt Bang-

<sup>42</sup> Eija M. Ranta (2014, 2018) untersucht die Entwicklung in Bolivien und arbeitet aus anthropologischer Perspektive weitere Widersprüche der Transformation heraus.

kok, die zu Zeiten des Kolonialismus als Brückenkopf der kolonialen Ausbeutung diente.<sup>43</sup> Mit der Internationalisierung der thailändischen Wirtschaft haben sie sich mittlerweile zu globalen Akteur\*innen eines transnationalen Kapitals entwickelt. Diese Kapitalfraktion ist um das königliche Schatzamt gruppiert, das das Vermögen des Königshauses verwaltet (Porphant 2015). 2011 wurde der König von Thailand als weltweit reichster Monarch eingestuft (Forbes 2011). Als Komprador\*innen kann diese Kapitalfraktion bezeichnet werden, weil sie in den vergangenen Jahrzehnten ein Wirtschaftssystem etabliert haben, das Thailand zum Land mit der weltweit höchsten Ungleichheit gemacht hat. Es ähnelt der semikolonialen Formation aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, bei der Ressourcen aus den Provinzen abgeschöpft und Arbeit über den informellen Sektor überausgebeutet wurden.

Vor dem Hintergrund der sozialen Ungleichheit stieß das von Thaksin und der inneren Bourgeoisie vorangetriebene Entwicklungsprojekt auf große Unterstützung und führte zu den anhaltenden Wahlerfolgen. Thaksins Schwester Yingluck Shinawatra, die 2011 mit großer Mehrheit zur Premierministerin gewählt wurde, verhandelte mit China über die Einbindung Thailands in das Schnellbahnsystem der Seidenstraßeninitiative und unterzeichnete einen entsprechenden Rahmenvertrag. Nach ihrer Planung sollte sich das Projekt in das bisherige Entwicklungsparadigma der inneren Bourgeoisie einpassen: Yingluck warb dafür, indem sie den thailändischen Landwirt\*innen neue Absatzmärkte in China in Aussicht stellte. Sie könnten, ebenso wie kleine und mittlere Unternehmer\*innen, mit ihren Produkten einfach in den Zug steigen und sie in China verkaufen. Der Zugriff auf die Weichenstellungen des Megaprojekts heizte die Konkurrenz zwischen den unterschiedlich orientierten Kapitalfraktionen an. Die alten Eliten organisierten schließlich 2014 einen Putsch und übernahmen die politische und wirtschaftliche Kontrolle der Seidenstraßenprojekte (Schaffar 2018b; für eine andere Darstellung Trin 2019).

Unter den veränderten politischen Verhältnissen – dem autoritär-konstitutionalistischen System – orientierten sich die Kapitalfraktionen neu: Der Futtermittelhersteller CP kooperiert nun mit den neuen Machthaber\*innen (Schmidt/Natnicha 2019). Das Wirtschaftsprojekt der alten Eliten verwandelt die Zusammenarbeit mit China allerdings in ein koloniales Unternehmen: Das zentrale Wirtschaftsprojekt der Militärregierung firmiert unter dem Namen Eastern Economic Corridor (EEC). Massive Investitionen von CP und der chinesischen Konzerne Alibaba und Huawei im Umfang von 53 Milliarden US-Dollar sollen in den Aufbau einer Smart City östlich von Bangkok fließen, die mit drei Flughäfen sowie mit Schnellbahnen international vernetzt ist und neue Standards für digitalisierte und vernetzte Produktion, Lebenskomfort und Konsum setzen soll (Schmidt/Natnicha 2019). Diese Smart-City-Zone, die sechsmal so groß werden soll wie die chinesische Stadt Shenzhen, entsteht wenige Kilo-

meter östlich von Bangkok, in einer Region, in der bereits heute die größte Kapitalkonzentration vorhanden ist und die höchsten Einkommen erzielt werden. Daneben soll ein Ring von Sonderwirtschaftszonen an den Grenzen zu Myanmar, Laos und Kambodscha entstehen. In diesen Zonen soll die Industrieproduktion angesiedelt werden, in der migrantische Arbeiter\*innen aus den armen Nachbarländern beschäftigt werden, für die kein thailändischer Mindestlohn gezahlt wird und Arbeitsstandards nur bedingt gelten. Thailand wurde bereits wiederholt für den Einsatz von unfreier Arbeit (Sklaverei) in der Fischereiindustrie verurteilt, in deren Produktionsstätten ebenfalls Arbeitsstandards ausgehebelt werden (Marschke/Vandergaest 2016). Sowohl bei den Investitionen in den Eastern Economic Corridor (Kishimoto 2019; Schmidt/Natnicha 2019) als auch in der Fischereiindustrie ist CP führend (The Economist 2018). Von Kritiker\*innen wird das entstehende System mit einem kolonialen System verglichen, wie es in Hongkong unter britischer Herrschaft existierte: «A colonial era is emerging in the EEC area through Thai-Chinese investment policies.» (Somnuk Jongmeewasin, zit. nach: Pratch 2017; Schmidt/Natnicha 2019).

Das Engagement Chinas in Thailand hat daher zu einer Entwicklung geführt, die der von Poulantzas geschilderten genau entgegengerichtet ist: An ihrem Endpunkt haben sich die alten Kompradoren-Eliten durchgesetzt und ein neokoloniales System installiert. Vor diesem Hintergrund lassen sich für den neuen Autoritarismus in Thailand zwei Quellen identifizieren. Zum einen lässt er sich, wie schon im ersten Teil der Studie hergeleitet, über den Antagonismus zwischen Populist\*innen und alten Eliten und den eskalierten Konflikt zwischen den Kapitalfraktionen erklären. Zum anderen spielt auch der Charakter des neuen Wirtschaftsprojekts eine Rolle: Dieses neue Kolonialsystem, das unter den Bedingungen der weltweit höchsten Ungleichheit operiert, kann nur durch autoritären Zwang aufrechterhalten werden.

#### 4.4.4 Ungarn

Auch für die Regierung Orbán spielt die Kooperation mit China eine wichtige Rolle – vor allem in der politischen Rhetorik und als Strategie, eine Gegenmacht zur EU aufzubauen. In Budapest wurde 2012 das für Chinas Engagement zentrale Gesprächsformat gegründet, die Kooperation zwischen China und mittel- und osteuropäischen Ländern (Cooperation between China and Central and Eastern European Countries, China-CEEC oder 16+1) gegründet. Unter diesem Banner treffen sich jährlich 16 EU- und Nicht-EU-Länder und beraten mit der chinesischen Regierung über wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere über Investitionen in die Infrastruktur. Dieser Prozess wird von

<sup>43</sup> Thailand war nie formal kolonialisiert. Chinesische Händler\*innen etablierten jedoch zusammen mit der Monarchie, die ebenfalls auf eine chinesische Händlerdynastie zurückgeht, ab 1855 ein semikoloniales System. Die Abschöpfung der Ressourcen wurde über die Hafenstadt Bangkok und die dort ansässige Kompradorenbourgeoisie abgewickelt (Evers et al. 1987; Schaffar 2018b).

der EU mit zunehmendem Argwohn beobachtet und begründet die Perspektive auf China als Systemrivalen. Nach Auffassung von Emilian Kavalski (2019) hat sich dieser 16+1-Prozess bereits als subregionaler Integrationsprozess innerhalb und neben der EU verselbstständigt. China, so Kavalski, ist damit faktisch zu einer europäischen Macht geworden.

Nach der Lancierung der Seidenstraßeninitiative 2013 ist der 16+1-Prozess zum zentralen Ort für die Koordinierung von Investitionsprojekten in Europa geworden. Auch hier nimmt Ungarn eine Führungsrolle ein. So wird die Eisenbahnverbindung von Belgrad nach Budapest ausgebaut, womit der Warentransport aus dem griechischen Hafen Piräus in die EU beschleunigt werden soll. Ungarn hat als erstes EU-Land und im Alleingang eine Absichtserklärung (MoU) zur Seidenstraßeninitiative mit China unterzeichnet, was die EU verstimmte, die sich ein koordiniertes Verhalten gewünscht hätte. Budapest ist auch Sitz der europäischen Zentrale der chinesischen Exim-Bank; 2017 haben die Bank of China und China UnionPay eine Bankkarte in zwei Währungen, ungarische Forint und RMB, lanciert, um damit die chinesische Währung weiter zu internationalisieren. Seit 2013 hat darüber hinaus der Huawei-Konzern seine europäische Zentrale in Ungarn und koordiniert von hier aus seine Aktivitäten, wie zum Beispiel den Ausbau des G5-Netzes in Ost- und Mitteleuropa.

Die Hinwendung nach China ist eine neuere Entwicklung und kann auf den zweiten Amtsantritt von Orbán im Jahr 2010 datiert werden. In seiner ersten Amtsperiode war Orbán Wirtschaftsbeziehungen mit China gegenüber noch kritisch eingestellt gewesen (Jacoby/Korkut 2016). Ab 2010 stellte er seine Wirtschaftspolitik vermehrt unter das Motto «Öffnung nach Osten» (*keleti nyitás*), womit vor allem die Öffnung nach China gemeint war.

Orbán verteidigte diese Neuausrichtung in Worten, die nach wirtschaftlichem Pragmatismus klingen. «Wir segeln unter westlicher Flagge, aber in der Weltwirtschaft weht ein Wind aus dem Osten.» (Ebd.: 500) Allerdings rechtfertigt die Regierung ihren Kurs auch in Abgrenzung zur EU mit Hinweis auf die Probleme der EU-Integration: etwa Schwierigkeiten mit dem Euro, eine Kolonialisierung der Peripherie durch die Metropolen sowie die ungleiche Entwicklung innerhalb der EU, durch die eine wissensbasierte Wirtschaft nur in den Zentren stattfindet (ebd.). Dem setzt Orbán, wie oben dargestellt (siehe Kap. 3.1.1), ein hybrides, anti-neoliberales Projekt entgegen, das von der starken Rolle des Staats in der Wirtschaft und der Förderung des nationalen Kapitals geprägt ist. Das Beispiel des chinesischen Entwicklungsmodells und die ökonomische Hinwendung nach China spielt für die Formulierung des populistischen Projekts von Orbán eine zentrale Rolle.

Hier stellt sich die Frage, ob ein Szenario im Sinne von Poulantzas (1974) vorliegt, in dem chinesische Investitionen die Interessen innerhalb der Bourgeoisie in

Ungarn verschoben haben, national- und binnenorientierte Kapitalfraktionen die Wahl Orbáns unterstützt und den politischen Wandel herbeigeführt haben. Diese Interpretation ist jedoch fraglich: Zwar wurde kurz vor dem Wahlsieg Orbáns eine größere chinesische Investition der Wanhua-Gruppe in das Chemiewerk BorsodChem beschlossen, die mit 1,7 Milliarden US-Dollar die größte Übernahme in der ganzen Region Mittel- und Osteuropa war. Die Anzahl und Höhe der Investitionen sind jedoch sowohl vor als auch nach dem Regierungswechsel von 2010 vergleichsweise gering. Innerhalb der mittel- und osteuropäischen Länder ist Ungarn zwar generell das Land mit den größten Direktinvestitionen aus China (Hanemann et al. 2019), diese werden jedoch von den Investitionen aus Europa bei Weitem in den Schatten gestellt (Jacoby/Korkut 2016). Darüber hinaus nehmen chinesische Investitionen in Europa seit drei Jahren in Folge ab und sind bereits unter das Niveau von 2015 zurückgefallen. Seither spielt Mittel- und Osteuropa für China keine nennenswerte Rolle mehr (Hanemann et al. 2019).

Erst seit der Planung der Schnellbahnstrecke von Belgrad nach Budapest ab 2015 kann wieder von substantziellen Investitionsflüssen gesprochen werden. Ebenso wie die Übernahme des Chemiewerks BorsodChem durch Wanhua sticht das Bahnprojekt mit seiner hohen Investitionssumme von 3,2 Milliarden Euro (Rogers 2019: 86) unter den bisherigen Projekten hervor. Darüber hinaus verspricht es jedoch langfristige Effekte, da die ungarische Regierung sich erhofft, dass durch die direkte und schnelle Anbindung an den Hafen von Piräus Budapest zum Drehkreuz chinesischer Waren in Europa wird. Tamas Matura (2017) bezweifelt aber, dass es durch den Bau einer Transitstrecke zu wahrnehmbaren wirtschaftlichen Entwicklungen in Ungarn kommt. Samuel Rogers (2019) sieht das Bahnprojekt wiederum als weiteren Schritt der Regierung Orbán, eine ihr gegenüber loyale Bourgeoisie zu schaffen und zu bedienen. Auch Iván Szelényi (2016: 22) benennt dies als langfristiges politisches Kalkül Orbáns. «When they lost in a close electoral competition, Mr. Orbán acknowledged one mistake he made while prime minister: he did not create his own bourgeoisie. This is a mistake one does not make twice. As he won election comfortably in 2010 and 2014, he made an effort to create and maintain a loyal base and its core had to be a propertied bourgeoisie.» Diese Strategie erkennt auch Gonda (2019) hinter Landenteignungen, die seit dem Amtsantritt eine neue Klasse von Orbán-treuen Großgrundbesitzer\*innen entstehen ließ.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Kooperation zwischen der Regierung Orbán und chinesischem Kapital auch rhetorisch wichtig ist für Fidesz, um sich konfrontativ gegen die neoliberale austeritätsgetriebene Wirtschaftspolitik der EU wenden zu können. Ob chinesisches Kapital bei der Erstarkung einer inneren Bourgeoisie eine substantielle Rolle gespielt hat und damit ein wesentlicher Faktor für den Aufstieg Orbáns 2010 war, oder ob sein Projekt eher symbolisch

durch die Referenz auf das alternative Entwicklungsmodell Chinas gestärkt wurde, lässt sich nicht zweifelsfrei entscheiden.

Orbáns ideologische Orientierung und die Themen, über die er populistisch seine Mehrheit sichert, ändern sich sprunghaft. Sein autoritärer Regierungsstil, die staatliche Kontrolle von Medien und Kultur, die Rolle des Staates in der Wirtschaft und sein Konzept einer illiberalen Demokratie besitzen aber alle eine Kontinuität und weisen Ähnlichkeiten zu chinesischen Vorstellungen auf. Verglichen mit dem ökonomischen Gewicht in Ecuador spielt China in Ungarn eine vergleichsweise geringe Rolle. Es ließe sich spekulieren, ob die schrillen xenophoben Töne Orbáns nicht so sehr auf einen starken Einfluss Chinas, sondern eher auf das Gegenteil verweisen: Denn unter dem Eindruck ausbleibender Investitionen und ökonomischer Erfolge muss er seine Macht zunehmend über populistische Diskurse und autoritäre Maßnahmen verteidigen.

#### 4.4.5 Äthiopien

Äthiopien weist seit vielen Jahren hohe und stabile Wachstumsraten auf. Es gilt als zuverlässiger Kooperationspartner für Entwicklungszusammenarbeit, als geostrategisch sehr wichtiger Anker in einem Umfeld von gescheiterten Staaten (Somalia, Sudan) und als vorbildliches Modell politischer Stabilität in einer multiethnischen Gesellschaft. Trotz seines Status als Entwicklungsland (Least Developed Country), trotz der großen Armut und massiver Probleme gilt Äthiopien als Liebling der Geberländer und als eine Erfolgsgeschichte der Entwicklungszusammenarbeit. Sowohl für die EU als auch für China ist es einer der wichtigsten Partner in Afrika.

Gleichzeitig gilt Äthiopien aber auch als Land mit beharrlichen autoritären Regierungen. 1991 stürzte die Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) zusammen mit der Eritrean People's Liberation Front (EPLF) den sozialistischen Militärrat (DERG), der seit 1971 an der Macht war. Seither regiert die EPRDF und etablierte ein System, das wahlweise als Neopatrimonialismus (Abbink 2006), Wahl-Autoritarismus (*electoral authoritarianism*; Aalen/Tronvoll 2009), als totalitärer Einparteiensstaat (Tronvoll 2010) oder als Entwicklungspatrimonialismus (*developmental patrimonialism*; Booth/Golooba-Mutebi 2012) bezeichnet wird.

Die autoritäre Regierungspraxis verschärfte sich spürbar seit 2005 und schlug sich in der Verhaftung von zahlreichen Oppositionellen und scharfer Zensur der Presse nieder. Diese Wende zum massiv Autoritären wurde mit dem gleichzeitig einsetzenden Einfluss Chinas in Verbindung gebracht – als zentrales Beispiel für die negative Einwirkung Chinas auf ein Entwicklungsland in Afrika, in dem westliche, im DAC<sup>44</sup> organisierte Geberländer mit China konkurrieren.

Erst seit dem Amtsantritt von Abiy Ahmed Ali als Regierungschef zeichnet sich eine politische Trendwende ab. Er gehört zwar ebenfalls der EPRDF an und war als

Vizedirektor der Information Network Security Agency (INSA) verantwortlich für die Internetzensur. Als Ministerpräsident hat er jedoch mit großen symbolischen und substanziellen Demokratisierungsschritten von sich reden gemacht, indem er eine Amnestie für politische Gefangene verkündete, die Zensur lockerte und das Kabinett paritätisch mit Männern und Frauen besetzte.

1991: Sturz des Mengistu-Regimes (Provisorischer Militärverwaltungsrat, DERG) durch die Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) unter Leitung von Meles Zenawi zusammen mit der Eritrean People's Liberation Front (EPLF). Meles wird Chef der Übergangsregierung.

1993: Agricultural Development Led Industrialization (ADLI) wird als entwicklungspolitische Leitlinie beschlossen und ab 1995 landesweit implementiert.

1995: Meles Zenawi wird zum Regierungschef gewählt.

2000: Meles Zenawi gewinnt erneut die Wahlen.

Äthiopien etabliert seine eigene nationale Version des Internet, Woredanet (nach dem Amharischen Wort Woreda für Distrikt) und Schoolnet werden als Internetprotokoll-basierte Kommunikationsplattformen aufgebaut.

2005: Vor den Wahlen lässt die Regierung einen offenen und fairen Wahlkampf zu. Neben den staatlich kontrollierten Internetkanälen verbreiten sich auch Blogs und andere politische Webseiten des globalen Internets in Äthiopien. Bei den Wahlen büßt die EPRDF viele Stimmen ein, erklärt sich aber noch vor der Bekanntgabe der Endergebnisse zum Sieger und ist entschlossen, weiter zu regieren. Nach Vorwürfen der Wahlfälschung vonseiten der Opposition kommt es zu Ausschreitungen, die bis 2006 anhalten und knapp 200 Menschen das Leben kosten. Die Regierung erklärt den militärischen Ausnahmezustand, 60.000 Menschen werden verhaftet, darunter viele Journalist\*innen. Der Kurznachrichtendienst (SMS) wird abgeschaltet.

Es folgt massive Kritik aus dem westlichen Ausland, die sich auch auf die Entwicklungszusammenarbeit auswirkt. Äthiopien wendet sich als Reaktion China zu.

2006: Kriegserklärung an die somalische Union islamischer Gerichte, einer Partei im somalischen Bürgerkrieg. Zenawi besucht China.

2007: Mit chinesischer Hilfe wird die Information Network Security Agency (INSA) aufgebaut, die die gesamte Telekommunikation Äthiopiens überwacht.

2008: Eröffnung eines China-Trainingszentrums, einer Sprachschule und eines Kulturinstituts in Addis Abeba.

2009: Errichtung einer chinesischen Sonderwirtschaftszone in einem Vorort von Addis Abeba. Ein neues NGO-Gesetz schränkt deren Bewegungsfreiheit ein, was von der EU scharf kritisiert und mit dem

<sup>44</sup> Das Development Assistance Committee (DAC) der OECD ist die zentrale Organisation der traditionellen Geberländer der Entwicklungszusammenarbeit.

Versuch eines Governance-Dialogs beantwortet wird. Verabschiedung eines Anti-Terror-Gesetzes, auf dessen Grundlage Journalist\*innen weiter in Haft gehalten werden.

2010: Bei der Parlamentswahl erringt die Regierungspartei EPRDF durch Repressionen 545 von 546 Parlamentssitzen und errichtet einen Einparteienstaat.

2011: Planungsbeginn einer neuen Eisenbahnstrecke zwischen Addis Abeba und Djibouti. Ein chinesisches Konsortium bekommt den Zuschlag, das Projekt zusammen mit der Ethiopia Railway Corporation (ERC) umzusetzen (Gesamtkosten 2,5 Milliarden US-Dollar).

2012: Der neue Sitz der Afrikanischen Union – erbaut mithilfe der chinesischen Entwicklungszusammenarbeit – wird eröffnet. Das Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum on Africa) tagt in Addis Abeba. Meles erklärt den Neoliberalismus in Afrika für gescheitert.

20. August 2012: Meles stirbt an einer Infektion in Brüssel. Hailemariam Desalegn übernimmt die Geschäfte des Regierungschefs.

2015: An Plänen zur Ausweitung des Stadtgebiets von Addis Abeba in von Oromo bewohntes Gebiet entzünden sich starke Proteste. Die Pläne werden zurückgenommen – dennoch breiten sich die Proteste weiter aus, erfassen auch andere Ethnien und fordern mehrere hundert Tote.

2016: Die Proteste greifen auf das ganze Land über. Im Oktober erklärt die Regierung den Ausnahmezustand, es wird eine Ausgangssperre verhängt und das Internet wird zensiert, was unter anderem die Nutzung von Facebook und anderen sozialen Medien einschränkt.

2017: Äthiopien ist eines von zwei Ländern Afrikas, das beim ersten Belt-and-Road-Forum in Peking anwesend ist.

2018: Eröffnung der Eisenbahnstrecke Djibouti–Addis Abeba als Teil der Seidenstraßeninitiative. Bis 2023 soll die Strecke von der China Railway Group Limited (CREC) und der China Civil Engineering Construction Corporation (CCECC) betrieben werden.

2018: Abiy Ahmed Ali wird nach anhaltenden Protesten zum Regierungschef ernannt. Er löst acht der 28 Ministerien auf und besetzt die Hälfte der Ressorts mit Frauen, darunter das Ministerium für Verteidigung, das für Handel, Verkehr und strategische Planung sowie das für Polizei und Geheimdienst zuständige Friedensministerium. Er betreibt die Aussöhnung mit Eritrea, indem er den internationalen Schiedsspruch zum Grenzverlauf akzeptiert und die äthiopische Botschaft in Eritrea wiedereröffnet. Trotzdem bleiben Zweifel an seiner Person, weil er als Vizedirektor am Aufbau der Information Network Security Agency (INSA) beteiligt war, die bis heute die Telekommunikation Äthiopiens überwacht und von Journalist\*innen als Instrument der Regierung zur Unterdrückung oppositioneller Kräfte angesehen wird.

Seit dem Ende des Sozialismus spielt die EPRDF eine dominante Rolle in Äthiopien. Sie hat eine ethnische Konföderation geschaffen, die sich unter ihrer autoritä-

ren Führung als stabil erwiesen hat. Wirtschaftlich verfolgte die Regierung unter Meles Zenawi heterodoxe Ansätze und stellte sich gegen die neoliberalen Rezepte der Weltbank und westlicher Entwicklungsorganisationen: Ab 1995 verfolgte die Regierung stattdessen das Entwicklungskonzept Agricultural Development Led Industrialization (ADLI), das darauf beruht, Land im Staatsbesitz zu halten, um die kleinbäuerliche Struktur und Subsistenzlandwirtschaft zu erhalten und durch Bildungs- und Entwicklungsprogramme die Effizienz zu steigern (Lefort 2012). Erst auf dieser Grundlage wurde eine – ebenfalls staatlich gelenkte – Industriepolitik aufgebaut (Vaughan/Gebremichael 2011). Weltbank und Entwicklungshilfeorganisationen kritisierten kontinuierlich diese Ausrichtung auf ADLI (Crewe/Korf 2008).

Die EPRDF-Regierung verfolgte lange eine restriktive Politik, was ausländische Investitionen angeht. Erst mit der Novelle des Investitionsgesetzes 1996 und einer Liberalisierung Anfang der 2000er Jahre in der verarbeitenden Industrie und im Handel stieg das Investitionsniveau von 70 Millionen US-Dollar im Jahr 2000 kontinuierlich bis auf 545,1 Millionen US-Dollar 2004. Transnationale Konzerne, besonders aus Europa und den USA, waren bei diesem Investitionsboom führend (UNCTAD 2006) und investierten in die pharmazeutische Industrie sowie in die Kunststoff- und Textilindustrie. Ein wichtiges Projekt war auch die Privatisierung des staatseigenen Kunststoffherstellers Addis Tyre durch die slowakische Firma Matador.

Bei den Wahlen 2005 artikuliert sich deutlich Opposition gegen die EPRDF und ihr wirtschafts- und entwicklungspolitisches Paradigma. Der Wahlkampf wurde offen und frei geführt und zum ersten Mal spielten das Internet und insbesondere Blogs eine zentrale Rolle. Sie ergänzten die staatlich kontrollierten Medien, die jedoch ebenfalls eine faire Darstellung der unterschiedlichen Parteien zuließen. Die Oppositionspartei Coalition for Unity and Democracy (CUD) brachte vor allem die Themen Landreform, Privateigentum und eine Neuausrichtung der ethnischen Konföderation vor (CUD 2006). Ihr Parteivorsitzender Hailu Shawul versprach für den Fall seiner Wahl eine umfassende ökonomische Öffnung des Landes. In seiner Partei artikuliert sich die neue Kapitalfraktion, die im Zuge des ersten sprunghaften Anstiegs der Auslandsinvestitionen entstanden war und sich eine weitere Öffnung der Wirtschaft für ausländisches Kapital wünschte. Der CUD gelang es, landesweit ein gutes Ergebnis zu erzielen, vor allem aber in Addis Abeba eine überwältigende Mehrheit zu erringen (137 von 138 Sitzen des Stadtparlaments). Die EPRDF erklärte sich trotzdem zum Sieger, blieb an der Macht und setzte ihren Regierungsanspruch mit Polizeigewalt durch: Massenproteste, die mehrere Monate andauerten, wurden brutal niedergeschlagen; es gab mehr als 200 Tote. Das Internet und Kurznachrichtendienste (SMS) wurden abgeschaltet. Hailu Shawul und andere Anführer\*innen der erfolgreichen Oppositionspartei-

en wurden als Anstifter\*innen der Proteste inhaftiert und erst nach einem Schuldeingeständnis zwei Jahre später begnadigt. Hailu Shawul starb später an den Folgen der Haft.

Die EU und andere Wahlbeobachter beklagten in ihren Berichten die massiven Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung der Ergebnisse und die Menschenrechtsverletzungen nach der Wahl (European Union 2005; Carter Center 2009). Als Reaktion stellten die EU-Länder zwar nicht ihre Entwicklungszusammenarbeit ein. Allerdings wurden die Budgethilfen in Programme umgeleitet, in denen die Verwendung der Mittel nun direkt kontrolliert wird (Hackenesch 2013: 20). Die Ereignisse des Jahres 2005 sind der Wendepunkt, an dem sich die äthiopische Regierungspartei China zuwandte. Waren Investitionen aus China bis 2005 eine vernachlässigbare Größe, so stieg China fortan rasch zum größten Geberland der Entwicklungszusammenarbeit, zum wichtigsten Investor und Handelspartner auf. Das Handelsvolumen wuchs von 100 Millionen US-Dollar im Jahr 2002 auf 540 Millionen im Jahr 2006 und betrug 2009 schon 1,46 Milliarden US-Dollar (Adem 2012: 146).

Äthiopien wurde also innerhalb kürzester Zeit zum wichtigsten afrikanischen Partner für China und gleichzeitig zu dessen Fürsprecher auf dem afrikanischen Kontinent. Symbolischer Ausdruck dieser Beziehung ist der prächtige Neubau des Sitzes der Afrikanischen Union in Addis Abeba, den China finanziert hat. Es ist mit 200 Millionen US-Dollar das teuerste Entwicklungshilfeprojekt Chinas in Afrika seit dem Bau der Sambia-Tansania-Eisenbahn in den 1970er Jahren.

Zenawi nutzte seine Stellung, um im Namen ganz Afrikas die Rolle Chinas als globalen Akteur zu loben – «Africa will never forget the historical role played by China in the struggle against colonialism» (Zenawi 2006: 198) – und sie für die Legitimierung der eigenen autoritären Regierungsführung heranzuziehen. «I think it would be wrong for people in the West to assume that they can buy good governance in Africa. Good governance can only come from inside; it cannot be imposed from outside. That was always an illusion. What the Chinese have done is explode that illusion. It does not in any way endanger the reforms of good governance and democracy in Africa because only those that were home-grown ever had a chance of success.» (Zit. nach: Brautigam 2009: 286 f.)

Die Präsenz Chinas in Afrika wird wegen solcher Äußerungen meist unter dem Schlagwort «competitive pressure» (Woods 2008) verhandelt. China würde wegen seiner Politik, Investitionen und Entwicklungskooperationen nicht an Menschenrechtsstandards zu koppeln, die Anstrengungen eines Good-Governance- und Menschenrechtsdialogs der DAC-Geberländer, insbesondere der EU, unterminieren. Afrikanischen Diktatoren könnten nicht mehr mit der Drohung von Geldkürzungen unter Druck gesetzt werden, Mindeststandards von Good Governance zu berücksichtigen, da China eine alternative Finanzierungsquelle darstelle.

Was dieser Diskurs ausblendet, wird besonders am Beispiel Äthiopiens deutlich: Die Finanzhilfen Chinas eröffnen nicht nur eine autoritäre Alternative zu Good-Governance-Vorstellungen der westlichen Geberländer, sondern auch eine Alternative zu neoliberaler Politik (Harrison 2019). Denn viele Projekte der Entwicklungszusammenarbeit sowie die Kredite von Weltbank, westlich dominierten Entwicklungsbanken und transnationalen Konzernen haben über Jahrzehnte neoliberale Politikrezepte durchgesetzt. Die Präsenz Chinas hat in Äthiopien die Möglichkeit eröffnet, einen alternativen Entwicklungsweg beizubehalten, der sich mittlerweile – gemessen an konventionellen Messgrößen wie Wirtschaftswachstum – bewährt hat und dessen Erfolg auch vom Westen nicht mehr bezweifelt wird.

Zentral ist hier der Begriff Entwicklungsstaat. Er wurde geprägt von Chalmers Johnson (1982) und später Meredith Woo-Cumings (1999), die die erfolgreiche nachholende Entwicklung inklusive hoher Wachstumsraten der sogenannten asiatischen Tigerstaaten – Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur – analysierten. Alle diese Staaten hatten extrem schlechte Startvoraussetzungen: Sie besaßen so gut wie keine natürlichen Ressourcen, waren kaum industrialisiert, sondern agrarische Länder (Südkorea, Taiwan) oder Stadtstaaten mit hoher Bevölkerungsdichte, die sich geografisch noch dazu in unmittelbarer Nähe zu feindlich gesinnten Staaten befanden. Südkorea war darüber hinaus im Korea-Krieg (1950–1952) weitgehend zerstört worden und Taiwan war Zufluchtsort vieler Flüchtlinge des chinesischen Bürgerkriegs. Das Paradox, dass genau diese Staaten einen erfolgreichen Entwicklungsprozess organisieren konnten, führten Johnson und Woo-Cumings auf die Existenz einer starken und effizienten Bürokratie zurück, die den Industrialisierungsprozess aktiv lenkte, in Drei-Parteien-Gesprächen Gewerkschaften, Unternehmer\*innen und Entwicklungsplaner\*innen an einen Tisch brachte und die Produktion strategischer Exportgüter zentral vorgab. In allen Ländern Asiens wurde dieser Prozess von höchst autoritären Regierungen umgesetzt, die vor allem Gewerkschaften mit massiver Gewalt unterdrückten. Die Entwicklungsdiktatur von Park Chung-Hee 1961 bis 1979 in Südkorea steht exemplarisch hierfür. Erst durch jahrzehntelange aktive Protestbewegungen, im Zuge derer viele Menschen ihr Leben verloren, konnte in diesen Ländern Demokratie erstritten werden. Seit der Aufnahme Südkoreas in die OECD gilt das Land als Vorbild und viel diskutiertes Beispiel dafür, wie über die Strategie des Entwicklungsstaats aus einem völlig kriegszerstörten und armen Agrarland innerhalb einer Generation ein reiches Industrieland werden kann.

Der ehemalige Regierungschef Äthiopiens Zenawi hat sich in seinen akademischen Arbeiten schwerpunktmäßig mit den Entwicklungsstaaten Asiens beschäftigt. Eine unvollendete Monografie und sein Beitrag in einem Sammelband, mitherausgegeben von Joseph Stieglitz, handelt von der Frage, inwieweit sich

das Konzept des Entwicklungsstaats und Demokratie widersprechen (Zenawi 2012: 167 ff.). Zenawi plädiert für das Konzept eines demokratischen Entwicklungsstaats als Vision für Afrika. «A democratic developmental state is thus likely to be even more effective as a developmental state than an undemocratic one.» (Zenawi 2006: 14) Er unterstreicht jedoch, dass für die Erreichung der Entwicklungsziele sozialer Zusammenhalt wichtig ist und das Projekt hegemonial sein muss, und schränkt damit sein Bekenntnis zur Demokratie ein.

Die Idee eines demokratischen Entwicklungsstaats wurde in zahlreichen afrikanischen Ländern, allen voran in Südafrika, aufgegriffen und in Konferenzen, unter anderem der African Development Bank, beschworen (Tapscott et al. 2018). In Bezug auf Äthiopien gilt es festzuhalten, dass Zenawi sich in seinem Konzept nicht auf China, sondern auf die sogenannte erste Generation der Entwicklungsstaaten bezieht und deren Demokratiedefizit reflektiert. In der Regierungspraxis schlug sich das allerdings nicht entsprechend nieder (Mulu Gebremariam/Moges Bayu 2017).

Vergleicht man Äthiopien mit den bislang diskutierten Beispielen, so lässt sich die Position Zenawis mit der vergleichen, die in den anderen Fällen die Populist\*innen innehaben. Diese Charakterisierung lässt sich vertreten, da er auch als Person für eine heterodoxe Entwicklung stand, vor allem aber seine Unterstützerbasis auf dem Land hatte, wo er über das Konzept der landwirtschaftsbasierten Industrialisierung die Entwicklung dieser Regionen ins Zentrum stellte. In Äthiopien wurden autoritäre Tendenzen in der gleichen Art wie in Südostasien und Lateinamerika durch einen Antagonismus zwischen zwei wirtschaftspolitischen Paradigmen verstärkt. Die von Poulantzas herausgearbeiteten Prozesse scheinen auch hier deutlich auf, jedoch in anderer Konstellation. Im Zuge von Investitionen aus dem westlichen Ausland entstand eine neue Bourgeoisie, die eine wirtschaftliche Öffnung und neo-liberale Politik verlangte. Hier verläuft es also umgekehrt: Durch Investitionen wird die dominante Ideologie eines nicht-neoliberalen Entwicklungsparadigmas herausgefordert. Ein weiterer Unterschied ist, dass die anderen Populist\*innen von den Eliten durch Putsche (militärische und juristische) angegriffen wurden und als Reaktion darauf eine autoritäre Herrschaftssicherung betrieben. Zenawi wurde 2005 nur durch eine Wahl herausgefordert.

Der Autoritarismus wird – wie schon bei den Beispielen Ecuadors, Ungarns und Thailands diskutiert – nicht direkt aus China «importiert». Vielmehr verfolgten die äthiopischen Machthaber schon vor dem Schulterchluss mit China einen autoritären Regierungsstil und eine vom Staat gelenkte Wirtschaftspolitik. Chinas Einfluss bewirkte ab 2005 vor allem, dass Äthiopien nach dem politischen Tauwetter vor den Wahlen 2005 zu autoritären Praktiken zurückkehren, diese verstärkte und seinen Weg einer äthiopischen Version des Entwicklungsstaates weiter vorantreiben konnte. Der Theorie nach wollte Zenawi einen demokratischen Entwick-

lungsstaat etablieren. In der Praxis handelte es sich um einen traditionell autoritären Entwicklungsstaat.

Eine weitere deutliche Parallele zu den bisher betrachteten Fällen zeigt sich beim Einsatz von chinesischer Überwachungstechnologie. Äthiopien hatte bereits zwischen 2000 und 2005, das heißt vor der engen Zusammenarbeit mit China, sein Internet als nationales, staatlich kontrolliertes Netz aufgebaut. Woredanet diente als Kommunikationsplattform von lokalen Politiker\*innen und Parteikadern, Schoolnet zur Verbreitung von Bildungsinhalten in Schulen (Gagliardone 2014).

Im Vorfeld der Wahl von 2005 verbreiteten sich politische Nachrichten auch über andere Kanäle, zum Beispiel über Blogs und über SMS, und heizten den Wahlkampf an. Im Zuge der autoritären Wende nach der Wahl machte die Regierung die Kontrolle und Zensur des sich ausbreitenden Netzes zur obersten Priorität: Das globale Internet, das sich mittlerweile verbreitet hatte, wurde durch Filter zensiert. Die Regierung installierte das engmaschigste Filtersystem südlich der Sahara (Gagliardone 2014). Der SMS-Kurznachrichtendienst wurde abgeschaltet und erst zwei Jahre später wieder freigegeben.

Nach einem Besuch von Zenawi in China wurde ab 2007 die Information Network Security Agency (INSA) aufgebaut, die die gesamte Telekommunikation Äthiopiens überwacht. China half Äthiopien mit Hardware, aber auch mit einem Kredit von 1,9 Milliarden US-Dollar beim Auf- und Ausbau des Internets. Das Geld ermöglichte eine Anbindung an das globale Internet, aber unter neuen Vorzeichen, nämlich mit der staatlichen Ethio-Telecom als einzigem Anbieter. Das Geld wurde außerdem genutzt, um das Woredanet und Schoolnet aufzuwerten (Gagliardone 2014).

#### 4.4.6 Fazit: Ausbreitung des Autoritarismus und der Einfluss Chinas

Ausgangspunkt der Überlegungen war der empirische Befund, dass sich mit dem Übergang von einem US-dominierten zu einem chinesisch dominierten Weltsystem autoritäre Regierungspraktiken ausbreiten. Die Entwicklung autoritärer Regierungen unter dem Einfluss Chinas lässt sich schematisch zusammenfassen.

Die Entstehung und Ausbreitung des Autoritarismus, der sich in allen betrachteten Beispielen attestieren lässt, lässt sich zunächst nur mittelbar mit dem Einfluss Chinas in Verbindung bringen. Wie von Poulantzas (1974) beschrieben, handelt es sich in allen Fällen um Beispiele abhängiger Entwicklung, bei denen ein Prozess der Interiorisierung von Widersprüchen und Rivalitäten innerhalb des Zentrums und die inneren Faktoren des jeweiligen Landes eine entscheidende Rolle spielen. Es zeigt sich das Muster, dass chinesische Investitionen in vielen Ländern zur Entstehung einer inneren Bourgeoisie beitragen bzw. dass sie eine entstehende Bourgeoisie unterstützen. Dadurch können populistische, antineoliberale Projekte gestärkt

	Ecuador	Thailand	Ungarn	Äthiopien
Akteurskonstellationen	Quito-basiertes Kapital (innere Bourgeoisie) mit Indigenen vs. landbasierte Oligarchie (Kompradoren)	Neue Kapitalist*innen aus der Provinz (innere Bourgeoisie) vs. Bangkok-basierte royalistische Elite (Kompradoren)	Nationales Kapital (innere Bourgeoisie) vs. europäisches, transnationales Kapital	Entwicklungs-staat, dominiert von einer Einheitspartei vs. trans-nationales Kapital
Dynamik	Chinesische Finanzhilfen ab 2007 geben Correa die nötige Rückendeckung und ermöglichen das populistische und trans-formativische Projekt.	Die Kooperation mit China lässt ab 2001 Thaksin erstarben. Die Konkurrenz um den Zugriff auf BRI-Projekte führt zum Putsch der alten Eliten.	Investitionen seit 2009 und die Seidenstraßeninitiative stützen seit 2010 Orbán gegenüber der EU und ermöglichen sein Projekt der Stärkung einer inneren Bourgeoisie.	Chinesische Investitionen und EZ stützen Zenawi beim Aufbau eines Entwicklungsstaats ab 2005.
ökonomisches Ergebnis	Hohe chinesische Investitionen in zentrale Bereiche der Wirtschaft (Öl), hohe Abhängigkeit von chinesischem Kapital  Neoextraktivistisches System	Nach dem Putsch von 2014 werden zentrale ökonomische Projekte von den alten Eliten geplant und mit chinesischen Investitionen finanziert.  Neokoloniales Projekt	Hohe Erwartungen und diplomatische Aktivitäten, aber kaum substanzielle Investitionen aus China  Nationalistisch-kapitalistisches Projekt	Hohe chinesische Investitionen und EZ, bei gleichzeitiger Weiterführung westlicher EZ  Autoritärer Entwicklungsstaat
politisches Ergebnis	Zunächst weitreichende Demokratisierung, dann folgte eine autoritäre Verhärtung unter Correa. Seit 2017 umkämpfte demokratische Erneuerung unter Moreno  autoritärer Populismus	Erst Aufbau eines autoritär populistischen Regimes, dann Putsch, Seitenwechsel zentraler Kapitalfraktionen, autoritäres koloniales System  autoritärer Konstitutionalismus, Faschismus	Zunehmende autoritäre Verhärtung. Politische Stärkung Orbáns und des nationalen Kapitals durch den Schulterchluss mit China  autoritärer Populismus	Zunächst zunehmend autoritärer Entwicklungsstaat, nach massiven Protesten eine demokratische Wende seit 2018  autoritärer Populismus

und in einzelnen Fällen politisch hegemonial werden. In allen Fällen ist das Engagement Chinas mittelbar verknüpft mit autoritären Tendenzen. Das Zusammenspiel der inneren Faktoren in den jeweiligen Ländern führt dazu, dass diese autoritären Tendenzen jeweils unterschiedlich stark und unterschiedlich persistent ausfallen. In Thailand münden die Prozesse in ein autoritäres Ausnahmeregime mit faschistischen Zügen. Ein ähnliches Szenario entfaltet sich gerade in Brasilien. In Ecuador ermöglicht chinesisches Kapital jedoch eine demokratische Transition und auch in Äthiopien findet gerade trotz des anhaltenden Einflusses eine Demokratisierung statt.

#### 4.5 ÜBERWACHUNGSTECHNOLOGIE

Neben diesem mittelbaren Einfluss Chinas, der über die inneren Faktoren und auf jeweils landesspezifischen Pfaden den Autoritarismus zumindest zeitweise vertieft hat, lässt sich auch ein unmittelbarer Einfluss erkennen: In allen Ländern, in denen China investiert und politische Kooperationspartner\*innen hat, exportiert es auch an zentraler Stelle Überwachungstechnologie.

Die chinesische Regierung schreibt im Zuge ihrer Kooperation keine Form der Regierungsführung vor, anders als die westlichen Länder, bei denen eine bestimmte Form von liberaler Good Governance als Bedingung des Engagements gilt. China stellt aber Technologie bereit, die sich zur totalitären Kontrolle der Gesellschaft eignet, und fördert den Ausbau der technischen Infrastruktur, die für die Nutzung nötig ist. Der Aufbau des ecuadorianischen Überwachungssystems ECU-911 sowie der Aufbau der äthiopischen Infor-

mation Network Security Agency (INSA) und des Internetmonopols der Ethio-Telecom sind dafür zentrale Beispiele. Die Pläne für die Smart City im Zentrum des Eastern Economic Corridor in Thailand deutet in die gleiche Richtung und gegebenenfalls ist auch der Ausbau des G5-Netzes in Ungarn vor diesem Hintergrund zu interpretieren. Bei den Technologien, die auf biometrischer Gesichtserkennung bzw. Erkennung der Gangart und Gestik basieren, handelt es sich um neuere Entwicklungen der letzten Jahre, die auch wegen ihres ökonomischen Potenzials vorangetrieben werden (Kuhn 2019).

Diese Technologien sind nicht von vornherein und ausschließlich Teil eines autoritären sicherheitsstaatlichen Projekts. Vielmehr sind sie Teil von auch visionären Entwicklungskonzepten, die etwa unter dem Namen Smart City, Internet der Dinge oder Thailand 4.0 firmieren. Die umstrittene und in allen Projekten beteiligte chinesische Firma Huawei verteidigt zum Beispiel ihre Kooperation mit dem ecuadorianischen Geheimdienst beim Aufbau des Überwachungssystems ECU-911 mit den Worten: «Huawei provides technology to support smart city and safe city programs across the world. In each case, Huawei does not get involved in setting public policy in terms of how that technology is used.» (Mozur et al. 2019)

Die Gefahr, diese Technologie auch zur Überwachung einzusetzen, ist jedoch enorm. Chinesische Firmen sind mittlerweile Vorreiter auf diesem Gebiet und haben amerikanische Konkurrenten abgehängt. Laut Freedom House gehören zur Kooperation in diesen Bereichen Trainings im Umgang mit der Überwachungs-

technologie und zu Themen wie «public opinion guidance», was als Euphemismus für Zensur gelesen werden muss (Freedom House 2017).

Es gilt allerdings festzuhalten, dass die Entwicklung und der Einsatz von Überwachungstechnologie keinesfalls auf China beschränkt sind. Vielmehr versuchen auch die großen Internetkonzerne aus den USA diesen Markt zu erobern und beklagen die Beschränkungen, die ihnen vonseiten der Politik (zum Beispiel in Form von Datenschutzbestimmungen) auferlegt werden. Der Facebook-Chef Mark Zuckerberg forderte in einem Seminar im April 2018 vor dem Hintergrund der Datenskandale im Cambridge Analytica<sup>45</sup>, dass Datenverarbeitung in dem bestehenden Umfang möglich bleiben müsse, damit US-Firmen Innovationen schaffen können und nicht hinter chinesischen Firmen zurückfallen. Bezüglich der Entwicklungen der Gesichtserkennung sagte er beispielsweise: «We still need to make it so that American companies can innovate in those areas, or else we're going to fall behind Chinese competitors and others around the world who have different regimes for – for different new features like that.» (Zit. nach: Horwitz 2018) Ein Wettbewerbsvorteil, den chinesische Firmen nutzen, ist der Zugang zu Überwachungssystemen in Ländern des Südens, wo sie zum Beispiel die Technologie der biometrischen Gesichtserkennung an Menschen anderer Ethnien erproben. Auf diesem Gebiet arbeiten chinesische Firmen mit Singapur, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Simbabwe und Malaysia zusammen (Freedom House 2018b). Weitere Kooperationspartner auf anderen Gebieten der Entwicklung von Überwachungstechnologie sind Ecuador, Äthiopien, Südafrika, Bolivien, Ägypten, Ruanda und Saudi-Arabien.

Allgemein lässt sich jedoch sagen, dass die Überwachungstechnologie und die darauf basierenden autoritären Regierungstechniken zuerst in China entwickelt und ausprobiert werden (Lin/Chin 2017; Klabisch 2018). Ein zentrales Projekt ist das Sozialkreditsystem, dessen Einführung 2014 vom chinesischen Staatsrat beschlossen wurde und das nach der gegenwärtigen Entwicklungs- und Testphase ab 2020 für alle Bewohner\*innen Pekings verpflichtend installiert werden soll. Dabei handelt es sich um ein System der sozialen Überwachung, das als Mischung aus Miles-and-More-, Payback- oder Bonuspunktesystem der Krankenkassen für gesunde Lebensführung und Schufa charakterisiert werden kann.

Bargeldloses Bezahlen ist in China landesweit wesentlich weiter verbreitet als in Europa oder anderen Ländern Asiens. Ein Großteil der Einkäufe wird über Alibaba (der chinesischen Version von Amazon) getätigt. Aber auch Taxifahrten oder kleine Geschäfte, wie der Snack in einer Garküche, werden gewöhnlich abgewickelt, indem über ein Mobiltelefon ein QR-Code eingelesen und über eine Bezahlungsfunktion beispielsweise von WeChat (der chinesischen Version von WhatsApp) der Betrag überwiesen wird. Diese Konsumdaten, zusammen mit Daten aus den sozialen Medien

von Tencent (dem Pendant zu Facebook), aber auch das Surfverhalten im Internet über Baidu (dem Pendant zu Google) bilden die Datengrundlage für einen Algorithmus, der allen Bewohner\*innen ein aus den verschiedenen Transaktionen und Bewegungsbildern zusammengesetztes Wert zuweist. Dabei geht nicht nur die Menge an Umsatz positiv in den Wert ein, sondern der Konsum wird auch inhaltlich ausgewertet. Wird ein kritisches Buch gekauft oder mit dem Taxi ein verdächtiger Ort – zum Beispiel der Schauplatz einer Demonstration – aufgesucht, kann das den Wert des Sozialkredits schmälern. Bei einem zu schlechten Wert kann einer Person der Verkauf einer Bahn- oder Flugkarte verweigert werden oder die Kinder erhalten keinen Zugang zu weiterführender Bildung.

Das verstörende Moment daran ist, dass dieses System im Westen als Dystopie totalitärer Überwachung wahrgenommen (Freedom House 2018b), in China jedoch kaum kritisiert wird. Wenn überhaupt kritische Stimmen aufkommen, dann wird höchstens befürchtet, der Algorithmus könne fehlerhaft sein. Abgesehen davon stößt die Einführung des Sozialkreditsystems vielfach auf Zustimmung. Die Regierung rechtfertigt das Projekt mit Korruptionsbekämpfung und verspricht, durch das Kreditsystem die Integrität (诚信) in mehreren zentralen Lebens-, Gesellschafts- und politischen Bereichen zu steigern: in der Regierungsführung, in kommerziellen Angelegenheiten, in sozialer und juristischer Integrität. Offenbar trifft das ein Bedürfnis in einer sich rasant modernisierenden Gesellschaft, in der soziale Normen und der gesellschaftliche Zusammenhalt erodieren.

Diese Regelung ist in Ansätzen auch in Deutschland und Europa verbreitet. So funktionieren unterschiedliche Bereiche des Plattformkapitalismus über ein ähnlich gelagertes Zusammenspiel von Deregulierung und gegenseitiger Bewertung: Die Angebote an Unterkünften über AirBnB, Personenbeförderung über Uber etc. unterwandern die staatliche Regulierung des Dienstleistungssektors. Auch bei Transaktionen über Staatsgrenzen hinweg – Internetkäufe, Hotel- oder Mietwagenbuchungen etc. – existiert oft keine staatliche Regulierung. Die Sicherung der Qualität der Anbieter und die Bonität der nachfragenden Kund\*innen wird daher über die Akkumulation gegenseitiger Bewertungen erreicht. Ebenso sind Bewertungsportale für Ärzt\*innen oder Schul- und Universitätslehrer\*innen auch in Europa weitverbreitet und kompensieren die Unübersichtlichkeit und das systematische Verunklären von Preisen (Preisdiskriminierung) durch Pricing- und Marketing-Instrumente im entgrenzten Kapitalismus. Hier ist jedoch auch das Moment von neoliberaler Governance zu erkennen: Die immer umfassenderen Bewertungssysteme können als Weiterführung des Gedankens der Gouvernamentalität von Foucault ver-

<sup>45</sup> Die Internet- und Beratungsfirma Cambridge Analytica hatte massenhaft persönliche Daten von Facebook-Nutzer\*innen gesammelt und auf dieser Grundlage mit politischen Botschaften versucht, Wahlkämpfe zu beeinflussen.

standen werden. An die Stelle des anonymen Gefängniswärters, der in der Mitte des Panoptikums sitzt, oder des anonymen Staats, der die ubiquitären Daten aus Kameras ausliest, ist die Überwachung aufgelöst in eine Summe aus Kaufhandlungen und die Bewertung einem Markt überantwortet.

Cherian George (2007) hat in seiner Kritik der e-Governance in Singapur bereits darauf hingewiesen, dass mit solchen Bewertungsportalen auch eine soziale De-Organisation einhergeht. Er beschreibt, dass durch deren Einrichtung die Meinungen unzufriedener Bürger\*innen in eine vertikale und vereinzelte Kommunikation kanalisiert werden und keine horizontale, an bestimmten Problemen orientierte politische Organisation (in Gewerkschaften oder zivilgesellschaftlichen Organisationen) mehr stattfindet. Darüber hinaus wird durch das permanente Feedback erreicht, dass die Menschen, die in der Bürokratie arbeiten, sich in einer mehrfachen Sandwichposition wiederfinden, in der sie sowohl von oben mit steigenden Vorgaben von zu bearbeitenden Vorgängen als auch von unten einer kontinuierlichen Kontrolle unterworfen werden und darüber hinaus auf horizontaler Ebene in ein Konkurrenzverhältnis zu den Kolleg\*innen gesetzt werden. Dieser Effekt der Kontrolle der Verwaltung scheint auch im chinesischen Sozialkreditsystem gewollt, da explizit die Verwaltung und das Justizsystem einbezogen werden.

Die Einführung des Sozialkreditsystems bedeutet wie oben skizziert nicht nur eine Entgrenzung von Kontrolle, sondern – durch die Zusammenführung von Daten zu Konsum, Kommunikation und physischen Bewegungsmustern – eine paradigmatische Verschiebung. Es ist zu erwarten, dass das System nicht auf China begrenzt bleibt, sondern sich aufgrund von zwei Dynamiken transnational erweitern wird. Zum einen breiten sich die einst als chinesische Klone programmierten Apps und Portale (WeChat, Baidu) auch in anderen Ländern aus. Über transnationale Wertschöpfungs- und Handelsketten – nicht zuletzt durch die neuen Verbindungen über die Seidenstraßeninitiative – werden Kundendaten auch von anderen Ländern systematisch in die chinesische Datenerfassung einbezogen. Der Ausbau des dritten Containerhafens in Hamburg wird zum Beispiel von einem Konsortium unter Beteiligung von Alibaba umgesetzt, und es ist zu erwarten, dass Kundendaten gesammelt werden. Zum anderen wird der kommerzielle und zunehmend politische Gebrauch des Datenschürfens auch von den westlichen Plattformen und Apps betrieben. In Singapur bieten mehrere Firmen die Bonitätsprüfung für die Vergabe von Bankkrediten auf der Basis von Facebook-Daten an. Da etwa drei Viertel der Bevölkerung in Südostasien über kein Bankkonto verfügen, ist eine traditionelle Bonitätsprüfung über Kontobewegungen nicht möglich. Daher wird von Kreditnehmer\*innen verlangt, ihren Facebook-Account zugänglich zu machen. Auf politischer Ebene hat der Skandal um Cambridge Analytica einen ersten und unvollständigen Einblick in die

Praxis des Datenschürfens zur Planung von Wahlkampagnen gegeben.

#### 4.6 HISTORISCHE WENDE IM CHARAKTER DES KAPITALISMUS

Demirović (2013, 2016) und Buckel (2017) argumentieren mit Marx, dass Kapitalismus und Demokratie deshalb untrennbar miteinander verbunden seien, weil nur die politische Form der Demokratie die fundamentalen Interessenkonflikte innerhalb der Bourgeoisie und zwischen Bourgeoisie und Arbeiter\*innen in eine Balance überführen kann. Dies ist der Grund, warum sie in Krisen der Demokratie immer auch Gegenbewegungen entstehen sehen, denen um des Funktionierens des Kapitalismus willen eine Chance auf Erfolg beschieden ist.

«Autoritäre Herrschafts- und Staatsformen sind auf Dauer nicht in der Lage, die unterschiedlichen Interessen innerhalb des Machtblocks zu koordinieren und irgendeines der anstehenden gesellschaftlichen Probleme zu lösen – und es kann nach den Diskussionen, die in der älteren Kritischen Theorie über den Staatskapitalismus geführt wurden, angenommen werden, dass eine ultrastabile, einheitliche, totale Herrschaft unwahrscheinlich ist (vgl. Dubiel, Söllner 1981) –, sondern bewirken Stagnation, Mangel an Innovation und irrationalistische gesellschaftliche Selbstdestruktion» (Demirović 2016 295 f.).

Vor dem Hintergrund des Qualitätssprungs in der Überwachungstechnologie und -strategie in China, vor allem durch das Verschmelzen von Überwachung, täglichem Konsum, Kommunikation und Bewegung, müsste untersucht werden, ob hier nicht eine Form von ultrastabiler, einheitlicher, totaler Herrschaft entsteht, die dann tatsächlich ein Ende der Demokratie bedeuten könnte. In abgeschwächter Form müsste gefragt werden, ob Demokratie unbedingt die Form liberaler repräsentativer Demokratie annehmen muss, um kapitalistische Akkumulation am Laufen zu halten. Demirović (2016: 291) geht davon aus. Die chinesische und die vietnamesische Kommunistische Partei nahmen für sich jedoch in Anspruch, dass divergierende Meinungen innerhalb des Parteiapparats durchaus kontrovers diskutiert werden und ein zum Teil sehr offener Wettstreit von Ideen stattfindet. Vor diesem Hintergrund könnte man spekulieren, ob diese Form von Interessenausgleich gegebenenfalls den Anforderungen einer Kapitalakkumulation gewachsen ist. Damit würde sicherlich der Kapitalismus nicht überwunden und angesichts der drohenden Klimakatastrophe auch nicht weniger suizidal agieren. Möglicherweise kann sich das Verhältnis zwischen liberaler Demokratie und Kapitalismus mit Blick auf den chinesischen Kapitalismus tatsächlich als historisch kontingent erweisen. Die Krisenanfälligkeit der politischen Form der liberalen Demokratie lässt dieses System auch nicht perfekt erscheinen und ist trotzdem funktional. Wenn die parteiinternen Aushandlungsmechanismen auf dem gleichen Niveau funktional sind, könnten sie ein erfolgreich konkurrierendes System etablieren.

## 5 ERGEBNISSE

1) Autoritarismus bzw. autoritäre Regime entstehen weltweit unter unterschiedlichen Bedingungen und Kräfteverhältnissen. Besonders in Ländern der Semi-peripherie lassen sich anhand der unterschiedlichen Entstehungspfade *autoritärer Konstitutionalismus* und *autoritärer Populismus* unterscheiden. Im Süden ist die Entwicklung autoritärer Regime bereits so weit fortgeschritten, dass von Ausnahmeregimen gesprochen werden muss. Aus globaler Sicht befinden wir uns also in einer großen Krise der Demokratie.

Die Dynamik dieser Entwicklung ist in den betrachteten Ländern maßgeblich geprägt vom Antagonismus zwischen den beiden Strömungen Populismus und Konstitutionalismus. Das heißt Autoritarismus entsteht und vertieft sich in politischen Kämpfen zwischen Interessengruppen, Klassenfraktionen und Allianzen. Es entsteht folgendes Muster: In Zeiten von Krisen wird der hegemoniale Block an der Macht geschwächt. Neue Kapitalfraktionen verbünden sich mit populären Klassen, fordern die alten Eliten heraus und übernehmen über Wahlen die Staatsmacht. Es etabliert sich ein populistisches Regime. Die Mobilisierung gelingt über eine politische Rhetorik gegen die Eliten und deren liberale/neoliberale Diskurse. «Das Volk» wird als Legitimationsgrundlage angerufen.

Als Reaktion auf die populistische Herausforderung mobilisieren die bedrängten Eliten ihre Machtressourcen, oft in Allianz mit städtischen Mittelklassen. Grundlage ist hier ein Diskurs des Liberalismus (progressiver Neoliberalismus). Da die alten Eliten keine Mehrheiten organisieren können, wählen sie zur Sicherung der Herrschaft konstitutionalistische Strategien, um Mehrheiten einzuhegen, oder sie versuchen, durch militärische oder juristische Putsch (Auflösung von populistischen Parteien, Verurteilung von populistischen Anführer\*innen) die Macht zurückzugewinnen.

Dieser Befund legt nahe, dass es sich bei der Welle des Autoritarismus nicht um die Durchsetzung einer neuen Phase und einer neuen Form von Neoliberalismus handelt. Vielmehr ist der Autoritarismus das Ergebnis einer mit zunehmender Härte geführten Auseinandersetzung *um* Neoliberalismus.

2) Um den globalen Charakter der Ausbreitung von Autoritarismus zu erfassen, das heißt die Gleichzeitigkeit und den parallelen Verlauf der skizzierten Auseinandersetzungen innerhalb der Länder, müssen weitere Aspekte der inter- und transnationalen Einbettung der Länder herangezogen werden.

Erstens hängt die Dynamik in den Ländern mit akuten Krisenereignissen zusammen (Asienkrise, El-Niño-Phänomen Ende der 1990er Jahre, Vielfachkrise seit 2008 etc.). Diese Krisen haben politische Prozesse ausgelöst, die zu den autoritären Entwicklungen geführt haben.

Zweitens lässt sich die soziale Basis der autoritären Umbrüche in den Ländern des Südens über die Nord-Süd-Zusammenhänge und die Verschränkung der öko-

logischen und ökonomischen Krise analysieren. Hierfür ist sowohl das Konzept der *imperialen Lebensweise* (Brand/Wissen 2017) als auch die Klassenanalyse von Thomas Sablowski und Hans-Günter Thien (2018) zentral. An Thailand und den Philippinen zeigt sich, dass die ökologische und ökonomische Krise verschränkt sind und sich gleichermaßen geografisch als Stadt-Land-Gegensatz, im Lebensstil und in der Klassenzugehörigkeit artikulieren. Ebenso werden transnationale Prozesse der Klassenbildung sichtbar, in denen die unterschiedlichen Analyseansätze zusammenfließen: in der Verbreitung einer *imperialen Lebensweise* globaler Mittelschichten und in der ambigen Klassenzugehörigkeit von migrantischen Arbeiter\*innen.

Drittens lässt sich feststellen, dass sich die verschiedenen autoritären Regime und Bewegungen auf Ideologien stützen, bei denen einzelne Ideologeme wiederkehren. Zentral ist die Konstruktion eines «Wir» über die Ausgrenzung eines «Anderen». Wie genau dieses «Wir» konstruiert wird und welche Gruppe ausgegrenzt wird, variiert. Zum Teil lässt sich feststellen, dass sich Ideologien einander annähern und aufeinander beziehen. Es lassen sich jedoch bezüglich einzelner Themen wie Islamfeindlichkeit oder Anti-LGBTIQ\*-Positionen markante Unterschiede zwischen den ideologischen Positionen der autoritären Regime erkennen. Die Bruchlinien verlaufen hierbei nicht unbedingt entlang der Grenzen von autoritär populistischen und autoritär konstitutionalistischen Systemen.

Viertens lässt sich der Einfluss Chinas auf den Prozess der weltweiten Ausbreitung von Autoritarismus auf zwei Ebenen lokalisieren. Einerseits spielen Investitionen, direkte Finanzhilfen und Entwicklungszusammenarbeit aus China eine wichtige Rolle in der Entstehung von politischen Lagern. So werden vor allem Kapitalfraktionen durch die Kooperation mit China gestärkt werden, die als innere Bourgeoisie charakterisiert werden können und die hinter den populistischen Projekten stehen. Letztlich entscheiden jedoch die inneren Faktoren in einem Land über den Verlauf und das Ergebnis der Auseinandersetzung. Der Zusammenhang zwischen chinesischen Investitionen und der Entstehung von Autoritarismus ist daher nur mittelbar und nicht zwangsläufig.

Anders verhält es sich mit jüngeren Entwicklungen im Bereich der Überwachungstechnologie. Denn China ist in der Entwicklung und Verbreitung von Gesichtserkennung und anderen Techniken der datenbasierten Überwachung und sozialen Kontrolle führend. Es handelt sich jedoch nicht um ein «chinesisches» Problem, sondern um einen globalen Trend der technologischen Entwicklung, die auch in den USA und anderen Ländern vorangetrieben wird und das Potenzial hat, autoritären Regierungen zukünftig sehr effektive und effiziente Werkzeuge der Überwachung, Kontrolle und Sanktionierung an die Hand zu geben.

## 6 AUSBLICK

Wenn man heute über die Globalisierung des Autoritarismus nachdenkt, befindet man sich in einer ähnlichen Position wie die Denker\*innen der 1920er und 1930er Jahre, die die Begriffe geprägt haben, die wir heute noch nutzen und auf deren Schultern wir stehen.

Wir werden immer wieder von den Entwicklungen überrumpelt: Die Wahl Trumps, das Brexit-Votum, die Wahl von Duterte auf den Philippinen oder Bolsonaro in Brasilien – all diese Ereignisse waren böse Überraschungen und wir haben noch keine Begriffe und analytischen Kategorien für das, was wir erleben. Es kommt uns überkomplex und undurchschaubar vor.

Ähnlich wie die Autor\*innen der 1920er und 1930er Jahre sollten wir uns die Aufgabe zu eigen machen, den Ernst der Lage nüchtern zu benennen. Lange wurde beispielsweise nicht für möglich gehalten, dass Trump tatsächlich gewählt wird. Noch immer ist vereinzelt die Sicht verbreitet, dass sich die autoritären Regierungen – insbesondere die autoritären Populist\*innen – selbst diskreditieren, sobald sie an der Macht sind, weil sich dann die «einfachen Lösungen» schnell als unzulänglich erweisen.

Gegen Beschwichtigungen und eine optimistische Geschichtsauffassung haben seinerzeit Otto Bauer, August Thalheimer und Antonio Gramsci geschrieben und versucht, Begriffe und Erklärungen für die sich entfaltende Katastrophe des Faschismus zu finden. Auch heute gibt es angesichts der Entwicklungen keinen objektiven Grund dafür, zuversichtlich zu sein – nur weil wir noch keine passenden Begriffe haben, das Neue zu benennen, was sich gerade vor unseren Augen entwickelt.

Es zeigen sich deutliche Anzeichen für eine sukzessive Verschärfung autoritärer Regierungspraktiken. Im Süden sind wir bereits mit einer Reihe von Ausnahmeregimen konfrontiert. Zentrale Probleme, die über das Überleben der Menschheit entscheiden, wie Klimawandel, Verlust von Biodiversität, Zunahme von globaler Ungleichheit, sind ungelöst und eine Bearbeitung scheint nicht einmal ansatzweise von den existierenden internationalen Governance-Strukturen geleistet zu werden (Demirović 2018b). Im Gegenteil, die eskalierenden Probleme verschärfen die politischen Auseinandersetzungen, im Zuge derer autoritäre Lösungen immer plausibler und unausweichlicher erscheinen (Fischer 2016).

Die Klimaproblematik bedeutet auch, dass klassische Lösungsstrategien – das Anfeuern eines neuen Wachstumszyklus zur Generierung weiteren Reichtums mit dem Potenzial eines neuen hegemonialen Projekts – nicht zielführend sind. Das heißt, auch die chinesischen Versprechen eines durch das Seidenstraßenprojekt befeuerten neuen Wachstumszyklus bedeuten, selbst wenn sie ökonomisch funktionieren würden, keinen Ausweg, sondern verschlimmern die Problemlage.

Damit stellt sich aus einer anderen Perspektive erneut die Frage nach dem Ende der Demokratie. Demirović (2013, 2016) und Buckel (2017) sprechen von Zyklen und erwarten demokratische Erneuerungen. Vor dem Hintergrund der Diskussion um den Klimawandel und der veränderten technischen Möglichkeiten der Überwachung stellt sich die Frage, ob diese Dynamik der zyklischen Erneuerung tatsächlich zu erwarten ist.

Ein Merkmal von Demokratiebewegungen ist, dass sie an unerwarteten Stellen ausbrechen und genauso überraschend sind wie die Schritte zum Autoritarismus. Ein weiteres Merkmal ist, dass sie in ihren Forderungen idealistischer sind und über die materialistische «Mechanik» hinausweisen, die in der Theorie der zyklischen Erneuerung in der Folge von Marx als *Movens* für die demokratische Erneuerung herausgearbeitet wird (vgl. auch Demirović 2018b: 319). Die Demokratiebewegungen sind überraschend, leidenschaftlich, thematisieren Bedürfnisse, die vielleicht menschlicher (und weniger ökonomisch) sind als die bisherigen Betrachtungen, und sind universeller: Es ist der Wunsch, «nicht derart regiert zu werden» (Foucault 1992: 12), der Wunsch nach Selbstregierung, Freiheit.

Auch hierüber sind wir immer wieder erstaunt und auch diesbezüglich haben wir keine analytischen Begriffe. Wenn es also geboten ist, den Ernst der Lage nicht zu ignorieren, sollten wir gleichzeitig die überraschenden Wendungen der demokratischen Erneuerung nicht übersehen und sie stattdessen ins Zentrum des politischen Handelns stellen.

## 7 BIBLIOGRAFIE

### A

**Abbink, Jon (2006):** Ethnicity and conflict generation in Ethiopia: some problems and prospects of ethno-regional federalism, in: *Journal of Contemporary African Studies* 24(3), S. 389–413.

**Achcar, Gilbert (2013):** *The People Want: A Radical Exploration of the Arab Uprising*, Berkeley.

**Acosta, Alberto (2013):** Extractivism and neoextractivism: two sides of the same curse, in: TNI/Rosa-Luxemburg-Stiftung: *Beyond Development. Alternative Visions from Latin America*, Amsterdam/Berlin, unter: [www.tni.org/en/publication/beyond-development](http://www.tni.org/en/publication/beyond-development).

**Adaman, Fikret/Arsel, Murat/Akbulut, Bengi (2019):** Neoliberal developmentalism, authoritarian populism, and extractivism in the countryside: the Soma mining disaster in Turkey, in: *The Journal of Peasant Studies* 46(3), S. 514–536.

**Adem, Seifudein (2012):** China in Ethiopia: Diplomacy and Economics of Sino-optimism, in: *African Studies Review* 55(1), S. 143–160.

**Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswik, Else/Levinson, Daniel J./Sanford, R. Nevitt (1950):** *The Authoritarian Personality*, New York.

**Agnoli, Johannes (1990):** *Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik*, Freiburg.

**Aim Sinpeng/Arugay, Aries A. (2015):** The Middle Class and Democracy in Southeast Asia, in: Case, William (Hrsg.): *Routledge Handbook of Southeast Asian Democratization*, London, S. 102–116.

**Altemeyer, Bob (1981):** *Right-wing authoritarianism*, Winnipeg/Manitoba.

**AmazonWatch (2014):** Beijing, Banks and Barrels: China and Oil in the Ecuadorian Amazon, unter: <https://amazonwatch.org/assets/files/2014-beijing-banks-and-barrels.pdf>.

**Anderl, Felix/Steinhilper, Elias (2018):** Globale soziale Bewegungen? Einführung in die Transnationalisierung und Lokalisierung von Protest, in: Ataç, Ilker/Kraler, Albert/Schaffar, Wolfram/Ziai, Aram (Hrsg.): *Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung*, 2. Aufl., Wien, S. 306–316.

**Anek Laothamatas (1993):** Sleeping Giant Awakens? The Middle Class in Thai Politics, in: *Asian Review* 7/1993, S. 78–125.

**Arase, David (2015):** Explaining China's 2+7 Initiative Towards ASEAN [Trends in Southeast Asia #04], Institute of Southeast Asian Studies, Singapur.

**Arditi, Benjamin (2005):** Populism as an Internal Periphery of Democracy, in: Panizza, Francisco (Hrsg.): *Populism and the Mirror of Democracy*, London, S. 72–98.

**Arendt, Hannah (1951):** *The origins of totalitarianism*, New York.

**Arrighi, Giovanni (2007):** *Adam Smith in Beijing: Lineages of the twenty-first century*, London.

**Arrighi, Giovanni/Silver, Beverly J. (2011):** Das Ende des langen 20. Jahrhunderts, in: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): *Vielfach-Krise im finanzmarktdominierten Kapitalismus (in Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac)*, Hamburg, S. 211–228.

**Asia Europe People's Forum (AEPF) (2019):** *Right Wing Populisms, Fundamentalisms: Critical Thinking and Actions. Nepal Declaration*. (Peace and Security Thematic Circle, International Conference, Kathmandu, Nepal, 4.-6.4.2019), 22.4.2019, unter: [www.aepf.info/single-post/2019/04/22/Right-Wing-Populisms-Fundamentalisms-Critical-Thinking-and-Actions-Nepal-Declaration](http://www.aepf.info/single-post/2019/04/22/Right-Wing-Populisms-Fundamentalisms-Critical-Thinking-and-Actions-Nepal-Declaration).

### B

**Balsen, Werner/Rössel, Karl (1986):** *Hoch die Internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik*, Köln.

**Barnes, Tom (2018):** Women caned in Malaysia for attempting to have lesbian sex. Human rights groups condemn «brutal punishment» handed out to pair in Sharia court ruling, in: *The Independent*, 3.9.2018, unter: [www.independent.co.uk/news/world/asia/malaysia-lesbians-caning-illegal-sex-car-homosexuality-law-sharia-court-lashes-a8520751.html](http://www.independent.co.uk/news/world/asia/malaysia-lesbians-caning-illegal-sex-car-homosexuality-law-sharia-court-lashes-a8520751.html).

**Bauer, Otto (1936):** *Der Faschismus. Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus*, Bratislava (Nachdruck in: Abendroth, Wolfgang (Hrsg.): *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*, Frankfurt a.M.), S. 19–38.

**Beck, Martin/Stützle, Ingo (Hrsg.) (2018):** *Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen*, Berlin.

**Becker, Joachim (2008):** Der kapitalistische Staat in der Peripherie: polit-ökonomische Perspektiven. *Journal für Entwicklungspolitik* 2/2008, S. 10–32.

**Bello, Walden (2018):** Counterrevolution, the countryside and the middle classes: lessons from five countries, in: *The Journal of Peasant Studies* 45(1), S. 21–58.

**Benner, Thorsten/Gaspers, Jan/Ohlberg, Mareika/Pogetti, Lucrezia/Shi-Kupfer, Kristin (2018):** *Authoritarian Advance. Responding to China's Growing Political Influence in Europe*. Global Public Policy Institute (GPPi), Mercator Institute for China Studies (MERICS). unter: [www.merics.org/sites/default/files/2018-02/GPPi\\_MERICS\\_Authoritarian\\_Advance\\_2018\\_1.pdf](http://www.merics.org/sites/default/files/2018-02/GPPi_MERICS_Authoritarian_Advance_2018_1.pdf).

**Berry, Lorraine (2016):** Umberto Eco on Donald Trump: 14 Ways of Looking at a Fascist. The Leading Republican Presidential Candidate is More Mussolini than Hitler, in: *Literary Hub*, 29.2.2016, unter: <https://lithub.com/umberto-eco-on-donald-trump-14-ways-of-looking-at-a-fascist/>

- Binswanger, Daniel/Lehr, Paul (2019):** Die Herrschenden haben Angst – und das ist wundervoll, in: *Republik*, 12.1.2019, unter: [www.republik.ch/2019/01/12/die-herrschenden-haben-angst-und-das-ist-wunder-voll](http://www.republik.ch/2019/01/12/die-herrschenden-haben-angst-und-das-ist-wunder-voll).
- Birsl, Ursula (2018):** Die Demokratie und ihre Gegenbewegungen: eine kritische (Selbst-)Reflexion zu Begriffen und Referenzrahmen in der Rechtsextremismusforschung, in: *Politische Vierteljahresschrift* 59(2), S. 371–384.
- Boos, Tobias (2018):** Ein Hut, zu viele Köpfe. Zu Geschichte und Theorie des Populismusbegriffs, in: *Prokla* 190, 48(1), S. 9–26.
- Boos, Tobias/Schaffar, Wolfram (2018):** Neuer Autoritarismus, Populismus, Faschismus, in: *Ataç, Ilker/Kraler, Albert/Schaffar, Wolfram/Ziai, Aram (Hrsg.): Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung*, 2. Aufl., Wien, S. 184–204.
- Booth, David/Golooba-Mutebi, David (2012):** Developmental patrimonialism? The case of Rwanda, in: *African Affairs* 111(444), S. 379–403.
- Boris, Dieter/Schmalz, Stefan (2009):** Eine Krise des Übergangs, in: *Prokla* 39(157), S. 625–643.
- Bourdieu, Pierre (1998):** Über das Fernsehen, Frankfurt a.M.
- Brady, Anne-Marie (2017):** *Magic Weapons: China's political influence activities under Xi Jinping*. Global Fellow, Wilson Center, Washington, DC; Department of Political Science and International Relations University of Canterbury, Christchurch, New Zealand, unter: [www.wilsoncenter.org/sites/default/files/magic\\_weapons.pdf](http://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/magic_weapons.pdf)
- Brand, Ulrich/Brad, Alina/Boos, Tobias (2016):** De-growth and Post-Extractivism: Two Debates with Suggestions for the Inclusive Development Framework, in: *Current Opinion in Environmental Sustainability* 2017/24, S. 36–41.
- Brand, Ulrich/Dietz, Kristina (2014):** (Neo-)Extraktivismus als Entwicklungsoption? Zu den aktuellen Dynamiken und Widersprüchen rohstoffbasierter Entwicklung in Lateinamerika, in: *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 48/2014*, Baden-Baden, S. 88–125.
- Brand, Ulrich/Dietz, Kristina/Lang, Miriam (2017):** Ende des «progressiven Zyklus» in Lateinamerika: Neue Herausforderungen für soziale Bewegungen, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 30/1, S. 96–101.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017):** Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Kapitalismus, München.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2018):** The Imperial Mode of Living, in: *Spash, Clive (Hrsg.) (2017): Routledge Handbook of Ecological Economics*, London, S. 152–161.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2019):** Kritische Gesellschaftsanalyse im globalen Kapitalismus. «Imperiale Lebensweise» als Forschungsprogramm, in: *Book, Carina/Huke, Nikolai/Klauke, Sebastian/Tietje, Olaf (Hrsg.): Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der «imperialen Lebensweise», Externalisierung und exklusive Solidarität*, Münster, S. 13–26.
- Brautigam, Deborah (2009):** *The Dragon's Gift: The Real Story of China in Africa*, Oxford.
- Brown David/Jones David M. (1995):** Democratization and the Myth of the Liberalizing Middle Classes, in: *Bell, Daniel/Brown, David/Jayasuriya, Kanishka/Jones, David (Hrsg.): Towards Illiberal Democracy in Pacific Asia*, London, S. 78–106.
- Bruff, Ian (2014):** The rise of authoritarian neoliberalism, in: *Rethinking Marxism* 26(1), S. 113–129.
- Bruff, Ian/Tansel, Cemal Burak (2019):** Authoritarian neoliberalism: trajectories of knowledge production and praxis, in: *Globalizations*, 16(3), S. 233–244.
- Buckel, Sonja (2017):** Dialektik von Kapitalismus und Demokratie heute, in: *Eberl, Oliver/Salomon, David (Hrsg.): Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*, Wiesbaden, S. 19–42.
- Burschel, Friedrich (Hrsg.) (2015):** *Aufstand der «Wutbürger»*. AfD, Christlicher Fundamentalismus, PEGIDA und ihre gefährlichen Netzwerke, Berlin, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/8319/aufstand-der-wutbuenger/](http://www.rosalux.de/publikation/id/8319/aufstand-der-wutbuenger/).
- Burschel, Friedrich (Hrsg.) (2018):** *Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror*, Berlin, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte17\\_3teAufl\\_web.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte17_3teAufl_web.pdf).
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.) (2008):** *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen/Farmington Hills.

## C

- Candeias, Mario (2016):** Gegenmittel – Autoritärer Neoliberalismus und Rechtspopulismus Perspektiven einer verbindenden linken Partei, in: *Demirović, Alex (Hrsg.): Transformation der Demokratie – demokratische Transformation*, Münster, S. 9–34.
- Candeias, Mario (2017):** A Question of Class. A New Class Politics – A Connective Antagonism, in: *LuXemburg*, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/a-question-of-class/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/a-question-of-class/).
- Candeias, Mario (Hrsg.) (2018):** *Rechtspopulismus, Radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 24, Berlin, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Materialien/Materialien24\\_Rechtspopulismus\\_web.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien24_Rechtspopulismus_web.pdf).

**Carter Center (2009):** Final Report. Observing the 2005 Ethiopia National Elections, unter: [www.cartercenter.org/resources/pdfs/news/peace\\_publications/election\\_reports/Ethiopia-2005-Finalrpt.pdf](http://www.cartercenter.org/resources/pdfs/news/peace_publications/election_reports/Ethiopia-2005-Finalrpt.pdf).

**Choma, Becky L./Hanoach, Yaniv (2017):** Cognitive ability and authoritarianism: Understanding support for Trump and Clinton, in: *Personality and Individual Differences* 106, S. 287–291.

**Chun, Lin (2018):** China's New Globalism, in: *Socialist Register* 2019/55, S. 150–172.

**Coalition for Unity and Democracy (CUD) (2006):** Kinijit Manifesto. Unofficial translation, <https://zelalemkibret.files.wordpress.com/2011/11/kinijit-manifesto-english.pdf>.

**Crewett, Wibke/Korf, Benedikt (2008):** Ethiopia: Reforming Land Tenure, in: *Review of African Political Economy* 35(116), S. 203–220.

**Crouch, Colin (2008):** Postdemokratie, Frankfurt a. M.

## D

**Dearden, Lizzie (2017):** Sharia court in Indonesia sentences two gay men to 85 lashes each after being caught having sex. Men will be publicly caned in province of Aceh for breaking sharia law, in: *The Independent*, 17.5.2017, unter: [www.independent.co.uk/news/world/asia/islamic-court-indonesia-gay-men-85-lashes-sex-caught-homosexuality-laws-first-time-khairil-jamal-a7740626.html](http://www.independent.co.uk/news/world/asia/islamic-court-indonesia-gay-men-85-lashes-sex-caught-homosexuality-laws-first-time-khairil-jamal-a7740626.html).

**Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2018):** Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft/Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen.

**De la Torre, Carlos (2007):** The resurgence of radical populism in Latin America, in: *Constellations* 14 (3), S. 384–397.

**Delfs, Tobias (2008):** Hindu-Nationalismus und europäischer Faschismus: Vergleich, Transfer- und Beziehungsgeschichte. [Bonner Asienstudien Band 6], Hamburg.

**Demirović, Alex (1997):** Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster.

**Demirović, Alex (2009):** Rätedemokratie oder das Ende der Politik, in: *Prokla* 155, S. 181–206.

**Demirović, Alex (2013):** Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung, in: *Prokla* 43(171), S. 193–215.

**Demirović, Alex (2016):** Demokratie – zwischen autoritären Tendenzen und gesellschaftlicher Transformation. Zur Kritik der politischen Demokratie, in: Demirović, Alex (Hrsg.): *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation*, Münster, S. 278–302.

**Demirović, Alex (2018a):** Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie, in: *Prokla* 190, 48(1), S. 27–42.

**Demirović, Alex (2018b):** Radical Democracy and Socialism, in: *Socialist Register* 2018: *Rethinking Democracy*, S. 298–321.

**Demirović, Alex (2019):** Demokratie. Zwischen Krise, autoritärer Wende und gesellschaftlicher Transformation, in: Göntzer, Markus/Kühberger, Leo (Hrsg.): *Reader zur Konferenz für praktische Kritik 2019 – Demokratie*, unter: [http://konferenzimforum.at/demokratie/wp-content/uploads/reader\\_konferenz\\_2019\\_demokratie.pdf](http://konferenzimforum.at/demokratie/wp-content/uploads/reader_konferenz_2019_demokratie.pdf).

**Demirović, Alex/Dücker, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011):** *VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg.

**Deppe, Frank (2013):** *Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand*, Hamburg.

**Deppe, Frank (2018):** Bonapartismus reloaded?, in: Beck, Martin/Stützle, Ingo (Hrsg.): *Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen*, Berlin, S. 243–259.

**Di Tella, Torcuato (1965):** Populismo y Reforma en América Latina, in: *Desarrollo Económico* 4 (16), S. 391–425.

**Dörre, Klaus (2018):** Demokratische Kassenpolitik – eine Antwort auf den Rechtspopulismus, in: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Lösch, Bettina (Hrsg.): *Auf dem Weg in eine Andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus*, Weinheim.

**Douthat, Ross (2015):** Is Trump a Fascist?, in: *The New York Times*, 3.12.2015, unter: [www.nytimes.com/2015/12/03/opinion/campaign-stops/is-donald-trump-a-fascist.html](http://www.nytimes.com/2015/12/03/opinion/campaign-stops/is-donald-trump-a-fascist.html).

**Dubiel, Helmut/Söllner, Alfons (Hrsg.) (1981):** *Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939–1942*, Frankfurt a.M.

**Duckitt, John (2015):** Authoritarian Personality, in: *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*, Elsevier, S. 255–261.

**Duval, Jean (2001):** Philippines – Mass Revolt Forces President Estrada to resign, in: *In Defence of Marxism*, 23.1.2001, unter: [www.marxist.com/philippines-estrada-resignation230101.htm](http://www.marxist.com/philippines-estrada-resignation230101.htm).

## E

**Eberl, Oliver/Salomon, David (2015):** Internationale Politische Theorie: Globale Demokratiewissenschaft in der postdemokratischen Konstellation?, in: *ZPTh – Zeitschrift für Politische Theorie*, 6(2), S. 173–188.

**Eberle, Meghan L./Holliday, Ian (2011):** Precarity and Political Immobilisation: Migrants from Burma in Chiang Mai, Thailand, in: *Journal of Contemporary Asia* 41(3), S. 371–392.

**Einzenberger, Rainer/Schaffar, Wolfram (2018):** The political economy of new authoritarianism in South-east Asia, in: *Austrian Journal of South-East Asian Studies* 11(1), S. 1–12.

**Elbe, Ingo (2016):** Politische Macht, Faschismus und Ideologie. Ernesto Laclaus Auseinandersetzung mit Nicos Poulantzas, in: Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Radikale Demokratie. Zum Staatsverständnis von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau*, Baden-Baden, S. 39–64.

- Ellis-Petersen, Hannah (2019): Aung San Suu Kyi finds common ground with Orbán over Islam. On a rare trip to Europe, Myanmar leader and Hungary PM discuss issue of «growing Muslim populations», in: *The Guardian*, 6.6.2019, unter: [www.theguardian.com/world/2019/jun/06/aung-san-suu-kyi-finds-common-ground-with-viktor-orban-over-islam](http://www.theguardian.com/world/2019/jun/06/aung-san-suu-kyi-finds-common-ground-with-viktor-orban-over-islam).
- Embong, Abdul Rahman/Evers, Hans-Dieter/Ramli, Rashila (2017): One Belt One Road (OBOR) and Malaysia: A Long-Term Geographical Perspective. Institute of Malaysian and International Studies, Universiti Kebangsaan Malaysia (IKMAS) Working Paper Series Nr. 5.
- Englehart, Nathan A. (2003): Democracy and the Thai Middle Class: Globalization, Modernization, and Constitutional Change, in: *Asian Survey* 43(2), S. 253–279.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims, Berlin.
- Europäische Kommission (2019): EU-China Strategic Outlook: Commission and HR/VP contribution to the European Council (21./22.3.2019), unter: [https://ec.europa.eu/commission/publications/eu-china-strategic-outlook-commission-contribution-european-council-21-22-march-2019\\_en](https://ec.europa.eu/commission/publications/eu-china-strategic-outlook-commission-contribution-european-council-21-22-march-2019_en).
- European Union (2005): Final Report of the Ethiopia Legislative Elections, European Union Election Observation Mission, unter: <http://eeas.europa.eu/archives/eucom/pdf/missions/finalreport-ethiopia-2005.pdf>.
- Evers, Hans-Dieter/Korff, Rüdiger/Suparp Pas-Ong (1987): Trade and State Formation: Siam in the Early Bangkok Period, in: *Modern Asian Studies* 21(4), S. 751–771.
- Eversberg, Daniel (2018): Innerimperiale Kämpfe. Drei Thesen zum Verständnis zwischen autoritärem Nationalismus und imperialer Lebensweise, in: *Prokla* 190, 48(1), S. 43–54.
- F**
- Fabry, Adam (2019): Neoliberalism, crisis and authoritarian-ethnicist reaction: The ascendancy of the Orbán regime, in: *Competition & Change* 23(2), S. 165–191.
- Fabry, Adam/Sandbeck, Sune (2019): Introduction to special issue on «authoritarian neoliberalism», in: *Competition & Change* 23(2), S. 109–115.
- Falkner, Thomas/Kahrs, Horst (2018): Deutungsmuster zum Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2018, Arbeitsmaterial der Rosa-Luxemburg-Stiftung 1/2018, Berlin
- Farkas, Zoltán (2013): Die Orbán-Regierung und ihre «unorthodoxe» Wirtschaftspolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Budapest, unter: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/10838.pdf>.
- Fielitz, Maik/Albrecht, Stephen (2019): Wechselseitige Verstärkung von Demokratiefeindlichkeit. Zur Funktionalität von islamistischen und muslimfeindlichen Feindbildern, in: Baron, Philip/Drücker, Ansgar/Seng, Sebastian (Hrsg.): *Mittendrin statt nur dabei. Das Extremismusmodell und seine Alternativen in politischer Jugendbildung und Jugendarbeit*, Düsseldorf, S. 62–67.
- Fisahn, Andreas/Pile, Kadriye (2018): Sicherheitsstaat und neue Formen des Autoritären (Staates) in Europa? Ein Versuch begrifflicher Annäherung, in: Puschke, Jens/Singelnstein, Tobias (Hrsg.): *Der Staat und die Sicherheitsgesellschaft*, Wiesbaden, S. 33–53.
- Fischer, Frank (2016): Demokratie und Klimawandel: Ökodörfer als partizipatorische soziale Bewegung, in: Demirović, Alex (Hrsg.): *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation*, Münster, S. 67–84.
- Fischer, Karin (2018): Think Tanks und die Verteidigung des Neoliberalismus in Südamerika, in: Ataç, Ilker/Kraler, Albert/Schaffar, Wolfram/Ziai, Aram (Hrsg.): *Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung*, 2. Aufl., Wien, S. 180–183.
- Fischer, Karin/Plehwe, Dieter (2017): Neoliberal Think Tank Networks in Latin America and Europe: Strategic Replication and Cross-National Organizing, in: Salas-Porras, Alejandra/Murray, Georgina (Hrsg.): *Think Tanks and Global Politics, Key Spaces in the Structure of Power*, Wiesbaden, S. 159–186.
- Flecker, Jörg (2017): Europäisches Sozialmodell, Krisenpolitik und die extreme und populistische Rechte, in: Hentges, Gudrun/Nottbohm, Kristina/Platzer, Hans W. (Hrsg.): *Europäische Identität in der Krise?, Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog*, Wiesbaden, S. 101–120.
- Flecker, Jörg/Altreiter, Carina/Schindler, Saskja (2018): Erfolg des Rechtspopulismus durch exkludierende Solidarität? Das Beispiel Österreich, in: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit, Verteilungskämpfe, populistische Revolte*, Frankfurt a.M., S. 245–256.
- Flecker, Jörg/Hentges, Gudrun (2004): Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa, in: Bischoff, Joachim/Dörre, Klaus/Gauthier, Elisabeth (Hrsg.): *Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien*, Hamburg, S. 119–149.
- Focus on the Global South (2017): Unpacking Duterism: What to Make of President Duterte’s Year One, in: *Focus Policy Review*, unter: <https://focusweb.org/publications/focus-policy-review-unpacking-dutertism-what-to-make-of-president-dutertes-year-one/>.
- Focus on the Global South (2019): Critical Junction: Derailing or Accelerating the Dictatorship Express, in: *Focus Policy Review* 2019, unter: <https://focusweb.org/publications/focus-policy-review-2019-critical-junction-derailing-or-accelerating-the-dictatorship-express/>.
- Forbes (2019): Thailand’s 50 Richest, unter: [www.forbes.com/thailand-billionaires/list/#tab:overall](http://www.forbes.com/thailand-billionaires/list/#tab:overall).
- Forum Menschenrechte et al. (2016): Zivilgesellschaftliche Engagement weltweit in Gefahr. Für gerechte Entwicklung, Umweltschutz, Demokratie, Menschenrechte und Frieden, unter: [www.boell.de/sites/default/files/uploads/2016/12/zivilgesellschaftliches\\_engagement\\_weltweit\\_in\\_gefahr-forderungspapier\\_final\\_digital.pdf?dimension1=ds\\_shrinking\\_de](http://www.boell.de/sites/default/files/uploads/2016/12/zivilgesellschaftliches_engagement_weltweit_in_gefahr-forderungspapier_final_digital.pdf?dimension1=ds_shrinking_de).
- Foucault, Michel (1992): *Was ist Kritik?*, Berlin.
- Frank, André Gunder (1968): *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt a.M.

- Frank, André Gunder (1998):** *ReOrient: Global Economy in the Asian Age*, Berkeley.
- Fraser, Nancy (2017):** Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus, in: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, Berlin, S. 77–91.
- Freedom House (2017), Freedom on the Net 2017:** *Manipulating Social Media to Undermine Democracy*, unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-net/freedom-net-2017>.
- Freedom House (2018a):** *Freedom in the World 2018: Democracy in Crisis*, Washington, unter: [www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org).
- Freedom House (2018b):** *Freedom on the Net 2018: The Rise Of Digital Authoritarianism*, Washington, unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-net/freedom-net-2018>.
- Frei, Norbert/Maubach, Franka/Morina, Christina/Tandler, Maik (2019):** *Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*, Berlin.
- Friedrich, Carl Joachim/Brzeziński, Zbigniew (1956):** *Totalitarianism, dictatorship and autocracy*, Cambridge.
- Fromm, Erich (1936):** *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, mit einem Vorwort von Ludwig von Friedeburg*, Reprint der Ausgabe Paris 1936, Lüneburg 2005.
- Fullerton, Jamie/Davidson, Helen (2019):** Saudi woman fleeing family temporarily admitted to Thailand. Reprieve for Rahaf Mohammed al-Qunun, who wants to claim asylum in Australia, in: *The Guardian*, 7.1.2019, unter: [www.theguardian.com/world/2019/jan/07/saudi-woman-fleeing-family-wont-be-deported-say-thai-officials](http://www.theguardian.com/world/2019/jan/07/saudi-woman-fleeing-family-wont-be-deported-say-thai-officials).
- G**
- Gagliardone, Iginio (2014):** New media and the developmental state in Ethiopia, in: *African Affairs* 113(451), S. 279–299.
- Gäng, Peter/Reiche, Reimut (1967):** *Modelle der kolonialen Revolution. Beschreibung und Dokumente*, Frankfurt a.M.
- Gehring, Axel (2018):** Eine Rückkehr des Bonapartismus in der Türkei? Das AKP-Regime im Kontext der historischen Kräfteverhältnisse, in: Beck, Martin/Stützle, Ingo (Hrsg.): *Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen*, Berlin, S. 224–242.
- George, Cherian (2007):** Consolidating Authoritarian Rule. Calibrated Coercion in Singapore, in: *The Pacific Review* 20(2), S. 127–145.
- Germani, Gino (1978):** *Authoritarianism, Fascism, and National Populism*, New Brunswick.
- Ghiasy, Richard/Su, Fei/Saalman, Lora (2018):** *The 21st Century Maritime Silk Road. Security Implications and Ways Forward for the European Union*, Stockholm International Peace Research Institute (sipri), Friedrich-Ebert-Stiftung/Bonn.
- Ghonim, Wael (2012):** *Revolution 2.0. Wie wir mit der ägyptischen Revolution die Welt verändern*, Berlin.
- Gill, Stephen (1998):** New constitutionalism, democratization and global political economy. *Global Change, in: Peace & Security* 10 (1), S. 23–38.
- Giroux, Henry A. (2018):** Neoliberal Fascism and the Echoes of History, in: *The Bullet*, 20.8.2018, unter: <https://socialistproject.ca/2018/08/neoliberal-fascism-echoes-of-history/>.
- Glaser, Henning (2016):** Setting the Course for Thailand? – Content, Structure and Impact of the 2016 Constitution Bill, in: *The European-Asian Journal of Law and Governance (EAJLG)* 6, S. 5–88.
- Godehardt, Nadine (2014):** Chinas «neue» Seidenstraßeninitiative. Regionale Nachbarschaft als Kern der chinesischen Außenpolitik unter Xi Jinping, *SWP-Studien* 2014/S 09, Berlin.
- Godehardt, Nadine (2016):** No End of History. A Chinese Alternative Concept of International Order?, *SWP Research Paper* 2016/RP 02, Berlin.
- Gonda, Noémi (2019):** Land grabbing and the making of an authoritarian populist regime in Hungary, in: *The Journal of Peasant Studies*, 46(3), S. 606–625.
- Griffin, Roger (2003):** The Palingenic Core of Fascist Ideology, in: Campi, Alessandro (Hrsg.): *Che cos'è il fascismo? Interpretazioni e prospettive di ricerca*, Rom, S. 97–122.
- Grigera, Juan (2017):** Populism in Latin America: Old and New Populisms in Argentina and Brazil, in: *International Political Science Review* 38(4), S. 441–455.
- Gudynas, Eduardo (2012):** Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika, in: *FDCL/RLS (Hrsg.): Der Neue Extraktivismus*, S. 46–62.
- Gürel, Burak/Küçük, Bernal/taş, Sercan (2019):** The rural roots of the rise of the Justice and Development Party in Turkey, in: *The Journal of Peasant Studies* 46(3), S. 457–479.
- H**
- Hackenesch, Christine (2013):** Aid Donor Meets Strategic Partner? The European Union's and China's Relations with Ethiopia, in: *Journal of Current Chinese Affairs* 42(1), S. 7–36.
- Haddad, Bassam/Bsheer, Rosie/Abu-Rish, Ziad (Hrsg.) (2011):** *The Dawn of the Arab Uprisings*, London.
- Hall, Stuart (2014):** *Populismus, Hegemonie, Globalisierung (Ausgewählte Schriften 5)*, Hamburg.
- Hanemann, Thilo/Huotari, Mikko/Kratz, Agatha (2019):** Chinese FDI in Europe: 2018 Trends and Impact of New Screening Politics. A report by Rhodium Group (RHG) and the Mercator Institute for China Studies (MERICS), S. 75–79, unter: [www.merics.org/sites/default/files/2019-03/190311\\_MERICS-Rhodium%20Group\\_COFDI-Update\\_2019.pdf](http://www.merics.org/sites/default/files/2019-03/190311_MERICS-Rhodium%20Group_COFDI-Update_2019.pdf).
- Hanieh, Adam (2013):** *Lineages of Revolt: issues of Contemporary Capitalism in the Middle East*, Chicago.

- Hanieh, Adam (2016): Beyond Authoritarianism: Rethinking Egypt's «Long Revolution», in: *Development and Change* 47(5), S. 1171–1179.
- Harrison, Graham (2019): Authoritarian neoliberalism and capitalist transformation in Africa: all pain, no gain, in: *Globalizations* 16(3), S. 274–288.
- Hartmann, Wolf D./Maennig, Wolfgang/Wang, Run (2017): Chinas neue Seidenstraße. Kooperation statt Isolation. Der Rollentausch im Welthandel, Frankfurt a.M.
- Hawkins, Kirk A. (2009): Is Chávez Populist? Measuring Populist Discourse in Comparative Perspective, in: *Comparative Political Studies* 42(8), S. 1040–1067.
- Hawkins, Kirk/Carlin, Ryan/Littvay, Levente/Rovira Kaltwasser, Cristobal (Hrsg.) (2017): *The Ideational Approach to Populism: Concept, Theory, and Method*, London.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002–2011): *Deutsche Zustände, Folge 1–10*, Berlin.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung*, Berlin.
- Heller, Ágnes (2017): Von Mussolini bis Orbán: Der illiberale Geist, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/2017, S. 73–79.
- Hentges, Gudrun/Meyer, Malte-Henning/Flecker, Jörg/Kirschenhofer, Sabine/Thoft, Eva/Grinderslev, Edvin/Balazs, Gabrielle (2003): *The Abandoned Worker – Socio-Economic Change and the Attraction of Right-Wing Populism. European Synthesis Report on Qualitative Findings; Report im Rahmen des Projekts «Socio-Economic Change, Individual Reactions and the Appeal of the Extreme Right»*, Köln/Wien.
- Hentges, Gudrun/Nottbohm, Kristina/Platzer, Hans W. (Hrsg.) (2017): *Europäische Identität in der Krise?, Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog*, Wiesbaden.
- Hewison, Kevin (2004): Crafting Thailand's new social contract, in: *The Pacific Review* 17(4), S. 503–522.
- Hewison, Kevin (2014): Judiciary shows its true colours in Thailand's coup. *Asian Studies Association Australia*, unter: <http://asaa.asn.au/judiciary-shows-its-true-colours-in-thailands/>.
- Hill, David (2017): Ecuador's leading environmental group fights to stop forced closure NGO Acción Ecológica responds to the government's attempt to close the organization down, in: *The Guardian*, 7.1.2017, unter: [www.theguardian.com/environment/andes-to-the-amazon/2017/jan/07/ecuadors-leading-environmental-group-fights-forced-closure](http://www.theguardian.com/environment/andes-to-the-amazon/2017/jan/07/ecuadors-leading-environmental-group-fights-forced-closure).
- Hochschild, Arlie R. (2016): *Strangers in their own Land: Anger and Mourning on the American Right*, New York.
- Hoering, Uwe (2018a): Reglobalisierung auch chinesisches. Potenziale und Achillesfersen der Seidenstraßen-Initiative, in: *Sozialismus.de* 45(432) (Heft 9), S. 34–40.
- Hoering, Uwe (2018b): *Der Lange Marsch 2.0. Chinas Neue Seidenstraßen als Entwicklungsmodell*, Hamburg.
- Hofmann, Julia/Altreiter, Carina/Flecker, Jörg/Schindler, Sakja/Simsa, Ruth (im Erscheinen): *Symbolic struggles over solidarity in times of crisis Trade unions, civil society actors and the political far right in Austria. European Societies. Special Issue «Crises and Solidarities in Europe»*.
- Horlemann, Jürgen (1968): *Modelle der kolonialen Konterrevolution. Beschreibung und Dokumente*, Frankfurt a.M.
- Horwitz, Josh (2018): Zuckerberg's talking points: Breaking up Facebook «strengthens Chinese companies», in: *Quartz*, 11.4.2018, unter: <https://qz.com/1249660/zuckerbergs-senate-talking-points-breaking-up-facebook-strengthens-chinese-companies/>.
- Huntington, Samuel P. (1991): *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman/London.
- Huotari, Mikko/Gaspers, Jan/Eder, Thomas/Legarda, Helena/Mokry, Sabine (2017): *China's emergence as a global security actor – Strategies for Europe*, MERICS Paper on China 4/2017, Mercator Institute of Chinas Studies (MERICS), unter: [www.merics.org.n2g35.com/sc848vrb-wm607k6u-3y8miufq-tjip](http://www.merics.org.n2g35.com/sc848vrb-wm607k6u-3y8miufq-tjip).

## J

- Jacoby, Wade/Korkut, Umut (2016): Vulnerability and Economic Re-orientation: Rhetoric and in Reality in Hungary's «Chinese Opening», in: *East European Politics and Societies and Cultures* 30(3), S. 496–518.
- Jayasuriya, Kanishka (2018): Authoritarian Statism and the New Right in Asia's Conservative Democracies, in: *Journal of Contemporary Asia* 48(4), S. 584–604.
- Jenss, Alke (2019a): *Autoritäre Erneuerung? Latein-amerikanische Konjunkturen des Autoritarismus*, in: *Book*, Carina/Huke, Nikolai/Klauke, Sebastian/Tietje, Olaf (Hrsg.): *Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der «imperialen Lebensweise», Externalisierung und exklusive Solidarität*, Münster, S. 108–134.
- Jenss, Alke (2019b): Authoritarian neoliberal rescaling in Latin America: urban in/security and austerity in Oaxaca, in: *Globalizations* 16(3), S. 304–319.
- Jessop, Bob/Bonnett, Kevin/Bromley, Simon/Ling, Tom (1984): *Authoritarian Populism. Two Nations and Thatcherism*, in: *New Left Review* 147, S. 32–60.
- Ji Giles Ungphakorn (1997): *The struggle for democracy and social justice in Thailand*, Bangkok.
- Johnson, Chalmers (1982): *MITI and the Japanese Miracle: The Growth of Industrial Policy 1925–1975*, Stanford.

## K

- Kahrs, Horst (2016): *Jenseits der Statistiken sozialer Ungleichheit. Facetten modernisierter Beziehungen zwischen Arbeitswelt, Lebenswelt und Politik*, in: *Sozialismus* 7–8/2016, S. 5–10.
- Kahrs, Horst (2017): *Neuer Nationalismus – Verteidigungsstrategie in globalen Verteilungskämpfen*, in: *Sozialismus* 4/2017, S. 17–24.

- Kahrs, Horst (2018a):** Politische Suchbewegungen in Zeiten tiefer sozialer Transformation, in: Beck, Martin/Stützle, Ingo (Hrsg.): Die neuen Bonapartisten, Berlin, S. 125–144.
- Kahrs, Horst (2018b):** Die AfD als Konkurrenz für DIE LINKE?, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Völkisch-autoritärer Populismus, Hamburg, S. 61–68.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2012):** The ambivalence of populism: threat and corrective for democracy, in: Democratization 19(2), S. 184–208.
- Kannankulam, John (2006):** Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas, Hamburg.
- Kannankulam, John (2009):** Autoritärer Etatismus. Elemente eines staats- und krisentheoretischen Konzepts von Nicos Poulantzas, in: Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayalı, Serhat (Hrsg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis, Baden-Baden, S. 223–239.
- Kannankulam, John (2016):** Der Verfall der Demokratie: Autoritärer Etatismus. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas im Kontext der Finanz- und «Eurokrise», in: Demirović, Alex (Hrsg.): Transformation der Demokratie – demokratische Transformation, Münster, S. 35–47.
- Kasian Tejapira (2019):** Elite realignment, a populist moment: reflections on Thailand's 2019 general elections, in: New Mandala, 4.4.2019, unter: [www.newmandala.org/elite-realignment-a-populist-moment-reflections-on-thailands-2019-general-elections/](http://www.newmandala.org/elite-realignment-a-populist-moment-reflections-on-thailands-2019-general-elections/).
- Katzenberger, Paul (2019):** Kindheit unter Waffen, Russlands Jugendarmee, in: Süddeutsche Zeitung, 6.4.2019, unter: [www.sueddeutsche.de/politik/russlands-jugendarmee-kindheit-unter-waffen-1.4374699](http://www.sueddeutsche.de/politik/russlands-jugendarmee-kindheit-unter-waffen-1.4374699).
- Kaur, Amarjit (2010):** Labour Migration in Southeast Asia: migrant policies, labour exploitation and regulation, in: Journal of the Asia Pacific Economy 15(1), S. 6–19.
- Kavalski, Emilian (2016):** Relationality and Its Chinese Characteristics, in: The China Quarterly 226, S. 551–559.
- Kavalski, Emilian (2019):** The Unintended Effects of China's Silk Roads in Central and Eastern Europe, Central European Institute for Asian Studies (CEIAS), unter: <https://ceias.eu/the-unintended-effects-of-chinas-silk-roads-in-central-and-eastern-europe/>.
- Kemmelmeier, Markus (2015):** Authoritarianism, in: International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences, Elsevier, S. 262–268.
- Kiely, Ray (2019):** Locating Trump: Paleoconservatism, Neoliberalism, and Anti-Globalization, in: Socialist Register 2019/55: A World Turned Upside Down?, S. 126–149.
- Kishimoto, Marimi (2019):** Thai CP Group wins government approval on high-speed airport rail. China Railway Construction to provide tech know-how for \$7bn project, in: Nikkei Asian Review, 29.5.2019, unter: <https://asia.nikkei.com/Business/Companies/Thai-CP-Group-wins-government-approval-on-high-speed-airport-rail>.
- Klabisch, Johanna (2018):** China's Social Credit Score – Rating a people. [BlickWechsel Stiftung Asienhaus], Köln.
- Knauß, Ferdinand (2016):** Populismus im Vergleich. Was Trump, Le Pen und AfD verbindet – und trennt, unter: [www.wiwo.de/politik/deutschland/populismus-im-vergleich-was-trump-le-pen-und-afd-verbindet-und-trennt/14882022.html](http://www.wiwo.de/politik/deutschland/populismus-im-vergleich-was-trump-le-pen-und-afd-verbindet-und-trennt/14882022.html).
- Kolonko, Petra (2017):** KP-Kongress in China: Xi will moderne sozialistische Großmacht formen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.10.2017, unter: [www.faz.net/aktuell/politik/ausland/xi-will-moderne-sozialistische-grossmacht-formen-15251793.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/xi-will-moderne-sozialistische-grossmacht-formen-15251793.html).
- Kuhn, Johannes (2019):** Willkommen im Internet der Augen, in: Süddeutsche Zeitung, Mai 2019, unter: <https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/digital/gesichtserkennung-e433262/>
- Kuo, Lily (2014):** Ecuador's unhealthy dependence on China is about to get \$1.5 billion worse, in: Quartz, 28.8.2014, unter: <https://qz.com/256925/ecuadors-unhealthy-dependence-on-china-is-about-to-get-1-5-billion-worse/>.
- Kurbjuweit, Dirk (2016):** Donald Trump im Faschismustest, in: Der Spiegel 47, S. 128–131.

## L

- Laclau, Ernesto (1977):** Politics and Ideology in Marxist Theory: Capitalism, Fascism, Populism, Reprint, London.
- Laclau, Ernesto (2005):** On Populist Reason, London.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985):** Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics, London.
- Lefort, René (2012):** Free market economy, «developmental state» and party state hegemony in Ethiopia: The case of the «model farmers», in: The Journal of Modern African Studies 50(4), S. 681–706.
- Lessenich, Stephan (2016):** Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin.
- Lieberman, Victor (2007):** Strange Parallels: Southeast Asia in Global Context, c. 800–1830. Vol. 1. Integration on the Mainland (Studies in Comparative World History), New York.
- Lieberman, Victor (2009):** Strange Parallels: Southeast Asia in Global Context, c. 800–1830. Vol. 2. Mainland Mirrors: Europe, Japan, China, South Asia, and the Islands (Studies in Comparative World History), New York.
- Lin, Liza/Chin, Josh (2017):** China's Tech Giants Have a Second Job: Helping Beijing Spy on Its People, in: The Wall Street Journal, 30.11.2017.
- Linz, Juan J. (1975):** Totalitarian and Authoritarian Regimes, in: Greenstein, Fred I./Polsby, Nelson W. (Hrsg.): Handbook of Political Science. Vol. 3: Macropolitical Theory, Reading, S. 175–411.
- Lipset, Seymour M. (1960):** Political man: the social bases of politics, New York.

- Liu, Weidong/Dunford, Michael (2016): Inclusive Globalization: Unpacking China's Belt and Road Initiative, in: *Area Development and Policy* 1(3), S. 323–340.
- Liu, Weidong/Dunford, Michael/Gao, Boyang (2018): A discursive construction of the Belt and Road Initiative: From neo-liberal to inclusive globalization, in: *Journal of Geographic Science* 28(9), S. 1199–1214.
- Long, Scott (2017): Queer in Ägypten: Warum das Regime sexuelle Vielfalt brutal unterdrückt, in: Marx21, unter: [www.marx21.de/queer-in-aegypten-warum-das-regime-sexuelle-vielfalt-brutal-unterdrueckt/](http://www.marx21.de/queer-in-aegypten-warum-das-regime-sexuelle-vielfalt-brutal-unterdrueckt/).
- Lorey, Isabell/Kastner, Jens/Raunig, Gerald/Waibel, Tom (2012): Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen, Wien/Berlin.
- Lösch, Bettina (2005): Deliberative Politik. Moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation, Münster.
- Luxemburg, Rosa (1988): Sozialdemokratie und Parlamentarismus, in: Luxemburg, Rosa: *Gesammelte Werke*, Bd. 1,2, Berlin, S. 447–455.
- M**
- Maćków, Jerzy (2009): Autoritarismus: Noch immer das System des eingeschränkten Pluralismus, in: Maćków, Jerzy (Hrsg.): *Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa*, S. 17–44.
- Manhire, Toby (Hrsg.) (2012): *Arab Spring. Rebellion, Revolution and a New World Order*, London.
- Marschke, Melissa/Vandergeest, Peter (2016): Slavey scandals: Unpacking labour challenges and policy responses within the off-shore fisheries sector, in: *Marine Policy* 68(2016), S. 39–46.
- Matura, Tamas (2017): Chinese Investment in Hungary: Few Results but Great Expectations, in: Seaman, John/Huotari, Mikko/Otero-Iglesias, Miguel (Hrsg.): *Chinese Investment in Europe. A Country-Level Approach*. European Think-tank Network on China (ETNC), unter: [www.merics.org/sites/default/files/2018-01/171216\\_ETNC%20Report%202017\\_0.pdf](http://www.merics.org/sites/default/files/2018-01/171216_ETNC%20Report%202017_0.pdf).
- McCargo, Duncan/Zarakol, Ayşe (2012): Turkey and Thailand: Unlikely Twins, in: *Journal of Democracy* 23(3), S. 71–79.
- McPherson, Poppy (2019): Exclusive: U.N. draws up plans to «facilitate» Rohingya relocation to island, in: Reuters, 23.3.2019, unter: [www.reuters.com/article/us-myanmar-rohingya-bangladesh-exclusive/exclusive-un-draws-up-plans-to-facilitate-rohingya-relocation-to-island-idUSKCN1R40FG](http://www.reuters.com/article/us-myanmar-rohingya-bangladesh-exclusive/exclusive-un-draws-up-plans-to-facilitate-rohingya-relocation-to-island-idUSKCN1R40FG).
- McQuarrie, Michael (2017): The revolt of the Rust Belt: place and politics in the age of anger, in: *The British Journal of Sociology* 68(S1), S. S120–S152.
- Meiksins Wood, Ellen (2002): The Question of Market Dependence, in: *Journal of Agrarian Change* 2(1), S. 50–87.
- Merkel, Wolfgang (2018): Is Capitalism Compatible with Democracy?, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Democracy and crisis: challenges in turbulent times*, Wiesbaden, S. 253–272.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thiery, Peter (2003a): *Defekte Demokratie*. Bd. 1: Theorie, Opladen.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thiery, Peter (2003b): *Defekte Demokratie*. Bd. 2: Regionalanalysen, Opladen.
- Mizuno, Kosuke/Pasuk, Phongpaichit (Hrsg.) (2009): *Populism in Asia*, Singapur/Kyoto.
- Mokry, Sabine (2018): Chinas globale Strategien entschlüsseln. Wie chinesische Wissenschaftler außenpolitische Strategien diskutieren und mitgestalten, in: *China Monitor*, 4.10.2018, Mercator Institute for China Studies, unter: [www.merics.org/de/team/sabine-mokry](http://www.merics.org/de/team/sabine-mokry).
- Mozur, Paul/Kessel, Jonah M./Chan, Melissa (2019): Made in China, Exported to the World: The Surveillance State. In Ecuador, cameras capture footage to be examined by police and domestic intelligence. The surveillance system's origin: China, in: *The New York Times*, 24.4.2019, unter: [www.nytimes.com/2019/04/24/technology/ecuador-surveillance-cameras-police-government.html](https://www.nytimes.com/2019/04/24/technology/ecuador-surveillance-cameras-police-government.html).
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist, in: *Government and Opposition* 39(4), S. 542–563.
- Mudde, Cas (2016): The Study of Populist Radical Right Parties in Europe. Towards a Fourth Wave. C-REX Working Paper Series, Nr. 1, unter: [www.sv.uio.no/c-rex/english/publications/c-rex-working-paper-series/Cas%20Mudde:%20The%20Study%20of%20Populist%20Radical%20Right%20Parties.pdf](http://www.sv.uio.no/c-rex/english/publications/c-rex-working-paper-series/Cas%20Mudde:%20The%20Study%20of%20Populist%20Radical%20Right%20Parties.pdf).
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2012): *Populism in Europe and the Americas: Threat Or Corrective for Democracy?*, Cambridge.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017): *Populism: a very short introduction*, Oxford/New York.
- Müllender, Bernd (2019): Hambti-Aktivistin verurteilt. Ein Exempel statuiert, in: *die tageszeitung*, 19.2.2019, unter: [www.taz.de/!5574470/](http://www.taz.de/!5574470/).
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin.
- Mulu Gebremariam, Fesseha/Moges Bayu, Abtewold (2017): Ethiopia: A Democratic Developmental State?, in: *ILIRIA International Review* 7(2), S. 9–26.
- N**
- Noesselt, Nele (2010): Alternative Weltordnungsmodelle? IB-Diskurse in China, Wiesbaden.
- Noesselt, Nele (2015): Revisiting the debate on construction a theory of international Relations with Chinese Characteristics, in: *The China Quarterly* 222, S. 430–448.
- Nouwens, Meia/Legarda, Helena (2018): Emerging technology dominance: what China's pursuit of advanced dual-use technologies means for the future of Europe's economy and defence innovation, The International Institute for Strategic Studies (IISS) and Mercator Institute of China Studies (MERICS), unter: [www.merics.org/sites/default/files/2018-12/181218\\_Emerging\\_technology\\_dominance\\_MERICS\\_IISS.pdf](http://www.merics.org/sites/default/files/2018-12/181218_Emerging_technology_dominance_MERICS_IISS.pdf).

**Nowak, Jörg (2018):** Brazil: Fascism on the Verge of Power? Socialist Project, unter: <https://socialistproject.ca/2018/12/brazil-fascism-on-the-verge-of-power/>.

## O

**Oberndorfer, Lukas (2012a):** Vom neuen zum autoritären Konstitutionalismus. Soziale Bewegungen, Recht und Demokratie in der europäischen Krise, in: Kurswechsel 2012(1), S. 62–67.

**Oberndorfer, Lukas (2012b):** Der Fiskalpakt – Umgehung der «europäischen Verfassung» und Durchbrechung demokratischer Verfahren?, in: Juridikum 2012(2), S. 168–181.

**Oberndorfer, Lukas (2013):** Vom neuen, über den autoritären zum progressiven Konstitutionalismus? Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie, in: Juridikum 2013(1), S. 76–86.

**Ockey, James (2004):** Making Democracy. Leadership, Class, Gender and Political Participation in Thailand, Honolulu.

**Oqubay, Arkebe (2017):** Made in Africa: Industrial policy in Ethiopia, Oxford.

## P

**Pajnik, Mojca/Sauer, Birgit (2018):** Populism and the Web. Communicative Practices of Parties and Movements in Europe, London.

**Panizza, Francisco (2005):** Introduction. Populism and the Mirror of Democracy, in: Panizza, Francisco (Hrsg.): Populism and the Mirror of Democracy, London, S. 1–31.

**Pasuk Phongpaichit (2004):** Thailand under Thaksin: a regional and international perspective, Manuscript, Core University Project, Center for Southeast Asian Studies, Kyoto University, 6.-8.9.2004.

**Pavin Chachavalpongpun (2015):** Thailand's Eternal Flame of Nationalism: Legitimacy and Manipulation, in: Kingston, Jeff (Hrsg.): Asian Nationalism Reconsidered, London, S. 207–217.

**Peck, Jamie/Tickell, Adam (2002):** Neoliberalizing Space, in: Antopode 34(3), S. 380–404.

**Pinto, António Costa/Kallis, Aristotle (Hrsg.) (2014):** Rethinking Fascism and Dictatorship in Europe, London.

**Porphant Ouyyanont (2015):** Crown Property Bureau in Thailand and Its Role in Political Economy, Trends in Southeast Asia #13, Singapur.

**Poulantzas, Nicos (1973):** Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München.

**Poulantzas, Nicos (1974):** Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien, Frankfurt a.M.

**Prantl, Heribert (2019):** Es riecht nach Rechtsbeugung aus politischen Gründen, in: Süddeutsche Zeitung, 7.4.2019, unter: [www.sueddeutsche.de/politik/prantl-afd-staatsanwaltschaft-thueringen-zentrum-fuer-politische-schoenheit-1.4400201](http://www.sueddeutsche.de/politik/prantl-afd-staatsanwaltschaft-thueringen-zentrum-fuer-politische-schoenheit-1.4400201).

**Pratch Rujivanarom (2017):** «Second-class citizens» after EEC, in: The Nation, 24.4.2017, unter: [www.nationmultimedia.com/detail/national/30313133](http://www.nationmultimedia.com/detail/national/30313133).

**Pye, Oliver/Schaffar, Wolfram (2008):** «Thaksin Ok Pai!» An Analysis of the 2006 Anti-Thaksin Movement in Thailand, in: Journal of Contemporary Asia 38(1), S. 38–61.

## R

**Ranta, Eija M. (2014):** In the Name of Vivir Bien: Indigeneity, State Formation, and Politics in Evo Morales' Bolivia, Helsinki.

**Ranta, Eija M. (2018):** Vivir Bien as an Alternative to Neoliberal Globalization: Can Indigenous Terminologies Decolonize the State?, London.

**Reeves, Jeffrey (2018):** Imperialism and the Middle Kingdom: The Xi Jinping Administration's Peripheral Diplomacy with Developing States, in: Third World Quarterly 39(5), S. 976–998.

**Robinson, William I. (2011):** Giovanni Arrighi: Systemic Cycles of Accumulation, Hegemonic Transitions, and the Rise of China, in: New Political Economy 16(2), S. 267–280.

**Robison, Richard/Goodman, David S. G. (Hrsg.) (1996):** The new rich in Asia: Mobile phones, McDonalds and middle-class revolution, Murdoch University, Asia Research Centre London.

**Rodriguez, Robyn M. (2010):** Migrants for Export: How the Philippine State Brokers Labor to the World, Minnesota.

**Rogers, Samuel (2019):** China, Hungary, and the Belgrade-Budapest Railway Upgrade: New Politically-Induced Dimensions of FDI and the Trajectory of Hungarian Economic Development, in: Journal of East-West Business 25(1), S. 84–106.

**Rudolf, Moritz/Huotari, Mikko/Buckow, Johannes/Heilmann, Sebastian (2014):** Chinas Schatten-Außenpolitik: Parallelstrukturen fordern die internationale Ordnung heraus, in: China Monitor Nr. 18, 23.9.2014, Mercator Institute for China Studies (MERICS), unter: [www.merics.org/sites/default/files/2017-09/China\\_Monitor\\_18\\_Schatten-Außenpolitik\\_DE.pdf](http://www.merics.org/sites/default/files/2017-09/China_Monitor_18_Schatten-Außenpolitik_DE.pdf).

**Ryan, Matthew D.J. (2019):** Interrogating «authoritarian neoliberalism»: The problem of periodization, in: Competition & Change 23(2), S. 116–137.

## S

**Saage, Richard (2007):** Faschismus. Konzeptionen und historische Kontexte, Wiesbaden.

**Sablowski, Thomas (2012):** Krisentheorien, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 8/I, Krisentheorien bis Linie Luxemburg-Gramsci, Hamburg, S. 1–38.

**Sablowski, Thomas (2018):** Warum die imperiale Lebensweise die Klassenfrage ausblenden muss, in: LuXemburg, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/warum-die-imperiale-lebensweise-die-klassenfrage-ausblenden-muss/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/warum-die-imperiale-lebensweise-die-klassenfrage-ausblenden-muss/).

**Sablowski, Thomas/Thien, Hans-Günter (2018):** Die AfD, die Arbeiterklasse und die Linke – kein Problem?, in: Prokla 190, 48(1), S. 55–72.

- Sauer, Birgit (2017):** Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht, in: Politische Vierteljahresschrift 58(1), S. 1–20.
- Saxer, Marc (2014):** How Thailand's middle class rage threatens democracy, in: Social Europe, 23.8.2014, unter: [www.socialeurope.eu/thailands-middle-class](http://www.socialeurope.eu/thailands-middle-class).
- Schaffar, Wolfram (2016):** New social media and politics in Thailand: The emergence of fascist vigilante groups on Facebook, in: ASEAS – Austrian Journal of South-East Asian Studies 9(2), S. 215–234.
- Schaffar, Wolfram (2018a):** Alternative Development Concepts And Their Political Embedding: The Case of Sufficiency Economy Thailand, in: Forum for Development Studies 45(3), S. 387–413.
- Schaffar, Wolfram (2018b):** Die chinesische One Belt One Road-Initiative und ihre sicherheitspolitischen Auswirkungen auf Thailand, in: Harnisch, Sebastian/Hansel, Mischa/Godehardt, Nadine (Hrsg.): Stabilität und Krisen: Sicherheitspolitische Dynamiken in Asien, Baden-Baden, S. 215–238.
- Schlumberger, Oliver (2007):** Debating Arab Authoritarianism: Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes, Palo Alto.
- Schmalz, Stefan (2014):** Weltsystemtheorie, in: Wullweber, Joscha/Graf, Antonia/Behrens, Maria (Hrsg.) (2014): Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie, Wiesbaden.
- Schmalz, Stefan (2018):** Machtverschiebungen im Weltsystem, Frankfurt a.M.
- Schmidt, Blake/Natnicha Chuwiruch (2019):** Thailand's Richest Family Is Getting Richer Helping China, in: Bloomberg, 23.4.2019, unter: [www.bloomberg.com/news/articles/2019-04-23/richest-family-in-thailand-is-getting-richer-by-helping-china](http://www.bloomberg.com/news/articles/2019-04-23/richest-family-in-thailand-is-getting-richer-by-helping-china).
- Schneyer, Joshua/Medina Mora Perez, Nicolas (2013a):** Special Report: How China took control of an OPEC country's oil, unter: [www.reuters.com/article/us-china-ecuador-oil-special-report/special-report-how-china-took-control-of-an-opec-countrys-oil-idUSBRE9AP0HX20131126](http://www.reuters.com/article/us-china-ecuador-oil-special-report/special-report-how-china-took-control-of-an-opec-countrys-oil-idUSBRE9AP0HX20131126).
- Schneyer, Joshua/Medina Mora Perez, Nicolas (2013b):** A look at the traders behind the China-Ecuador-U.S. oil triangle, in: Reuters, 26.11.2013, unter: [www.reuters.com/article/us-china-ecuador-taurus/a-look-at-the-traders-behind-the-china-ecuador-u-s-oil-triangle-idUSBRE9AP0I820131126](http://www.reuters.com/article/us-china-ecuador-taurus/a-look-at-the-traders-behind-the-china-ecuador-u-s-oil-triangle-idUSBRE9AP0I820131126).
- Schumacher, Ernst F. (1953):** Small is Beautiful: Economics As If People Mattered, New York.
- Sidaway, James D./Woon, Chih Yuan (2017):** Chinese Narratives on «One Belt, One Road» (一帶一路), Geopolitical and Imperial Contexts, in: The Professional Geographer, 69(4), S. 591–603.
- Signer, David (2018):** Der rätselhafte Abiy Ahmed, in: Neue Zürcher Zeitung, 23.11.2018, unter: [www.nzz.ch/international/der-raetselhafte-ahmed-abiy-ld.1438878](http://www.nzz.ch/international/der-raetselhafte-ahmed-abiy-ld.1438878).
- Silver, Nate (2016):** The Mythology of Trump's «Working Class» Support, in: 38.com, unter: <https://fivethirtyeight.com/features/the-mythology-of-trumps-working-class-support/>.
- Solmecke, Ulrike (2016):** Multinational Enterprises and the «One Belt, One Road» Initiative: Sustainable Development and Innovation in a Post-Crisis Global Environment, in: Copenhagen Journal of Asian Studies 34(2), S. 9–27.
- Spencer, Huw (2016):** World Press Freedom Day: The journalist forced into hiding for resisting Ecuador's authoritarian government. Media censorship is on the rise in the country that harbours Julian Assange, in: The Independent, 3.5.2016, unter: [www.independent.co.uk/news/world/americas/world-press-freedom-day-ecuador-authoritarian-government-journalist-fernando-vil-lavencio-amazon-a7010986.html](http://www.independent.co.uk/news/world/americas/world-press-freedom-day-ecuador-authoritarian-government-journalist-fernando-vil-lavencio-amazon-a7010986.html).
- Starrs, Sean Kenji (2018):** Can China unmake the American making of global capitalism?, in: Socialist Register 2019/55, S. 173–200.
- Streeck, Wolfgang (2013):** Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt a. M.
- Süddeutsche Zeitung (2019):** Hassanal Bolkiah: «Ich will die Lehren des Islam verstärkt wachsen sehen», in: Süddeutsche Zeitung, 3.4.2019, unter: [www.sueddeutsche.de/panorama/brunei-homosexualitaet-stra-fe-1.4394957](http://www.sueddeutsche.de/panorama/brunei-homosexualitaet-stra-fe-1.4394957).
- Svampa, Maristella (2012):** Bergbau und Neo-Extraktivismus in Lateinamerika, in: FDCL/RLS (Hrsg.): Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika, Berlin, S. 14–21.
- Szelényi, Iván (2016):** Weber's theory of domination and post-communist capitalism, in: Theory and Society 45(1), S. 1–21.
- Szombati, Kristóf (2018):** Ungarn. Viktor Orbáns autoritäres Regime, in: Ehmsen, Stefanie/Scharenberg, Albert (Hrsg.): Die radikale Rechte an der Regierung. Sechs Fallbeispiele aus Europa, New York, S. 15–26.

## T

- Tálos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hrsg.) (2014):** Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur, Wien.
- Tansel, Cemal Burak (Hrsg.) (2017):** States of Discipline: Authoritarian Neoliberalism and the Contested Reproduction of Capitalist Order, London.
- Tansel, Cemal Burak (2019):** Reproducing authoritarian neoliberalism in Turkey: urban governance and state restructuring in the shadow of executive centralization, in: Globalizations 16(3), S. 320–335.
- Tapscott, Chris/Halvorsen, Tor/Cruz-del Rosario, Teresita (Hrsg.) (2018):** The Democratic Developmental State: North-South Perspectives, in: CROP International Poverty Studies, Bd. 4, Stuttgart.
- Thalheimer, August (1930):** Über den Faschismus. Gegen den Strom. Organ der KPD, Berlin. (Nachdruck in: Abendroth, Wolfgang (Hrsg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt a.M., S. 143–167).

**The Bangkok Post (2018):** Report: Thailand most unequal country in 2018, in: The Bangkok Post, 6.12.2018, unter: [www.bangkokpost.com/business/news/1588786/report-thailand-most-unequal-country-in-2018](http://www.bangkokpost.com/business/news/1588786/report-thailand-most-unequal-country-in-2018).

**The Economist (2018):** A chicken in every pot. Thailand's largest private company outdoes its peers. CP Group offers everything from flights to pork steaks, in: The Economist, 17.11.2018, unter: [www.economist.com/business/2018/11/17/thailands-largest-private-company-outdoes-its-peers](http://www.economist.com/business/2018/11/17/thailands-largest-private-company-outdoes-its-peers).

**Thompson, Mark R. (1996):** Late industrialisers, late democratisers: developmental states in the Asia-Pacific, in: *Third World Quarterly*, 17(4), S. 625–647.

**Thompson, Mark R. (2008):** People Power Sours: Uncivil Society in Thailand and the Philippines, in: *Current History* 107(712), S. 381–387.

**Thompson, Mark R. (2016):** Bloodied Democracy: Duterte and the Death of Liberal Reformism in the Philippines, in: *Journal of Current Southeast Asian Affairs* 35 (3), S. 39–68.

**Tilly, Charles (2007):** *Democracy*, Cambridge.

**Tilzey, Mark (2019):** Authoritarian populism and neo-extractivism in Bolivia and Ecuador: the unresolved agrarian question and the prospects for food sovereignty as counterhegemony, in: *The Journal of Peasant Studies* 46(3), S. 626–652.

**Transnational Institute (2017):** Understanding and confronting authoritarianism. Meeting Report, Amsterdam, 8.-11.6.2017, unter: [www.tni.org/en/topic/authoritarianism](http://www.tni.org/en/topic/authoritarianism).

**Trin Aiyara (2019):** The Long and Winding Railway: Domestic Politics and the Realization of China-Initiated High-Speed Railway Projects in Thailand, in: *Chinese Political Science Review*, unter: <https://doi.org/10.1007/s41111-019-00124-2>.

**Tronvoll, Kjetil (2010):** The Ethiopian 2010 Federal and Regional Elections: Re-establishing the One-Party State, in: *African Affairs* 110 (438), S. 121–136.

**Turowski, Jan (2017):** USA vs. China: internationale Politik als Nullsummenspiel?, in: *Luxemburg Spezial. Weltordnungskonflikte*, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2017/12/LUX-Spezial\\_Weltkrisenpolitik\\_E-Paper.pdf](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2017/12/LUX-Spezial_Weltkrisenpolitik_E-Paper.pdf), S. 24–33.

## U

**UNCTAD (2006):** UNCTAD WID Country Profile: Ethiopia, unter: [https://unctad.org/sections/dite\\_fdostat/docs/wid\\_cp\\_et\\_en.pdf](https://unctad.org/sections/dite_fdostat/docs/wid_cp_et_en.pdf).

**Urbinati, Nadia (1998):** Democracy and Populism, in: *Constellations* 5 (1), S. 110–124.

## V

**Vaughan, Sarah/Gebremichael, Mesfin (2011):** Rethinking business and politics in Ethiopia: The role of effort, the Endowment Fund for the Rehabilitation of Tigray, in: *Africa Power and Politics Research Report* 02.

## W

**Walker, Andrew (2008a):** Royal Sufficiency and Elite Misinterpretations of Rural Livelihoods, in: Ivarsson, Søren/Isager, Lotte (Hrsg.): *Saying the Unsayable. Monarchy and Democracy in Thailand*, Kopenhagen, S. 241–265.

**Walker, Andrew (2008b):** Sufficiency Economy, Sufficiency Democracy, and rural constitution. Interview with Andrew Walker, in: *Fah Diew Kan* 6(2), April-Juni 2008, Prachatai 9, unter: [www.prachatai.com/english/node/746](http://www.prachatai.com/english/node/746).

**Wang, Zheng (2013):** Not Rising, But Rejuvenating: The «Chinese Dream», in: *The Diplomat*, 5.2.2013, <http://thediplomat.com/2013/02/chinese-dream-draft/>.

**Wang-Kaeding, Heidi (2018):** What Does Xi Jinping's New Phrase «Ecological Civilization» Mean? An investigation of the phrase is pressing, in: *The Diplomat*, 6.3.2018, unter: <https://thediplomat.com/2018/03/what-does-xi-jinpings-new-phrase-ecological-civilization-mean/>.

**Waterson, Jim (2018):** Threat to journalists at highest level in 10 years, report says. Seventy-eight journalists killed and 326 imprisoned around world last year, study finds, in: *The Guardian*, 5.12.2018, unter: [www.theguardian.com/media/2018/dec/05/threat-journalists-highest-level-10-years-report](http://www.theguardian.com/media/2018/dec/05/threat-journalists-highest-level-10-years-report).

**Watts, Jonathan (2012):** Rafael Correa hits back over Ecuador's press freedom and charge of hypocrisy. President defends granting Julian Assange asylum and compares domestic press crackdown to Leveson inquiry, in: *The Guardian*, 24.8.2012, unter: [www.theguardian.com/world/2012/aug/24/rafael-correa-assange-ecuador-press](http://www.theguardian.com/world/2012/aug/24/rafael-correa-assange-ecuador-press).

**Weidner, Anselm (2007):** Diktatorensturz und Demokratieexport. Die Junge Internationale als fünfte Kolonne?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9, S. 1088–1098.

**Weisflog, Christian (2019):** Mursi wird zum Märtyrer, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 18.6.2019, unter: [www.nzz.ch/international/ehemaliger-aegyptischer-praesident-mursi-gestorben-ld.1489617](http://www.nzz.ch/international/ehemaliger-aegyptischer-praesident-mursi-gestorben-ld.1489617).

**Weiss, Sandra (2019):** Allianz von Gewehr und Weihwasser. Lateinamerikas Militär ist auf dem Vormarsch – und stößt durch Bündnisse mit Konservativen und Evangelikalen in die Politik vor, in: *IPG-Journal*, 3.4.2019, unter: [www.ipg-journal.de/regionen/lateinamerika/artikel/detail/allianz-von-gewehr-und-weihwasser-3366/](http://www.ipg-journal.de/regionen/lateinamerika/artikel/detail/allianz-von-gewehr-und-weihwasser-3366/).

**Weyland, Kurt (2001):** Clarifying a Contested Concept: Populism in the Study of Latin American Politics, in: *Comparative Politics* 34 (1), S. 1–22.

**Wichterich, Christa (2016):** Feminisms on the move: against the backlash, towards new solidarities, Berlin, unter: [www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=12828&ty=pdf](http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=12828&ty=pdf).

**Wiegel, Gerd (2018):** Analoge, aber nicht identische Phänomene, in: Beck, Martin/Stützle, Ingo (Hrsg.): *Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen*, Berlin, S. 56–71.

**Woo-Cumings, Meredith (1999):** *The Developmental State*, Ithaca.

**Woods, Ngaire (2008):** *Whose Aid? Whose Influence? China, Emerging Donors and the Silent Revolution in Development Assistance*, in: *International Affairs* 84(6), S. 1205–1221.

## X

**Xinhua (2018):** Feature: Chinese technology brings falling crime rate to Ecuador, in: *Xinhuanet*, 19.1.2018, unter: [www.xinhuanet.com/english/2018-01/19/c\\_136908255.html](http://www.xinhuanet.com/english/2018-01/19/c_136908255.html).

## Z

**Zakaria, Fareed (1997):** *The Rise of Illiberal Democracy*, in: *Foreign Affairs* 76(6), S. 22–43.

**Zenawi, Meles (2006):** *African development: dead ends and new beginnings*, unveröffentlicht, unter: [www.meleszenawi.com/wp-content/uploads/2012/11/African\\_Development-Dead\\_Ends\\_and\\_New\\_Beginnings\\_by\\_Meles\\_Zenawi.pdf](http://www.meleszenawi.com/wp-content/uploads/2012/11/African_Development-Dead_Ends_and_New_Beginnings_by_Meles_Zenawi.pdf).

**Zenawi, Meles (2012):** *State and markets: neoliberal limitations and the case for a developmental state*, in: Noman, Akbar/Botchwey, Kwesi/Stein, Howard/Stiglitz, Joseph E. (Hrsg.): *Good growth and governance in Africa: rethinking development strategies*, Oxford, S. 140–174.

**Zhang, Xin (2017):** *Chinese Capitalism and the Maritime Silk Road: A World-Systems Perspective*, in: *Geopolitics* 22(2), S. 310–331.

**Zürn, Michael (2018):** *Autoritärer Populismus vs. offene Gesellschaft*, Berlin.

